Dienstag, 28. Oktober 1986 - D ∗∗∗

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT. Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 251 - 44.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 38,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 850 TL

exklusiv in der WELT



Muß Arbeit Spaß machen?

38 Prozent der Arbeitslosen finden es unangenehmer, „eine Arbeit zu haben, die einem keine Freude macht", als arbeitslos zu sein. „Es ist unangenehmer, arbeitslos zu sein", sagen 33 Prozent. Das hat eine Repräsentativ-Erhebung des Allensbacher Institutes für Demoskopie ergeben. In der ersten von drei Folgen, die Elisabeth Noelle-Neumann von heute an in der WELT veröffentlicht, geht es um das Lebensgefühl der Arbeitslosen und um den Grad ihrer Mobilität. Seite 6

Universität München liegt vorn

Die Studienanfänger-Zahlen gehen zurück. Hält dieser Trend an, wie von den Kultusministern vorhergesagt, sind mindestens zehn deutsche Universitäten akut gefährdet. Sie werden um ihr Überleben kämpfen müssen. Neun Hochschulen liegen demgegenüber auf der Beliebtheitsskala ganz weit vorn. Als Star in nahezu allen Kategorien erweist sich München. Im zweiten Teil einer Serie nennt die Hochschul-WELT die Tabellenbesten und die Schlußlichter. Seite 10

POLITIK

Flucht: Zwei Männern aus der „DDR" ist unabhängig voneinander die Flucht über die CSSR nach Bayern geglückt. Die Verlobte des einen wurde jedoch von CSSR-Soldaten festgenommen.

Manöver: Japan und die USA haben erstmals in einem Manöver ihre Truppen gemeinsam eingesetzt.

Krankenversicherung: Mit dem Tag ihrer Einschreibung beginnt für Studenten der Krankenversicherungsschutz. Dies entschied das Bundessozialgericht in Kassel (Az.12 RK 36/85).

Fremdsprachen: Jeder Student soll, unabhängig vom Fach, eine Fremdsprache als Pflichtfach studieren. Das schlug der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Professor Berchem, vor.

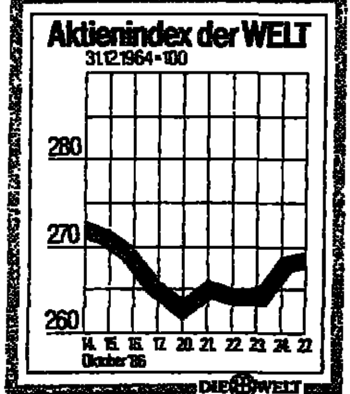
Unfälle: Im ersten Halbjahr 1986 sind 13 Prozent mehr Kinder als ein Jahr zuvor bei Verkehrsunfällen getötet worden.

Austausch: Der chinesische Justizminister Zou Yu hält sich für eine Woche in der Bundesrepublik auf. Zou Yu will ein Abkommen über einen Juristenaustausch unterzeichnen.

WIRTSCHAFT

Norwegen: Das nordische Land ist der einzige Staat Europas, der mit seinen Energievorkommen reich geworden ist. Aus dem einstigen „Armenhaus des Nordens" wurde eine der wohlhabendsten Gegenden der Welt. In Düsseldorf stellt sich das Land mit der Ausstellung „Energieland Norwegen" vor. Ein WELT-Report informiert über Norwegen.

Börse: An den deutschen Aktienmärkten hat sich das Geschehen gestern nicht belebt. Am Rentenmarkt ermäßigten sich die Kurse öffentlicher Anleihen. WELT-Aktienindex 269,31 (269,10). BHF-Rentenindex 106,074 (107,316). BHF-Performance-Index 106,779 (106,903). Dollarmittelkurs 2,0378 (2,0239) Mark. Goldpreis je Feinunze 409,75 (410,50) Dollar.



KULTUR

Florenz: In drei Ausstellungen von grundverschiedenem Charakter wird in Florenz Europas Kultur präsentiert. Von den griechischen Göttern bis zum deutschen Expressionismus werden historische Raritäten gezeigt. (S. 23)

Hof: Die Internationalen Hofer Filmtage wurden 20 Jahre alt. Mittelpunkt der Feiern waren dennoch der Film und seine Macher. Auf dem Programm des muntersten aller deutschen Festivals stand „Weltklasse". (S. 23)

SPORT

Fußball: Mit dem Mönchengladbacher Rahn sagte der sechste Spieler für das morgige Länderspiel gegen Österreich seine Teilnahme ab. Für Rahn wird der Schalker Thon spielen. (S. 9)

Tennis: Boris Becker wird morgen beim Grand-Prix-Turnier in Paris sein erstes Spiel gegen den unbekannten Hugo Nunez aus Ecuador bestreiten. Eric Jelen trifft auf Agenor aus Haiti.

AUS ALLER WELT



Notlandung: Nachdem ein thailändischer Airbus A300 über Japan 8000 Meter absackte und in Osaka notlandete, fahnden jetzt Luftsicherheitsexperten nach der Unfall-Ursache. Bei der Notlandung waren 62 der 247 Passagiere (Foto) verletzt worden. (S. 24)

Moskauer Nächte: Wenn in Moskau die Lichter angehen, werden die leichten Mädchen hellwach. Doch nun scheinen die „Geschäfte" überhand zu nehmen. Das tabuisierte Thema wird jetzt in der Presse aufgegriffen. (S. 24)

Geheimnisverrat im Fall Höke übertrifft die Befürchtungen

Generalbundesanwalt erhebt Anklage / Kein Interesse an Austausch

WERNER KAHL, **Bonn/Karlsruhe**

Durch die Agententätigkeit der früheren Sekretärin im Bundespräsidialamt Margret Höke sind der Kreml und die „DDR"-Führung bereits seit Anfang der 70er Jahre über geheime Entscheidungen in der Bundesregierung und über Konsultationen mit den Verbündeten informiert worden. Das geht aus den jetzt abgeschlossenen Ermittlungen gegen die frühere Mitarbeiterin des Amtes hervor.

Das Ausmaß des Verrats übertrifft nach Kenntnis informierter Stellen die Befürchtungen, die bei der Enttarnung der Präsidialamtssekretärin im Sommer vergangenen Jahres gehegt worden waren. Die Bundesanwaltschaft hatte nach Angaben von Generalbundesanwalt Kurt Rebmann sämtliche im Bundespräsidialamt aufbewahrten Quittungsbücher auswerten lassen, in denen die Weitergabe von Akten mit der Einstufung „Geheim" und „VS-Vertraulich" von 1971 an festgehalten ist. Dabei stellte sich heraus, daß die Sekretärin mehr als 1800 geheime oder vertrauliche Dokumente quittiert hatte.

Über Frau Höke wurden geheime Akten, die nur für den Bundespräsidenten bestimmt waren, weitergeleitet, obwohl sie gar nicht im Vorzimmer der ehemaligen Präsidenten Heinemann (1969–1974), Scheel (1974–1979) und Carstens (1979–1984) gesessen hatte. Dokumente, teilweise höchster Geheimhaltungsstufe, kamen vor allem aus dem Bundeskanzleramt, dem Auswärtigen Amt, dem Bundesverteidigungsministerium und dem Bundesnachrichtendienst sowie aus dem Bundessicherheitsrat.

In den Verhören hat die Sekretärin nach Informationen der WELT inzwischen gestanden, rund 15 Jahre für den Osten spioniert zu haben. Die in Bad Oeynhausen geborene Frau war nach eigenen Angaben im Sommer 1968 „auf offener Straße" in Bonn von dem späteren Agentenführer Franz Becker angesprochen worden. Becker stellte sich als Pädagogik-Student an der Bonner Universität vor, eine erfundene Geschichte, wie die Abwehr herausfand.

Der östliche Geheimdienst hatte den Werber auf die ledige Sekretärin angesetzt, die bereits seit 1959 im Bundespräsidialamt beschäftigt war. Sie gehörte zum „Schlüsselpersonal", ermächtigt zum Umgang mit verschlüsselten geheimen Schriftstükken. In dieser Funktion rückte Frau Höke als Sekretärin in das Vorzimmer eines Abteilungsleiters auf, dem die Bereiche für Auswärtiges und militärische Angelegenheiten unterstanden.

Für Dokumentenablichtungen erhielt die Agentin eine als Lippenstift getarnte Kamera. Als Frau Höke ihren Agentenführer auf eine Heirat ansprach, zog sich der Agent aus Bonn zurück. An seine Stelle trat ein Ehepaar „Hübner" aus der Schweiz. Diese Kuriere im Fall Höke sollen demnächst im Kanton Luzern vor Gericht gestellt werden.

Der Generalbundesanwalt wird in Kürze vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf gegen Margret Höke Anklage erheben. Mit dem Prozeßbeginn ist nicht vor dem späten Frühjahr 1987 zu rechnen. Nach Informationen der WELT zeigte die frühere Präsidialamtssekretärin kein Interesse daran, duch Austausch in den Osten überstellt zu werden.

DER KOMMENTAR

Die Arglosen

WERNER KAHL

Das Jahr 1987 wird für den Generalbundesanwalt in Karlsruhe zum Jahr der Abrechnung im Umgang mit Staatsgeheimnissen. Auf dem Terminplan des Staatsschutzes steht dann der Prozeß gegen eine langjährige Agentin im Bundespräsidialamt.

Die frühere Abteilungssekretärin in der Staatsspitze ist das bisher letzte überführte Glied einer Kette von Agenten, die sich seit Anfang der siebziger Jahre durch die Vorzimmer und Amtsstuben der höchsten Staatsämter zog – im Bundeskanzleramt war es der aus der „DDR" eingeschleuste und an Bundeskanzler Willy Brandt zielgenau herangespielte Günter Guillaume, um nur den bekanntesten Namen aus der Besetzungsliste von Staatssicherheitsdienst und KGB in Bonn zu nennen. Wie schon nach der Enttarnung Guillaumes, offenbart sich jetzt nach dem Abschluß der Ermittlungen im Spionagefall am Sitz des deutschen Bundespräsidenten erneut ein Übermaß an arglosem Vertrauen gegenüber einer scheinbar unentbehrlichen und loyalen Mitarbeiterin. Durch ihre Hände gingen Akten, die sie nie hätte sehen dürfen.

Der anstehende Prozeß wird dank ihres umfassenden Geständnisses vielleicht noch gründlicher als in der Guillaume-Affäre zu Tage bringen, über welche Ausspähungsmöglichkeiten die „Sicherheitspartner" gerade in den Jahren der Entspannung verfügten. Über ein Jahrzehnt konnten die Führungen in Ost-Berlin und Moskau an der Präsidialamts-Quelle aus außenpolitischen, innerdeutschen und militärischen Bonner Entscheidungsprozessen schöpfen, als habe es Guillaume nie gegeben. Das doppelte Spionage-Netz bis in höchste Staatsämter verdeutlicht erneut, wie systematisch die östlichen Geheimdienste vorgehen.

Nur einen Ausschnitt davon zeigt das Gruppenbild mit Dame in der Villa Hammerschmidt. Aus dem Fall sind nicht erst beim Prozeß Schlußfolgerungen zu ziehen.

Wird Strauß bei Syrien um Rat gefragt?

Bonn wartet Beratungen der EG-Außenminister ab / „Kulturgipfel" bewertet Reykjavik positiv

BERNT CONRAD/DW. **Frankfurt**

Bonn und Paris stehen den britischen Sanktionsforderungen gegen Syrien sehr zurückhaltend gegenüber. Dies wurde während des deutsch-französischen „Kulturgipfels" in Frankreich deutlich. Die Bundesregierung wird voraussichtlich morgen über ihr Verhalten gegenüber Damaskus beraten. Bonn will den Bericht des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Stavenhagen, über die Beratungen des EG-Außenministerrats in Luxemburg abwarten. Dort wollte der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe gestern seinen europäischen Amtskollegen eindeutige Beweise für die Beteiligung Syriens an den vereitelten Bombenanschlag des zu 45 Jahren Haft verurteilten Terroristen Hindawi vorlegen. Auf diese Weise will London seinen Appell an die Partner, sich dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Syrien anzuschließen, Nachdruck verleihen.

Der Bonner Regierungssprecher Schmülling schloß nicht aus, daß Mitglieder der Bundesregierung auch den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß um seine Beurteilung der Vorwürfe an die Adresse Assads bitten werden. Strauß werden gute Kontakte zu dem syrischen Staatspräsidenten nachgesagt. Der CSU-Politiker bemüht sich seit längerem, Syrien in den Kreis der arabischen Staaten zu bringen, die konstruktiv an einer Nahost-Lösung mitwirken.

Bei den Gesprächen zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Staatspräsident François Mitterrand sowie Premierminister Jacques Chirac und der Außen- und Verteidigungsminister zeigte sich bereits zum Auftakt des deutsch-französischen Treffens, daß Bonn und Paris in der Beurteilung der Ergebnisse von Reykjavik übereinstimmen.

Grundlage der Frankfurter Beratungen war der zurückliegende Besuch des Kanzlers in Washington. Dabei wurde zweierlei deutlich:

- Mitterrand und Chirac betrachten die Begegnung von Reykjavik ebenso wie der Kanzler als eine wichtige Station, die der Abrüstung zusätzliche Impulse bringen könne. Die Tür zu weiteren Verhandlungen bleibe offen. Kohl ging sogar noch weiter: Nach seiner Einschätzung bestehen gute Chancen für die Abhaltung eines zweiten Reagan/Gorbatschow-Gipfels im Jahre 1987.
- Paris und Bonn sind sich darin einig, daß eine Null-Lösung bei den Mittelstrecken-Raketen in Europa – die von den Franzosen sehr skeptisch beurteilt wird – eine Überwindung des Ungleichgewichts bei den Kurzstrecken-Raketen und den konventionellen Streitkräften erforderlich macht.

Befriedigt zeigten sich Mitterrand und Chirac über den Beschluß der Bundesregierung, sich an der Vorbereitungsphase des Raumgleiters „Hermes" zu beteiligen. Kohl ist überzeugt, daß die vom Haushaltsausschuß des Bundestages verhängte Finanzsperre bald wieder aufgehoben wird.

Fall Lappas: Karlsruhe bittet um Aussetzung der Beugehaft

Bonner Landgericht weist Beschwerde des BGAG-Chefs zurück

DIETHART GOOS, **Bonn**

Der Gewerkschaftsmanager Alfons Lappas soll vorläufig auf freiem Fuß bleiben. Wenige Stunden nach der Entscheidung des Bonner Landgerichts, Lappas wieder in Beugehaft zu nehmen, ersuchte der Vorsitzende des Neue Heimat-Untersuchungsausschusses, Heinz Günther Hüsch, gestern nachmittag den Bonner Ermittlungsrichter Hertz-Eichenrode, die Beugehaft wieder auszusetzen.

Wie das Ausschußsekretariat mitteilte, entsprach Hüsch damit einer Bitte des Bundesverfassungsgerichts, mit der Beugehaft bis zur Entscheidung über die von Lappas beantragte Einstweilige Anordnung über deren Rechtmäßigkeit zu warten. Die Entscheidung des Verfassungsgericht über Lappas' Beschwerde und die Einstweilige Anordnung wird für den 5. November erwartet.

Das Bonner Landgericht hatte zuvor die Beschwerde des Vorstandsvorsitzenden der DGB-Finanzholding BGAG, Alfons Lappas, gegen die Erzwingung seiner Zeugenaussage vor dem Untersuchungsausschuß Neue Heimat durch Beugehaft rechtskräftig zurückgewiesen. Richter Hertz-Eichenrode hatte die Frankfurter Polizei ersucht, den Haftbefehl gegen Lappas zu vollstrecken. Lappas war am 19. Oktober auf dem IG-Metall-Kongreß verhaftet worden.

Bereits 20 Minuten nach Bekanntwerden der gestrigen Landgerichtsentscheidung war beim Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, Heinz Günther Hüsch, ein Schreiben von Lappas mit dem Appell eingegangen, sich dafür einzusetzen, den erneuten Vollzug der Beugehaft auszusetzen, bis das Bundesverfassungsgericht über deren Rechtsmäßigkeit befunden hätte.

Lappas sagte der „Bild"-Zeitung: „Natürlich bin ich bereit, dem Untersuchungsausschuß Fragen zu beantworten. Aber er muß sich auf Fragen beschränken, die sich auf die Neue Heimat und den Verkauf an Herrn Schiesser beziehen. Ich hatte nie die Absicht, den parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu desavouieren. Aber zu allen Fragen, die mittelbar oder unmittelbar mit dem laufenden Rechtsstreit zwischen dem Untersuchungsausschuß und der BGAG zusammenhängen, kann ich nicht Stellung nehmen."

‚Deutscher Markt kein Motor für USA'

Studie: Importabhängigkeit für amerikanisches Handelsbilanzdefizit verantwortlich

SABINE SCHUCHART, **Bonn**

Der Sogeffekt des relativ kleinen deutschen Absatzmarktes reicht nicht aus, um die US-Wirtschaft zu beeinflussen. Mit dieser Auffassung hat sich jetzt das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in die deutsch-amerikanischen Auseinandersetzungen eingeschaltet. Dabei geht es um die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland durch stärkeres Wachstum die Konjunktur in den USA stützen könnte.

Eine Ankurbelung der deutschen Konjunktur sorge nicht automatisch für kräftige Ausfuhrsteigerungen amerikanischer Produkte in die Bundesrepublik Deutschland, heißt es in der Analyse der bilateralen Konjunktur- und Außenhandelsentwicklungen. Selbst wenn die US-Exporte in die Bundesrepublik Deutschland kräftig zunehmen würden, hätte dies nur geringe Auswirkungen auf die Wirtschaftslage in den USA.

Die Kölner Wirtschaftsforscher führen folgendes Beispiel an: Obwohl sich die Bundesrepublik Deutschland von Anfang 1968 bis Ende 1970 in einer kräftigen Aufschwungphase befunden habe – bei starkem Wachstum der US-Exporte –, hätten sich in den USA mehr und mehr rezessive Kräfte durchgesetzt. Auch der starke deutsche Importsog sei nicht in der Lage gewesen, die sinkende Tendenz der US-Konjunktur zu verändern.

Für den Zeitraum von 1960 bis 1985 hat das IW herausgefunden: Bei einem Wachstumsgefälle zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland tendierten die Ausfuhren nicht regelmäßig in Richtung des wachstumsstärkeren Landes. In acht Jahren, in denen das deutsche Wachstumstempo höher war als das amerikanische, haben die US-Exporte in die Bundesrepublik Deutschland nur dreimal überdurchschnittlich zugenommen. Fünfmal gab es „falsche" Reaktionen, nämlich eine unterdurchschnittliche Zunahme der Ausfuhren. Andererseits werden, so das IW, durch ein stärkeres Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland nicht automatisch die deutschen Exporte in die USA gedrückt und damit die Staaten von der Importseite her entlastet.

Auch die Dollarabwertung kann nach Auffassung des IW zu einem Abbau des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits nur einen bescheidenen Beitrag leisten. Die Verschlechterung der amerikanischen Handelsbilanz um 112,3 Milliarden Dollar zwischen 1980 und 1985 sei vor allem durch die wachsende Importabhängigkeit der amerikanischen Wirtschaft entstanden. Dabei habe sich gezeigt, daß die US-Einfuhren weit stärker von der Entwicklung der Inlandsnachfrage als von Wechselkurseffekten beeinflußt würden.

Eine Konjunkturabschwächung in den Vereinigten Staaten hätte demnach stark negative Wirkungen auf die amerikanische Importnachfrage zur Folge. Besonders betroffen wäre die deutsche Industrie, für die die USA in den vergangenen beiden Jahren zum zweitwichtigsten Auslandskunden aufgerückt sind.

Zweifel an Projekt „Raumfahrt 2000"

Kü. **Bonn**

Das Bundesforschungministerium hat in einem Orientierungsrahmen „Raumfahrt 2000" vorgestellt, wie die Bundesregierung in den nächsten beiden Jahrzehnten bei der weiteren Eroberung des Weltraums Schritt halten will. Experten aus der Raumfahrtindustrie bezweifeln jedoch schon heute, ob die hochfliegenden Projekte finanzierbar und politisch durchsetzbar sind. Uneinigkeit zwischen den Europäern erschwert die notwendigen Entscheidungen.

Seite 8: Konzept nicht in Sicht

„SPD-Programm nicht finanzierbar"

DW. **Köln**

Als Gefahr für Aufschwung und Stabilität hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) das von der SPD in Offenburg beschlossene Programm bezeichnet. Es sei nicht finanzierbar, schwäche die Leistungskraft der Unternehmen und damit die Einkommens- sowie Beschäftigungschancen aller privaten Haushalte, so der Verband in Köln. Das SPD-Programm übertrage letztlich Staat und Bürokratie die umfassende Zukunftsvorsorge.

Seite 2: Umverteilung anders

Braucht Arbed neue Hilfen?

UR. **Bonn**

Die saarländische SPD-Fraktion hat an die Bundesregierung appelliert, ihrer „Verantwortung" für die Stahlindustrie nachzukommen. SPD-Fraktionschef Reinhard Klimmt äußerte sich in diesem Zusammenhang „empört" über Versuche der Opposition aus CDU und FDP, der Landesregierung die Verantwortung für Saarstahl-Völklingen anzulasten. Die saarländische CDU hatte in der vergangenen Woche davon gesprochen, daß das Unternehmen über den bereits genehmigten Beihilfebedarf weitere 100 Millionen Mark benötigen werde. Klimmt nannte gestern keine konkreten Zahlen, wies jedoch darauf hin, daß die Stahlkrise nicht nur Arbed betreffe, sondern beispielsweise auch die Maxhütte in Bayern.

Die SPD-Fraktion erklärte, es sei „unverständlich", warum für die Stahlindustrie keine Programme wie für die Landwirtschaft aufgelegt würden.

Papst-Appell hat Kohl „tief bewegt"

DW. **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat den Aufruf von Papst Johannes Paul II., für einen weltweiten Waffenstillstand einzutreten, begrüßt. In einem Fernschreiben an Kardinal-Staatssekretär Agostino Casaroli betonte Kohl, der gestrige Aufruf anläßlich des Weltgebetstages für den Frieden in Assisi habe ihn „tief bewegt".

„Er entspricht der Sehnsucht aller Völker der Welt, vor allem auch des deutschen Volkes, bewaffnete Auseinandersetzungen zu vermeiden und den Frieden in der Welt zu sichern und zu bewahren." Die Bundesregierung wolle das ihr mögliche dazu beitragen, daß der Gebetstag in Assisi ein „wirksames Zeichen" setze.

Der Papst hat den von ihm ausgerufenen Tag des Friedensgebets in der norditalienischen Stadt Assisi mit einem ersten gemeinsamen Gebet eröffnet, an dem Geistliche verschiedener Religionen teilnahmen.

Seite 12: Sehnsucht nach Frieden

Treffen mit Grünen abgesagt

DW. **Bonn**

Ein für diese Woche in Bonn vorgesehenes Treffen von SPD-Linken mit Vertretern des Vorstands und der Bundestagsfraktion der Grünen kommt nicht zustande. Die Initiatoren des Gesprächs, die beiden der „Friedensbewegung" nahestehenden Theologen Greinacher und Deile, begründeten dies in einem Brief mit Terminschwierigkeiten und „internen Problemen".

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Gert Weisskirchen, der zu den Eingeladenen gehörte, sagte gestern, bei dem geplanten Gespräch hätten keine möglichen Bündnis- oder Koalitionsfragen behandelt werden sollen. Vielmehr sollte es einen Erfahrungsaustausch über die Parlamentsarbeit von solchen Politikern geben, die sich der demokratischen Linken zugehörig fühlten. Um möglichen Fehlinterpretationen vorzubeugen, habe die SPD-Gruppe jedoch auf das Treffen verzichtet.

Paris garantiert Wallmann die Entlastung des Rheins

Auf „Kulturgipfel" auch Zusage über Bleifrei-Benzin

ULRICH REITZ, **Bonn**

Bundesumweltminister Walter Wallmann hat von seinem französischen Amtskollegen Carignon während des deutsch-französischen „Kulturgipfels" die Zusage erhalten, daß Paris das Rheinabkommen einhalten wird. Vom 5. Januar kommenden Jahres an werden die Salz-Einleitungen aus Kali-Bergwerken in den Strom erheblich vermindert: Um 20 Kilogramm pro Sekunde oder einer Million Tonnen Salz pro Jahr.

Bevor sich Paris jetzt bereiterklärte, die Zusage von Anfang Oktober einzuhalten, hatte die französische Regierung sich über den massiven Widerstand aus dem Elsaß und Lothringen, den Hauptproduzenten der schädlichen Salze, hinwegsetzen müssen. Sie hatten sich geweigert, die Salze in den Boden zu „verpressen". Das Problem wird jetzt dadurch gelöst, daß der Streusalz-Vorrat aufgestockt wird. Was übrig bleibt, wird gelagert. Mit der französischen Zusage wird sich auch die Wasserqualität in den Nebenflüssen des Rheins verbessern.

Nach Ablauf der „ersten Phase" des Abkommens sollen in einem weiteren, auf zwei Jahre befristeten Schritt die Ableitungen nochmals um 40 Kilogramm Salz pro Sekunde vermindert werden. Die gesamte Entlastung betrüge dann drei Millionen Tonnen im Jahr.

Wenn Wallmann vom „Kulturgipfel" aus Frankfurt zurückkehrt, hat er ein weiteres französisches Versprechen im Gepäck. Frankreich will innerhalb der EG das deutsche Vorhaben unterstützen, die Ausbreitung bleifreien Benzins zu beschleunigen. In Bonn wird allerdings darauf hingewiesen, daß die britische Zusage in dieser Frage konkreter als das Entgegenkommen der Franzosen ausgefallen ist. Bis zum Sommer kommenden Jahres will London das Netz der Bleifrei-Tankstellen von elf auf „mehrere Hundert" Zapfsäulen erhöhen.

Während des „Dreiertreffens" der Umweltminister hat Wallmann auch Gespräche mit Österreich und der Schweiz über eine beschleunigte Ausbreitung des Tankstellen-Netzes für Bleifrei-Benzin geführt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Es wird warm für Buwitt

Von Dieter Dose

Die Berliner CDU muß Flagge zeigen. Denn die Entscheidung, ob ihr wegen einer unbezahlten Rechnung ins Zwielicht geratener Fraktionsvorsitzender Dankward Buwitt (47) als Fraktionschef und Vorsitzender des parlamentarischen Hauptausschusses noch tragbar ist, hat ihr der auf Wunsch Buwitts einberufene Ehrenrat des Parlaments nicht abgenommen. Vier honorige Persönlichkeiten verschiedener Couleur, Nicht-Parlamentarier, haben dem Abgeordneten Buwitt nur einen halben Persilschein ausgestellt.

Gestützt auf eine Anhörung Buwitts, konnte der Ehrenrat nicht feststellen, daß der Abgeordnete B. „Verhaltensregeln verletzt hat". Man gehe von der Richtigkeit der von ihm mitgeteilten Tatsachen aus. Die weitaus brisantere und von Buwitt dem Ehrenrat vorgelegte Frage, „ob die Handhabung (seiner) privaten Angelegenheit mit dem Vorsitz im Hauptausschuß und der CDU-Fraktion vereinbar ist", fühlte der Ehrenrat sich nicht berufen, zu beantworten.

Berlins mittlerweile bekannteste Heizung hat Buwitt in die Schußlinie gerückt. Sie wurde laut Buwitt nach ihrem Einbau vor drei Jahren nicht bezahlt, weil sie nicht funktionierte. Zweitrangig ist, ob die Rechnung 29 000 DM oder (die SPD hat so ein Papier) genau 32 011,99 DM betrug.

Entscheidend ist: Bezahlt hat er keine der beiden Rechnungen – ein Dokument darüber, daß er seinerzeit die Bezahlung wegen Schlechterfüllung verweigert habe, hat er nicht vorgelegt – vielmehr lebt er seit drei Jahren mit der von ihm als defekt beschriebenen Heizung.

Hinter alledem steht, daß ein in den Berliner Skandal verwickelter Baulöwe den Einbau vermittelt hat. Es gibt den Verdacht, daß – ohne Buwitts Wissen – die Kosten auf ein öffentlich gefördertes Bauvorhaben aufgeschlagen worden sein sollen. In der Richtung wird ermittelt.

Pfusch am Heizungsbau – das kleinere Problem. Berlin kann nicht dulden, daß in der Politik gepfuscht wird. Der Ehrenrat hat den schwarzen Peter wieder der Union zugeschoben. Buwitt muß nun zumindest in der Fraktion die Vertrauensfrage zur Abstimmung stellen. Besser noch wäre es, er zeigte die Souveränität, um des selbstverschuldeten Anscheins willen die Konsequenz zu ziehen.

Andere fragen erst

Von Peter Schmalz

Salzburg und Innsbruck: zwei reizende Städte im Nachbarland Österreich, beide Sitz einer Landesregierung, der hier wie dort ein Landeshauptmann der konservativen ÖVP vorsteht. Doch die Gemeinsamkeiten haben auch ihre Grenzen – beispielsweise dann, wenn es um die deutsche Wiederaufarbeitungsanlage geht.

Beginnen wir mit Salzburg: Regierungschef Haslauer ließ sich von einer Anti-WAA-Stimmung ohne nähere Prüfung der Umstände in eine Konfrontation mit Bayern treiben und mußte sich bei einem Gespräch in der Münchner Staatskanzlei, einem Schulbuben gleich, erst einmal die Hintergründe eines kerntechnischen Versorgungskreislaufes erläutern lassen. Was ihn allerdings nicht hinderte, über sein Landespressebüro im Sommer eine sogenannte „Gäste-Information" zu finanzieren, die von längst widerlegten oder verdrehten Angaben strotzt.

Und in Innsbruck? Haslauers Tiroler Parteifreund und Kollege Wallnöfer ließ sich vom Geschrei der Straße nicht verwirren und handelte mit kühlem Kopf. Erst informieren und dann entscheiden, ob protestiert wird, war die Devise. Aus Bayern wurden die WAA-Unterlagen erbeten und einem international anerkannten Fachmann vorgelegt. Professor Ortwin Bobleter, Vorstand des radiochemischen Instituts der Innsbrucker Universität, prüfte sorgfältig und ohne Zeitdruck, sein Gutachten liegt jetzt vor.

Tenor des Papiers: Wackersdorf ist keine Gefahr für Österreich. Dazu holt sich der Tiroler nun noch ein zweites Gutachten des Wiener Bundesumweltamtes, ehe er wohlpräpariert vor seinen Landtag tritt.

In den Beziehungen zwischen Bayern und Österreich wäre viel politisches Porzellan heil geblieben, hätte der Salzburger ähnlich überlegen gehandelt wie der Tiroler. Aber Haslauer half mit, einen Scherbenhaufen anzurichten. Das Innbrucker Gutachten könnte ihm jetzt helfen, von Protestpodest herunterzukommen und mitzuwirken, daß zu beiden Seiten der Salzach wieder das freundschaftliche Verhältnis einkehrt, wie es seit Generationen Tradition ist.

Frau Aquino und Enrile

Von Jochen Hehn

Ist Juan Ponce Enrile ein ehrenwerter Mann? Entspringt seine ständige Kritik an Corazon Aquino tatsächlich einer ernsten Sorge um die philippinische Nation, die neu errungene Demokratie, oder dient sie als Vehikel ehrgeiziger Pläne?

Enrile sieht die kommunistische Gefahr bedrohlich zugespitzt. „Fünf Minuten vor zwölf" sei es. Andere Militärs sagen das gleiche. Die mit der Guerrilla verhandelnde Regierung bestreitet dies. Enrile sucht auch keinen neuen Job, so läßt er wissen. Er sei und bleibe Verteidigungsminister. Das Präsidentenamt strebe er nicht an.

„Nicht mehr", sollte er ehrenhalber hinzufügen. Denn Tatsache ist, daß Enrile unter Marcos, dem er schon als Verteidigungsminister diente, augenfällig nach dem höchsten Amt schielte. Der mißtrauische Marcos stellte ihn in seinem eigenen Ministerium kalt.

Und Enriles Militärrevolte gegen Marcos, im Februar mit General Ramos in Szene gesetzt? Sie mußte von den Volksmassen gegen anrückende Marcos-Truppen beschützt werden und ebnete für Corazon Aquino den Weg in den Präsidentenpalast. Aber hatte die Revolte dieses Ziel? Tatsache ist, daß Enrile mit jeder Regierungsschelte – vorzugsweise vor einer breiten Öffentlichkeit vorgetragen – die Regierung Aquino schwächt; daß dadurch seine eigene Position jedoch, da die Maßregelung durch die Präsidentin bislang ausblieb, an Stärke gewinnt.

Schon fühlt sich Enrile stark genug, der Staatspräsidentin (und damit Oberkommandierenden der philippinischen Streitkräfte) Bedingungen zu stellen. Ermächtigt dazu glaubt er sich nach den Loyalitätsbezeugungen hoher Militärs und durch die vieltausendfache Zustimmung von „Nieder mit Cory" skandierenden Marcos-Anhängern, die Enrile schon wieder zu begeistern weiß. Wenn Enrile sagt, sein einziger Arbeitgeber sei das Volk, so bestreitet er die Autorität der Präsidentin selbst, der er sein Ministeramt verdankt. Doch das ist wohl die Absicht von Juan Ponce Enrile. Die Frage sei daher erlaubt: Tut er das allein aus Sorge für die Demokratie – der ehrenwerte Mann?



KLAUS BÖHLE

Umverteilung anders

Von Hans-Jürgen Mahnke

Nach dem Debakel bei dem Urnengang in Bayern tut sich die SPD noch schwerer, das Thema zu finden, mit dem sie den Bundestagswahlkampf bestreiten kann. Hoffnungen muß es schüren, um wenigstens den eigenen Anhang zu mobilisieren, ganz zu schweigen von der Mehrheit der Mandate, worauf Kanzlerkandidat Johannes Rau nach wie vor verbal setzt.

Was liegt daher näher, als dort anzusetzen, wo jeder Bürger besonders empfindlich reagiert, nämlich am Geldbeutel? Konkret: bei den Steuern. In der Tat ein Thema, über das gerade in jüngster Zeit heftig gestritten wird.

Auf ihrem Wahlparteitag in Offenbach haben es die Sozialdemokraten nicht nur aufgegriffen, sondern sie wollen es auch in das Zentrum der Auseinandersetzung schieben. Schon aus der Erkenntnis heraus: „Steuern sind unpopulär", wie es in ihrem Papier – sicherlich richtig – heißt. Ob daraus schon der Umkehrschluß gezogen werden kann, daß die Partei bei jenen, die weniger Steuern zahlen sollen, an Sympathie gewinnt, ist allerdings fraglich.

In Offenburg wurde der „Rau-Tarif '88" gekürt. Der Kanzlerkandidat nimmt die Sache selber in die Hand. Bisher hat er keine Namen benannt, mit denen so viel Kompetenz verbunden wird wie in den sechziger Jahren mit Karl Schiller und Alex Möller. Allenfalls Raus eigener Finanzminister in Düsseldorf, Diether Posser, ist der Öffentlichkeit bekannt geworden – durch den „Mexiko-Brief", mit dem er Raus Finanzpolitik in ein fürchterliches Licht rückte. Ihn herauszustellen müßte wohl schlafende Erinnerungen wecken.

Auch der Rau-Tarif variiert das für die SPD existentielle Thema Umverteilung. Es läuft jetzt unter dem Motto „Weniger Steuern für viele – Arbeit soll sich lohnen". Die Sozialdemokraten versprechen mit dem Rau-Tarif nicht das Blaue vom Himmel. Sie haben dazugelernt: höhere Staatsverschuldung ist für sie tabu. Die Entlastung für 1988 soll nicht über das hinausgehen, was die Bundesregierung bereits für die zweite Stufe der Steuerreform beschlossen hat. Sie soll aber anders verteilt werden.

Man stellt daher dem Rau- den Kohl-Tarif gegenüber. 90 Prozent aller Verheirateten und 80 Prozent aller Ledigen würden nach der Darstellung der SPD weniger Steuern zahlen, wenn ihre Vorstellungen statt denen der Regierung in die Tat umgesetzt würden. Der Rest zahlt also erheblich mehr, wenn die Entlastung gleichbleiben soll.

Ist das allein schon „gerecht"? Und wäre eine solche Politik allein schon deshalb unbürokratisch, weil die Kleinverdiener wegen der Anhebung des Freibetrages nichts mehr mit dem Finanzamt zu tun haben sollen? Zählt der Aufwand bei den anderen nicht? Ebenso fragt es sich, ob die Rau-Politik familienfreundlich ist, weil es ein einheitliches Kindergeld geben soll und die Freibeträge abgeschafft werden sollen. Wenn man Kinder über einen Gleichheitskamm schert, warum nicht auch die Erwachsenen?

Und ist der Rau-Tarif schon deshalb fair, weil die Senkung der Vermögensteuer rückgängig gemacht und dafür eine steuerfreie Investitionsrücklage eingeführt werden soll? Das geht weniger auf eine Investitions-Ermutigung als eine Investitionslenkung hinaus.

Sehr kurz springt die SPD, wenn sie den Rau-Plan allein deshalb als ökonomisch vernünftig bezeichnet, weil bei seiner Umsetzung die Massenkaufkraft gestärkt wird, „weil viele Verbraucher mit kleinen Summen die Konjunktur ankurbeln, anstatt daß wenige Spitzenverdiener ihr Geld auf Konten im In- und Ausland deponieren". Unternehmer und Manager als Sparer; es fehlt nur noch der Hinweis auf Steuerflucht. Diese Darstellung ist blamabel, selbst im Wahlkampf.



Steuersenkungen jetzt auch als SPD-Wahlschlager: Rau FOTO: DPA

Die Folgen einer solchen Steuerpolitik, beispielsweise für die Investitionen, werden gar nicht erst erörtert. Immerhin plädiert die SPD auch noch für eine fünfprozentige Ergänzungsabgabe für „Besserverdienende", um ihr Beschäftigungsprogramm Arbeit und Umfeld zu finanzieren, wodurch neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Umverteilung der Beschäftigung, weg von der Privatwirtschaft hin zum Staat?

Die SPD hat eine Chance vertan. Sie hätte die Möglichkeit gehabt, in diesem Bereich zumindest für eine gewisse Zeit die Meinungsführerschaft zu übernehmen. Aber nur dann, wenn sie Vorschläge für eine umfassende Steuerreform präsentiert hätte, die zu einer dauerhaften Entlastung der Steuerzahler und zu einer Vereinfachung der Gesetze führen würden. Der Hinweis auf das, was in den Vereinigten Staaten passiert und was für die Sozialdemokraten eine nachahmenswerte Grundidee ist, ist zu wenig. Und es reicht auch nicht die Ankündigung, eine Expertengruppe einzusetzen, die einen Bericht über den weiteren Weg zu einem gerechteren und einfacheren Steuersystem vorlegen soll.

Die SPD hätte hier die Regierungsparteien stellen können, wenn sie konkreter geworden wäre. Aber auch sie bietet nicht mehr als den Hinweis, daß Steuerabzugsmöglichkeiten und Steuerprivilegien in großer Zahl abgebaut werden müssen. Sie betont allerdings, daß auch bei der Steuerreform der neunziger Jahre der wichtigste Entlastungsbedarf nicht im oberen, sondern im unteren und mittleren Einkommensbereich liegen soll. Eine Absenkung der Spitzensteuersätze wird abgelehnt.

Mit Umverteilung aber ist eine Wirtschaft kaum auf Wachstum zu trimmen. Zeitweise waren auch die Sozialdemokraten davon überzeugt, daß es den Arbeitnehmern besser geht, wenn der Kuchen größer wird, der aufgeteilt werden soll, selbst wenn der Anteil nicht zunimmt. In der Steuerpolitik gilt diese Einsicht nicht mehr. Damit schwindet aber auch die Überzeugungskraft.

IM GESPRÄCH Jeffrey Archer

Politikers Ehrensache

Von Siegfried Helm

Das Leben schreibt immer noch die seltsamsten Geschichten, vor allem über Schriftsteller. Diese Erfahrung blieb jetzt auch Margaret Thatcher mit ihrem erklärten Lieblingsautor Jeffrey Archer nicht erspart. Wer mit Thrillern Auflage macht wie er, der müsse auch das Zeug zur Verkaufskanone für Politik haben, meinte sie und reaktivierte den (wie soll man's nennen: abgebrochenen?) Unterhausabgeordneten Archer für die Politik.

Er sollte dem nach der Westland-Affäre angeschlagenen Image der Tories als stellvertretender Parteivorsitzender die Zugkraft eines Thrillers geben. Statt dessen hat er die Partei in eine neue Imagekrise gestürzt. Margaret Thatchers „Golden Boy", der die Kampfmoral des Parteifußvolks heben sollte, mußte den Hut nehmen, weil er plötzlich als die Unmoral in Person dasteht. Ein Polit-Sexskandal um ihre Wahllokomotive, ihren Basis-Chefeinpeitscher – das hat den Tories gerade noch gefehlt.

Frau Thatcher hat den Schaden. Sie hatte Archer gegen den Rat von Partei-Schwergewichten ernannt. Sex in der Politik ruft in England die Puritaner heraus. Das zeigten die Affären um Profumo, um die Lords Lambton und Jellicoe und um Cecil Parkinsons Seitensprung.

Jeffrey Archer ist der Mann der Blitzkarriere, der immer wieder zum Ikarusflug ansetzt, doch beim Fall aus höchsten Höhen weich landet. Als Pädagogikstudent in Oxford hängte er die besten Sprinter ab. Als Organisationstalent von Rang erwies er sich, als er die Beatles zu einem Dinner mit Harold Macmillan zusammenbrachte. 1966 ging er mit 26 in die Politik und hob auf Anhieb Lord Fiske aus dem Sattel. Er wurde das jüngste Mitglied des Großlondoner Stadtrats. Mit 29 war er der jüngste Abgeordnete in Westminster. Dann kam der erste Sturz: Archer hatte auch den Ehrgeiz, reich zu werden. Doch er setzte aufs falsche Pferd (auch mit geborgtem Geld). Als drei Direktoren der kanadischen Firma Aquablast wegen Betrugs vor Gericht kamen und Archer mit Schulden von damals 2,5 Millionen Mark dastand, stellte er sein Mandat 1974 zur Verfügung. Er verlegte sich aufs Schreiben von Thrillern.



Wer setzte die Dame auf ihn an? Archer FOTO: CAMERA PRESS

„Es ist nicht alles Gold, was glänzt" wurde ein Renner. Archer beschrieb, wie ein paar Reingefallene, Opfer eines internationalen Finanzbetrügers, dem Mann das Fell über die Ohren ziehen, der sie bis aufs Hemd ausgezogen hatte. Er schrieb seine Knüller jeweils in Rekordzeit von wenigen Wochen. Ihr Stil ist danach. Aber Archer ist ein talentierter Geschichtenerzähler, und mit seinen Büchern kommt man „im Flug" über den Atlantik. Fünfzehn Millionen soll er mit ihnen verdient haben – die Schulden jedenfalls sind weg.

In seinem Polit-Thriller „First Among Equals", der in England als erste Archer-TV-Seifenoper läuft, wird ein Politiker nach einem Seitensprung mit einer Prostituierten erpreßt. Für Archer wurde aus Fiktion Wirklichkeit. Eine Dame des Gewerbes, mit der er „bestimmt" nichts gehabt habe, legte ihn aufs Kreuz. Noch ist unklar, wer diese Dame auf ihn ansetzte und wieso er auf sie hereinfiel. Jedenfalls aber hielt Archer sich an den Titel seines jüngsten Erfolgsromans „A Matter of Honour" und tat, was ihm Respekt einbrachte: Er trat von seinem Parteiamt zurück.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

SÜDWEST PRESSE

Das Ulmer Blatt meint zum SPD-Parteitag:

Wenn es ein Signal aus Offenburg gibt, dann ist es die dort bewußt vorgenommene Betonung eines zweiten programmatischen Standbeins: Die SPD will weg vom Image der bloßen Sozialversicherungspartei, die nur noch dort zulegt, wo die Arbeitslosigkeit hoch, die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes groß ist. Am Thema Steuergerechtigkeit hat Rau exemplarisch deutlich gemacht, daß es der SPD um ein größeres Wählerreservoir gehen muß, will sie am 25. Januar einen Stich machen ... für die baden-württembergische SPD und ihren Vormann Dieter Spöri ist Offenburg mit dieser Akzentuierung eines neuen Profils auf der Habenseite abzubuchen.

Westfälische Nachrichten

Die Münsteraner Zeitung sieht schwarz für rote Gewerkschaften:

Die Gefahr der eigenen Überheblichkeit, sozusagen die vierte Gewalt im Staat zu sein, geht Hand in Hand mit jener, die Einheitsgewerkschaft aufs Spiel zu setzen und damit den DGB fast ausschließlich im linken Spektrum anzusiedeln. Welche Möglichkeit bleibt christlichen, erst recht christdemokratischen, Arbeitnehmern dann noch zur Mitarbeit? ... Und wenn per Gewerkschaftsbeschluß die ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagraphen 218 (was hat denn die IG Metall damit zu tun?) gefordert wird. Rosig sind die Aussichten nicht, daß sich die Situation nach der nächsten Bundestagswahl entspannt.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Sie bemerken, daß Frau Thatcher ihre Pappenheimer kennt:

Margaret Thatcher ist realistisch genug, in ihrem Kampf gegen den syrischen Staatsterrorismus von ihren EG-Partnern nicht zuviel an Unterstützung zu erwarten. Die britische Regierungschefin weiß nur zu gut, daß die EG-Regierungen zwar stark in Worten, aber schwach in Taten sind... Die Europäer müssen sich langsam entscheiden, ob sie wirklich gemeinsam gegen den Terrorismus vorgehen, oder weiterhin als Papiertiger dastehen wollen.

L'EST ECLAIR

Die Zeitung aus Troyes gibt für den Umgang mit Syrien zu bedenken:

Es scheint, Paris sei in Verlegenheit. Einerseits möchte man bekunden, daß man unter solchen Umständen mit unseren englischen Freunden und Partnern eine Front bildet und daß die Union Europas nicht ein leeres Wort ist, aber auf der anderen Seite möchte man auch nicht Syrien und Präsident Assad weh tun, den man inständig bittet, für die Freilassung der Geiseln (in Libanon) zu intervenieren. Man darf einige Zweifel hinsichtlich der Wirksamkeit einer solchen Diplomatie hegen. Bisher hat sie nichts erbracht... In einer solchen Situation muß man klar Partei ergreifen.

Senator Kuhbier und was die Verbraucher brauchen

Von einem, der auszog, den Bundestag das Fürchten zu lehren / Von Uwe Bahnsen

Brokdorf – für die Hamburger Sozialdemokraten und ihren Senat ist dieser Atommeiler an der Unterelbe, der seit zwei Wochen Strom produziert, so etwas wie ein Riff geworden, an dem ihre Energiepolitik zu scheitern droht, vor der Bürgerschaftswahl des 9. November. Die kurzatmige Hektik, mit der die SPD in der Hansestadt und vor allem die Spitzengenossen Klaus von Dohnanyi und sein Energiesenator Jörg Kuhbier seit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl am 26. April versuchen, im Lager der Kernkraftgegner auf Stimmenfang zu gehen, ist in Sachen Brokdorf vor allem in den letzten Wochen deutlich geworden.

Am 16. September ging Dohnanyi persönlich mit der Botschaft in die Öffentlichkeit, sein Senat wolle auf der Grundlage eines „Grobkonzepts" die Energieversorgung Hamburgs ohne die Atomenergie sicherstellen. In diesem Rahmen sei die Landesregierung „gegen die Inbetriebnahme des KKW Brokdorf, da dieses für die Stromversorgung nicht erforderlich ist." Als die Bundesregierung und die Kieler Landesregierung das anders sahen und die Genehmigungen erteilten, um Brokdorf an das Netz gehen zu lassen, drohte Dohnanyi mit einer Klage auf der Grundlage des Atomgesetzes. Nur zwei Wochen später, am 14. Oktober, mußte der Senat zugeben, daß er mit diesem Vorhaben auf dem Holzweg war.

Nicht Dohnanyi, sondern sein Senatssprecher Thomas Mirow hatte der Öffentlichkeit zu erklären: „Das Atomgesetz bietet keine Klagemöglichkeit gegen Brokdorf". Drei Tage danach, am 17. Oktober, kam es in der Aktuellen Stunde des Bundestages zu jenem peinlichen Auftritt des Energiesenators Kuhbier, der den Regierungschef Dohnanyi inzwischen zu einem Distanzierungs- und Entschuldigungsbrief an seinen Kieler Amtskollegen Uwe Barschel veranlaßt hat.

Zu Kuhbiers Bonner Ausfällen hatte die Feststellung gehört, die Betriebsgenehmigung für Brokdorf sei eine „bewußte Provokation" nicht nur der Kernkraftgegner, sondern insbesondere des Stadtstaates Hamburg, und: sie solle der Hamburger CDU im Bürgerschaftswahlkampf helfen. Kuhbier wörtlich: „Kein Verbraucher braucht Brokdorf". Nun aber, eine Woche danach, werden zwei bemerkenswerte Briefe der Hamburgischen Electricitätswerke (HEW) – der Aufsichtsratsvorsitzende heißt Jörg Kuhbier – an das Wirtschaftsministerium des Landes Schleswig-Holstein bekannt.

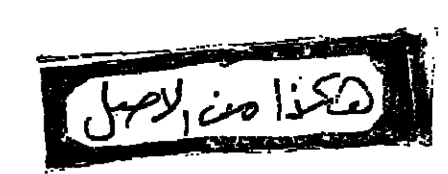
In diesen Briefen – der eine trägt das Datum des 30. April, wurde also nach Tschernobyl geschrieben, der andere stammt gar vom 13. August – wird die betriebswirtschaftliche Begründung für die „sofortige Vollziehbarkeit" der Betriebsgenehmigung gegeben und dabei auf die geplante Umrüstung des Kohlekraftwerkes Wedel verwiesen. Insbesondere für diesen Zeitraum gebe es ein „großes wirtschaftliches Interesse der HEW an der gesicherten Leistung aus dem Kernkraftwerk Brokdorf". Auch bestehe während des Brennelementwechsels im Kernkraftwerk Brunsbüttel „bereits ein Leistungsengpaß, der z. T. aus dem Verbundnetz gedeckt werden muß". Handfeste Zahlen zur Ersparnis an Brennstoffkosten und zur Reduzierung der Schadstoffemissionen runden die HEW-Begründung für die möglichst schnelle Betriebsaufnahme in Brokdorf ab.

Der Vorgang zeigt, mit welcher Leichtfertigkeit sich hier eine Landesregierung auf den Weg gemacht hat, um aus Parteiraison und Wahlkampfinteresse einen Einstieg in den Ausstieg aus der Kernenergie zu proben, dessen Konsequenzen die Genossen offenbar mit den Fachleuten im eigenen Energieversorgungsunternehmen nicht oder nicht ausreichend erörtert haben.

Das ist peinlich für den Promoter dieser Politik, Bürgermeister Klaus von Dohnanyi. Es ist verheerend für seinen Energiesenator und HEW-Aufsichtsratsvorsitzenden Jörg Kuhbier, der bei seinen markigen Worten im Bundestag die Positionen seines Vorstandes in Sachen Brokdorf entweder nicht kannte, was blamabel genug wäre – oder er wußte um die beiden Briefe, dann tönte er im Bonner Parlament wider besseres Wissen.

Dazu kommt noch etwas anderes. Die Landesregierung möchte – das sieht das „Grobkonzept" vor – den HEW-Vorstand durch Änderung der HEW-Satzung auf den Ausstieg aus der Kernenergie verpflichten. Diese Änderung (die natürlich auch schwere Haftungsprobleme mit sich brächte) ist im Senat so bitter umstritten wie seinerzeit das Ausstiegsvorhaben zu Bürgermeister Kloses Zeiten.

Klose ist darüber gestürzt. Was diese Entwicklung für seinen Nachfolger Dohnanyi bringt, könnte schon der Wahltag anzeigen. Zudem denken Hamburgs Nachbarländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen über eine Senatspolitik nach, die unablässig die „Gemeinsamkeit des Nordens" beschwört und im Ernstfall in den Opportunismus wegtaucht.



Ungetüme rollen Tag und Nacht für den Fortschritt

Strom und Wasser – in Anatolien klingen diese Worte wie Fortschritt und Zukunft. Das gewaltige Projekt des Atatürk-Staudamms soll von 1992 an das Land mit beidem versorgen. Daß die Türken Strom aus der Kraft des Euphrat gewinnen, stört die Nachbarn nicht. Aber ihre Bewässerungs-Pläne erregen den Unmut vor allem der Syrer.

Von PETER M. RANKE

Durch die grünen, staubigen Straßen von Urfa (früher Edessa) streifen türkische Soldaten mit Maschinenpistolen im Anschlag. Moderne Wohnblocks schauen auf alte Stein- und Lehmhäuser herab. Minarette stechen in den blauen Himmel. Hier mischen sich Türken und Kurden. Der Ausnahmezustand ist noch nicht aufgehoben. Die syrische Grenze ist nicht weit, von dorther sollen Agenten und Terroristen eingeschleust werden. Die türkische Armee ist alarmiert, auf dem Luftstützpunkt Diyarbakir starten und landen heulend die Starfighter und Phantoms.

In diesem etwas unruhigen Landstrich mit weiten trockenen Ebenen, mit Kalkbergen ohne Wälder und nur einigen ärmlichen Dörfern bauen 7000 Türken einen Hochdamm, der bereits den Namen des Republik-Gründers Atatürk trägt. Es ist die größte Baustelle des Vorderen Orients. Ein Projekt mit Assuan-Dimensionen.

Aber anders als damals in Assuan in Oberägypten, wo russische Vorarbeiter und Ingenieure tonangebend waren und selbst in den Kränen und Lkws saßen, liegt der Bau des fünftgrößten Staudamms der Welt allein in türkischen Händen. Das Konsortium ATA aus drei türkischen Baufirmen hat 1983 den Staatsauftrag erhalten, für rund vier Milliarden Dollar den 180 Meter hohen Schüttdamm zu bauen, ein Wasserkraftwerk mit acht Turbinen zu errichten und 9000 Quadratkilometer Land zwischen Euphrat, Tigris und der syrischen Grenze zu bewässern. Das entspricht der landwirtschaftlich genutzten Fläche der Schweiz.

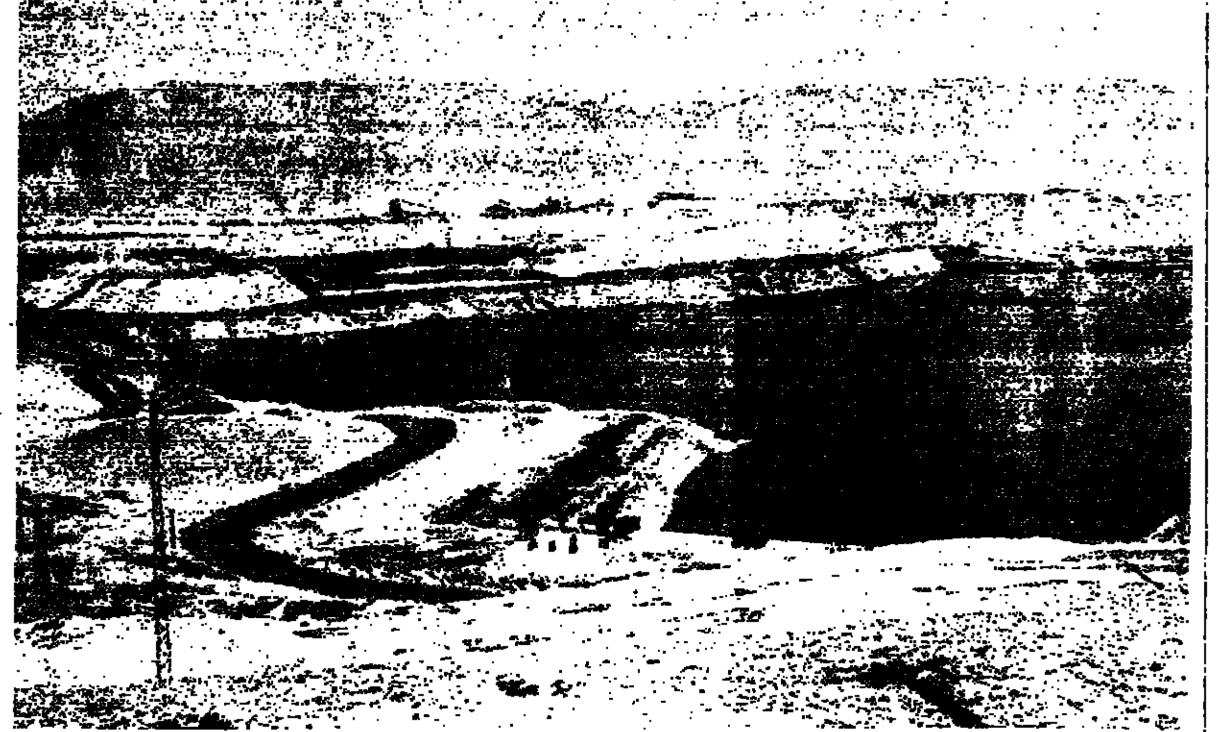
„Wir zeigen, daß wir das können", sagt stolz Baustellenleiter Bayindir. Schon ist der Euphrat gestaut, das Flußwasser schießt jetzt durch die drei großen Tore des Umleitungskanals und fließt dann in einem 200 Meter breiten Bett weiter nach Syrien und Irak. Der Grundriß des Dammes mit seinem Herzen aus Lehm und Ton ist bereits zu erkennen, die Kontrollgalerie als Betontunnel im Fundament ist fertig, und alle zwei Minuten rollen jetzt die schweren Kipper mit Basaltgestein, Kies und Lehm zum Aufschütten des Dammes heran: insgesamt 84 Millionen Kubikmeter Schüttmasse werden gebraucht.

Die Türken verstehen zu organisieren. Im nahen Basaltsteinbruch fressen sich sechs hydraulische Schaufelbagger der deutschen Firma Orenstein & Koppel wie vorsintflutliche Saurier hinein in das dunkle Gestein. Es sind mit 200 Tonnen Gewicht die schwersten und modernsten der Welt. Mit vier Griffen ihrer riesigen Schaufeln fassen sie rund 80 Tonnen gebrochenes Gestein und füllen damit einen der haushohen amerikanischen Kipper. 300 von diesen Ungetümen sind eingesetzt. Alle zwei Minuten rollt einer vom Steinbruch zum Damm, eine pausenlose Kette qualmender, hupender und ächzender Ungetüme.

Gearbeitet wird in zwei Schichten von je achteinhalb Stunden, auch sonntags und nachts. Die Arbeiter sind froh, daß der heiße Sommer mit Temperaturen um 40 Grad vorbei ist, aber nun drohen Regen und Kälte. „Bis 1992 sollen wir mit dem Damm und dem Kraftwerk fertig sein", berichtet Ingenieur Martin Mattyska (37) aus Oldenburg. Seit 13 Monaten besorgt er den Maschinenpark der deutschen Firma. „Das ganze Gerät, zerlegt in viele Einzelfrachten, hier in diese Einöde zu transportieren, war schon eine irre Leistung", sagt er.

Während die türkischen Arbeiter zu sechst bis acht in Baracken leben, in Kantinen gut verpflegt werden und einen Monatslohn von 200 bis 300 Mark erhalten, leben die wenigen Ausländer wie auch Diplomingenieur Udo Gräf von der Consulting-Gesellschaft Lahmeyer International mit dem türkischen Establishment in kleinen Villen mit je vier Wohnungen. Es gibt Schulen, kleine Gärten, aber keine Klima-Anlagen. „Das ist kein Paradies hier", meint Martin Mattyska, auch wenn er in einem Supermarkt einkaufen kann. Aber wenn Mattyska als Junggeselle den Swimmingpool benutzen will, darf er es nicht, wenn türkische Frauen anwesend sind. So streng sind auch in der Türkei die moslemischen Bräuche.

Das Beton-Fundament des Kraftwerks wird gerade gegossen, fast am Fuß des Dammes werden acht Turbinen-Aggregate von je 300 Megawatt die Elektrifizierung der östlichen Türkei vorantreiben. Immerhin besitzt die Türkei neben Norwegen die größten Wasserkraftwerk-Reserven Europas und hofft dank des Atatürk-Dammes später einmal ein Strom-Exportland für die Nachbarn zu werden, zumindest aber den Eigenbedarf decken zu können.


Baustelle Atatürk-Damm: Vor den Lehm- und Geröllmassen, von denen 84 Millionen Kubikmeter aufgeschüttet werden, staut sich der Euphrat. 9000 Quadratkilometer Land sollen bewässert werden FOTO. PETER M. RANKE

Unterhalb der Dammkrone, die fast 2000 Meter lang wird, wobei der Damm an der Basis 560 Meter breit ist, werden acht in Deutschland gebaute Druckrohrleitungen das Euphrat-Wasser hinunter zu den Turbinen leiten. Die Ausmaße dieses Bauwerkes gehen auch daraus hervor, daß jede dieser Druckrohrleitungen zwischen 515 und 640 Meter lang sein wird und einen Durchmesser von sechs bis sieben Metern hat. Die elektrischen Anlagen bauen die Schweizer Firmen BBC und Sulzer-Escher Whyss, das Gesamtprojekt wird vom türkischen Staat, der US-Eximbank und internationalen Banken finanziert. „1988 wird jedes türkische Dorf Licht haben", schwört Energieminister Sudi Turel zur Begründung der energiepolitischen Anstrengungen. 35 Prozent des Budgets gibt Ankara jährlich für den Ausbau von Elektrizität und Bewässerung aus.

Die Türken schulen ihre Arbeiter auf der Baustelle. „Wir haben Leute, die können nicht lesen und schreiben, aber ihren Lkw fahren sie wie alte Trucker", erklärt Bauingenieur Kemal Sevindik im Ersatzteillager. Immerhin sind am Damm über 1000 Maschinen im Einsatz, vom Bagger bis zur Bohrmaschine, von schweren Mercedes-Lastern bis zu gelben Caterpillar-Kippern mit übermannshohen Rädern. Das Ersatzteillager ist zweistöckig gebaut, die Werkstätten arbeiten Tag und Nacht. Jeden Tag werden 200 000 Liter Benzin, Diesel und Öl verbraucht.

Die türkischen Ingenieure weisen darauf hin, daß man den Atatürk-Damm nicht als Einzelprojekt sehen dürfe, sondern im Zusammenhang werten müsse. Schließlich gehört zu dem großen Damm im Euphrat, den die Türken Firat nennen und der nur drei Monate im Jahr nach der Schneeschmelze Hochwasser führt und im Sommer fast austrocknet, auch das große Bewässerungsprojekt für drei bis vier Provinzen, das schon in Angriff genommen wurde.

Oberhalb des Atatürk-Dammes führen zwei 26 Kilometer lange, 7,5 Meter hohe Betontunnel das Euphrat-Wasser in die Harran-Ebene und andere Gebiete. Daran schließen sich Verteiler-Kanäle an, die eine Gesamtlänge von 633 Kilometer haben werden und deren Wasser das trockene Land zum Blühen bringen soll. Dazu kommen Pumpstationen und kleinere Dämme, an denen schon gearbeitet wird. Weizen, Baumwolle, Zuckerrüben, Weintrauben und Obstbäume sollen den Neusiedlern Verdienst einbringen. Immerhin müssen wegen des Stausees 93 Dörfer geräumt werden, viele sind es schon.

Da das Gebiet von Türken und Kurden bewohnt wird, fürchten die Kurden eine weitere „Türkisierung" durch die Bewässerungsvorhaben. Türkische Fachleute sprechen hingegen von notwendiger Entwicklung, geben aber zu, daß künftig vor allem den Syrern und Irakern das Euphrat-Wasser abgedreht, zumindest aber zugeteilt werden kann. Es gibt keine Regierungsverträge über die Verteilung des Euphrat- oder Tigris-Wassers. Da der Tigris in Irak zahlreiche Nebenflüsse aufnimmt, der Euphrat aber nur den Khabur-Fluß, sind vor allem die Syrer die Leidtragenden, falls die Türken die Schleusen schließen – was sie nicht zu tun gedenken, wie Ankara betont.

Schon heute klagen syrische Politiker darüber, daß die Turbinen am Assad-Damm bei Rakka wegen Wassermangels nur zu 30 bis 40 Prozent genutzt werden können; von den acht Turbinen sind manchmal nur drei in Gebrauch. Natürlich macht Damaskus dafür die türkischen Dämme am Euphrat verantwortlich und hat gegen den Atatürk-Damm so heftig protestiert, daß die Weltbank „kalte Füße" bekam und sich nicht an seiner Finanzierung beteiligte.

Die Türken erklären, fast das gesamte Euphrat-Wasser entspringe in Anatolien, daher könnten sie es auch nutzen. Tatsächlich nehmen sie mit dem Atatürk-Damm bald den dritten großen Staudamm am Euphrat in Betrieb, ohne Rücksicht auf die südlichen Nachbarn zu nehmen. Der Keban-Damm, der seit 1974 Euphrat-Wasser für ein Kraftwerk (1240 Megawatt), nicht zur Bewässerung, staut, gibt das Wasser des Flusses an den Karakaya-Damm weiter, der 180 Kilometer vor dem Atatürk-Damm liegt. Das Karakaya-Kraftwerk nimmt Anfang 1987 die Produktion auf und wird 1800 Megawatt liefern. Seine 173 Meter hohe Betonstauwand gilt schon heute in Anatolien als Weltwunder, auch hier lieferten Schweizer Firmen die Turbinen.

Die Stauseen aller drei Dämme ergänzen einander und bilden im Grunde einen einzigen, riesigen See. Der Wasservorrat vom Keban bis zum Atatürk kann nun bei Wassernot ergänzend und ausgleichend eingesetzt werden. Die Syrer und Iraker regt die Elektrizitäts-Gewinnung der Türken wenig auf, da dieses Wasser durch die Turbinen ja ohnehin zu ihnen kommt. Sie kritisieren allerdings heftig die umfangreichen Bewässerungs-Vorhaben am Atatürk-Damm, da ihnen dieses Wasser verlorengeht und sie künftig mit dem Vorlieb nehmen müssen, was die türkischen Schleusen durchfließen lassen. Allein der Atatürk-Stausee wird eineinhalbmal so groß sein wie der Bodensee, wenn er erst einmal vollgelaufen ist – was Jahre dauern kann.

Der massive Atatürk-Damm ist, wie Experten versichern, gegen Erdbeben gefeit, seine Turbinen und Leitungen aber kaum gegen Sabotage. Die syrische Grenze und das sowjetische Waffenarsenal sind nahe. Daran müssen wir denken, als auf der Baustelle zwei türkische Kampfflugzeuge im Tiefflug über uns hinwegfegen. Künftige Kriege in Nahost könnten nicht mehr um den Golf, das Öl oder um Jerusalem geführt werden, sondern um das knappe Wasser. (SAD)

300 km
Ankara
Kizilirmak
TÜRKEI
Erzincan
Erzurum
Firat
Kebanstausee
Elazig
Mus
Kayseri
Großer Salzsee
Malatya
Karakayastausee
Murat
Vansee
Seyhan
Euphrat
Atatürkstausee
Diyarbakir
Tigris
Adana
Mersin
Gaziantep
Urfa
Mardin
Mittelmeer
Aleppo
Assadstausee
Rakka
Mossul
ZYPERN
Latakia
SYRIEN
Khabur
IRAK
DIE WELT

„Einschüchtern lassen wir uns jedenfalls nicht"

Was tun Diplomaten, wenn ihnen das Gastland von heute auf morgen das einheimische Personal „streicht"? Eine höchst akute Frage für die Amerikaner in Moskau.

Von R.-M. BORNGÄSSER

Die Milizionäre stehen wie immer gelangweilt vor dem gewaltigen Gebäude der US-Botschaft an der Uliza Tschajkowskowo und beobachten die rein- und rausgehenden Besucher. Die Lichter brennen in den Büros an diesem trüben Oktobervormittag. Im nahen Neubau der Botschaft, der erst teilweise bezogen ist, steht das Milizionärhäuschen im Morast.

Auf den Fluren hört man keine russischen Laute mehr, nur breites Amerikanisch schallt einem entgegen. Denn die sowjetischen Hilfskräfte der US-Botschaft in Moskau und auch des Konsulats in Leningrad wurden schlagartig abgezogen. Moskau beantwortete mit dieser Maßnahme die Ausweisung von 55 sowjetischen Diplomaten aus den USA. Putzfrauen, Fahrer, Techniker wurden von heute auf morgen abgezogen, ungeachtet der Kündigungsfrist von zwei Wochen. 260 sowjetische Bedienstete, zum Teil Hausangestellte, blieben auf Befehl des Außenministeriums dem Dienst fern. Wer dennoch kam und weiter arbeiten wollte, wurde von der Miliz zurückgewiesen.

Doch die Amerikaner in Moskau geben sich gelassen. Jaroslaw Werner, der Pressesprecher, den scheinbar nichts aus der Ruhe bringen kann, meint: „Woher die nur diese Zahl haben, da haben sie wohl viele mitgezählt, die wir noch gar nicht kennen." Man spielt die Angelegenheit locker herunter, keine Pressekonferenz, kein Statement. Die hübsche Marguerite Squire von der Presse- und Kulturabteilung lacht nur auf die Frage, was nun werde: „Business as usual."

Das schaffen wir schon selber, lautet die Devise. Man krempelt die Ärmel hoch und packt selber mit an. Kaum hatte es sich herumgesprochen, daß die russischen Arbeitskräfte nicht zum Dienst erscheinen würden, klingelten bereits die Telefone in der US-Niederlassung heiß. Ehefrauen von Geschäftsleuten aus der amerikanischen Kolonie boten spontan ihre Hilfe an, ob nun in der Küche oder im Büro.

„Es ist eine großartige Erfahrung", strahlt Anne, Ehefrau eines akkreditierten Geschäftsmanns. „Ich habe früher als Sekretärin gearbeitet, jetzt kann ich wieder zeigen, was ich kann." Eine andere freiwillige Hilfskraft setzt hinzu: „Die armen Russen, viele von ihnen haben hier so gern gearbeitet, was wird nur aus denen?" Unter dem abgezogenen Personal, auf dessen Rücken nun der „Diplomatenkrieg" ausgetragen wird, sind Sowjetbürger, die bereits seit vielen Jahren bei den Amerikanern arbeiten. Sowjets, die wie selbstverständlich sagen: „My kak w Amjerikje" (Wie wir in Amerika).

Einsatzstäbe bemühen sich um eine rasche, reibungslose Umstrukturierung, die normalen Geschäftsablauf garantiert. „Einschüchtern lassen wir uns jedenfalls nicht", meint ein Department-Sekretär. „Fällt das Kantinenessen jetzt aus, gehen Sie nun alle ins Restaurant?" Lachende Antwort: „Aber natürlich nicht, das würde doch viel zu lange dauern, oder kennen Sie die russischen Restaurants nicht?"

Auch im nahen Arbat, wo die pompöse Residenz des amerikanischen Botschafters Arthur A. Hartman steht, wurde das gesamte sowjetische Dienstpersonal abgezogen. Dennoch fand der angesetzte Empfang am Wochenende in der Residenz statt. Donna Hartman, die elegante Frau des Botschafters, band sich die Schürze um, stellte sich in die Küche und kochte das Menü selber. Und Arthur Hartman sitzt nun selbst am Steuer seiner schwarzen Limousine – sehr zum Erstaunen der Milizionäre.

In der Kropotkinskaja Uliza, nahe der Moskwa, befindet sich die Zentrale der Moskauer UPDK. Diese unter Stalin gegründete „Verwaltung für die Betreuung des diplomatischen Korps" mit ihren mehreren tausend Mitarbeitern untersteht offiziell dem sowjetischen Außenministerium. Westlichen Geheimdiensten zufolge soll sie eine „Unterfiliale des KGB" sein, die für die Einschleusung von Spitzeln in Botschaften, Residenzen, Auslands-Büros und Redaktionen westlicher Zeitungen zuständig ist.

Die UPDK sorgt für alles: von der Wiege bis zur Bahre. Diese allgewaltige Abschirmbehörde soll vor allem den Kontakt zwischen westlichen Ausländern und dem Sowjetbürger verhindern. Ob es sich nun um Benzincoupons handelt, um Eisenbahnfahrkarten oder Flugscheine für Reisen innerhalb der Sowjetunion oder Hotelzimmer-Buchungen, die UPDK macht es möglich – oder auch nicht. Die UPDK bestimmt die Wohnungs- und Bürovermietung, setzt den Preis fest, der in der Regel zwanzigmal höher liegt als der normale Mietzins in der Sowjetunion, natürlich auch in Devisen. Die wichtigste Funktion aber erfüllt die UPDK im Bereitstellen von Dienstpersonal. Diese Behörde bestimmt, welche Sekretärin, Dolmetscherin, Lehrerin, Putzfrau, welches Kindermädchen oder welcher Fahrer bei wem arbeiten darf.

Für die UPDK zu arbeiten ist ein besonderes Privileg. Denn die Gehälter, die von den Ausländern für diese sowjetischen Kräfte gezahlt werden müssen, liegen in der Regel um das Doppelte höher als der normale Verdienst in der Sowjetunion. Dafür müssen sich diese Ausländer-Betreuer aber auch wöchentlich Kursen unterziehen, in denen sie ideologisch immer wieder stramm gefestigt werden. Hier wird das Personal auch nach den Fremden abgefragt. Erwächst mitunter eine Loyalität, Sympathie oder gar Liebe zum Klassenfeind, dann wird der Betreffende ohne große Umstände abgezogen.

Oder – wie jetzt – aus Gründen der „großen Politik".

Hallen mit Vergangenheit und neuer Zukunft

Es ist ein glücklicher Zufall, daß die Hallen der alten Tresorfabrik an der Panke noch stehen. Kein Zufall ist es, daß sie nun eine Attraktion für Bildende Künstler sind.

Von P. HANS GÖPFERT

Kunst, Wissenschaft, Bildung haben in diesem armen Lande einen schwereren Kampf gegen die widerstrebende Natur zu führen gehabt als vielleicht irgendwo anders, und in gesteigerter Dankbarkeit gedenkt man jener Reihenfolge organisatorischer Fürsten, die seit anderthalb Jahrhunderten Land und Leute umgeschaffen, den Sumpf und den Sand in ein Fruchtland verwandelt und die Rohheit und den Ungeschmack zu Sitte und Bildung herangezogen haben" – fast möchte man Theodor Fontanes Anmerkungen zum alten Wedding aus den „Wanderungen durch die Mark Brandenburg" über den Eingang der eben eingeweihten Berliner Bildhauerwerkstatt schreiben. Das Zitat hat für die Entstehungsgeschichte dieser Institution eine unvermutete Aktualität – wenn auch in einzelnen Punkten mit umgekehrten Vorzeichen.

Kultursenator Volker Hassemer kann heute mit Stolz von einem Projekt „aus dem Bilderbuch guter Stadtpolitik" sprechen. Mag Hassemer anderswo, mit seiner Intendanten-Entscheidung für die Staatstheater, noch langfristig unter Beweisdruck stehen – hier im Wedding hat er einen der stärksten Aktivposten seiner Kulturpolitik. Bereits als Umweltsenator, glücklicherweise zuständig für Gewässerplanung wie auch für den Landeskonservator, legte er die Basis für dieses prestigekräftige Projekt seines heutigen Ressorts.

Er stieß vor fünf Jahren eher zufällig auf die Shed-Hallen an der Panke: Damals stand er am anderen Ufer des Panke-Flüßchens, um die Ruine des historisch interessanten „Luisenbades", dessen Betrieb Ende des letzten Jahrhunderts eingestellt worden war, zu besichtigen und Möglichkeiten der Restaurierung zu prüfen, als er drüben die Industrie-Gebäude mit der langen Reihe von Schrägdächern bemerkte. Die Hallen waren bereits geräumt. Ihr Abriß im Zuge des Flächennutzungsplanes stand fest. Das Gelände sollte als Rückhaltebecken für die Panke – die Berliner nennen das Gewässer die „Stinkepanke" – geflutet werden. Tatsächlich machte das Bezirksamt noch einen Tag, bevor die höchst bemerkenswerte Industrie-Architektur unter Denkmalschutz gestellt wurde, Anstalten, die Anlage sozusagen über Nacht abzureißen. Für den Rückstau der Panke wurde indessen eine Alternative gefunden. Das Gebäude, das zuletzt noch notdürftig für Rockkonzerte, Zirkusquartiere und Ausstellungen hergehalten hatte, war gerettet – wofür es einmal dienen sollte, wußte damals niemand.

Die Shed-Hallen waren 1897 für die Arnheimsche Kassen- und Tresorfabrik, Deutschlands ältesten Betrieb dieser Art, der zugleich Königliche Kunst- und Hofschlosserei war, fertiggestellt worden. Die Kulturverwaltung verwirklichte nun gemeinsam mit dem gewerkschaftlich organisierten Berufsverband Bildender Künstler Berlins (BBK) ein in Deutschland und weit darüber hinaus einmalige Projekt der Künstlerförderung in den restaurierten Hallen der Osloer Straße 102.

Schon seit geraumer Zeit betreibt der BBK in einem anderen Baudenkmal, dem ehemaligen Bethanien-Krankenhaus in Kreuzberg, eine vorbildliche Druckwerkstatt. Gerade die Bildhauer in Berlin aber brauchten dringend ihre eigene „Fabrik". Die langen Transportwege für Kunstwerke und Materialien, die Struktur der Galerien-Landschaft, nicht zuletzt aber die besonderen Atelier- und Geräte-Anforderungen machten den Plastikern hier das Leben nicht immer leicht. Das wird sich jetzt ändern.

Die Architekten Claus Claussen und Jochen Langeheicke, die für ihre Büros schon die benachbarte ehemalige Papiermühle an der Panke restauriert hatten, haben die Shed-Hallen mit großer Behutsamkeit für die neuen Zwecke hergerichtet – sogar die alten Sprossenfenster konnten durchweg erhalten werden, durch eine geschickte Hinterblendung beinahe unsichtbarer Dämmfenster. Die große schiffsartige Halle mit weit umlaufenden Galerien, in die das Licht von den Seiten und durch die Sheds flutet, vermittelt einen großartigen Eindruck. Hier hat eben schon ein Probelauf mit Steinbildhauern für ein Plastik-Ensemble am Berliner Kranoldt-Platz stattgefunden.

Vorerst stehen 2900 Quadratmeter Arbeitsfläche in weiten Hallen und kleineren Räumen für Steinbildhauerei, Holzbearbeitung, Gips- und Steinguß, Montage und Stahlbau, Keramik und Formbau zur Verfügung. Als Werkstattleiter ist der Bildhauer Gustav Reinhardt aus der renommierten Gruppe „Odious", gelernter Karosseriebauer und Architekt, schon seit längerem in der Werkstatt aktiv. Ein Boots- und ein Maschinenbauer wurden bereits als Meister für die Holz- bzw. Metallabteilung engagiert. Alle traditionellen bildhauerischen Techniken sind praktizierbar, nur mit giftigen Kunststoffen wird nicht gearbeitet, und auch der Bronzeguß bleibt, nicht zuletzt mit Rücksicht auf die in der Stadt tätigen Betriebe, ausgespart.

Der Senat hat 4,6 Millionen Mark in den Bau investiert. Das Zahlenlotto spendierte 1,15 Millionen für die technische Ausstattung. Der gewaltige Keramik-Brennofen ist ebenso imponierend wie die 40 Meter lange freistehende Kranbahn mit ihren fahrbaren „Brücken" und „Katzen". Die günstige jährliche Finanzierung hat, wie das Gesamtprojekt, Originalität. So trägt zwar der Senat die Hauptlast (200 000 Mark), der BBK wird mit 30 000 Mark aus seinen Mitgliedsbeiträgen an die Kandare genommen. Darüber hinaus aber trägt der Appell an die Solidarität der „etablierten Bildhauerkollegen" schon Früchte. Die Idee stammte von dem inzwischen verstorbenen Waldemar Grzimek. Neben anderen haben Ursula Sax, Bernhard Heiliger, Michael Schoenholtz, Brigitte und Martin Matschinsky-Denninghoff und Joachim Schmettau, der Schöpfer des populären Brunnens an der Gedächtniskirche, zugesagt, von ihren Honoraren aus öffentlichen Aufträgen fünf Prozent für die Werkstatt abzuzweigen.

Berliner Bildhauer werden, möglichst ohne bürokratische Zwänge, in der Arnheimschen Tresorfabrik Zeit, Platz und Gerät finden, um hier ihre Arbeiten zu realisieren, nicht zuletzt auch größere Skulpturen für den öffentlichen Raum. Und daß die neue Werkstatt weit über Berlin hinaus Beachtung finden wird, ist sicher. Rechtzeitig zur Eröffnung hat einer der aktivsten Sponsoren im deutschen Kunst- und Ausstellungs-Getriebe, der Tabakriese Philip Morris, angekündigt, daß er in den nächsten drei Jahren jeweils sechs Künstlern halbjährliche Stipendien à monatlich 2000 Mark zahlen wird, deren Plastiken dann in Wettbewerbs-Ausstellungen zusammengefaßt werden können. Außerdem will Philip Morris mit renommierten Künstlern aus Europa und den USA Workshops in Wedding veranstalten.

Auch für den Kontakt der Künstler zur interessierten Bevölkerung ist gesorgt. Spaziergänger werden an der Panke flanieren können, wo die Bildhauer in den wärmeren Monaten auch im Freien arbeiten und ausstellen. Und der bis dato reichlich „zögerliche" Bezirk scheint inzwischen auch zu merken, daß ihm hier eine Attraktion erwächst, wie sie mit der Abrißbirne nicht so leicht geschaffen worden wäre. Sogar die Zukunft des „Luisenbades" gegenüber scheint jetzt gesichert: Dort zieht eine öffentliche Bücherei ein.


Auf 2900 Quadratmetern lichtdurchfluteter Arbeitsraum für Bildhauer


Die Shed-Hallen der ehemals Arnheimschen Kassen- und Tresorfabrik an der Panke
FOTOS: STORY PRESS/BZ

DRK empört über Ausschluß Südafrikas

dpa, Genf

Der Präsident der Rotkreuz-Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, hat den Beschluß der Genfer internationalen Rotkreuz-Konferenz bedauert, die südafrikanische Regierungsdelegation auszuschließen. In einem dpa-Gespräch sagte er, daß der Antrag auf Ausschluß Südafrikas und die Abstimmung darüber „außer Zweifel einen schwerwiegenden Verstoß gegen die Statuten des Internationalen Roten Kreuzes" darstellen.

So unmenschlich Apartheid und Rassendiskriminierung seien, gebe es doch zahlreiche Verstöße gegen die Menschenrechte wie Krieg, Vertreibung oder Verbannung. Wenn es zu einer Übung werde, daß dafür verantwortliche Staaten jetzt ausgeschlossen werden, dann würden gerade die Menschen schutzlos, die der besonderen Fürsorge des Roten Kreuzes bedürften. Am südafrikanischen Beispiel beweise sich schon, „daß durch die Ausweisung der Rotkreuz-Delegierten gerade die 30 000 Flüchtlinge im Osten Südafrikas oder die 300 politischen Gefangenen, die vom IKRK betreut wurden, praktisch nun diesen Schutz entbehren müssen. Es bezahlen also wieder einmal diejenigen die Zeche, die nicht gefragt und die bisher von uns betreut wurden".

Es müsse versucht werden, „zunächst innerhalb der Rotkreuz-Gemeinschaft einen Ausweg aus dieser Situation zu finden, um die zunehmende Politisierung des Roten Kreuzes wieder rückgängig zu machen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

NH-Ausschuß bereitet Auftritt in Karlsruhe vor

Parlamentarier fordern Einsicht in BGAG-Protokolle

DIETHART GOOS, Bonn

Nach hektischen Wochen hat für den Untersuchungsausschuß Neue Heimat des Bundestages zumindest nach außen eine ruhige Woche begonnen. Öffentliche Zeugenvernehmungen sind ebensowenig vorgesehen wie interne Beratungssitzungen. Doch der Schein trügt. Der stattliche Apparat des Untersuchungsausschusses mit zahlreichen Juristen und Sachbearbeitern bereitet einen bisher einmaligen Auftritt vor. Am 5. November reisen der Vorsitzende Heinz Günther Hüsch (CDU) und seine Mitarbeiter zum Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe. Dort hat der Zweite Senat unter Vorsitz des Gerichtspräsidenten Wolfgang Zeidler eine öffentliche Beweisaufnahme angesetzt.

Bei dem ungewöhnlichen Termin geht es um die vom Ausschuß beantragte Beschlagnahme von Aufsichtsratsprotokollen der gewerkschaftseigenen Dachgesellschaft BGAG, die für die weitere Ermittlungstätigkeit des Untersuchungsausschusses von großer Bedeutung sind. Mit ihrem Beschlagnahmeantrag als Konsequenz aus der fortdauernden Aktenverweigerung durch die BGAG waren die Parlamentarier vor dem Frankfurter Amtsgericht und auch in der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht erfolgreich. Doch die DGB-Finanzholding wollte sich nicht beugen und rief das Bundesverfassungsgericht an.

Bevor der Zweite Senat darüber entscheidet, ob die Aktenbeschlagnahme mit dem Grundgesetz vereinbar ist, wollen die Verfassungsrichter beide Seiten anhören. Die BGAG vertritt den Standpunkt, der Untersuchungsausschuß habe kein Recht, Einblick in vertrauliche Geschäftsunterlagen der Firma zu nehmen. Demgegenüber vertreten die Abgeordneten den Standpunkt, nur das Studium der Aufsichtsratsprotokolle könne Klarheit über die Vorgeschichte des Niedergangs der Neuen Heimat bis hin zum spektakulären Verkauf des Wohnungsbauriesen für den symbolischen Preis von einer Mark an den Berliner Brotfabrikanten Horst Schiesser geben.

Noch immer wird im Untersuchungsausschuß darüber gerätselt, ob der Vorstandsvorsitzende der BGAG, Alfons Lappas, seine kategorische Aussageverweigerung aufgibt und doch noch in den Zeugenstand tritt. Bisher liegt eine offizielle Zusage des Gewerkschaftsmanagers nicht vor. Daher bleibt die Mehrheit des Untersuchungsausschusses bei ihrer Linie, durch Beugehaft Lappas zur Aussage zu zwingen. Alle anderen vom Ausschuß geladenen Zeugen, darunter DGB-Chef Ernst Breit sowie die beiden BGAG-Vorstandsmitglieder Freyberg und Wiesmeyer, ließen sich wegen dringender Termine entschuldigen. Offensichtlich wollen sie, so wird im Untersuchungsausschuß vermutet, die weitere Entwicklung im Fall Lappas abwarten, ehe sie sich zur Aussage entschließen.

Vormarsch der Frauen mit Reibungsverlusten

Neue Grüne-Abgeordnete mit hartem Kurs gegenüber SPD

D. G. Bonn

Unter dem Motto „Frauen an die Macht" rüsten weibliche Mitglieder der Grünen zum Marsch auf Bonn. Auf der Basis des Wahlergebnisses von 1983 mit 5,8 Prozent würden der neuen Bundestagsfraktion gemäß der Kandidaten-Aufstellung in den Landeslisten 1987 bei 28 Mandaten 64 Prozent Grüne Frauen angehören. Nach zwei weiteren Jahren könnte sich der weibliche Anteil sogar auf 67 Prozent erhöhen. Denn die Grünen Landesverbände von Berlin und Hamburg bleiben bei der Zweijahres-Rotation und wollen 1989 ihre Abgeordneten gegen Nachrücker austauschen.

Wie die Frauenreferentin beim Bundesvorstand der Grünen, Rita Lackmeister, gestern bei der Vorstellung Grüner Spitzenkandidatinnen der elf Landeslisten stolz verkündete, hätten sich die Frauen in der Partei auf Bundesebene wie in den Gremien der Länder durchgesetzt. Von den etwa 40 000 Parteimitgliedern sei ein Drittel weiblich. Von den 70 Grünen Mandaten in den Landtagen entfallen 34 auf Frauen.

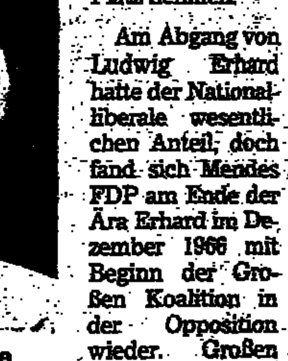
Doch der Vormarsch weiblicher Grüner Politikerinnen vollzieht sich nicht ohne Reibungsverluste. So konnte sich Siggi Fries als Vertreterin einer linken Minderheit nicht bei den Grünen in Bayern mit ihrer Bundestagskandidatur durchsetzen. Sie wechselte nach Berlin über und eroberte dort Platz drei der Landesliste. Nach mehreren Anläufen scheiterte Jutta Ditfurth als weitere prominente Vertreterin des radikalen Flügels endgültig beim Kampf um einen Platz in der Bundestagsfraktion. Von den tonangebenden weiblichen Mitgliedern der künftigen Grünen Bundestagsfraktion gehört eine Mehrheit jener Gruppierung an, die entweder ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten nach der Bundestagswahl ablehnt oder für die SPD nahezu unerfüllbare Forderungen stellt.

Trotz der bevorstehenden Bundestagswahl verstärken sich in der Grünen Partei Machtkämpfe und politische Auseinandersetzungen. Nachdem die beiden Grünen Bundestagsabgeordneten Udo Tischer und Torsten Lange wegen unüberwindbarer Gegensätze ihre Funktionen im Sozial- sowie im Verteidigungsausschuß niederlegten, ist jetzt das Vorstandsmitglied der nordrhein-westfälischen Grünen, Bettina Krems-Hemesath, unter Protest aus der Partei ausgetreten. Ihren spektakulären Schritt begründete die Bundestagskandidatin mit grundsätzlichen Differenzen in der Umweltpolitik.

Die Kritik von Frau Krems-Hemesath richtet sich sowohl gegen das Wahlprogramm der Grünen für die Bundestagswahl wie ihren politischen Kurs, der sich immer mehr von ökologischen Grundüberzeugungen entferne und dafür Einzelinteressen zuwende wie der feministischen Politik. Den meisten Grünen sei die Umwelt inzwischen egal oder nicht mehr so wichtig.

Von dem Erfolg mit Mende träumt die FDP heute noch

Von seinen Erfolgen träumen die Liberalen noch heute. Immerhin katapultierte der damalige FDP-Vorsitzende Erich Mende bei der Bundestagswahl am 17. November 1961 seine Partei auf die nie wieder erreichte Höhe von 12,8 Prozent. Heute vollendet Mende sein 70. Lebensjahr. Er kann mit Genugtuung auf ein erfülltes Politikerleben zurückblicken, das ihm neben großen Erfolgen auch bittere Niederlagen bescherte.



Wird 70: Erich Mende

Die Entwicklung der FDP ist mit Mende eng verbunden. Schon bald nach Kriegsende schloß sich der mit höchsten Tapferkeitsauszeichnungen dekorierte Berufsoffizier und Dr. jur. den Freien Demokraten an. Seit 1949 vertrat er seine Partei über Jahrzehnte im Deutschen Bundestag, darunter lange Jahre als Fraktionsvorsitzender. Das erstaunliche Wahlergebnis von 1961 brachte der geschickte Taktiker nicht zuletzt durch seine deutliche Reserve gegenüber Bundeskanzler Konrad Adenauer zustande. Als dieser am Ende seiner vierjährigen Alleinherrschaft die absolute Mehrheit verlor, mußte er mit den Liberalen die frühere Koalition erneuern. Mende war konsequent und lehnte einen Kabinettsposten ab. Für ihn wurde Wolfgang Mischnick Minister. Als Adenauer 1963 zugunsten von Ludwig Erhard verzichtete, konnte Mende dann als Vizekanzler und Minister für gesamtdeutsche Fragen am Kabinettstisch Platz nehmen.

Am Abgang von Ludwig Erhard hatte der Nationalliberale wesentlichen Anteil, doch fand sich Mendes FDP am Ende der Ära Erhard im Dezember 1966 mit Beginn der Großen Koalition in der Opposition wieder. Großen Wirbel verursachte sein berufliches Engagement in dem Investmentunternehmen IOS, 1967 mußte er den Parteivorsitz an Scheel abtreten. Konsequenterweise verließ er drei Jahre später die nach links abdriftende FDP und fand in der CDU eine neue Heimat. Ins Rampenlicht trat Mende erneut mit der Veröffentlichung seiner Memoiren und der Vermutung, sein Parteivize Wolfgang Döring könnte 1963 Opfer eines politischen Attentats geworden sein.

DIETHART GOOS

SPD-Politiker verläßt Partei

DW. Cuxhaven

Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Karl-Arnold Eickmeyer aus Cuxhaven ist gestern aus seiner Partei ausgetreten. Diesen Schritt begründete der Politiker damit, daß sich die SPD auf Bundesebene „ein gerüttelt Maß an Schuld" für den Niedergang der Regierung von Helmut Schmidt zurechnen müsse. Er selbst könne die heutige Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Teile der Wirtschaftspolitik der SPD nicht mehr mittragen.

Eickmeyer gehört dem Bundestag seit zwei Legislaturperioden mit einer Unterbrechung von zwei Jahren an. In die Partei kam er 1968.

Parteifreunde nannten dagegen lokale Schwierigkeiten bei der Kommunalwahl in Niedersachsen als Grund für Eickmeyers Austritt. Dort war versucht worden, den 61 Jahre alten Politiker auf hintere Listenplätze abzudrängen. Eickmeyer wird sowohl in den örtlichen Parlamenten als auch im Bundestag als parteiloser Abgeordneter seine Arbeit fortsetzen.

Kein klares Urteil über Buwitt

D. D. Berlin

Der Berliner CDU-Fraktionsvorsitzende Dankward Buwitt hat nach Auffassung des Ehrenrats des Abgeordnetenhaueses gegen die Verhaltensregeln für Abgeordnete nicht verstoßen. Eine Antwort auf die von Buwitt gestellte Frage, ob sein Verhalten im privaten Bereich mit seinen Ämtern als Fraktionschef und Vorsitzender des parlamentarischen Hauptausschusses vereinbar ist, lehnte der Ehrenrat mit der Begründung ab, dazu nicht berufen zu sein. Buwitt, der vom Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) gerügt worden war, nicht genügend Sorgfalt an den Tag gelegt zu haben, nimmt diese Ämter derzeit nicht wahr.

Der CDU-Politiker war wegen einer unbezahlten Rechnung für den Einbau einer Heizungsanlage im Wert von rund 30 000 Mark in die Schußlinie geraten. Das Geschäft war durch die Vermittlung eines Bauunternehmers zustande gekommen, der in die Berliner Korruptionsaffäre verwikkelt ist.

In Bayern rollen grüne Köpfe

lz. München

Die Freude über den überraschend hohen bayerischen Wahlerfolg (7,5 Prozent und 15 Landtagssitze) hat bei den Grünen des Freistaats nur zwei Wochen angehalten. Während ihrer ersten Landeskonferenz nach der Wahl haben sie sich schon dermaßen zerstritten, daß von „Wählerbetrug" und „Köpfe abschlagen" gesprochen wurde. Ein Mitglied des Landesvorstandes wurde abgewählt, der Schriftführer kam der Abwahl durch heftig beklatschten freiwilligen Rücktritt zuvor und die weiteren Vorständler bleiben nur noch bis zur Bundestagwahl im Amt.

Martin Kaltenhauser, der abgewählte Vorstandssprecher, war ins Kreuzfeuer der Delegiertenkritik geraten, weil er vor der Wahl nicht für einen sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie sondern für eine Sechs-Jahres-Frist plädiert hatte. Nach seiner Abwahl sprach er von „Wählerbetrug" und meinte: „Wir brauchen einen klärenden Prozeß." Ungewöhnlich harte Worte kamen auch von Ulrike Windsperger, die ihr Vorstandsamt nach der Bundestagswahl abgibt: „Hier werden einfach Köpfe abgeschlagen." Sie äußerte den Verdacht, die Delegiertenversammlung sei „so ausgesucht, daß die Abwahlanträge durchgehen mußten", und daß man bei den Grünen die Dinge nicht sagen dürfe, „die man nicht gerne hört". Ihr wurde zweimal per Abstimmung das Wort entzogen.

Allerdings hatte auch die Vorstandsriege einen Kopf gefordert: Den des Pressesprechers, der sich nach Meinung der Grünen-Chefs im Landtagswahlkampf mit eigenen Verlautbarungen zu stark profilierte und eine Machtposition aufbaute. Doch der Mißtrauensantrag mißlang. Vorwürfe mußte der Vorstand auch dafür hinnehmen, daß er ohne Auftrag der Basis auf die Landtagsliste der Grünen Kandidaten der DKP-beeinflußten Friedensliste aufnahm. Drei der 15 Landtags-Grünen kommen von dieser kommunistisch orientierten Liste. Wenig Freude bereitete den Delegierten auch die eigene Wahlanalyse. Ihr Kern: Weniger die eigene Attraktivität als vielmehr die Schwäche der SPD-Opposition im Landtag führte zum Erfolg.

FDP widerspricht bei Mitbestimmung

rtr. Bonn

Die Freien Demokraten haben entschieden Plänen ihres Koalitionspartners CDU/CSU widersprochen, nach einem Sieg bei der Bundestagswahl die Montanmitbestimmung für die Zukunft festzuschreiben. FDP-Präsidiumsmitglied Manfred Brunner erklärte gestern in Bonn, mit seiner Partei werde es eine Verlängerung dieses im nächsten Jahr wegen des Strukturwandels im Montanbereich auslaufenden Mitbestimmungsmodells nicht geben.

Die Äußerung des sozialpolitischen Sprechers der Unionsfraktion, Bernhard Jagoda, daß die paritätische Mitbestimmung garantiert werden solle, nannte Brunner „reines Wunschdenken". Da die Koalitionspartner nicht mit wechselnden Mehrheiten abstimmten, werde die angestrebte Verlängerung der Montanmitbestimmung nicht Gesetz werden, hieß es in der Stellungnahme Brunners. Er bezeichnete dieses Mitbestimmungsmodell als „Wunsch einer unheiligen Allianz".

Weizsäcker: Kein Datenmißbrauch

DW. Wiesbaden

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat sich gestern beim Besuch des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden dafür verbürgt, daß die bei der geplanten Volkszählung im kommenden Jahr gesammelten Daten nicht mißbraucht werden. Wenn der Bürger wolle, daß Regierungen und Verwaltungen auf durchsichtiger, gesicherter und objektiver Grundlage arbeiten, müsse er die notwendigen Daten bereitstellen, fügte der Bundespräsident hinzu.

Er machte in diesem Zusammenhang deutlich, daß eine Verweigerung bei der Volkszählung nicht nur eine erhebliche Verschwendung von Steuergeldern bedeuten, sondern auch zu einer undurchsichtigen und irrationalen Politik beitragen würde.

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) versicherte, das mit großer Mehrheit gebilligte Volkszählungsgesetz entspreche „in allen Punkten" den Auflagen des Bundesverfassungsgerichts zum Schutz personenbezogener Daten.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Wilhelm Furler (stellv.); Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanno Giesken, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Horst-Alexander Siebert; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Gerd Brüggemann.

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 48,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 65 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 3, gültig ab 1. Oktober 1986.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

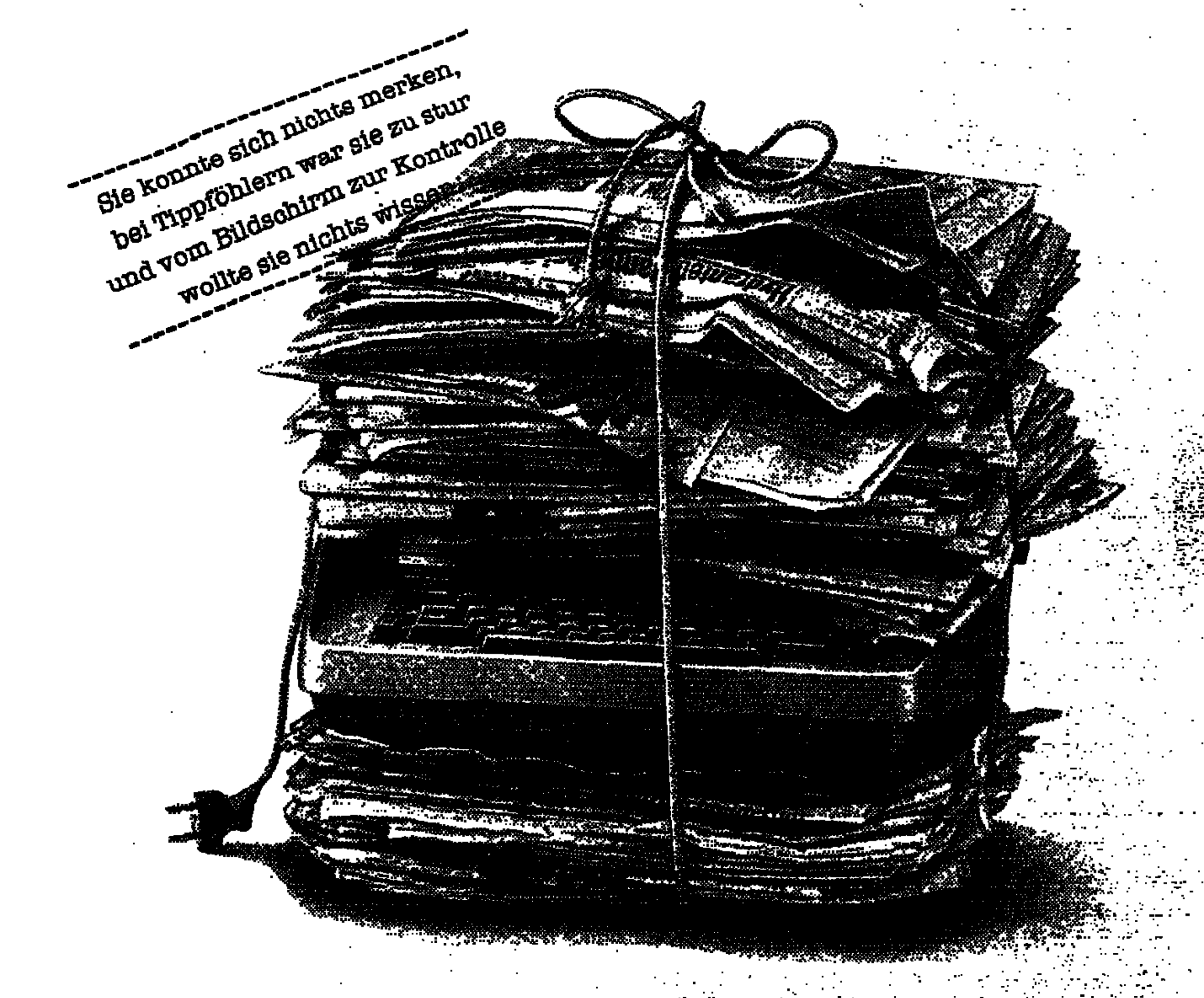
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.



„Kurt Furgler war für die Schweiz fast zu groß“

Wie brillant müssen eidgenössische Politiker sein?

ALFRED ZÄNKER, Genf

„Bei uns machen die besten Leute ihre Karriere heute in der Wirtschaft, nicht in der Politik. Auch in der Bundesregierung dominiert mit wenigen Ausnahmen der gute Durchschnitt, die Mittelmäßigkeit“, meint ein Schweizer Pilot auf dem Flug nach Zürich im Gespräch über die Nachfolge der beiden kürzlich zurückgetretenen Mitglieder der siebenköpfigen Schweizer Bundesregierung.

Eine der großen Ausnahmen ist der 62jährige Bundesrat Kurt Furgler, zur Zeit Leiter des Volkswirtschaftdepartements, der vor einigen Tagen zur Überraschung seiner eigenen Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) von seinem Amt zurückgetreten ist. Die Gründe für den Rückzug dieser dynamischen, auch international bekannten Persönlichkeit aus der Schweizer Politik sind noch unklar.

Furgler war nach langjähriger parlamentarischer Tätigkeit 1971 in den Bundesrat gewählt worden. Er hatte zunächst elf Jahre lang das Justiz- und Polizeidepartement geleitet und im Kabinett bald eine maßgebende Rolle in wichtigen nationalen Fragen gespielt. Als Wirtschaftsminister war er dann allerdings seit 1983 weniger erfolgreich gewesen.

Bestechender Rhetoriker

Im Milizdienst hatte Furgler es bis zum Brigadier gebracht, dem höchsten militärischen Rang, den ein Zivilist in der Schweiz erreichen kann. Als blendender Rhetoriker, als kluger Diplomat, als Mann der Zukunftsvisionen aber wurde er beim Volk und bei seinen Kollegen eher bewundert und respektiert als geliebt. Sein Glaube an die „Machbarkeit“ der Dinge und große Konzeptionen fand bei den nüchternen Eidgenossen schließlich doch keinen großen Anklang.

Unter dem Schweizer Turnussystem hat er auch dreimal das Amt des Bundespräsidenten bekleidet, zuletzt 1985. Als Gastgeber beim Genfer Gipfel erwies sich Furgler als ein Meister der Inszenierung im Umgang mit Reagan und Gorbatschow. „Kurt Furgler war für die Schweiz fast schon zu groß“, meint ein Kommentator. Schon sind neue Aufgaben im Gespräch. Furgler könnte als Nachfolger des umstrittenen Unesco-Generalsekretärs Amadou Mohtar M'Bow kandidieren, dessen politische Manöver Amerikaner und Briten zum Auszug aus der Unesco veranlaßten.

Entscheidung im Dezember

Vor Furgler hatte schon Alphons Egli, gleichfalls CVP, bisher Innenminister und gegenwärtig auch Bundespräsident, aus gesundheitlichen Gründen seinen Rücktritt für Ende 1986 erklärt. Der Luzerner Egli, dem mangelnde Überzeugungskraft nachgesagt wurde, fühlte sich in Bern nie recht wohl.

Die Bundesversammlung wird nun am 10. Dezember über die Neubesetzung der „Doppelvakanz“ im Bundesrat entscheiden. Beide Nachfolger müssen aus der CVP kommen, die traditionell Anspruch auf zwei Ministerposten hat. Zugleich müssen regionale, sprachliche und konfessionelle Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Nicht jeder und nicht unbedingt die Tüchtigsten gehen durch diesen Filter. „Supermann gesucht – droht uns das Mittelmaß?“ fragt die Zürcher „Weltwoche“.

„Es ist nicht zu bestreiten, daß unsere Auswahlkriterien nicht in erster Linie auf Qualität abgestellt sind“, erklärt ein politischer Beobachter in Bern. „Aber man muß auch sehen, daß der Posten eines Bundesministers bei uns längst nicht das höchste Sozialprestige genießt. An der Spitze stehen die Industriekapitäne und die Großbankchefs, die ihrerseits kaum Chancen hätten, in den Bundesrat gewählt zu werden.“

Reaktorsicherheit durch Kooperation

DW. Essen

Kernkraftwerksbetreiber aus der Bundesrepublik, Frankreich und Schweden wollen künftig auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit zusammenarbeiten. Wie die Rheinisch Westfälische Elektrizitätswerk AG (RWE) gestern in Essen für die deutsche Seite mitteilte, sind jetzt Richtlinien für die künftige Zusammenarbeit vereinbart worden. Dazu gehört ein rechtzeitiger und umfassender Informationsaustausch bei Störfällen sowie eine intensivere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der öffentlichen Aufklärung.

Ermittlungen nach Anschlag auf Arzt

DW. Bonn

Die Bonner Staatsanwaltschaft ermittelt seit gestern wegen versuchten Mordes an dem Arzt Karl Viktor Freigang in Afghanistan, nachdem das Bonner Afghanistan-Komitee Strafanzeige gegen Unbekannt gestellt hatte. Der Mediziner war zusammen mit der Schweizer Krankenschwester Ruth Buser nahe der Stadt Kandahar nur knapp einem Hinterhalt entkommen, den afghanische und sowjetische Truppen vorbereitet hatten. Bei dem Überfall wurden Ausrüstung und Medikamente im Wert von mehr als 150 000 Mark zerstört.

Friedenspropaganda und Greuel

Kabul versendet Versöhnungsbriefe an den Widerstand / Moskau steigert die Brutalität

WALTER H. RUEB, Bonn

Der mit großem Propaganda-Aufwand begleitete Teilabzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan geht einher mit der Proklamierung einer großangelegten Versöhnungspolitik von Parteichef Nadschibullah in Kabul. Vor westlichen Fernsehkameras versammelte er Stammesälteste und Stammesführer, appellierte an ihr Nationalgefühl und forderte sie auf, im Innern die Fraktionskämpfe in der Demokratischen Volkspartei zu beenden und alles zu tun, um eine nationale Versöhnung zu erreichen.

Nadschibullah wandte sich auch an die Führer des afghanischen Widerstandes. Hunderten von Guerrillaführern gingen Briefe des Parteigeneralsekretärs zu. Bundeswehr-Oberfeldarzt Reinhard Erös, der im Herbst drei Wochen für das Deutsche Afghanistan-Komitee im Innern Afghanistans als Arzt wirkte, bekam einen derartigen Brief zu sehen. Er war dem Guerrillaführer Mohammad Saman (32) zugegangen.

Zielgenaue Raketen

„Saman kommandiert in der Provinz Nangahar im Osten des Landes rund tausend Mudschahedin“, erzählt Erös. „Sie machen Sowjets und Regierungstruppen viel zu schaffen, schossen im September eine MiG 21 ab, die drei Kilometer entfernt am Boden zerschellte. Der Pilot rettete sich mit dem Schleudersitz. Ein sowjetischer Hubschrauber des Typs MI 24 barg ihn unverletzt, ehe die Mudschahedin zur Stelle waren.“

Nach Erös' Angaben schlug Nadschibullah in seinem Brief vor, das Blutvergießen endlich einzustellen, die Zwistigkeiten zu vergessen und eine friedliche Lösung des Konflikts herbeizuführen. Nadschibullah schrieb schließlich, er sei sicher, daß bei einem Treffen in der ostafghanischen Stadt Dschallalabad eine Lösung gefunden werden könne. Saman verriet seinem deutschen Besucher, daß sämtliche Kommandanten der Umgebung gleiche Briefe erhalten hätten, daß jedoch keiner bereit sei, der Einladung Folge zu leisten, aus Angst, in eine Falle zu gehen.

Saman selbst hat allen Grund, mißtrauisch und vorsichtig zu sein: Auf seinen Kopf hat Kabul eine hohe Belohnung ausgesetzt. Vor kurzem wurde er bei einem Besuch in der pakistanischen Etappe des Widerstands Ziel eines Attentats. Er wurde dabei schwer verletzt, entkam aber den Attentätern, bei denen es sich vermutlich um Agenten des afghanischen Geheimdienstes handelte.

Erös: „Saman hatte offen angekündigt, daß er mit einer Mini-Stalinorgel den sowjetischen Luftstützpunkt bei Dschallalabad unter Feuer nehmen wolle. Mit dieser Waffe, die gleichzeitig zwölf Boden-Boden-Raketen abschießt, treffen Samans Männer auf neun Kilometer sehr genau. Ich habe sein Vertrauen gewonnen, weil ich ihm eine der zwei Kugeln vom Attentat aus der Schulter operierte.“

Das Mißtrauen der Guerrilla gegenüber den Vorstößen Nadschibullahs wird vor allem durch die erhöhte Brutalisierung des bewaffneten Vorgehens von Regierungstruppen und Sowjets gegen den Widerstand genährt. Vor allem die Russen tun sich dabei hervor.

Speznas-Manöver

Moskau hat zwar rund 8000 Mann abgezogen, die überflüssigen Luftabwehrregimenter und Panzereinheiten aber durch 15 000 Mann in Luftlandetruppen und Speznas-Einheiten ersetzt. Letztere unternehmen in jüngster Zeit immer wieder Aktionen gegen die Zivilbevölkerung.

„Dabei handelt es sich zumeist nicht um Strafaktionen wegen vorangegangener Überfälle von Mudschahedin auf Sowjets in der Umgebung“, sagte Paul Bucherer von der Bibliotheca Afghanica bei Basel, dem größten Dokumentationszentrum Europas über Afghanistan. „Wiederholt metzelten Speznas-Einheiten die Bewohner eines ganzen Dorfes nieder, stets nach dem gleichen Muster. Sie landen mit Hubschraubern, treiben Männer, Frauen und Kinder zusammen, erschießen, erschlagen und erstechen sie. Alles geht sehr rasch. Offenbar sollen die Speznas-Leute darauf gedrillt werden, die Hemmschwelle vor Ausführung derartiger Greuel schnell zu überwinden.“

Malawi trotzt den sozialistischen Nachbarn

M. GERMANI, Johannesburg

Seit dem Tod des moçambiquanischen Präsidenten Samora Machel sind nicht nur die Beziehungen Moçambiques zu Südafrika, sondern auch zu dessen nördlichem Nachbarn Malawi in den Blickpunkt gerückt. Deutlich wurde dies bei den gewalttätigen Protesten in der zimbabwischen Hauptstadt Harare in der vergangenen Woche, bei denen die Büros der südafrikanischen Fluggesellschaft SAA und der Air Malawi in Brand gesteckt wurden. Alle moskaufreundlichen Staaten und Organisationen in Afrika haben inzwischen – ohne das Ergebnis der aus sowjetischen, moçambiquanischen und südafrikanischen Fachleuten zusammengesetzten Untersuchungskommission abzuwarten – die Schuld an dem Unglück Südafrika angelastet und Malawi mitverantwortlich gemacht.

Die Spannungen in den Beziehungen zwischen Malawi und Moçambique resultieren nicht allein daraus, daß Malawi das einzige schwarzafrikanische Land ist, das diplomatische Beziehungen zu Südafrika unterhält und nie ein Hehl daraus gemacht hat, daß es wirtschaftliche und finanzielle Hilfe aus der Republik bezieht; sie entstanden schon in der Zeit kurz nach der Unabhängigkeit Malawis 1963. Damals halfen portugiesische Kommandos, eine Rebellion gegen Präsident Kamuzu Banda niederzuschlagen. Der Führer der Portugiesen, Orlando Christina, spielte später eine entscheidende Rolle in der Organisation der antikommunistischen Widerstandsbewegung Renamo in Moçambique und wurde unter nie geklärten Umständen 1983 auf seiner Farm bei Pretoria erschossen.

Auch die nicht zu übersehenden Sympathien Bandas für die Renamo machten Malawi zum Außenseiter im politischen Spektrum im südlichen Afrika. Die Hauptaktivitäten der Rebellen konzentrieren sich auf das Grenzgebiet zu Malawi.

Mit dem Beginn der Sanktionen gegen Südafrika gewann Moçambiques Tiefseehafen Beira für die Nachbarstaaten zusätzlich an Bedeutung. Deren Transportwege durch die Tete-Provinz in Moçambique sind durch die anhaltende Sabotage praktisch unter die Kontrolle der Rebellen geraten. Anfang September forderten Zimbabwes Premier Robert Mugabe, Präsident Kenneth Kaunda von Sambia und Samora Machel den Präsidenten Banda auf, sämtliche Nachschubbasen der Renamo in seinem Lande zu schließen. Sie drohten Banda, die Grenzen zu Malawi zu schließen. Das Johannesburger Wirtschaftsmagazin „Financial Mail“ berichtete, die drei Regierungschefs hätten Banda mit detaillierten Beweisen konfrontiert und gleichzeitig behauptet, malawische Sicherheitskräfte würden der Renamo Hilfe leisten. Nach längerem Zögern erklärte sich Banda zur Kooperation bereit und schlug die Bildung einer gemeinsamen Überwachungskommission vor. Dennoch konnte die Renamo ihre Aktivitäten im Grenzgebiet intensivieren.

Seit dem Tod Machels verstärken sich die Forderungen nach einer Isolierung Malawis. Die Sozialistische Liga von Malawi, Lesoma, forderte von ihrem Hauptquartier in Tansania aus den Ausschluß Malawis aus der Organisation für afrikanische Einheit und der Southern African Development Co-Ordination Conference (SADCC), deren Hauptziel es ist, die wirtschaftliche Unabhängigkeit ihrer zehn Mitglieder von Südafrika zu erreichen. Angeblich hat die Lesoma in Tansania 5000 Mann unter Waffen und plant den Sturz von Präsident Banda. Die Organisation wird von Moçambique unterstützt.

Vermittlungschancen in Libanon sind gering

Bonns Argument zugunsten Syriens und die Lage in Beirut

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Die gemäßigt-zurückhaltende Position der Bundesregierung gegenüber dem in London als Terroristenstaat decouvrierten Syrien wird in Bonn damit begründet, daß deutsche Politiker in Vermittlungsbemühungen zwischen Beirut und Damaskus eingeschaltet sind und diese diffizilen Bemühungen nicht belastet oder gar hinfällig gemacht werden sollen. Libanesische Emissäre haben in diesem Jahr in der Tat schon öfters im Kanzleramt, im Auswärtigen Amt und in der bayrischen Staatskanzlei in München vorgesprochen. Ministerpräsident Strauß genießt sowohl in Beirut als auch in Damaskus hohes Ansehen und wird als „Freund“ bezeichnet.

Er ist allerdings nicht der einzige, der intensiv versucht, den Gesprächsfaden zwischen dem libanesischen Präsidenten Gemayel und dem syrischen Präsidenten Assad wieder zu knüpfen. Über den libanesischen Botschafter in der Schweiz, Joni Abdo, wurden auch einige Kontakte hergestellt, wobei sich der libanesisch Geschäftsmann saudischer Nationalität, Rafik Alhary bemühte, der auch mit dem syrischen Vizepräsidenten Khaddam in Paris zusammentraf. Neuerdings ist allerdings der arabische Geschäftsmann Mehdi Tager in Sachen Vermittlung unterwegs. Er soll der syrischen Führung sogar einen Brief von Gemayel überbracht haben, in dem dieser die Beziehungen seines Landes zum Nachbarn Syrien definiert.

Auch die algerische Regierung versucht seit einigen Wochen, einen gemeinsamen Nenner zwischen Beirut und Damaskus zu finden. Sie erntete fast nur hämische Kommentare in prosyrischen Blättern. Die Initiative des Vatikan, der ebenfalls in beiden Hauptstädten Fäden knüpft, wird dagegen eher diskret behandelt. Die geistlichen Diplomaten wissen zu schweigen.

Mittel gegen jede Friedensbemühung

Das Ziel der Vermittlungsbemühungen ist in nahezu allen Fällen identisch. Syrien spielt als größte Besatzungsmacht in Libanon eine nicht zu übergehende Rolle; die illegale Präsenz im Nachbarland ist für die syrische Führung außerdem das Mittel, um jede Friedensbemühung in Nahost zu torpedieren. Offiziell wünscht man in Damskus eine Rückkehr zu der Formel des Dreiparteien-Vertrags vom Dezember 1985, die von den Christen allerdings im Januar verworfen wurde, weil sie die Unterwerfung Libanons unter syrisches Diktat festgeschrieben hätte. Syrien versucht seither, die Christen mit Terroranschlägen und militärischem Druck gefügig zu machen. Ohne die Christen ist eine Friedenslösung auch nicht möglich, zumal neuere statistische Erhebungen ergeben haben, daß diese Volksgruppe insgesamt immer noch gut die Hälfte aller Libanesen ausmacht. Diese Erhebungen sind jedoch kaum zu überprüfen.

Die Situation ist für Syrien unkontrollierbar

Aber auch unter den anderen Gruppen wächst der Widerstand gegen die syrische Einmischung. Die Drusen versuchen, mehr Autonomie zu erlangen und weigern sich, syrische Truppen durch die von ihnen kontrollierten Gebiete marschieren zu lassen. Auch unter den Schiiten macht sich Unmut breit, so daß politische Beobachter in Beirut sich fragen, ob eine Vermittlung noch Sinn hat, wenn nicht all diese Gruppen involviert sind oder ob man nicht, wie die Christen es fordern, UNO-Truppen im ganzen libanesischen Staatsgebiet stationieren sollte.

Syrien hat längst die Kontrolle über die ehemaligen Verbündeten verloren. Damaskus kontrolliert nur noch einzelne Gruppen in den Gebieten, wo starke syrische Verbände stehen, darunter eben eine ganze Reihe von Terroristenkommandos. Allerdings fragt man sich in Beirut auch, ob die Syrer durch die neue Lage, in die sie sich durch die harte angelsächsische Haltung gedrängt sehen, nicht zu einer Art Ausfallversuch verleitet werden könnten. Ein begrenzter Konflikt auf libanesischem Boden würde die Rolle von Damaskus im arabischen Lager aufwerten, vor allem dann, wenn die syrische Führung sich anschließend friedenswillig zeigte. Paris hält sich aus anderen Gründen bedeckt. Man fürchtet um die sieben französischen Geiseln in der Hand von Terroristen, zu denen Damaskus offenbar Verbindungen unterhält. Die wankende französische Haltung jedoch stößt in den USA auf Unverständnis. Das Wall Street Journal schrieb in Bezug auf den Prozess in London, Premier Chirac stehe nun da „wie ein Idiot“, da er gerade in Syrien um Mithilfe im Kampf gegen den Terrorismus gebeten habe.

Die Arbeitslosigkeit und das Lebensgefühl / Eine Serie von Elisabeth Noelle-Neumann (1. Folge)

Die Arbeitslosigkeit ist die innenpolitische Herausforderung Nummer eins – so hört man Politiker wie Gewerkschafter beteuern. Dennoch legen fast alle gesellschaftlichen Gruppen eine merkwürdige Scheu an den Tag, die Erwerbslosigkeit genau zu durchleuchten. Das Institut für Demoskopie Allensbach hat in einer ungewöhnlich umfangreichen, repräsentativen Untersuchung erstmals die Arbeitslosen und ihre Familienangehörigen befragt. Die Ergebnisse dürften selbst Arbeitsmarktexperten überraschen. Die WELT veröffentlicht diesen „Report aus einer gesellschaftlichen Tabuzone" exklusiv in mehreren Folgen. Er eröffnet neue Perspektiven über Verhalten, Selbstverständnis und wirtschaftliche Lage der Erwerbslosen sowie ihres engeren Lebensumfeldes. Damit bietet er der Politik – abseits der Polemik – Ansätze für maßgeschneiderte Lösungen. Frau Professor Elisabeth Noelle-Neumann erläutert die Allensbach-Untersuchung.

Muß denn die Arbeit Spaß machen?

„Einmal ganz allgemein gefragt – was ist eigentlich unangenehmer: eine Arbeit zu haben, die einem keine Freude macht, oder arbeitslos zu sein?"

So lautete eine Allensbacher Frage an einen repräsentativen Querschnitt von mehr als 1500 Arbeitslosen im August und September dieses Jahres. Die Arbeitslosen, die repräsentativ für die zwei Millionen zur Zeit bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen sind, antworteten: „Unangenehmer ist, eine Arbeit zu haben, die einem keine Freude macht" zu 38 Prozent. „Es ist unangenehmer, arbeitslos zu sein", sagten 33 Prozent, die übrigen blieben unentschieden.

Auf die Frage an die Arbeitslosen, was sie in Kauf nehmen würden, wenn ihnen ein entsprechender Arbeitsplatz angeboten würde, sagten 27 Prozent, sie wären bereit, auch eine Arbeit zu machen, die ihnen keinen Spaß machte; 59 Prozent der Arbeitslosen wollten das nicht in Kauf nehmen, die übrigen blieben unentschieden. Als die Familienangehörigen der Arbeitslosen – ein repräsentativer Querschnitt mit rund 2000 Familienangehörigen aus denselben Haushalten – gefragt wurden, was denn nach ihrer Ansicht ihr arbeitsloser Ehemann, ihre arbeitslose Ehefrau – vielleicht auch der arbeitslose Vater oder die arbeitslose Tochter – in Kauf nehmen sollten, wenn sie damit einen neuen Arbeitsplatz bekämen, da sagten 22 Prozent: „In Kauf nehmen, daß die Arbeit keinen Spaß macht", 60 Prozent lehnten diesen Gedanken ab, 18 Prozent blieben unentschieden.

Nur 59 Prozent der Arbeitslosen sagen von sich: „Ich denke ernsthaft daran, mir eine neue Stelle zu suchen." 52 Prozent der Arbeitslosen sagen von sich: „Ich habe Familienangehörige, die zu mir stehen, deshalb bin ich bei der Arbeitssuche nicht so unter Druck."

Eine Frage an die Arbeitslosen lautete: „Ist es für Sie wichtig, daß Sie schnell eine Arbeit finden, oder können Sie sich etwas Zeit lassen und abwarten, bis sich eine passende Arbeit findet?" Etwa die Hälfte der zwei Millionen Arbeitslosen hat sich innerhalb des letzten halben Jahres bei mehr als drei Stellen beworben, und zwei Fünftel erklären: „Ich muß schnell Arbeit finden", 39 Prozent sagen: „Ich kann mir etwas Zeit lassen ..."

Jeder fünfte Arbeitslose (19 Prozent) sagt, er habe sich in den letzten sechs Monaten bei keiner Stelle beworben, etwa jeder vierte (27 Prozent) hat sich nach eigener Auskunft innerhalb der letzten sechs Monate bei nicht mehr als ein bis drei Stellen beworben. Das bedeutet, daß fast die Hälfte der Arbeitslosen in diesem Herbst 1986 sehr wenig unternehmen, um einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Auf die Frage, wieviel Stellen ihnen vom Arbeitsamt in den letzten sechs Monaten angeboten worden seien, antworteten 54 Prozent: „Keine." Diese 54 Prozent haben zugleich weniger eigene Initiative entwickelt, sich einen Arbeitsplatz zu suchen, sich zu bewerben. Die Chancen von etwa jedem zweiten Arbeitslosen, wieder einen Arbeitsplatz zu finden, sind also schon darum gering, weil sie selbst wenig dafür unternehmen und das Arbeitsamt ihnen auch keine Stellen anbietet.

Man kann diesen Befund aber auch genau umgekehrt lesen: Etwa die Hälfte der rund zwei Millionen Arbeitslosen ist beweglich, erklärt: „Ich muß schnell eine Arbeit finden ..."

Dies ist kein Bericht, um die Arbeitslosigkeit wegzurechnen, es ist kein Bericht, um nachzuweisen, daß die Arbeitslosen faul sind.

Bei jeder demoskopischen Umfrage, in der nach den wichtigsten Aufgaben der Politik, den Hauptsorgen, den größten Problemen, gefragt wird, erscheint an der Spitze die Arbeitslosigkeit. Ist es nicht das Geringste, was man unter diesen Umständen erwarten sollte, daß alle Mittel der Sozialforschung, die es heute zum Verständnis der Lage, des Denkens und Verhaltens von Menschen gibt, angewandt werden? Kann denn eine Untersuchung der Realität von Arbeitslosigkeit bei den Betroffenen und bei den Familienangehörigen ein Schaden sein?

Die Allensbacher Untersuchung über Arbeitslosigkeit, über die hier berichtet wird, ist die erste, die schon angegriffen wurde, bevor überhaupt ihre Ergebnisse vorlagen. Seit dem Sommer 1986 gab es etwas, was man nur eine „Vorab-Kampagne" nennen kann. „Können Sie sich darüber wundern", würden diejenigen, die diese Untersuchung im voraus verurteilten, erwidern, „wenn schon in dem Untersuchungsplan, mit dem die Ziele dieser Untersuchung erläutert wurden, solche menschenverachtenden Begriffe gebraucht werden wie ‚freiwillig Arbeitslose'?"

Aber dies ist ja kein Begriff, der in Allensbach erfunden wurde, sondern ein in der Fachliteratur längst eingeführter Begriff, und zwar nicht ein wertender, abwertender Begriff, sondern ein neutraler Begriff, um eine bestimmte Situation zu erfassen. Es geht darum, diese Situation zu verstehen. Wenn sich jetzt zeigt, daß viele Arbeitslose als ein noch größeres Übel als die Arbeitslosigkeit sehen, eine Arbeit zu tun, die ihnen keine Freude macht, dann ist das ein Weg zum Verständnis.

In der Vorab-Kampagne gegen diese Untersuchung wurde auch viel kritisiert, im Allensbacher Untersuchungsplan stehe die Behauptung, daß Katholiken weniger arbeitslos seien als Protestanten und daß Konfessionslose am häufigsten arbeitslos seien. Aber dieser Zusammenhang ist ja nicht neu, er wurde schon 1982 auf der Grundlage einer Allensbacher Umfrage mit 8000 Interviews ermittelt und veröffentlicht. Er hat sich auch jetzt 1986 auf der Basis einer Untersuchung mit 10 000 Interviews in Norden, Westen und Süden des Bundesgebietes bestätigt.

Natürlich ist die Untersuchung, über die hier berichtet wird, nicht die erste Untersuchung über Arbeitslose. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit hat eine Reihe von Umfragen gemacht, und verschiedene Universitätsinstitute haben sich mit dem Thema beschäftigt.

Aber angesichts der Tragweite der Arbeitslosigkeit von über zwei Millionen Menschen selbst im Konjunkturaufschwung ist das Problem wenig von der Forschung angegangen worden.

Die Untersuchung, deren Ergebnisse hier vorgestellt werden, führt in verschiedener Hinsicht auf Neuland. Bisher wurden die Arbeitslosen wie isolierte Individuen befragt. Aber das ist nicht die Lebensrealität der Arbeitslosen. Nur zwölf Prozent sind alleinstehend. 34 Prozent leben mit einem Partner, einer Partnerin, in fast jedem zweiten Fall auch mit Kindern unter 15 im Haushalt. Schließlich lebt etwa die Hälfte der Arbeitslosen in einem größeren Familienhaushalt mit – immer Arbeitslose eingeschlossen – drei oder mehr Erwachsenen ab 16 Jahre. Vielleicht noch wichtiger: 69 Prozent der Arbeitslosen leben in einem Haushalt, in dem andere Haushaltsmitglieder berufstätig sind, so daß schon darum der Kontakt mit der Arbeitswelt nicht abreißt. Auch die wirtschaftliche Lage wird für viele Arbeitslose stabilisiert, weil die Arbeitslosenunterstützung, Arbeitslosenhilfe nicht das Haupteinkommen des Haushaltes bildet. 60 Prozent der Arbeitslosen sagen: „Der Hauptverdiener im Haushalt bin nicht ich, das ist ein anderer." In der vorliegenden Untersuchung wurden auch rund 1700 Familienangehörige ab 15 Jahre der Arbeitslosen einbezogen. Zuerst wurde der/die Arbeitslose interviewt, dann soweit wie möglich jeder der Familienangehörigen, und zwar einzeln. Übrigens gab es in jedem zehnten Arbeitslosenhaushalt noch einen zweiten Arbeitslosen, der auch befragt wurde.

Auf die Frage: „Sie kennen das vielleicht, daß man sich manchmal entscheiden muß, was einem wichtiger ist; wenn Sie zwischen Beruf und Familie wählen müßten – was käme für Sie dann an erster Stelle?" antworteten die berufstätigen Arbeitnehmer im Herbst 1986 zu 55 Prozent: „Die Familie ist wichtiger", 15 Prozent sagen: „Der Beruf." Fast genauso antworten die Arbeitslosen (Tabelle 3).

Auf die Frage: „Würden Sie sagen, die Familie ist für Sie eine Hilfe, um mit den Problemen der Arbeitslosigkeit fertig zu werden, oder eher eine Belastung?" sagen 52 Prozent der Arbeitslosen: „Die Familie ist für mich eine Hilfe." „Eine Belastung" sagen nur sechs Prozent. 42 Prozent bezeichnen die Rolle der Familie für sie als Arbeitslose einfach als normal, weder besondere Hilfe noch Belastung. Indessen berichten sie auch zu 44 Prozent, daß sich das Familienleben durch die Arbeitslosigkeit verändert habe. Die Mehrzahl meint, nicht so sehr verbessert oder verschlechtert, aber verändert habe es sich; 41 Prozent sagen, man habe mehr Zeit miteinander, als Arbeitsloser könne man sich mehr um die Familie kümmern; aber 20 Prozent sagen auch, es gebe mehr Streit, Meinungsverschiedenheiten in der Familie (Tabellen 4 und 5).

Die Bereitschaft zum Wechseln des Wohnortes, um einen neuen Arbeitsplatz zu bekommen, ist gering, und sie ist vor allem unabängig davon, ob es in der Gegend hohe oder geringe Arbeitslosigkeit gibt und auch unabhängig davon, wie lange jemand schon arbeitslos ist (Tabelle 6).

Etwa ein Drittel der Arbeitslosen erklärt, sie seien für einen Arbeitsplatz zum Umzug bereit. Aber in zwei Dritteln dieser Fälle sagen ihre Familienangehörigen, sie seien zum Umzug nicht bereit.

In der Umfrage unter Arbeitslosen wurden drei Prozent gefunden, die sagten, daß sie in den letzten drei Jahren wegen eines Arbeitsplatzes an einen mehr als 20 km entfernten Ort umgezogen seien. Weitere vier Prozent waren ebenfalls mehr als 20 km in den letzten drei Jahren umgezogen, aber aus anderen Gründen, nicht wegen des Arbeitsplatzes.

Wenn Arbeitslose auf die Frage: „Machen Sie sich häufiger Gedanken über die Zukunft, oder liegt Ihnen das nicht?", zu 75 Prozent antworten: „Mache mir häufiger Gedanken über die Zukunft" – hängt das mit der Arbeitslosigkeit zusammen, oder denkt die Bevölkerung ganz allgemein soviel an die Zukunft? Um eine solche Frage beantworten zu können, wurde zwischen Ende August und Anfang Oktober ein repräsentativer Bevölkerungsquerschnitt in rund 4000 Interviews befragt, darunter ca. 1900 Interviews mit Berufstätigen. Nur durch solche parallel laufenden Umfragen – hier die Arbeitslosen mit ihren Familienangehörigen, dort die Bevölkerung ab 16 Jahre allgemein – kann man zuverlässige Auskunft geben, was die Situation der Arbeitslosen charakterisiert.

Was die häufigen Gedanken über die Zukunft betrifft – weder hier noch in vielen anderen Fragen unterscheiden sich die Arbeitslosen nennenswert von der berufstätigen Bevölkerung. Deutlich kann man nur sehen, daß sie sich mehr langweilen. Auf die Frage: „Darf ich Sie jetzt noch fragen, wie Sie sich so im allgemeinen fühlen – wie ging es Ihnen in der letzten Zeit?" – sagten 45 Prozent der Arbeitslosen: „Habe mich einmal schrecklich gelangweilt." Die berufstätige Bevölkerung sagte das zu 23 Prozent.

Der erste Überblick über Einstellungen und Verhalten der deutschen Arbeitslosen im Herbst 1986 zeigt, daß die Arbeitslosen in ihrer großen Mehrheit nicht abgesondert leben von den „Arbeitbesitzenden", sondern integriert in Familien, in denen meistens (69 Prozent) mindestens ein anderes Familienmitglied normal berufstätig ist, gelegentlich auch mehrere (14 Prozent). Arbeitslosigkeit wird selten als etwas empfunden, das man verbergen muß. Es wurde gefragt: „Was würden Sie sagen, was ist besser: Wenn man unter den Leuten, mit denen man zusammenkommt, möglichst nicht bekannt werden läßt, daß man arbeitslos ist, oder macht das nichts aus, wenn es andere wissen?" Arbeitslose, ihre Familienangehörigen, die berufstätige Bevölkerung, die Bevölkerung allgemein stimmen überein: Nur etwa jeder sechste meint, man solle Arbeitslosigkeit möglichst nicht bekannt werden lassen.

Arbeitslosigkeit wird nur von der Hälfte der Arbeitslosen als Zustand empfunden, der möglichst bald beendet werden muß, und auch nur etwa die Hälfte gibt sich größere Mühe, ohne Verzug wieder Arbeit zu finden. Das, was in der Soziologie des 20. Jahrhunderts „Normen" genannt wird, spielt eine erhebliche Rolle. Normen, das sind bekannte, erwartete und gebilligte Verhaltensweisen. Die zulässige Haltung gegenüber Arbeitslosigkeit zeigte sich bei der Frage: „Wenn jemand seine Stellung kündigt, eine Pause als Arbeitsloser einlegt und nach einer besseren Stelle sucht, würden Sie das billigen, oder würden Sie das nicht billigen?" 42 Prozent der Arbeitslosen betrachten eine solche freie Beweglichkeit im Arbeitsmarkt als eine Norm, als gebilligtes Verhalten. Die Berufstätigen sagen in diesem Fall etwas anderes, sie akzeptieren das beschriebene Verhalten zu 37 Prozent und verurteilen es zu 48 Prozent.

Als „Norm" kann man wohl auch einstufen, daß die Arbeitslosen nichts dabei finden, von öffentlichem Geld zu leben. 43 Prozent sagen das bei einer Selbstcharakterisierung: „Ich finde nichts dabei, von öffentlichem Geld zu leben."

Getragen wird bei der großen Mehrheit der Arbeitslosen und ihrer Familienangehörigen die Norm durch die Überzeugung, eine Arbeit, die einem keinen Spaß mache, brauche man nicht zu tun. Hier unterscheidet sich die berufstätige Bevölkerung noch einmal, nicht drastisch, aber doch deutlich, bei der Frage: „Was ist eigentlich unangenehmer: eine Arbeit zu haben, die einem keine Freude macht oder arbeitslos zu sein?" antwortet die Mehrheit von 46 Prozent: „Unangenehmer ist es, arbeitslos zu sein", 33 Prozent: „Unangenehmer ist es, eine Arbeit zu tun, die einem keine Freude macht."

Arbeitslosigkeit regional

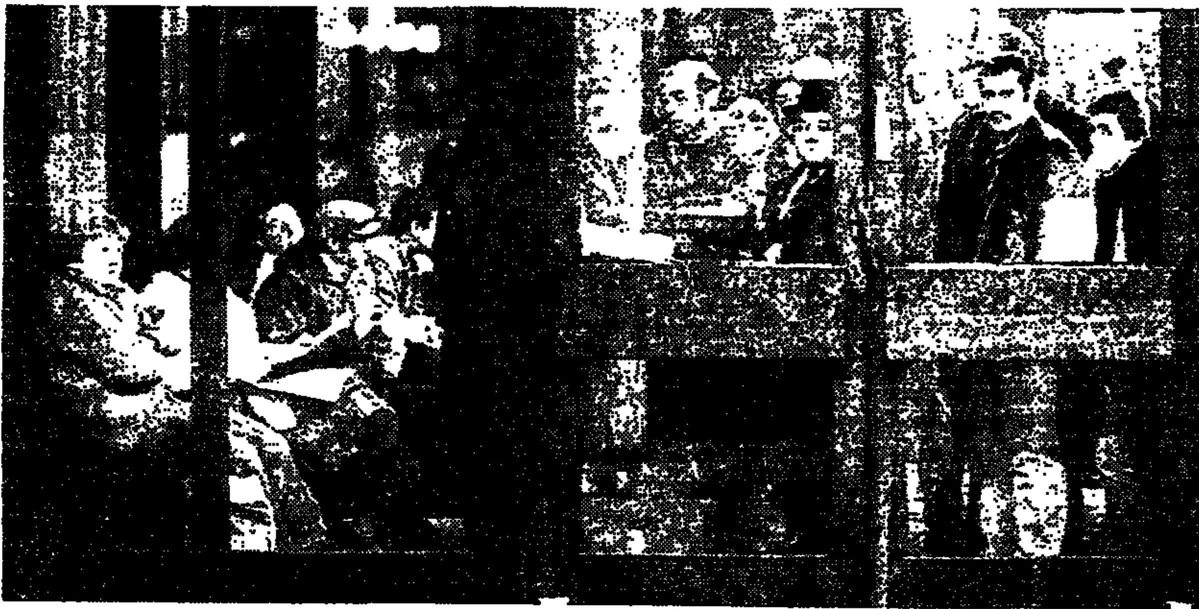
Arbeitslose in Prozent der abhängigen Erwerbspersonen

Land	1985	1986
Schleswig-Holstein	10.3	9.6
Niedersachsen	11,4	10,4
Hamburg	12.1	12.7
Bremen	15,1	15,3
Berlin	9.3	9.9
Nordrhein-Westfalen	10,7	10,5
Hessen	6,8	6,3
Rheinland-Pfalz	7,8	7,3
Saarland	12,9	12,6
Bayern	6,4	5,7
Baden-Württemberg	5,1	4,7

Stand jeweils Ende September. Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Deutliche Unterschiede bei den regionalen Arbeitslosenquoten...

.... bestehen auch im September '86. Sie reichen von 4,7 Prozent in Baden-Württemberg bis zu 15,3 Prozent in Bremen. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat sind die Arbeitslosenquoten nur in den drei Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin gestiegen. In den Flächenstaaten dagegen sind die Quoten zum Teil erheblich gesunken. Einen besonders starken Rückgang verzeichnet dabei das Land Niedersachsen. Hier hat sich die Quote um einen Prozentpunkt verringert. In insgesamt vier Arbeitsamtbezirken, nämlich Göppingen, Nagold, Schwäbisch Hall und Waiblingen, lag die Arbeitslosenquote unter vier Prozent. Am höchsten ist sie weiterhin in Leer (19 Prozent).



Draußen vor der Tür: Arbeitsamt Dortmund um sieben Uhr morgens FOTO: FRIEDRICH STARK

Morgen in der WELT:
Was muß man in Kauf nehmen, wenn man lieber arbeitslos ist, als eine Arbeit zu tun, die keine Freude macht? Wie ist die wirtschaftliche Lage der Arbeitslosen?

Allensbacher Arbeitslosenumfrage

Die Ergebnisse stützen sich auf sieben Repräsentativumfragen mit insgesamt rund 1700 Interviews unter Arbeitslosen, ihren Familienangehörigen und zum Vergleich der übrigen Bevölkerung ab 16 Jahre im Bundesgebiet mit West-Berlin.

Nach Vorstudien unter Arbeitslosen mit rund 300 Interviews im Juni und Juli 1986 fanden statt:

Umfrage 1: 714 Interviews, repräsentativer Querschnitt mit beim Arbeitsamt gemeldeten Arbeitslosen, August 1986

Umfrage 2: 694 Interviews mit zwei Drittel gleicher Fragen wie bei Umfrage 1 zur Prüfung der Stabilität der Ergebnisse, September 1986. Zusätzlich wurden 137 Arbeitslose befragt, die nicht beim Arbeitsamt gemeldet sind, und 163 Arbeitslose als Familienmitglieder im selben Haushalt von Arbeitslosen. – Gesamtzahl der befragten Arbeitslosen: 1708

Umfrage 3: 944 Familienangehörige von Arbeitlosen im selben Haushalt (94 Prozent) oder bei getrenntem Haushalt partnerschaftlich Zusammenlebende (6 Prozent), August 1986.

Umfrage 4: 803 Interviews mit Familienangehörigen von Arbeitslosen mit stark erweitertem Fragebogen, September 1986. Gesamtzahl der befragten Familienangehörigen von Arbeitslosen 1747 Interviews.

Umfrage 5: Repräsentative Bevölkerungsumfrage mit 2124 Interviews August/September 1986. Übereinstimmende Fragen mit der Arbeitslosenumfrage, um Arbeitslose und Bevölkerung allgemein vergleichen zu können.

Umfrage 6: Repräsentative Bevölkerungsumfrage mit 2077 Interviews September/Oktober 1986. Übereinstimmende Fragen mit der Arbeitslosenumfrage, um Arbeitslose und Bevölkerung allgemein vergleichen zu können.

Umfrage 7: Repräsentative Bevölkerungsumfrage mit 10 230 Interviews, davon 502 Interviews mit Arbeitslosen. März bis Juli 1986.

Diese Umfrage galt vor allem der Ermittlung der Lebensumstände, wirtschaftlichen Lage und des Lebensstandards von Arbeitslosen im Vergleich zur Bevölkerung.

1. Lieber arbeitslos oder falsche Arbeit?

	Arbeitslose insges. 1986 (%)
Frage: Einmal ganz allgemein gefragt – Was ist eigentlich unangenehmer: eine Arbeit zu haben, die keine Freude macht, oder arbeitslos zu sein?	
Unangenehmer ist Arbeit, die keine Freude macht	38
arbeitslos zu sein	33
Unmöglich zu sagen	29
Frage: Bei einem neuen Arbeitsplatz kommt es ja auch darauf an, welche Schwierigkeiten man in Kauf nimmt.	
Daß ich etwas machen muß, was mir keinen Spaß macht	
– würde ich in Kauf nehmen	27
– würde ich nicht in Kauf nehmen	59
Frage: Suchen Sie zur Zeit einen Arbeitsplatz oder bemühen Sie sich zur Zeit nicht darum?	
Bemühe mich nicht darum	17
Frage: Als Arbeitsloser macht man sich ja viele Gedanken, wie es mit der beruflichen Zukunft weitergeht. Wir haben hier einiges aufgeschrieben, was wir von anderen Arbeitslosen gehört haben. Suchen Sie doch bitte die Antworten heraus, die für Sie selbst auch zutreffen. – Auszug aus den Antworten	
Ich habe Familienangehörige, die zu mir stehen, deshalb bin ich bei der Arbeitssuche nicht so unter Druck.	52
Frage: Ist es für Sie wichtig, daß Sie schnell eine Arbeit finden, oder können Sie sich etwas Zeit lassen und abwarten, bis sich eine passende Arbeit findet?	
Muß schnell Arbeit finden	39
Kann mir etwas Zeit lassen	39
Frage: Wenn Sie einmal überlegen: Bei wieviel Stellen haben Sie sich in den letzten 6 Monaten insgesamt beworben, ich meine egal, ob telefonisch oder schriftlich oder ob Sie selbst dort gewesen sind. (Auszug)	
Bei keiner Stelle	19
Bei 1 bis 3 Stellen	27
Frage: Und wieviel Arbeitsplätze wurden Ihnen vom Arbeitsamt in den letzten 6 Monaten angeboten? (Auszug)	
Keine angeboten	54

Bundesrepublik mit West-Berlin — 15- bis 65jährige Arbeitslose

2. Rührig oder faul?

Frage: Was haben Sie im letzten halben Jahr gemacht, um eine neue Stelle zu bekommen?

	Arbeitslose insgesamt (%)	Arbeitsl., denen vom Arbeitsamt in den letzten 6 Monaten kein Arbeitsplatz angeboten wurde (%)
Zum Arbeitsamt gegangen	77	62
Anzeigen in der Zeitung gelesen	69	60
Auf eine Anzeige beworben	54	43
Bekannte, Verwandte gefragt, ob sie was Passendes wissen	46	40
Unaufgefordert bei Betrieben gefragt, Betriebe angeschrieben	29	24
Selbst eine Anzeige aufgegeben	13	11
Bei der Gewerkschaft nachgefragt	5	4
	293	244

Bundesrepublik mit West-Berlin — 15- bis 65jährige Arbeitslose

3. Arbeit oder Familie?

Frage: Sie kennen das vielleicht, daß man sich manchmal entscheiden muß, was einem wichtiger ist; wenn Sie zwischen Beruf und Familie wählen müßten – was käme für Sie an erster Stelle?

	Berufstätige Arbeitnehmer ab 16 Jahre	Arbeitslose insgesamt
Beruf	15	18
Familie	55	50
Unentschieden	30	32

Bundesrepublik mit West-Berlin — 15- bis 65jährige Arbeitslose

4. Hat sich was geändert?

Frage: Hier auf dieser Liste steht einiges, was sich ändern kann, wenn jemand arbeitslos geworden ist. Suchen Sie doch bitte alles heraus, was bei Ihnen anders geworden ist, seit Sie arbeitslos geworden sind. (Vorlage einer Liste)

	Arbeitslose insgesamt 1986
Ich muß sehr sparen	67
Ich sehe die Familie jetzt häufiger	45
Die Hausarbeit wird jetzt schneller fertig	38
Die Stimmung ist gedrückter	31
Ich unterhalte mich jetzt mehr mit der Familie	30
Ich unternehme jetzt mehr mit der Familie	23
Es hat sich seither kaum etwas geändert	23
Es gibt mehr Streit in der Familie	20
Wir halten in der Familie mehr zusammen	18
Ich weiß oft nicht mehr, wie es weitergehen soll	17
Wir helfen uns in der Familie gegenseitig mehr als früher	15
Wir sind jetzt in der Familie öfter verschiedener Meinung	14
Das Familienleben ist herzlicher geworden	11
Die Kinder haben mehr Hilfe bei den Schulaufgaben	9
Es gibt Freunde, die sich von mir abwenden	8

Bundesrepublik mit West-Berlin — 15- bis 65jährige Arbeitslose

5. Welche Vorteile?

Frage: Arbeitslos zu sein, das hat bestimmt viele Nachteile, aber Vorteile hat es für den einen oder anderen vielleicht auch. Hier sind noch einmal einige solcher möglichen Vorteile beschrieben. Trifft etwas davon auf Sie zu?

	Arbeitslose insgesamt 1986
Ich kann mir meine Zeit so einteilen, wie ich will	65
Ich habe jetzt mehr Zeit für meine Hobbys	49
Ich habe mehr Zeit für Freunde und Bekannte	43
Ich kann mich jetzt mehr um meine Familie kümmern	41
Ich kann jetzt vieles selber machen, wofür ich früher andere gebraucht hätte	31
Ich kann jetzt mehr fernsehen	30
Ich kann jetzt über vieles mehr nachdenken	29
Ich kann mehr für meine Gesundheit tun	23
Ich kann mehr Sport treiben	18
Ich komme mir jetzt viel freier vor	16
Ich kann mich jetzt fortbilden, umschulen	14
Ich kann jetzt etwas ganz Neues anfangen	11

Bundesrepublik mit West-Berlin — 15- bis 65jährige Arbeitslose

6. Wie mobil sind Sie?

Frage: Bei einem neuen Arbeitsplatz kommt es ja auch darauf an, welche Schwierigkeiten man in Kauf nimmt. Würden Sie bitte einmal lesen, was auf diesen Karten steht, und sie hier auf dieses Blatt verteilen, je nachdem, ob Sie das in Kauf nehmen würden? – Hier auf den Karten stehen verschiedene Ansichten und Beschreibungen. Bei was davon würden Sie sagen, das trifft auch auf mich zu, so denke ich auch?

alle Angaben in Prozent	Arbeitslose insgesamt	Dauer der Arbeitslosigkeit: bis 3 Monate	3 bis 12 Monate	mehr als 12 Monate	Arbeitslose in Gebieten mit Arbeitslosigkeit: unterdurchschn.	durchschnittl.	überdurchschn.
Würde in Kauf nehmen, daß ich wegziehen muß an einen weiter entfernten Ort	30	29	28	32	28	36	27
Wenn man mir eine gute Stelle anbieten würde, würde ich den Wohnort wechseln	27	25	27	28	27	26	25
Es haben die eine oder andere Aussage gemacht	34	34	34	35	33	37	33
Es haben keine von den beiden Ausagen gemacht	66	66	65	65	67	63	67

Bundesrepublik mit West-Berlin — 15- bis 65jährige Arbeitslose

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

‚Untenbleiben', eine Tugend

„Auf dem einsamen Gipfel des Ruhms" und „‚Polarstern' am Südpol": WELT vom 17. Oktober

Die Berichte über die „Bezwingung" des über 8500 Meter hohen Himalaya-Berges Lhotse durch Reinhold Messner und den Durchbruch des Forschungsschiffs „Polarstern" durch den Eisgürtel des Südpols vermögen bei mir keine Begeisterung auszulösen. Bei allem Respekt vor den Leistungen drängt sich die Frage auf, was Gipfelstürmer auf den Bergen und Eisbrecher im Pol-Bereich eigentlich zu suchen haben.

Schinden kann man sich auch woanders. Das hätte den Vorteil, daß bisher unberührte Gebiete erhalten blieben. Denn oft wurden – symptomatisch – Gipfelkreuze als Zeichen der Bezwingung und Besitzergreifung abgelöst von Gipfelstationen des Ausflugsverkehrs. – Und wenn im Untenbleiben, also in der Bescheidung die eigentliche menschliche Tugend wiederentdeckt wird, kann man Bezwingungen von Gipfeln und Eisgürteln nicht mit Beifall bedenken, sondern nur ablehnen.

Dr. Dr. Klaus Sojka, Hamburg 61

Wort des Tages

„Wenn die Vielzahl jemals zum Richtigen hin abweicht, so geschieht das immer aus dem falschen Grund."

Philip Stanhope Earl of Chesterfield, britischer Staatsmann (1694–1773)

Der Fall Lappas

Herr Schröder wollte Herrn Lappas auf eine Stufe mit den Opfern der Hitler-Diktatur stellen – jene Opfer, die für die Erhaltung und Achtung der Demokratie und deren Spielregeln gelitten haben und auch gestorben sind, welche Herr Lappas durch sein flegelhaftes Verhalten nachdrücklich verhöhnte und beleidigte.

Eduard Luhmann, Bonn 1

*

Warum dieser Empörungssturm? Weil ein vom Parlament mit Zustimmung aller Parteien eingesetzter Untersuchungsausschuß, der Licht in Vorgänge bringen sollte, welche den Steuerzahler bereits viele Milliarden gekostet haben, einen Mann vernehmen wollte, der aufgrund seiner Stellung über diese Vorgänge am besten Bescheid wissen muß.

Wilhelm Otto Wacker, Salach

Personen

BUCHPREMIERE

Von **Bruno Kreisky** ist der Spruch bekannt, er komme gerne nach Bayern, weil er dort nicht mehr in Österreich, aber noch nicht in Deutschland sei. Der Grund seines jetzigen Besuchs in München ist sein jüngstes Buch „Zwischen den Zeiten", in dem auf fast 500 Seiten Kreiskys Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten gesammelt sind. Das faltige Gesicht vom Eisbart umrahmt, amüsiert er sich vor geladenen Gästen im Münchner Presseclub – darunter Medien-Manager **Josef von Ferenczy** – über seine unruhige Polit-Vergangenheit: „Ich war ein Ärgernis unter den Außenministern und ich war ein Ärgernis unter den Regierungschefs." Und das wichtigste in seinem „glücklichen und erfüllten" politischen Leben? Daß es wieder einen „neuen österreichischen Patriotismus gibt, daß sich die Leute bei der Nationalhymne erheben und daß sie sich verbeugen vor der Fahne". Darüber werde er noch viel schreiben, kündigt er an. Und weil sein Verleger **Wolf Jobst Siedler** neben ihm sitzt und weil dieser aus Berlin kommt, lobt er gleich noch die Spree-Stadt: Er empfinde große Sympathien für Berlin, das eine symbolische Stadt für die Zerrissenheit dieses Kontinents sei. „Irgendwie", prophezeit Bruno Kreisky, „wird sich am Schicksal dieser Stadt das Schicksal dieses Kontinents entwickeln."

EHRUNG

Mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland wird heute Professor **J. F. Volrad Deneke**, Präsident des Bundesverbandes der Freien Berufe, ausgezeichnet. Zu seiner langen Laufbahn als Journalist und Verbandsführer gehörten von 1971 bis 1974 seine Tätigkeit als Hauptgeschäftsführer beim Hartmannbund und anschließend bis 1984 seine Arbeit als Hauptgeschäftsführer bei der Bundesärztekammer und dem Deutschen Ärztetag. Als leidenschaftlicher Fürsprecher der Freien Berufe war er 1964 Mitbegründer des Instituts für Freie Berufe der Universität Erlangen. Ein Jahr zuvor war Deneke für die FDP in den Bundestag gegangen. Bis 1965 war er Abgeordneter. Der Partei diente er wieder von 1969 bis 1971 als Bundesgeschäftsführer. Professor Deneke hat heute Lehraufträge an den Universitäten Düsseldorf und Mainz.

VERANSTALTUNG

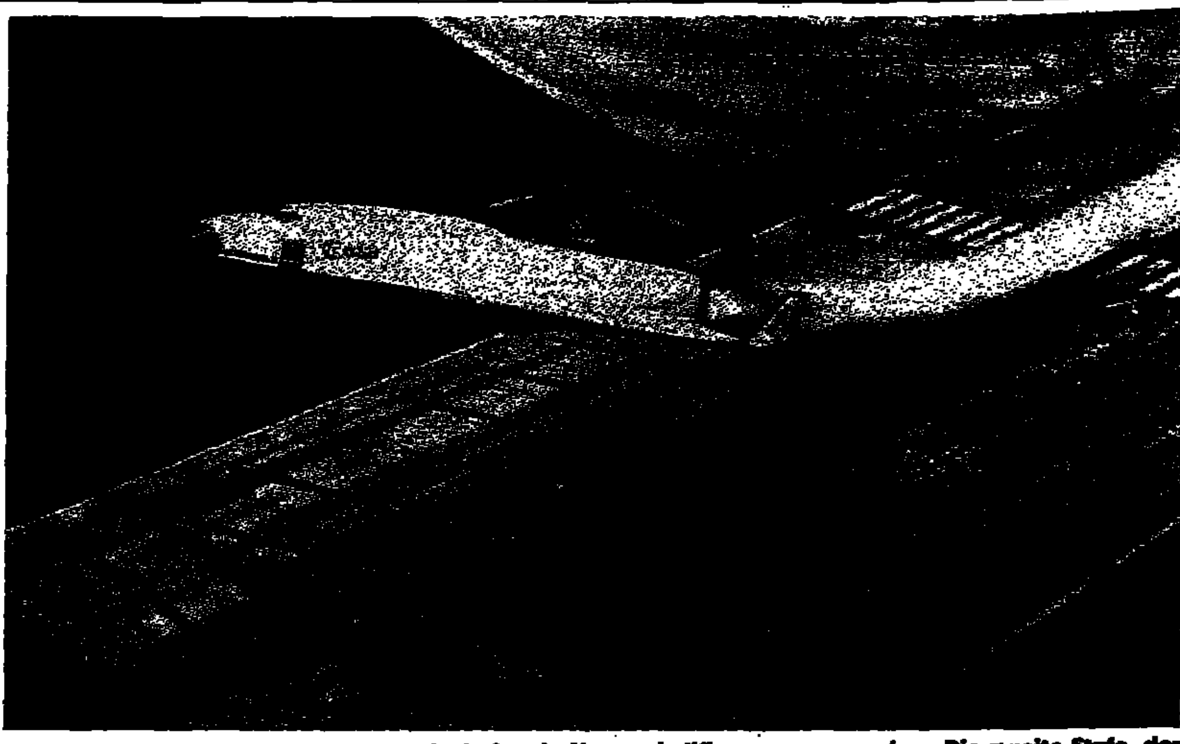
Zu einer großen Tagung mit Politikern aus Afrika, Asien, Lateinamerika und Europa unter dem Leitthema „Demokratie und Freiheit für die ganze Welt" lädt am 3. November die Konrad-Adenauer-Stiftung ein. Ihr Vorsitzender, der frühere Bundesminister **Bruno Heck**, und Bundeskanzler **Helmut Kohl** werden die Tagung eröffnen. Die Stiftung konnte prominente Redner gewinnen: So Dr. **Gabriel Valdes**, den Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Partei Chiles, aus Südafrika Chief **Mangosuthu G. Buthelezi**, wie den Präsidenten der philippinischen Demokratischen Partei und Minister für Kommunalwesen **Aquilino Q. Pimentel**. Unter den Gästen sind außerdem der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei **Piet Bukman**, Ugandas Innenminister **Paul K. Ssemogerere**, der Vizepräsident der Dominikanischen Republik **Carlos Morales Troncoso**, der Präsident der Christlich Demokratischen Internationale (CDI) von Italien Dr. **Flaminio Piccoli** sowie führende Politiker aus Panama, Venezuela, Ecuador, El Salvador und Guatemala.

UNIVERSITÄT

Der Privatdozent für Sinologie an der Freien Universität Berlin, Dr. **Rudolf Wagner**, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Sinologie an der Universität Heidelberg erhalten.

Forschungen für das 21. Jahrhundert: Hochfliegende Pläne, enorme Kosten und wenig Einigkeit unter den Partnern der westlichen Raumfahrt-Nationen

Die deutsche Raumfahrt steht an einer Wendemarke. Die Bundesrepublik muß *entscheiden, wie sie in den* nächsten Jahrzehnten bei dem weltweiten Wettlauf im All Anschluß halten will. Das Forschungsministerium hat nun ein Orientierungskonzept „Raumfahrt 2000" vorgestellt. Doch die aktuelle politische Entwicklung läßt Experten zweifeln, ob die darin formulierten hochfliegenden Pläne durchführbar sind. Wie *soll die Raumfahrt der nächsten 20* Jahre aussehen, ist sie finanzierbar und politisch durchsetzbar?



Raumtransporter Sänger II: Als erste Stufe ist ein Hyperschallflugzeug vorgesehen. Die zweite Stufe, der Raumgleiter, erreicht eine Erdumlaufbahn von rund 300 km Höhe ZEICHNUNG: MBB

Ein realistisches Konzept ist nicht in Sicht

Von LUDWIG KÜRTEN

Die *Ziele* sind klar: „Die Erforschung und Nutzung des Weltraums sind für eine führende Industrienation wie die Bundesrepublik Deutschland sowohl aus wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen als auch aus außen- und *sicherheitspolitischen Gründen unverzichtbar*". So heißt es in der Studie „Raumfahrt 2000", die das Bundesforschungsministerium in der letzten Woche vorgestellt hat. Darin wird beschrieben, wie die Bundesrepublik, integriert in die europäische Raumfahrt, bis ins 21. Jahrhundert hinein am technischen Fortschritt im Weltraum teilhaben will.

Die Pläne des Forschungsministeriums sehen vor, sich an einer ganzen Palette von Raumfahrtunternehmungen zu beteiligen (siehe unten). Bis zum Jahr 2000 sind dabei Aufwendung in Höhe von schätzungsweise 25 Milliarden Mark vorgesehen, davon 17 Milliarden im Rahmen der europäischen Raumfahrtorganisation ESA und acht für eigenständige Vorhaben (etwa die D 2- und D 3-Missionen).

Erst zwei Projekte sind finanziell abgesichert

Für zwei Projekte sind die Finanzmittel schon vor Anfang 1985 bewilligt worden. Die Bundesrepublik hatte damals beschlossen, sich im Rahmen ESA am Bau der Europa-Rakete „Ariane 5" zu beteiligen und mit dem sogenannten „Columbus"-Programm an der Entwicklung der „Internationalen Raumstation" teilzunehmen. Allein diese beiden Projekte werden die ESA 15 Milliarden Mark kosten, wovon die Bundesrepublik etwa ein Drittel zu tragen hat.

An der Raumstation, die ab 1993 im All gebaut werden soll, *beteiligen* sich neben den Europäern auch Kanada und Japan, die Projektleitung liegt bei der Nasa. Seit Monaten verhandeln die Europäer mit den Amerikanern über die endgültige Ausgestaltung der Station. Dabei zeichnen sich immer größere Differenzen ab. Ursprünglich wollte sich die ESA mit einem Raumlabor beteiligen, das fest an die Station angedockt ist und in dem Experimente unter annähernder Schwerelosigkeit ausgeführt werden könnten.

Die Amerikaner machten jedoch Schwierigkeiten: Sie versuchen, alle anderen beteiligten Nationen ihrem „Kommando" unterzuordnen. So hat ein Kongreßausschuß, der Mittel für die Entwicklung der Station bewilligt, die Vergabe von 150 Millionen Dollar an die Nasa an die Bedingung geknüpft, daß in dem ESA-Raumlabor nur biologische Versuche durchgeführt werden dürfen, während die Materialforschung den Amerikanern vorbehalten bleiben soll.

Gerade die Erprobung von Herstellungstechniken für neuartige Materialien ist jedoch der kommerziell aussichtsreichste Teil der Weltraumforschung. Es soll den Europäern auch nicht gestattet sein, das Raumlabor vorübergehend von der Station abzukoppeln, um Experimente unter freifliegenden Bedingungen vorzunehmen. Schließlich wollen die Amerikaner die ganze Station unter amerikanisches Recht und Oberhoheit stellen.

Die ESA reagierte auf diese Einschränkungen mit einem neuen Konzept. Sie will nun neben dem angedockten Labor ein freifliegendes Labor entwickeln („Man tended free flyer"). Zur Zeit haben Amerikaner und Europäer einen vorläufigen Kompromiß geschlossen, der erlaubt, die Planungen zweispurig weiterzuverfolgen. *Eine Lösung der grundsätzlichen* Differenzen ist aber nicht in Sicht.

Da für den Transport aller Teile der Station ins All bislang nur der amerikanische Space-Shuttle zur Verfügung steht, drängen die Franzosen seit Jahren darauf, daß Europa eine eigene Raumfähre baut. Dieses „Hermes"-Projekt ist inzwischen im Rahmen der ESA „europäisiert" worden. Die nur wenige Tage zurückliegende Entscheidung der Bundesregierung, sich an der Vorbereitungsphase des Projektes zu beteiligen, ist durch die Entscheidung des Haushaltsausschusses des Bundestages, die dafür vorgesehenen Mittel vorläufig zu sperren, wieder in Frage gestellt worden. Finanzexperten fürchten, *daß* der Einstieg in eine unabhängige europäische „Raumflotte" zu einer gewaltigen, in ihrem Ausmaß unvorhersehbaren Kostenlawine führt.

Ist auf die amerikanischen Partner noch Verlaß?

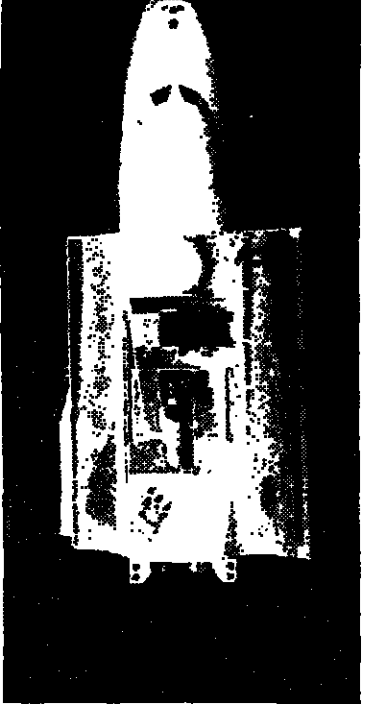
Seit der Challenger-Katastrophe und der Verzögerung im amerikanischen Raumfahrtprogramm sind die USA als Partner – so der Eindruck *vieler Experten – nicht mehr so* verläßlich wie zuvor. Die amerikanischen Planungen seien zu unklar und zu unflexibel, als daß die Europäer sich auf Gedeih und Verderb daran anhängen dürften. Alle Entscheidungen der US-Raumfahrtadministration *in den letzten Monaten – vom Aus*stieg aus den kommerziellen Satellitenstarts bis zur Beschneidung des Spacelab-Programms – weisen nach Ansicht europäischer Beobachter darauf hin, daß die Amerikaner nicht gewillt sind, sich durch Rücksichtnahme auf die Partner in ihrem Konzept beeinflußen zu lassen.

Doch auch Europa selbst ist weit *entfernt von Einigkeit. Unumstritten* sind nur die Pläne für die „Ariane 5". Ihre Nutzlastkapazität wird dringend benötigt, wenn die Europäer in den 90er Jahren auf dem Sektor der kommerziellen Satellitenstarts mithalten wollen. Nach Ansicht der Franzosen gehören „Ariane 5" und „Hermes" jedoch untrennbar zusammen. Die Kombination aus Trägerrakete und Raumfähre mache Europa vom Space-Shuttle unabhängig. Bau und Entwicklung von „Hermes" werden aber nach bisherigen Schätzungen mindestens sieben Milliarden Mark verschlingen, wovon die Bundesrepublik – sollte sie sich daran beteiligen – ein Drittel tragen müßte. Manche Experten geben allerdings zu bedenken, daß diese Schätzungen zu knapp seien *und daß man möglicherweise auf* den doppelten Betrag kommt.

Inzwischen liegen zudem schon Pläne aus der Bundesrepublik sowie aus Großbritannien für die übernächste Generation von Raumtranspor*tern vor. Das deutsche* „Sänger"-Projekt und der britische „Hotol" sind Kombinationen aus Transportflugzeug und Raumfähre, die wie ein normales Flugzeug horizontal starten und landen können. Der Vorteil von „Sänger" ist dabei, so argumentieren *die Deutschen, daß kein prinzipiell* neuartiges Triebwerk dafür entwickelt werden müßte. „Hotol" benötigt hingegen „Hybridtriebwerke", die sowohl in den sauerstoffhaltigen Bereichen der Erdatmosphäre als auch in höheren Flugbahnen arbeiten können.

„Sänger" soll im Jahr 2010 einsatzbereit sein. Dies bedeutet, daß die „Hermes"-Fähre, die im Prinzip dem Space-Shuttle, also der Technik der 70er Jahre entspricht, nur ein Zwischenschritt auf dem Weg zu fortgeschrittenen Trägersystemen ist und nach 15 Jahren bereits zum „alten *Eisen" gehören wird.*

Die Pläne bis zum Jahr 2010



Nur ein technischer Zwischenschritt oder notwendig für Europas Unabhängigkeit? Modell der „Hermes"-Raumfähre mit geöffneter Ladebucht FOTO: CNES

● **„Ariane 5":** Bis 1995 will die ESA eine völlig neue Version der Europa-Rakete „Ariane" entwickeln und *bauen, die eine Nutzlast von bis zu* 15 Tonnen in eine erdnahe, bzw. von acht Tonnen in eine geostationäre Umlaufbahn befördern kann. Die Ariane 5 wird Satelliten mit einem Gewicht zwischen vier und sechs Tonnen in diese Bahn befördern, kann aber auch als Träger für bemannte Raumfähren („Hermes") oder für Elemente einer Raumstation dienen. Entwicklungskosten: etwa sechs Milliarden DM. Deutscher Anteil: 21 Prozent.

● **„Hermes":** Auf Vorschlag der Franzosen plant die ESA den Bau einer eigenen Raumfähre, in der – mittels einer „Ariane 5" – Astronauten und Material in eine erdnahe Umlaufbahn transportiert werden können. Sie soll – wie der amerikanische Shuttle – zur Erde zurückkehren können. Inbetriebnahme: 1997. Gesamtkosten: etwa sieben Milliarden DM. Deutscher Anteil: 30 Prozent.

● **„Columbus":** Wichtigster Teil der transatlantischen Zusammenarbeit in der Raumfahrt ist die Internationale Raumstation, die ab 1993 im Weltraum errichtet werden soll. An *ihr sind die USA, Europa, Kanada* und Japan beteiligt. Der europäische Beitrag daran soll aus vier Teilen bestehen: Ein Raumlabor, das fest an die Station angekoppelt wird (Start 1995 mit einem Space-Shuttle); ein unabhängiges und zeitweise bemanntes Raumlabor, das vorübergehend an die Station andocken kann („Men tended free-flyer", Start 1996 mit einer Ariane 5), eine unbemannte Plattform, die Instrument- oder Experiment-Module trägt (Start 1997 mit Ariane 5); und die sog. „Eureca-Plattform", die schon 1990 zum ersten Mal mit einem Shuttle gestartet und jeweils nur vorübergehend *im All bleiben soll. Entwicklungsko*sten des „Columbus"-Programms: etwa acht Milliarden DM. Deutscher Anteil: 24 Prozent.

● **„Sänger":** Die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) hat unter dem Namen „Sänger" Pläne für ein Ultraschallflugzeug, das mit einer Raumfähre kombiniert ist, vorgestellt. Das Flugzeug, von vier Düsentriebwerken angetrieben, soll die Fähre bis in 35 km Höhe trans*portieren. Dort starten dann die* (von Sauerstoff unabhängigen) Raketentriebwerke der Fähre, um sie in den Weltraum zu bringen. Beide Teile können getrennt wieder auf dem Erdboden landen. „Sänger" soll Nutzlasten zu einem Fünftel der Kosten ins All transportieren können, die beim Transport mit einer „Ariane 5" entstehen. (Inbetriebnahme nicht vor dem Jahr 2010).

● **„Hotol":** Alternativ haben die Briten das „Hotol"-Projekt vorgeschla*gen: Es ist sowohl Flugzeug als auch* Raumfähre und soll konventionell auf einer horizontalen Startbahn abheben können. Es benötigt Triebwerke, die beim Betrieb in der Erdatmosphäre den Sauerstoff nutzen, für den Flug in höheren Bahnen jedoch *durch mitgeführten Sauerstoff* gespeist werden. Solche Triebwerke sind zwar in der Entwicklung, ein Durchbruch aber ist bisher nicht in Sicht. Die Entwicklung von „Sänger" oder „Hotol" dürfte etwa fünf Milliarden DM kosten. Kü.

„Hermes wird jetzt zur Nagelprobe"

Aus Industrie-Sicht ist eine Beteiligung an der europäischen Raumfähre unabdingbar

Von DIETER THIERBACH

„Der Druck von Hermes und allen anderen Dingen, der macht das Leben etwas schwerer", resumiert Ernst Högenauer, stellvertretender Leiter der Unternehmens*gruppe Raumfahrt beim MBB-Erno* Konzern in München. Für den Ingenieur ist eines unumstößlich: Hermes beinhaltet alle Technologien, die auch in Europa beherrscht werden müssen, um die nächste Generation von Raumgleitern zu konstruieren: „*Das fängt bei den Materialien an und* geht bis hin zur Flugführung."

Was ist von Expertenaussagen aus dem Bereich der Industrieforschung zu halten, die neidvoll konstatieren, daß die Franzosen uns in einigen Bereichen – u.a. der Materialforschung – um acht bis zehn Jahre voraus sind?

Ernst Högenauer will diese Äußerungen nicht von der Hand weisen: „*Allein deswegen müssen* wir bei Hermes vor allem auf der Systemebene mitmachen, um das Wissen des Ganzen zu bekommen. Da genügt es eben nicht, daß wir lediglich Teilsysteme wie auf Bestellung abliefern und mit dem Versprechen getröstet werden, daß wir ansonsten ja ohnehin im Projektteam beteiligt sind.

Wir haben ganz klare Analysen *über die zukünftigen* Transportkosten, wie sie auf die Europäer zukommen, angestellt. Dabei haben wir nichts anderes getan, als die geplanten Produktionszahlen der Ariane 4, der Ariane 5 und der Ariane 5 mit Hermes in Starts umzusetzen. Dann kommen wir dann plötzlich in Größenordnungen, die nicht mehr bezahlbar sind."

Hinter *vorgehaltener Hand sind* erst kürzlich in den beteiligten Industriekreisen die Kosten für die Zehnjahreszeiträume 1985–1995, 1995–2005 und 2005–2015 hochgerechnet worden. In der ersten Dekade, die Zeit der Ariane 4, spricht man von Trans*portkosten von rund fünf Milli*arden Dollar, in der folgenden Dekade haben sich die Kosten auf fünfzehn Milliarden Dollar verdreifacht, um schließlich im Planspiel für den dritten Zeitraum 30 bis 50 Milliarden Dollar zu verschlingen.

„Nehmen wir einmal die erste Dekade mit den fünf Milliarden in zehn Jahren, werden Sie feststellen: das ist genau das Budget, was die Bundesregierung zur Zeit in die ESA einzahlt. Unsere Argumentation: Machen wir erst einmal Ariane 4 und 5 mit Hermes. *Danach aber* muß etwas passieren." Ernst Högenauer: „Wenn das nicht geschieht, sind wir weg vom Fenster ..."

Für ihn gibt es keine eigenständige deutsche Raumfahrt, „es gibt höchstens eine eigenständige europäische. Die Franzosen waren die ersten, die ganz klar gesagt haben, was sie wollen. Die Engländer und wir sind nachgezogen, *mit dem, was wir uns in der* Zukunft vorstellen." Sind die deutschen Partner wegen dieser Spätzünder-Taktik in Zugzwang geraten? Högenauer: „Ich würde eher sagen: Nicht die Bundesrepublik, Europa bekommt in Zugzwang." Und mit dem „Blick über den Atlantik": „Wenn Sie sich ansehen, was in den USA passiert, hat da die nächste Generation der Transportgeräte höchste Priorität. Die Amerikaner stecken bereits jetzt Hunderte von Millionen Dollar in diese neue Generation von Raumgleitern. Die Frage, die sich stellt, lautet, ob wir in Zukunft überhaupt noch mitmischen wollen, oder es endgültig den anderen überlassen."

> *Es gibt keine eigenständige deutsche Raumfahrt, höchstens eine eigenständige europäische. Diese Aufgaben kann kein Land alleine bewältigen.*

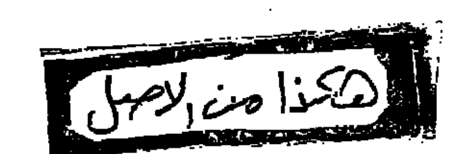
Gefährden also die deutschen Schularbeiten, die bei Hermes nicht erledigt werden, die Versetzung in die Klasse der „Hotol"- und „Sänger"-Projekte? Sowohl für den Münchener Ingenieur, als auch für einen leitender Ingenieur von Arianespace, der in *Paris* ansässigen Vermarktungsfirma der Europa-Rakete „Ariane", ist Hermes „die Vorphase alles anderen": „Es wird hier von den Franzosen nicht laut gesagt, aber insgeheim wird es schon zugegeben: Der Shuttle ist eine Transportmöglichkeit, die vielleicht bis ins Jahr 2010 laufen könnte. Ab dann wird auch hier mit Möglichkeiten gerechnet, auf Geräte wie ‚Hotol' und/oder ‚Sänger' zurückgreifen zu können." „Die Ariane 5 könnte für die Bundesrepublik interessant werden, weil zahlreiche Materialien, wie z.B. die *Boostergehäuse*, in Deutschland hergestellt werden. Extrapoliert man die Summe der bisherigen Erfahrungen, sprechen reine Fabrikationsgründe für die verstärkte Einbeziehung deutscher Firmen. Einen Technologieschub vermag der Ingenieur, der nicht genannt werden möchte, indes nicht zu sehen. „Wir sprechen da praktisch doch nur über eine, bzw. zwei *Firmen*".

Die Zeitspanne, die Ernst Högenauer für die Planungsphase der Hermes-Folge-Projekte einräumt, beziffert er auf 15 bis 20 Jahre. „Nachdenken darüber kostet heute nicht viel Geld." Was tut sich heute bereits in den Zweigen von Ingenieurtechnik für die Projekte von Übermorgen? „Wir sind im Augenblick dabei zu identifizieren, in welchen Technologiebereichen wir ansetzen müssen, um morgen eine positive Antwort geben zu können."

Den englischen Raumgleiter-Alleingang stuft er als nicht „gerade realistisches Objekt" ein: „Hotol steht doch eigentlich für etwas ganz anderes, nämlich für einen Ideenwettbewerb zukünftiger, noch nicht vorhandener hochanspruchsvoller Triebwerke." Aus rein physikalischen Gründen wird es seiner Meinung nach nie einen „Einstufer" wie „Hotol" geben. „‚Sänger' dürfte sich aus allen Überlegungen mit erster Priorität herausschälen."

Die Motorenentwicklung wird sich für ihn letztlich zum ehrgeizigsten aller Ingenieraufgaben der nächsten 20 Jahre entwickeln. „Die Thematik, die da auf uns zukommt, ist so interdisziplinär, das sie in alle Abteilungen hineingeht. Wir haben hier schon einige Dutzend Leute damit beschäftigt."

„Entscheidend für mich ist, daß diese *Aufgaben* kein europäisches Land allein bewältigen kann. Die Nagelprobe ist und bleibt Hermes. Allerdings möchte ich hier eine ausgewogenere Aufgabenverteilung als bei den bisherigen bilateralen Programmen sehen, die bereits auf der Schiene sind. Man macht es sich meiner Meinung nach etwas zu einfach, wenn man sagt: Das wird alles in Frankreich gemacht."



STANDPUNKT / Beyers Lippenbekenntnis

Harm Beyers Lippenbekenntnis pro Deutsche Sporthilfe und pro Schwimm-Nationalmannschaft hat am Wochenende die Wogen der Erregung geglättet. Es sei ihm in der zurückliegenden Woche nicht darum gegangen, die Sporthilfe als Sozialwerk kaputtzumachen. Vielmehr habe er mit seinen Worten vor dem Kuratorium der Neckermann-Institution lediglich zu einem Nachdenkprozeß animieren wollen, denn viele Gelder flössen – so Beyer – immer noch zu wenig effizient.

Amtsrichter Beyer hat sich revidiert und eine für den Deutschen Schwimm-Verband markige Aussage gemacht. Einen kleinen Teil des DSV-Amateursports will der 50jährige in einen Professionalismus gelenkt sehen, der bislang in der 525 000-Mitglieder-Organisation außen vor bleiben *mußte*.

Mit Konzessionen zugunsten der besten Schwimmer hat Beyer den ersten Schritt gemacht. Ihnen soll „außertariflich" unter die Arme gegriffen werden. Bei spektakulären Ereignissen werden Gelder in die Kasse der Nationalmannschaft fließen. Dafür will sich Beyer auch vor dem allmächtigen Verbandsbeirat stark machen, der das letzte Wort hat. Sogar an eine Art Rente für die Aktiven denkt der Präsident.

DSV-Vizepräsident Wilhelm Schmidt ist da skeptisch. Der Berufs-Politiker mit Bundestagsambitionen glaubt nicht, daß die Worte von Mainz, wo die Aussprache mit den Schwimmern stattfand, den Widerhall finden, der für eine bleibende *Harmonie zwischen Schwimmern* und DSV-Präsidialen vonnöten ist. Doch wer Beyer kennt, der kämpfen kann für seine Ideale, wird erkennen, daß er alles getan hat, egal, wie die Landesfürsten entscheiden. Doch die waren in der Vergangenheit immer sehr konservativ eingestellt.

Unabhängig vom Votum des Beirats hat Mainz eines verdeutlicht: Das offene Gespräch zwischen allen Beteiligten kann Wunder wirken, kann Feindseligkeiten aus dem Weg räumen, kann Ruhe in den trotz aller sportlichen Erfolge manchmal amateurhaften DSV bringen.

DIETMAR FUCHS

FUSSBALL

Die Gladbacher im neuen Stil auf Torejagd

sid, **Düsseldorf**

Die Betriebsstörungen zu Saisonbeginn sind vergessen, die Mönchengladbacher Torfabrik produziert derzeit im Akkord, und die Fans feiern die Borussia am Bökelberg nach 16 Toren in den letzten drei Heimspielen wie in alten Zeiten. 5:0 gegen Homburg in der Bundesliga, 5:1 gegen Feyenoord Rotterdam im UEFA-Cup und nun zog Gladbach mit einem nicht minder imposanten 6:1-(4:1-) Sieg über Borussia Dortmund ins Achtelfinale des DFB-Pokals ein. „Selten zuvor haben wir so stark und so clever gespielt", schwärmt Trainer Jupp Heynckes.

Endlich spielt die Mannschaft so, wie es sich der 41 Jahre alte Trainer *schon lange vorgestellt hat. „Wir haben in dieser Saison unseren Stil geändert.* Früher sind wir oft ungestüm dem Gegner ins offene Messer gelaufen. Jetzt stürmen wir am Bökelberg kontrolliert", verrät Heynckes sein neues Erfolgsrezept, und Mannschaftskapitän Hans-Günther Bruns ergänzt: „Es hat einige Rückschläge gekostet, bis es alle begriffen haben. Aber jetzt sind wir auf dem richtigen Weg. Ich glaube sogar wieder an einen UEFA-Cup-Platz."

Seit insgesamt acht Spielen geht die neue Taktik auf. „Der Durchbruch war mit dem *3:1* in Belgrad geschafft", meint Uli Borowka, der gegen Dortmund mit einem Sonntagsschuß aus 30 Metern in den Winkel die Ovationen der 25 000 Zuschauer herausforderte. Daß sowohl der Abwehrspieler, aber auch das Mittelfeld mit Bakalorz, Drehsen und Brandts sowie der Angriff mit Rahn und Thiele am Torreigen beteiligt waren, beweist die Ausgeglichenheit und die scheinbar unerschütterliche Moral der Truppe. Heynckes: „Ich bin erstaunt, daß auch das Publikum den Stilwandel akzeptiert. Früher hätten sie uns ausgepfiffen, wenn wir wie gegen Dortmund taktiert hätten."

Auch finanziell kann die Borussia der Zukunft beruhigt entgegensehen. Das Weiterkommen im Europapokal ist programmiert. Als „sportlich und wirtschaftlich attraktiv" bezeichnete Heynckes das Nachbarschaftsduell bei Alemannia Aachen im Achtelfinale des DFB-Pokals (18. oder 19. November).

NATIONALELF / Immel nicht mehr bescheiden

Konfrontation gleich an verschiedenen Fronten

ULFERT SCHRÖDER, **Wien**

Grüne Wiesen, sanfter Regen auf leuchtend-buntem Herbstwald. Gleich hinter der Bar das stille Wasser des Swimmingpools. Trügerischer Friede im und um das Hotel der Nationalelf im lauschigen Helenental bei Wien. Konfrontation war angesagt. Und das gleich an verschiedenen Fronten.

„Der Toni wird auch nicht jünger. Bei der Europameisterschaft in anderthalb Jahren bin ich die Nummer Eins." So frech und forsch sprach Eike Immel, bis jetzt und auch in Zukunft der zweite Mann hinter Schumacher. Mit dieser Position freilich will sich Immel nun nicht mehr zufrieden geben.

Er darf morgen beim Spiel gegen die Österreicher das Tor hüten. Zum fünften Male in seiner Karriere. Der Eike habe mal ein Spiel verdient, meinte der Teamchef Beckenbauer. Schumacher sei und bleibe selbstverständlich die Nummer Eins.

Toni war zufrieden. „Wenn der Eike keinen Ehrgeiz hätte, wäre er hier fehl am Platze", sagte der Kölner. Und: Nein, wenn er jetzt neunzig Minuten lang auf der Bank sitze, das mache ihn nicht nervös. Doch diese Ruhe ist nur äußerlich.

Innerlich liegt Schumacher auf der Lauer. Er hat schlechte Erfahrungen mit seinen Reservisten gemacht in der Vergangenheit. Nach einer Zeit friedlicher Koexistenz hatte ihm Dieter Burdenski den Krieg erklärt. Und Uli Stein lebte mit Schumacher im Dauerkonflikt.

„Mit Stein hatte ich gar kein Verhältnis", sagt Schumacher heute, „und mit Burdenski kein gutes. Meine Beziehungen zu Immel sind besser. Ich akzeptiere ihn." Aber das wird sich nun auch bald ändern. Ob er dem Konkurrenten nicht selber Starthilfe gewähre, wenn er ihn ins Tor lasse, wird Toni gefragt. „Nein, auf keinen Fall, das sehe ich nicht so", antwortet er, aber sein giftiger Blick paßt nicht zu den diplomatischen Sprüchen.

Einen Konflikt von ganz anderem Kaliber, einen handfesten und gefährlichen, sagt Toni Schumacher als Sprecher der Nationalelf voraus, falls die Bundesligaklubs ihre Streikdrohung wahrmachen.

„Dann bestreiken wir den Streik", sagt Schumacher.

Der Hintergrund: Die Klubs machen *unter der Führung ihres neuen* Sprechers Mayer-Vorfelder Front gegen den DFB. Für den Fall, daß der DFB einen Spieler sperrt, der von seinem Klub für eine der Auswahlmannschaften (hauptsächlich die Olympiaauswahl oder B-Mannschaft) nicht freigegeben wurde, haben die Vereine den Boykott eines ganzen Spieltages angekündigt.

Da werde er nicht mitmachen, sagt Schumacher. Er werde auch seine Kollegen anhalten, seinem Beispiel zu folgen. Schumacher: „Obwohl es einige Leute immer noch nicht zu wissen scheinen: Die Spieler sind das wichtigste in diesem Geschäft und die sollte man zuerst fragen."

Schumachers Meinung, die er seinen Kollegen im Spielerrat (Klaus Allofs, Matthäus, Völler und Förster) nahe bringen will: „Erstens haben sich die Klubs dem Statut des DFB untergeordnet. Zweitens sind wir Profis und in einer Auswahl zu spielen nützt unserem beruflichen Fortkommen. Das kann man uns nicht verbieten." Schumacher kann sich am Streiktag durchaus eine Gegenaktion der Spieler vorstellen. „Ich für meinen Teil", sagt er, „würde mich zur üblichen Anstoßzeit im Müngersdorfer Stadion in voller Montur auf den Rasen stellen."

Mit Streik und Gegenstreik freilich sind die Konfliktstoffe noch nicht erschöpft. Die im „Spiegel" breit ausgemalte Vermutung, der ehemalige Kölner Vize-Präsident Karl-Heinz Thielen werde neuer Super-Manager des DFB, zuständig für Bundesliga und Nationalelf, hat die Funktionäre aufgeschreckt. „Noch kein Wort davon gehört", sagt DFB-Generalsekretär Wilfried Gerhardt. Der direkt betroffene Horst Schmidt merkte auf: „Ich *mit meiner zwanzigjährigen* Erfahrung habe viel bessere Voraussetzungen. Thielen ist keine Konkurrenz für mich."

Beckenbauer dementierte den „Spiegel". Er habe zwar mit Thielen telefoniert, sagte der Teamchef, Thielen komme auch nach Wien, werde sogar mit der Mannschaft essen, aber Thielen und Manager, nein, das sei völlig aus der Luft gegriffen.

HANDBALL-KOLUMNE / Essener wollen nicht zu groß gemacht werden

● Der Meister TuSEM Essen ist in der Handball-Bundesliga nicht zu stoppen. Die Essener *setzten sich im Schlgerspiel* gegen den bis dahin ebenfalls noch unbesiegten TV Großwallstadt vor 7000 Zuschauern mit 19:18 durch. Erst 75 Sekunden vor dem Abpfiff schaffte der frühere Nationalspieler Thomas Springel, der möglicherweise ein Comeback im Nationalteam unternimmt, den Siegtreffer. Großwallstadt scheiterte immer wieder an Essens überragendem Torwart Stefan Hecker. Kopfschütteln und Erstaunen aber ruft derzeit am meisten das schlechte Abschneiden des VfL Gummersbach hervor. Mit 4:8 Punkten steht der oberbergische Renommierklub im Tiefparterre der Liga. Das Ende der Ära des VfL Gummersbach war schon oft prophezeit worden, aber immer wieder hat sich der Klub aufrappeln können. Schafft es Gummersbach wieder?



Ein Spitzenspiel, bei dem es hart zuging: Michael Roth bremst Jochen Fraatz. Martin Schwalb war schon zu Boden gegangen. FOTO:DPA

Kritik an Brand-Brüdern – das sehen Gummersbachs Spieler nicht ein

Ganz zum Schluß hatte **Johan Ingi Gunarsson** noch eine Bitte: „Machen Sie uns nur nicht zu groß. Wir wollen noch eine Weile Erfolg haben." Gunarsson, seit vier Monaten Trainer des Deutschen Meisters TuSEM Essen, steht seit Sonntag vor einem großen Problem: Seine Mannschaft hat den bisher stärksten Konkurrenten TV Großwallstadt mit 19:18 besiegt und hat damit auch im sechsten Saisonspiel ihre Favoritenstellung bestätigt. „Aber eine ganze Saison lang gleichmäßig gut zu spielen, das hat bisher noch keine Mannschaft der Welt geschafft", sagt Gunarsson.

Irgendwann, das ist klar, wird die Erfolgsserie des TuSEM ein Ende haben. Diesen Tag X so lange wie möglich hinauszuschieben, ist momentan das dringlichste Anliegen von Trainer Gunarsson: „Entscheidend ist, daß wir jetzt auf dem Teppich bleiben und nicht überheblich werden." Das ist ein Standardsatz von Trainern. Durchgängig durch alle Sportarten. Eine Floskel, die viel besagt und wenig verhindert. Nicht unbedingt typisch für einen Mann wie Gunarsson, der Psychologie studiert und sein Trainingskonzept durch psychologische Aspekte stützt. Und doch ist sie ein Kernsatz für Gunarssons Arbeit in den kommenden Wochen.

Er muß der Mannschaft ein Gefühl für die Realität erhalten, weil der Blick auf die Tabelle allzu leicht den Eindruck souveräner Überlegenheit suggeriert. Genau das aber ist die *schwierigste* Aufgabe in der Arbeit eines Trainers. Die technischen Fähigkeiten eines Spielers, seine konditionelle Verfassung und sein taktisches Verhalten sind nach außen leicht zu überprüfen und lassen sich korrigieren. Seine psychische Verfassung aber ist oft genug Angelegenheit des Unterbewußtseins, das nicht so gezielt trainiert werden kann.

Selbst dem angehenden Diplom-Psychologen Johan Ingi Gunarsson sind Grenzen in der Beeinflussung des Unterbewußtseins gesetzt. Auch er kann nicht wie gewünscht agieren, sondern muß reagieren. „Ich muß herausfinden, wie meine Spieler denken. Ob sie den Gegner ernst nehmen oder leichtsinnig sind. Das höre ich aus ihren Gesprächen heraus. Und ich sehe es an der Art, wie sie trainieren. Ob sie voll bei der Sache sind oder eher unkonzentriert. Das ist zwar ein sehr subjektiver Eindruck, aber auch eine Frage von Erfahrung."

*

Bisher hat TuSEM Essen davon profitiert. Die Mannschaft spielt befreiter auf als in den Vorjahren, verliert selbst in kritischen Situationen nicht die Nerven, und überträgt die eigene Spielfreude auch auf das Publikum. So war im Spitzenspiel gegen Großwallstadt die Essener Grugahalle zum erstenmal bei einem Handball-Spiel völlig ausverkauft. „Die Stimmung bei uns ist einfach lockerer geworden unter Ingi Gunarsson," sagt **Dieter Balkenhol**, der auch unter dem früheren Trainer **Petre Ivanescu** schon Co-Trainer beim TuSEM war. Sogar im Training sind die Folgen des Trainerwechsels spürbar. „Ivanescu war auch ein guter Mann", sagt Balkenhol. „Aber er war ein Perfektionist und wurde schnell mißmutig, wenn im Training Übungen mißlangen. Das schlug sich auf die Stimmung der ganzen Mannschaft nieder. Unter Gunarsson macht das Training wieder mehr Spaß."

*

Während TuSEM Essen damit beschäftigt ist, die Erfolgsserie weiter auszubauen, sehnt sich die Konkurrenz nach einer Mannschaft, die den Tabellenführer daran hindert. „Es wird zu keinem Alleingang von Essen kommen", verspricht **Karl Weidmann**, Obmann des TV Großwallstadt. Seine Mannschaft hat zwar nach der Niederlage in Essen als Tabellenzweiter schon drei Punkte Rückstand, „aber es stehen ja noch zwanzig Spiele auf dem Plan. Außerdem gibt es noch ein Rückspiel in Großwallstadt. Und Essen hat auch noch nicht gegen Gummersbach gespielt", sagt Weidmann. Doch Gummersbach hat im Moment andere Probleme. „Ich wäre schon froh, wenn wir jetzt erst mal gegen Mannschaften wie die Aufsteiger Hameln und Milbertshofen gewinnen", sagt Gummersbachs Kreisläufer **Christian Fitzek**. „An Essen möchte ich lieber noch nicht denken."

*

Mit 4:8 Punkten liegt der ehemalige Europacupsieger VfL Gummersbach nur auf Platz zehn. Am kommenden Wochenende muß er zum punktgleichen VfL Hameln reisen „und das ist schon so etwas wie ein Kellerderby", sagt Christian Fitzek. *Das sind sie beim erfolgverwöhnten* Rekordmeister in Gummersbach nicht gewohnt. Obwohl schwache Starts in die Saison fast schon zur Tradition gehören. „Doch am letzten Samstag – das war eindeutig ein schlechtes Spiel zuviel. Das konnten wir uns schon nicht mehr leisten", sagt Christian Fitzek. Mit 17:19 hatte Gummersbach gegen TuRu Düsseldorf sein zweites Heimspiel dieser Saison verloren. Aus dem Formtief ist eine ernsthafte Krise geworden.

Noch in dieser Woche werden sich Mannschaft, Vorstand und Trainer *zusammensetzen, um die Lage zu* diskutieren. Sogar das Trainer-Duo **Klaus Brand** und **Heiner Brand** wurde schon in Frage gestellt. „Aber da macht die Mannschaft nicht mit", sagt Christian Fitzek. „Wir sind mit den beiden deutscher Meister geworden und hatten schon viel Erfolg mit ihnen. Jetzt soll auf einmal auf ihnen rumgehackt werden. Das sehe ich nicht ein." ULLA HOLTHOFF

NACHRICHTEN

Schiedsrichter zog Pistole

Belgrad (dpa) – Mit einer Pistole brachte sich Schiedsrichter Nijaz Poljo bei einem Fußballspiel in Negotin (Jugoslawien) vor wütenden Spielern und Zuschauern in Sicherheit. Beim Stand von 2:0 für die Gäste bahnte sich Poljo mit seiner Pistole den Weg durch die angreifende Menge und floh mit seinem am Spielfeldrand geparkten Wagen.

Herzinfarkt erlegen

Budapest (sid) – Am Schlußtag der Ringer-Weltmeisterschaften in Budapest ist der Amerikaner Joseph Scalzo, Mitglied des Internationalen Ringer-Verbandes (FILA), im Alter von 60 Jahren einem Herzinfarkt erlegen.

Langer blieben 5209 Dollar

San Antonio (sid) – Genau 5209 Dollar erhielt Bernhard Langer beim mit einer Million Dollar dotierten Golf-Turnier in San Antonio (Texas), das der 29 Jahre alte Anhauser mit 205 (65+70+70) Schlägen auf Platz 31 beendete. Wegen eines Gewitters wurden nur drei Runden gespielt. Die 180 000-Dollar-Siegprämie gewann der Amerikaner Ben Crenshaw mit 196 (65+67+64) Schlägen.

Beckers erster Gegner

Paris (sid) – Der international unbekannte Hugo Nunez aus Ecuador ist morgen der erste Gegner von Wimbledonsieger Boris Becker (Leimen) beim mit 625 000 Dollar dotierten Tennis-Grand-Prix-Turnier in Paris. Der Neusser Eric Jelen muß gegen Ronald Agenor aus Haiti antreten.

Sieg für Peter Luther

Helsinki (dpa) – Peter Luther aus Wittmoldt gewann zum Abschluß des ersten Weltcup-Turniers der Springreiter in dieser Saison in Helsinki den Großen Preis. Luther blieb auf Malicieuse als einziger fehlerfrei und siegte vor dem Briten Harvey Smith mit Sanyo Shining Example.

10 000 Dollar für Steffny

Chicago (dpa) – Der Freiburger Herbert Steffny, Dritter der Europameisterschaft von Stuttgart, kassierte für seinen fünften Platz beim Marathonlauf in Chicago eine Prämie von 10 000 Dollar. Der Sieger Toshihiko Seko aus Japan erhielt als Siegprämie 40 000 Dollar ebenso wie Ingrid Kristiansen (Norwegen), die bei den Frauen gewann.

ZAHLEN

FUSSBALL

DFB-Pokal, zweite Runde: Mönchengladbach – Dortmund 6:1 (4:1).

EISHOCKEY

Bundesliga, 12. Spieltag: Köln – Schwenningen 4:4, Düsseldorf – Iserlohn 9:2, Kaufbeuren – Frankfurt 5:3, Landshut – Rosenheim 7:4, Mannheim – Rießersee 4:1. – Tabellenspitze: 1. Mannheim (55:23 Tore/19:5 Punkte), 2. Kaufbeuren (47:33/19:5), 3. Kölner EC (48:34/15:9).

LEICHTATHLETIK

3. Chicago-Marathon, Männer: 1. Seko (Japan) 2:08:27 Stunden, 2. Salah (Dschibuti) 2:09:57, 3. Spedding (Großbritannien) 2:10:13, 4. Musyoki (Kenia) 2:10:30, 5. Steffny 2:11:17 . . . 8. Dächert (beide Bundesrepublik Deutschland) 2:14:25 – Frauen: Kristiansen (Norwegen) 2:27:08, 2. Lelut (Frankreich) 2:29:51.

GEWINNZAHLEN

„6 aus 45": 10, 20, 36, 40, 41, 45. Zusatzspiel: 34. – **Elferwette:** 2, 1, 1, 1, 1, 2, 2, 2, 2, 0, 2. (Ohne Gewähr)

Wo in Europa an Lehrern noch Mangel herrscht

DW. Bonn

In England und Wales gibt es Mangel an Mathematik- und Physik-Lehrern. Der zuständige britische Staatsminister hat sich an die Kultusministerkonferenz gewandt, um prüfen zu lassen, inwieweit deutsche Bewerber für die Positionen in Frage kommen.

Beide Seiten wollen in zügigen Verhandlungen rechtliche Schwierigkeiten ausräumen. Wie der Europa-Abgeordnete Prof. Werner Münch der Hochschul-WELT mitteilte, gibt es teilweise auch noch in Portugal und Dänemark Lehrer-Mangel.

Anlagebau an Uni Bochum

DW. Bochum

Die Fakultät für Bauingenieurwesen der Ruhr-Universität Bochum hat sich kurzfristig entschlossen, in den Bereichen Umwelttechnik, Bauinformatik und Anlagenbau schon zu diesem Wintersemester Vertiefungsrichtungen anzubieten. Bewerber können sich hier noch nach Beginn des Semesters einschreiben. Auskünfte erteilt die Fakultät (Postfach 10 21 48, 4630 Bochum).

Afrika im Nebenfach

DW. Hamburg

Als erste deutsche Hochschule bietet die Universität Hamburg nun die Möglichkeit, im Nebenfach „Afrika-Studien" zu belegen. Das Lehrangebot umfaßt Veranstaltungen aus einer Reihe von Fachbereichen bis hin zu Theologie, Jurisprudenz und Wirtschaftswissenschaften. Das Studium wird in der Regel mit dem Magister abgeschlossen. Vereinzelt soll auch eine Diplomprüfung möglich sein, etwa im Rahmen von Volkswirtschafts- oder Betriebswirtschaftslehre.

Kein Geld für Arbeitslose

DW. Kassel

Das Bundessozialgericht in Kassel hat jetzt entschieden, daß Studenten nach Abschluß ihres Studiums keine Arbeitslosenhilfe vom Arbeitsamt beanspruchen können. Das gilt auch dann, wenn sie während ihres Studiums ein Praktikum abgeleistet haben, in dieser Zeit aber weiterhin als Student und nicht als Arbeitnehmer anzusehen waren. Zu diesem Ergebnis kam das Gericht im Prozeß eines ehemaligen Studenten aus Rheinland-Pfalz. Das Arbeitsamt hatte zunächst anders entschieden, dann aber seinen Beschluß revidiert (Az.: BSG 7 RAr 133/84).

Computer für FH

DW. Stuttgart

Mit einem Kostenaufwand von sieben Millionen Mark haben zwölf baden-württembergische Fachhochschulen jetzt CDA-Systeme (Computer Aided Design) erhalten. Dabei handelt es sich um rechnergestützte Konstruktionssysteme, mit deren Hilfe Werkstücke entworfen und berechnet werden können. Die hier gespeicherten Daten lassen sich unmittelbar für die Fertigung mit automatisch gesteuerten Maschinen (CAM, Computer Aided Manufactoring) verwenden.

Samstags: Die Serviceseiten Berufs-WELT. Die Hochschul-WELT erscheint jeden Dienstag in Zusammenarbeit mit dem RCDS.

So gibt es aus dem Steuertopf Geld fürs Stipendium

Von RUDOLF REPGEN

Erst Einschreibungsgebühren, dann Mietkaution und Einführungslehrbücher: Vom ersten Tag an kostet Studieren Geld, bringt aber „nichts" ein. Die Ausnahme von dieser Regel heißt – Stipendium. Gut 200 Förderwerke finanzieren in der Bundesrepublik Kommilitonen die Studienzeit. Acht davon haben überregionale Bedeutung.

Allen voran steht die parteipolitisch und konfessionell ungebundene Studienstiftung des Deutschen Volkes. Jedes Jahr nimmt sie 700 bis 900 Stipendiaten neu in ihre Reihen auf. In einem kleineren Rahmen mit je 100 bis 400 Neuaufnahmen jährlich fördern vier Einrichtungen mit parteipolitischer Ausrichtung: die Konrad-Adenauer-Stiftung steht der CDU nahe, die Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD, die Hanns-Seidel-Stiftung der CSU und die Friedrich-Naumann-Stiftung der FDP. Die Grünen diskutieren gegenwärtig noch über die Errichtung einer eigenen Stiftung.

Zu den bedeutenderen Förderwerken gehören auch die Bischöfliche Studienförderung Cusanuswerk (katholische Kirche) und das Evangelische Studienwerk Villigst sowie die Hans-Böckler-Stiftung des DGB.

Die Auswahl ihrer Stipendiaten nehmen die Förderwerke nicht nur selbst, sondern auch nach eigenen Kriterien vor, obwohl das Geld größtenteils aus dem Steuersäckel, dem Etat des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft, stammt. Der Erfolg eines Antrags hängt von zwei Voraussetzungen ab: von der Begabung des Studenten und dem jeweiligen Förderzweck der Stiftung.



Der Bewerber muß zunächst überdurchschnittliche Studienleistungen durch Fachgutachten von Dozenten nachweisen. Steht er am Studienanfang, kann bei einigen Werken eine Aufnahme aufgrund des Abiturzeugnisses erfolgen. Im allgemeinen sind hier jedoch die Auswahlkommissionen zurückhaltend.

Das andere Bein, auf dem die „Förderungswürdigkeit" ruht, der Förderzweck: Die parteinahen Stiftungen unterstützen vorwiegend Studenten, die sich gesellschaftspolitisch engagieren. Sie wollen „staatsbürgerliche Verantwortung" stärken und lassen als Zeichen dafür so verschiedenartige Tätigkeiten gelten wie die Übernahme von Aufgaben in einer Studentenverbindung oder Gewerkschaft, in kirchlichen Verbänden oder parteipolitischen Organisationen und natürlich in Hochschulgruppen. Allerdings muß die Aktivität zur jeweiligen Stiftungscouleur passen.

Ähnliches gilt für die konfessionell und gewerkschaftlich orientierten Begabtenwerke. Nur das größte, die Studienstiftung, spielt eine Sonderrolle: Alleinentscheidend für die Aufnahme ist hier die Qualität der Studienleistung, wobei besonders berücksichtigt wird, wenn dazu soziale oder erzieherische Hindernisse überwunden werden müssen.

Auch beim Bewerbungsverfahren geht die Studienstiftung eigene Wege. Ein Hochschullehrer muß den Stipendiaten empfehlen. Bei der Hans-Böckler-Stiftung haben die Gewerkschaften das Vorschlagsrecht. Ansonsten nehmen die Stiftungen selbst Bewerbungen entgegen. Sobald die Unterlagen bei den Büros eintreffen, nimmt ein langwieriges Verfahren seinen Gang. Schriftlich und mündlich machen sich die Stiftungen ein Bild von dem Kandidaten. Ist diese Hürde genommen, beginnt zunächst die Probeförderung. 930 Mark hoch ist der Spitzensatz. 150 Mark davon zahlen die meisten Stiftungen als „Büchergeld" jedem Stipendiaten.

Interessant ist durchaus nicht nur die finanzielle Seite. Die Stiftungen bieten ein politisches, wissenschaftliches und kulturelles Seminarprogramm von beachtlicher Qualität. Der Kontakt zu Studenten anderer Universitäten und Fachrichtungen ist hier so eng wie nirgendwo sonst. Auch an der Hochschule vor Ort bestehen häufig Stipendiatengruppen mit einem Professor als Vertrauensdozent. Es gibt gute Chancen für ein Auslandsstudium und die Förderung einer nachfolgenden Promotion. Eine Besonderheit der Konrad-Adenauer-Stiftung: Es ist ein eigenständiges Werk für den publizistischen Nachwuchs aufgebaut worden.

Studienstiftung des Deutschen Volkes, Mirbachstraße 7, 5300 Bonn 2 (0228/354091), Bewerbungsmöglichkeit ab 1. Sem.
Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 5205 St. Augustin 1 (02241/2460), ab 2. Sem.
Friedrich-Ebert-Stiftung, Godesberger Allee 149, 5300 Bonn 2 (0228/8830), ab Ende 2. Sem.
Hanns-Seidel-Stiftung, Lazarettstraße 19, 8000 München 19 (089/12581), ab 1. Sem.
Friedrich-Naumann-Stiftung, Im Dohl 2, 1000 Berlin 33, (030/8315071), ab 3. Sem.
Cusanuswerk, Annaberger Straße 283, 5300 Bonn 2 (0228/316066), ab 1. Sem.
Evangelisches Studienwerk Villigst, Iserlohner Straße 25, 5840 Schwerte (02304/7550), ab 1. Sem.
Hans-Böckler-Stiftung, Bertha-von-Suttner-Platz 3, 4000 Düsseldorf 1 (0211/77780), ab 1. Sem.

Mit dem Stipendium gibt es in den Stiftungen neben Büchergeld auch ideelle Unterstützung und neue Bekanntschaften in Arbeitsgruppen FOTO: PHOTOMEDIA

Erholsames Reisen nach anstrengendem Semester

Tips, wie die leidige Kluft zwischen touristischer Lust und knappem Kassenstand überwunden werden kann

Zum freien Umherreisen hat wohl kaum jemand soviel Zeit wie die Studenten. Nach einem anstrengenden Semester wollen viele einfach mal „ausspannen", andere suchen in fernen Ländern die kulturelle Weiterbildung. Leider ist aber im allgemeinen das Budget zum Vagabundieren selten so schmal wie gerade bei den Studenten. Zum Glück fehlt es nicht an Wegen, diese leidige Kluft zwischen Reiselust und Kassenstand zu überbrücken.

Für Studenten unter 27 Jahren, die mit der Bahn reisen wollen, bietet die Deutsche Bundesbahn verschiedene Sparmöglichkeiten an. Mit dem Juniorpaß kann man gegen Zahlung von 110 Mark ein Jahr lang auf allen Strecken zum halben Preis fahren, während das Tramper-Monats-Ticket für 245 Mark (für Juniorpaß-Inhaber 213 Mark) einen Monat lang zur Benutzung aller Züge im Bereich der Bundesbahn berechtigt.

Mit dem Inter-Rail-Ticket reist man zum halben Preis innerhalb der Bundesrepublik und darüber hinaus in 22 Ländern ohne zusätzliche Fahrkarte, von eventuellen Zuschlägen abgesehen. Es gilt für einen Monat und kostet 420 Mark (500 Mark bei Benutzung von Fähren), ist aber nur erhältlich für junge Leute unter 26 Jahren. Sie können aber auch eine „Transalpino"-Fahrkarte benutzen. Nicht nur im Inland, sondern in 25 weiteren Ländern kann man damit alle wichtigen Ziele ansteuern. Die Ermäßigungen bei Bahnen und Fähren sind erheblich.

Fernziele mit Rabatt

„Transalpino"-Reisebüros gibt es in Köln, Berlin, Bochum, Dortmund und München (Zentrale: Hohenzollernring 47, 5 Köln 1, 0221/20 230) sowie in großen Städten in weiteren 14 europäischen Ländern. Darüber hinaus nehmen aber auch viele andere Reisebüros „Transalpino"-Buchungen an. Andere bieten statt dessen „twen tours" an, die in Teilnahmebedingungen, Preisen und Zielorten mit „Transalpino" übereinstimmen.

Außer Skireisen in Europa sind gerade im Winter unter Studenten mit prallerem Geldbeutel vor allem auch Flugreisen nach Amerika, Südostasien und Australien beliebt. Hier kann man dank des Wettbewerbs der vielen Fluggesellschaften oft auf überraschend günstige Angebote stoßen.

So kostet zum Beispiel ein Hin- und Rückflug von Brüssel nach New York noch bis zum 31. März 1987 nur 697 Mark für alle unter 26 Jahren; von Amsterdam nach Lima und zurück fliegt man bis zum 31. Januar 1987 für 1745 Mark und von Frankfurt oder Brüssel nach Bangkok und zurück bis zum 30. November dieses Jahres für 1340 Mark. Gebucht werden kann beispielsweise bei „budget reisen", Rösrather Straße 590, 5 Köln 91, 0221/86 15 75 bzw. 86 40 04 und bei anderen Reisebüros. Vergleichbare Angebote gibt es bei vielen ähnlichen Agenturen. Offenhalten sollte man die Augen allerdings auch für häufig kurzfristige Offerten und Sondertarife der Fluggesellschaften.

Wichtige Anlaufstellen für Reiselustige sind inzwischen längst auch die Mitfahragenturen, die im ganzen Bundesgebiet, vor allem in Universitätsstädten, und im Ausland zu finden sind. Autofahrer bieten hier einige Tage vor ihrer Abreise Plätze für Mitfahrer an, die das gleiche Reiseziel haben.

Kurzfristige Buchungen

Man erhält dann von der Agentur gegen Zahlung einer Vermittlungs- und Versicherungsgebühr und eines Benzinkostenanteils eine billige Reisemöglichkeit. Häufig bieten diese Büros auch günstige Flüge, Bus- und Bahnreisen an.

Der Vorteil bei diesem wie bei den meisten übrigen Angeboten für Studenten, von denen hier nur eine Auswahl gegeben werden kann, liegt darin, daß oft ganz kurzfristige Entscheidungen und Buchungen möglich sind. Neben günstigen Preisen kommt gerade dies Studenten in dem Zwiespalt von Zeit und Geld sehr gelegen. STEPHAN SCHMIDT

Wo sich Hochschulen um Studenten reißen werden: Eine noch nicht veröffentlichte Untersuchung analysiert, welche Universitäten bei sinkender Nachfrage gefährdet sein könnten. Die Hochschul-WELT nennt im zweiten Teil einer Serie die Sieger und die möglichen Verlierer.

Manches Aschenbrödel ist weit besser als sein ramponierter Ruf

Von JÜRGEN BÖCKLING

Mit einer Art „Negativ-Rangliste", die den Grad der Gefährdung aufgrund fortgeschriebenen unterdurchschnittlichen Interesses an diesen Hochschulen absteckt, dürfte die Arbeitsgruppe um den Gießener Professor Giese in ihrer Studie für Aufregung und Nachdenken sorgen. Den Auftrag für die brisante Untersuchung gab die Deutsche Forschungsgemeinschaft.

So könnten nach Auffassung der Experten vom Zentrum für regionale Entwicklungsforschung der Universität Gießen vor allem folgende zehn Universitäten in Schwierigkeiten geraten, müßten gar „um ihr Überleben kämpfen" – und zwar in dieser Reihenfolge: 1. Passau, 2. Regensburg, 3. Bayreuth, 4. Trier–Kaiserslautern, 5. Mannheim, 6. Gießen, 7. Bielefeld, 8. Erlangen-Nürnberg, 9. Ulm, 10. Saarbrücken.

Keine Probleme hingegen, weiterhin Studierende anzuziehen, sehen die Gießener Forscher für die meisten jener Hochschulen voraus, die schon jetzt genug oder zuviel davon haben: Die besonders attraktiven werden weiter von diesem Ruf zehren, die größten unter ihnen werden schlimmstenfalls ein Schrumpfen auf „Normalmaß" verkraften müssen.

Insgesamt 22 von 52 Universitäten erfahren eine „überdurchschnittliche" Nachfrage, weil auf sie mindestens jeweils zwei Prozent der Nennungen von 180 000 Abiturienten aus den Jahren 1983 und 1984 entfallen, während die übrigen 30 – beginnend bei 1,8 Prozent mit der TU Berlin – „durchschnittlich" oder „unterdurchschnittlich" abschneiden.

Unter den 22 „Überdurchschnittlichen", zu denen mit jeweils mehr als zwei Prozent der Gesamtnachfrage Hochschulen wie Heidelberg, Tübingen, Freiburg, Göttingen und Stuttgart gehören, tun sich neun besonders hervor, weil sie mit mindestens drei Prozent der Nennungen „stark überdurchschnittlich" gewünscht werden, allen voran die Universität München. Sie wird von acht Prozent der Abiturienten an die „einsame Spitze" gestellt.

Mit deutlichem Abstand dazu werden – in dieser Reihenfolge – Köln, Hamburg, Hannover, Münster, München (TU), Aachen, Bonn und Berlin (FU) als „stark überdurchschnittlich" eingestuft. Sie kommen auf Werte zwischen 5,49 und 3,56 Prozent der Präferenzen bei den künftigen Studenten.

Fast alle alten Universitäten gelten somit als besonders attraktiv, werden überdurchschnittlich bevorzugt – bis auf jene, deren begrenztes Fächerspektrum von vornherein geringere Nachfrage erwarten läßt oder die sich – außerhalb von Ballungsräumen gelegen – auf ein kleineres Potential an Studierwilligen in der jeweiligen Region stützen. Diesen „Heimvorteil" spüren wiederum neue Universitäten in bevölkerungsreichen Regionen, Bochum und Dortmund etwa.

Generell aber läuft der Trend nicht auf die in den letzten Jahren entstandenen Universitäten zu: Im Bewußtsein neuer Studentengenerationen noch nicht fest verankert, fehlt ihnen als wichtiger „Werbeträger" auch die ältere Generation, die von ihrem Studienort schwärmt.

Folgt man den Grundannahmen und Befunden der Gießener Studie, so ist es kaum die Qualität von Forschung und Lehre, die den Studienanfänger bei der Wahl des Hochschulortes leitet. Im übrigen ist zu betonen, daß auch die Trends keine unmittelbaren Schlußfolgerungen auf die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit der jeweiligen Hochschule erlauben.

Die von vielen Faktoren – etwa der geographischen Lage, dem Einzugsgebiet, dem Alter und der Reputation einer Hochschule – abhängige Nachfrage wollten die Gießener Forscher indes nicht allein stehen lassen. Mit einem speziellen Berechnungsverfahren schälten sich jene Universitäten besonders heraus, die – gemessen an der Zahl der Studierwilligen einer Region – über- oder unterproportional geschätzt werden.

Neben der Universität München als „Spitzenreiter" auch in dieser Tabelle stehen nun – in dieser Reihenfolge – Münster, Aachen, Köln und Göttingen ganz vorn. Auf den nächsten Plätzen findet man die TU München und die Universitäten Berlin, Hannover, Heidelberg, Bonn, Erlangen, Freiburg, Tübingen und Hamburg.

Auf durchaus noch akzeptablen Rängen im „Mittelfeld" entdeckt man hier plötzlich Hochschulen wie Würzburg, Gießen oder Marburg, die in den „unbereinigten" Nachfrage-Tabellen auf schlechten oder doch ziemlich schlechten Plätzen stehen, weil sie – so folgert die Studie – wegen des geringen Studentenaufkommens in der Region „standortbedingte Wettbewerbsnachteile besitzen". Tatsächlich aber seien die in dieser Liste zu Ehren gekommenen Universitäten „wesentlich attraktiver", als das nach den unbereinigten Nachfrage-Zahlen aussehe.

Die Hitliste

Neun deutsche Hochschulen werden von den Abiturienten besonders geschätzt: München, danach – in dieser Reihenfolge – Köln, Hamburg, Hannover, Münster, München (TU), Aachen, Bonn und Berlin (FU). Alter und Tradition spielen bei der Reputation eine wichtige Rolle. Neugründungen können nur aufholen, wenn sie, wie Bochum und Dortmund, in bevölkerungsreichen Regionen liegen.

Die Ludwig-Maximilians-Universität in München ist unter den deutschen Hochschulen die Meisterin aller Klassen PHOTO: ELKE BRECHT/BAVARIA

In der nächsten Ausgabe: Wo welche Fächer am besten vertreten sind

PRAKTIKANTEN-BÖRSE

Für eine Reihe von Studiengängen sind Praktika erforderlich, in anderen wünschenswert und nützlich. Der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) bietet in der Hochschul-WELT wöchentlich solche Stellen für einzelne Tätigkeitsbereiche an. Während der Semesterferien besteht in begrenztem Umfang eine kostengünstige Unterbringungsmöglichkeit in Studentenheimen. Angebote und Nachfragen bitte ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Tel. 02 28 / 46 00 55.

Elektrotechnik

lfd. Nr.	Einsatzort	Branche	Einsatz-Schwerpunkt	Besch.-Dauer
1	Berlin	Elektrotechnik	Bahntechnik	3–4 M.
2	Düsseldorf	Computer	Programmierung	3 M.
3	Duisburg	El. Maschinen	Schlosserei/Montage	n. V.
4	Donaueschingen	Unterhaltungselektronik	Radio/TV-Technik	n. V.
5	Frankfurt/Main	Luft- und Raumfahrt	Einzelgeräte	n. V.
6	Gelsenkirchen	Energieversorgung	Elektrotech. Schwerp.	n. V.
7	Gelsenkirchen	Elektronik	Reglerelektronik	3 M.
8	Hanau	Metallbe- u. Verarbeitung	Fertigung	1–6 M.
9	Herschbach	Motorenbau	allgem. Kenntnisse	n. V.
10	Hildesheim	Haustechnik	allgem. Kenntnisse	n. V.
11	Hofheim/Taunus	Hard-, Software	Programmentwicklung	1–3 M.
12	Holzwickede	Unterhaltungselektronik	Elektroindustrieanl.	n. V.
13	Köln	Energieversorgung	Gas-,Elekt.-,Wasserw.	min. 3 M.
14	Konstanz	Computer	Hard-, Softwareentw.	6 M.
15	Marburg	Medientechnik	Industriefilmentw.	6 M.
16	München	Computer	el.tech. Kenntnisse	20 Woch.
17	Neuwied	Elektronik	Meß- und Regeltechnik	n. V.
18	Pfronten	Meßtechnik	Produktionssteuerung	3–6 M.
19	Rammingen	Maschinenbau	Hydraulik	n. V.
20	Rheine	Kfz-Zubehör	Kfz-Technik	1 Jahr
21	Soest	Elektronik	Batterie-Technik	1 Jahr
22	Stuttgart	Meßtechnik	Optik	n. V.
23	Ulm	Metall	Maschinenbau	n. V.
24	Schorndorf	Feinmechanik	Konstr. Kleinschalter	n. V.
25	Waghäusel	Maschinenbau	nach Wahl	6 M.
26	Wuppertal	Autotechnik	Kabelelektronik	n. V.
27	Viersen	Elektronik	Hochfrequenztechnik	n. V.
28	Vechta	Apparatebau	E.-Technik	n. V.
29	Weinstadt	Elektronik	Entw./Konstruktion	n. V.
30	Kahl	Atomindustrie	Versuchsatomkraftwerk	n. V.

Bauwesen

lfd. Nr.	Einsatzort	Branche	Einsatz-Schwerpunkt	Besch.-Dauer
1	Bad Kreuznach	Stahlbetonbau	Statik	n. V.
2	Braunschweig	Bauforschung	Bauphysik, -technik	min. 1–2 M.
3	Bremen	Bauwirtschaft	Konstruktion	n. V.
4	Frankfurt/Main	Kreditinstitut	Instandhaltung	3 M.
5	Burbach	Bauwirtschaft	Statik/Bauplanung	n. V.
6	Heuchelheim	Holzbau	Holzplanung/Konstr.	n. V.
7	Karlsruhe	Holzbau	Statik/Konstruktion	3–6 M.
8	Kreuztal	Tief-, Straßenbau	Leitungs-,Straßenbau	n. V.
9	Mönchengladbach	Wohnungsbau	Hochbau	n. V.
10	Osnabrück	Bauwesen	Baustellentätigkeit	3 M.
11	Schifferstadt	Wasserversorgung	Versorgungstechnik	1 M.
12	Siegen	Bauwesen	Bautg./Kalkulation	min 4 M.
13	Singen	Industriehallenbau	technisches Büro	3 M.
14	Wesel	Stahlbau	Tragwerksplanung	bis 6 M.
15	Wesseling	Straßenbau	Vermessung	4 Woch.
16	Weibern	Bauwesen	Bau	max. 3 M.

In der nächsten Woche: Naturwissenschaften

STUDIENPLATZ-TAUSCH

Die Anfragen und Antworten für die Tausch-Börse nimmt ausschließlich der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon: 02 28 / 46 49 33, entgegen. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. In der Tabelle ist jeweils an erster Stelle der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort des Anbieters genannt. Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1987. Die Semester-Angabe in der Tabelle bezieht sich dagegen auf das Wintersemester 1986/1987.

Humanmedizin Vorklinik 6. Semester

	von	nach
1	Uni Gießen	Uni Kiel
2	Uni Köln	Uni Hannover
3	Uni Marburg	Uni Göttingen
4	Uni Marburg	Uni Hannover
5	Uni Marburg	Uni Lübeck
6	Uni Marburg	Uni Kiel
7	Uni Mainz	Uni Frankfurt
8	Uni Würzburg	Uni Hannover

Humanmedizin 7. Semester

	von	nach
1	Uni Hannover	Uni Hamburg
2	Uni Kiel	Uni Erlangen
3	Uni Kiel	Uni Freiburg
4	Uni Kiel	Uni Heidelberg
5	Uni Kiel	Uni Hamburg
6	Uni Kiel	Uni Mannheim
7	Uni Kiel	TU München
8	Uni Kiel	Uni München
9	Uni Kiel	Uni Regensburg
10	Uni Kiel	Uni Tübingen
11	Uni Kiel	Uni Ulm
12	Uni Kiel	Uni Würzburg
13	Uni Ulm	TU München
14	Uni Ulm	Uni München

Humanmedizin Klinik 8. Semester

	von	nach
1	Uni Mainz	Uni Bonn
2	Uni Mainz	Uni Frankfurt
3	Uni Mainz	Uni Heidelberg

Zahnmedizin 1. Semester

	von	nach
1	RWTH Aachen	Uni Erlangen
2	RWTH Aachen	Uni Freiburg
3	RWTH Aachen	Uni Göttingen
4	RWTH Aachen	Uni Heidelberg
5	RWTH Aachen	Uni Hamburg
6	RWTH Aachen	Uni Kiel
7	RWTH Aachen	Uni Münster
8	RWTH Aachen	Uni München
9	RWTH Aachen	Uni Regensburg
10	RWTH Aachen	Uni Tübingen
11	RWTH Aachen	Uni Ulm
12	FU Berlin	RWTH Aachen
13	FU Berlin	Uni Bonn
14	FU Berlin	Uni Düsseldorf
15	FU Berlin	Uni Erlangen
16	FU Berlin	Uni Frankfurt
17	FU Berlin	Uni Freiburg
18	FU Berlin	Uni Gießen
19	FU Berlin	Uni Göttingen
20	FU Berlin	Uni Hannover
21	FU Berlin	Uni Heidelberg
22	FU Berlin	Uni Hamburg
23	FU Berlin	Uni Köln
24	FU Berlin	Uni Kiel
25	FU Berlin	Uni Marburg
26	FU Berlin	Uni Münster
27	FU Berlin	Uni München
28	FU Berlin	Uni Mainz
29	FU Berlin	Uni Regensburg
30	FU Berlin	Uni Tübingen
31	FU Berlin	Uni Ulm
32	FU Berlin	Uni Würzburg
33	Uni Frankfurt	Uni Bonn
34	Uni Frankfurt	Uni München
35	Uni Gießen	Uni Heidelberg
36	Uni Gießen	Uni Mainz
37	Uni Göttingen	Uni Erlangen
38	Uni Göttingen	Uni München
39	Uni Göttingen	Uni Regensburg
40	Uni Hannover	Uni Freiburg
41	Uni Hannover	Uni Göttingen
42	Uni Hannover	Uni Heidelberg
43	Uni Hannover	Uni Münster
44	Uni Hannover	Uni München
45	Uni Hannover	Uni Mainz
46	Uni Hannover	Uni Tübingen
47	Uni Hannover	Uni Ulm
48	Uni Hannover	Uni Würzburg
49	Uni Köln	RWTH Aachen
50	Uni Köln	Uni Düsseldorf
51	Uni Köln	Uni Göttingen
52	Uni Köln	Uni Hannover
53	Uni Köln	Uni Hamburg
54	Uni Köln	Uni Münster
55	Uni Kiel	Uni Heidelberg
56	Uni Kiel	Uni München
57	Uni Kiel	Uni Würzburg
58	Uni Marburg	Uni Frankfurt
59	Uni Marburg	Uni Gießen
60	Uni München	Uni Ulm
61	Uni Mainz	Uni Bonn
62	Uni Mainz	Uni Düsseldorf
63	Uni Mainz	Uni Frankfurt
64	Uni Mainz	Uni Heidelberg
65	Uni Mainz	Uni Münster
66	Uni Mainz	Uni München
67	Uni Mainz	Uni Regensburg
68	Uni Mainz	Uni Tübingen
69	Uni Mainz	Uni Ulm
70	Uni Regensburg	Uni Würzburg

Zahnmedizin 2. Semester

	von	nach
1	FU Berlin	RWTH Aachen
2	FU Berlin	Uni Bonn
3	FU Berlin	Uni Düsseldorf
4	FU Berlin	Uni Frankfurt
5	FU Berlin	Uni Gießen
6	FU Berlin	Uni Göttingen
7	FU Berlin	Uni Hannover
8	FU Berlin	Uni Hamburg
9	FU Berlin	Uni Köln
10	FU Berlin	Uni Kiel
11	FU Berlin	Uni Marburg
12	FU Berlin	Uni Münster
13	Uni Mainz	Uni Bonn
14	Uni Mainz	FU Berlin
15	Uni Ulm	Uni RWTH Aachen
16	Uni Ulm	Uni Bonn
17	Uni Ulm	Uni Düsseldorf
18	Uni Ulm	Uni Köln
19	Uni Ulm	Uni Münster

155 km/h als Diesel getarnt.

Der neue Uno Diesel 1700 schöpft aus dem vollen: 1700 ccm Hubraum sorgen für mehr Drehmoment, besseren Durchzug und damit für prompte Entfaltung der 44 kW/60 PS. Ein hydraulischer Dämpfer an der Motoraufhängung sorgt für eine angenehm gedämpfte Atmosphäre, und geringer Dieselverbrauch sorgt für gedämpfte Erwartungen bei der Petrolindustrie.

Die Steuerbefreiung (bis zu 1100 Mark) bekommt ja heutzutage fast jeder bessere Diesel; damit wollen wir uns nicht brüsten. Aber auf die 15 Sekunden bis 100 km/h und die 155 Spitze, mit der er seine Klasse anführt, sind wir schon stolz.

Ebenso auf das Finanzierungsangebot unserer Fiat Kredit Bank: 1,9% effektiver Jahreszins bei 36 Monaten Laufzeit und 25% Anzahlung. Und das Superleasing mit 99 Mark/Monat bei 25% Mietsonderzahlung und 24 Monaten Laufzeit.
Unverbindliche Preisempfehlung zzgl. Überführung: ab 15.550 Mark.

Uno Diesel 1700
Die neue Kraft.



FIAT

Innsbrucker Gutachten: Wackersdorf ungefährlich

München hofft auf Einlenken des Salzburger Landeshauptmannes

PETER SCHMALZ, München

Die kerntechnische Wiederaufarbeitungsanlage bei Wackersdorf muß nach einem an der Universität Innsbruck ausgearbeiteten Gutachten die österreichische Bevölkerung nicht beunruhigen.

In der von der Tiroler Landesregierung angefertigten Expertise stellt Professor Ortwin Bobleter, Vorstand des radiochemischen Universitäts-Instituts, fest, die WAA bringe „für die Bürger in Österreich einschließlich ihrer *Nachkommen keine Gefahr von* Schäden durch ionisierende Strahlung".

Im einzelnen führt der Wissenschaftler aus: Die Planung dieser Anlage erfolgt mit großer Gewissenhaftigkeit und zur Vermeidung von Stör- und Unfällen sind *vielfache* Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden, die im Normalfall überflüssig seien. Für wichtige Bereiche wurde dennoch unterstellt, daß Vorfälle wie Brände auftreten.

„Tiroler Bevölkerung wird nicht belastet"

Die dann zu erwartenden radioaktiven Belastungen lägen aber schon am Werkszaun unter denen, die für beruflich strahlenexponierte Personen zugelassen sind. „Eine strahlenschutzmäßig bedeutsame Belastung der Tiroler Bevölkerung durch Wackersdorf kann daher nicht erwartet werden", zieht Professor Bobleter als Fazit.

Der Tiroler Landeshauptmann Eduard Wallnöfer (ÖVP) sprach von einem „neutralen und eher beruhigenden" Gutachten. Der Regierungschef hatte es selbst angeregt, nachdem der Innsbrucker Landrat im Mai die Landesregierung gebeten hatte, Informationen über die WAA und ihre Auswirkungen zu besorgen.

Während sich damals der Salzburger Landeshauptmann Wilfried Haslauer (ebenfalls ÖVP) an die Spitze lautstarker österreichischer WAA-Gegner stellte, bat sein Tiroler Kollege die bayerischen Behörden um detaillierte Unterlagen über das Projekt. Wallnöfers Amtschef Rudolf Steiner gestern zur WELT: „Die Bayern waren dabei sehr kooperativ."

An Normalisierung der Beziehungen interessiert

Diese nur von einem *Fachmann zu* wertenden technischen und ökologischen Unterlagen gab der Landeshauptmann dem international renommierten Radiologen Professor Bobleter zur Prüfung. Nach dessen positivem Gutachten wurden die Unterlagen *gestern an das Wiener Bundes*umweltamt mit der Bitte um eine weitere Expertise geschickt. Amtschef Steiner: „Wenn dieses vorliegt, erhält der Landtag die von ihm gewünschte Information." Unabhängig davon haben Gespräche mit Bayern über ei*nen Alarmplan schon zu einem ersten* Vertragsantwurf geführt.

In München wird erwartet, daß die als besonnen bezeichnete Vorgehensweise der Innsbrucker Regierung auch dem Salzburger Landeshauptmann Haslauer zu denken gibt. Immerhin werden bereits erste Anzeichen registriert, die darauf hindeuten, daß Haslauer an einer Normalisierung der Beziehungen zu Bayern wieder sehr gelegen ist.

Papst stellt die Sehnsucht nach Frieden über religiöse Unterschiede

Johannes Paul II. betet mit Vertretern der Weltreligionen am Grab des Heiligen Franz

FRIEDRICH MEICHSNER, Assisi

Mit einem eindringlichen Aufruf Papst Johannes Pauls II. an die Weltreligionen, die „gewaltige" Friedensherausforderung unserer Epoche gemeinsam zu bestehen, endete gestern abend vor der *Unterkirche* des Heiligen Franz von Assisi der Weltgebetstag für den Frieden, zu dem sich etwa 150 Vertreter fast aller christlichen Kirchen, Konfessionen und Gemeinschaften sowie die geistlichen Repräsentanten von elf nichtchristlichen Religionen in der mittelitalienischen Stadt am Grabe des großen christlichen Friedensheiligen versammelt hatten.

Gleichzeitig appellierte der Papst an die Mächtigen der Welt: „Wir rufen die Führer der Welt auf, unsere bescheidene Bitte an Gott um Frieden zur Kenntnis zu nehmen. Aber wir bitten sie auch, sich zu ihrer Verantwortung zu bekennen und sich mit neuer Kraft der Aufgabe des Friedens zu widmen."

Unterschiede überwinden

Umgeben von den aus allen Kontinenten zu dieser bisher beispiellosen Friedenswallfahrt herbeigeströmten Teilnehmern, deren Kultgewänder zu einer Farbsymphonie zusammenklangen, rief der Papst aus: „Die Herausforderung des Friedens, wie sie sich heute jedem menschlichen Gewissen stellt, übersteigt die religiösen Unterschiede. Sie wirft das Problem einer vernünftigen Lebensqualität für alle auf, das Problem des Überlebens der Menschheit, das Problem des Lebens und des Todes."

Angesichts dieses Problems seien zwei Dinge von überragender Bedeutung: Der Schutz und die Forderung des menschlichen Lebens vom Mutterleib an bis zum Totenbett und die Überzeugung, daß der Frieden die menschlichen Kräfte übersteige, daß sein Quell und seine Verwirklichung „in jener Realität gesucht" werden müsse, „die über uns allen steht".

„Der Frieden erwartet seine Propheten", rief der Papst aus. Er erwarte aber auch seine Baumeister. Allen Nationen stelle sich die ehrenvolle Aufgabe, ihr ganzes Handeln auf den Frieden auszurichten – auf der Grundlage der Überzeugung der Heiligkeit des menschlichen Lebens und der Anerkennung der unverzichtbaren Gleichheit aller Völker.

Der im Vorfeld des Treffens von Assisi laut gewordenen Anklage, daß die Religionen selbst keineswegs immer Faktoren des Friedens seien, wich der Papst nicht aus. Nach christlicher Überzeugung, so sagte er, trage *der Frieden den Namen Jesus Christus*. „Ich bin aber bereit anzuerkennen, daß die Katholiken diesem Glaubensbekenntnis nicht immer treu geblieben sind. Nicht immer waren wir die Baumeister des Friedens. Deshalb ist für uns selbst – wie vielleicht auch in gewissem Sinne für alle – dieses Treffen von Assisi ein Akt der Buße."

Der Tag von Assisi hatte am Morgen vor der Basilika Santa Maria degli Angeli fünf Kilometer vor der Stadt mit der Begrüßung der verschiedenen Religionsvertreter durch den Papst begonnen. In seinem dann in der Basilika gesprochenen Grußwort stellte Johannes Paul II. dem historischen Treffen die Aufgabe „die Vorwegnahme einer friedlichen Welt zu sein".

Zu seiner Rechten den orthodoxen Erzbischof Methodios als Vertreter des ökomenischen Patriarchats von Konstantinopel und den anglikanischen Erzbischof von Canterbury, Runcie, zu seiner Linken den Dalai-Lama, verwies er auf die im Gebet sich zeigende „andere Dimension des Friedens", die nicht das Ergebnis von Verhandlungen, politischen Kompromissen oder wirtschaftlichen Abmachungen sei.

Den religiösen Rahmen steckte er *klar mit den Worten ab:* „Die Tatsache, daß wir hierhergekommen sind, impliziert keinerlei Absicht, nach einem religiösen Konsens unter uns zu suchen oder unsere Glaubensüberzeugungen zum Verhandlungsobjekt zu machen. Wir sind hier, weil wir überzeugt sind, daß, wenn die Welt endlich ein Ort des wahren und dauerhaften Friedens werden soll, das eindringliche, bescheidene, vertrauensvolle Gebet nötig ist."

„Christliche Einheit"

Nach dieser Begrüßung begaben sich die verschiedenen Religionsvertreter zum Gebet in die Kirchen und Säle sowie auf die Plätze der Stadt, die jeder einzelnen Nomination – Hindus, Buddhisten, Mohammedaner, Juden, Jains, Bahai, Shiks, Zarazustraner, *Shintoisten*, *Indianer*, *afrika*nische Urreligionen – zugewiesen worden waren.

Alle Christen trafen sich gemeinsam mit Johannes Paul II. zu einem dreistündigen Gebetsgottesdienst in der Kirche San Ruffino, der Kathedrale der Stadt. Hier richtete der Papst einen Appell an alle Anwesenden, über das Gemeinsame dieses Friedensgebets hinaus mit aller Kraft nach Wiederherstellung der vollen christlichen Einheit zu streben.

Nach den getrennt abgehaltenen Gebetsandachten zogen die Religionsvertreter in einem Sternmarsch zur Abschlußfeier vor die Unterkirche, wo ihnen von Jugendlichen Olivenzweige überreicht wurden.

In Biblis prüft auch Experte aus der „DDR"

Bonn: Die Bundesregierung hat nichts zu verbergen

D. GURATZSCH, Biblis

Die Bundesregierung hegt keine Bedenken gegen die Beteiligung eines „DDR"-Experten an der Überprüfung des Kernkraftwerkes Biblis. Das hat der Abteilungsleiter Reaktorsicherheit im Bundesumweltministerium, Walter Hohlefelder, gestern in Biblis (Kreis Bergstraße) beim Eintreffen der Überprüfungskommission der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) bekräftigt. Hohlefelder nannte die Überprüfung von Biblis A, die nach dem Kraftwerksunfall von Tscherbobyl auf Ersuchen von Bundesumweltminister Walter Wallmann (CDU) eingeleitet worden ist, einen ersten Schritt zur internationalen Harmonisierung der Sicherheitsstandards. Die Bundesregierung sei zuversichtlich, daß es jetzt zu einer „umfassenden internationalen Überprüfungstätigkeit" der Kernkraftanlagen kommen werde.

Zu den verschiedentlich lautgewordenen Bedenken gegen die Beteiligung eines „DDR"-Wissenschaftlers meinte Hohlefelder, die Mitarbeiter der Wiener Behörde unterlägen „einer besonderen Verpflichtung der Geheimhaltung". Außerdem habe die Bundesrepublik in ihren Kernkraftwerken „nichts zu verbergen".

Die Kommission, die ihre Arbeit gestern aufgenommen hat, besteht aus zwölf Sachverständigen, dem Leiter der Reaktorsicherheitsgruppe bei der IAEO, Morris Rosen, sowie sechs Beobachtern, die im Rahmen ihrer Weiterbildung beteiligt werden. Die ausländischen Sachverständigen kommen aus Frankreich, England, Schweden, den Philippinen sowie den Vereinigten Staaten. Die deutschen Teilnehmer sind Ferdinand L. Franzen (Bundesrepublik) sowie Reinhart H.Winkler („DDR"), dem die Prüfung der chemischen Betriebsabläufe anvertraut ist. Die Beobachter stammen aus Brasilien, Mexiko, Südkorea, Jugoslawien und der Tschechoslowakei.

Wie Hohlefelder erläuterte, soll der Reaktor Biblis A als Prototyp einer ganzen Baureihe von *1300-Megawatt*-Reaktoren untersucht werden. Anschließend werde die Wiener Organisation mit dem Reaktor von Philippsburg auch den Prototyp sogenannter „Konvoianlagen" sowie mit Krümmel den Prototyp eines Siedewasserreaktors prüfen. Anschließend würden sämtliche deutschen Kernkraftwerke in einem getrennten Verfahren nochmals von der deutschen Reaktorsicherheitskommission unter die Lupe genommen. Eine weitere (dritte) Prüfung des Reaktorblocks Biblis A hat die hessische Landesregierung angekündigt. Die von ihr berufene sechsköpfige Kommission ist nach dem Absprung von zwei Mitgliedern allerdings nicht mehr komplett.

Nach den Worten des stellvertretenden Leiters der IAEO-Kommission, Ricardo Palabrica, wird sich die jetzt beginnende Prüfung auf folgende Bereiche erstrecken: Management und Betriebsorganisation, Aus- und Weiterbildung des Personals, Anlagenbetrieb, Instandhaltung, Hilfsdienste, Strahlenschutz, Wasser- und Radiochemie sowie Notfallschutz. Die Anlagensicherheit als solche, also die spezielle Technologie des Reaktors, werde nicht geprüft. Die gegenwärtige Mission der IAEO sei bereits die zwölfte in der Geschichte der Organisation und die erste in der Bundesrepublik. Zur Stillegung von Reaktoren sei es im Anschluß an frühere Prüfungen nicht gekommen. Ihren Prüfungsbericht über Biblis A wolle die Kommission noch in diesem Jahr vorlegen.

Biedenkopf, das Revier und die „neue Einsicht"

ULRICH REITZ, Bonn

„Der Biedenkopf, der kennt inzwischen das Ruhrgebiet." Hinter dieser scheinbar banalen Feststellung eines Spitzengwerkschafters verbirgt sich die positive Bewertung eines Biedenkopf-Vorstoßes, mit dem der rührige Professor Gewerkschaften und Christdemokraten zusammenbringen möchte. Unter dem Motto „Partnerschaft, nicht Klassenkampf" hatte Biedenkopf Arbeitnehmer, die CDU wählen, aufgerufen, in die Gewerkschaften einzutreten.

*Dahinter stehe, so ein Repräsen*tant der IG Bergbau und Energie (IGBE), die „bei der CDU neue" Einsicht, daß „christdemokratische Positionen überhaupt erst in die innergewerkschaftliche Diskussion einbezogen werden, wenn CDU-Wähler sich *gewerkschaftlich betätigen*". Bei einem entsprechend hohen Prozentsatz von CDU-Mitgliedern könnten die Gewerkschaften „es sich nicht leisten, den christdemokratischen Standpunkt zu ignorieren." Hauptziel Biedenkopfs sei es, die „Diskussion *in den Gewerkschaften zu verbrei*tern", um so, wie es sich aus der Sicht eines kritischen Gewerkschafters darstellt, den DGB „aus dem SPD-Fahrwasser zu holen und die Einheitsgewerkschaft zu stärken".

„Feigenblatt-Dasein"

Bei der IG-Bergbau und Energie interpretiert man die Aufforderung Biedenkopfs an die CDU-Mitglieder auch als Kritik an der eigenen Partei – was erklären würde, weshalb bislang hier sein Aufruf ohne Resonanz geblieben ist. Hintergrund der Bemühungen Biedenkopfs sei die Erkenntnis, daß „die CDU sich nicht über die Gewerkschaften und ihre einseitige Ausrichtung auf die SPD beschweren kann, wenn ihre eigenen Leute zu wenig tun". Der Aufruf, den Gewerkschaften „auf der Suche nach neuen Antworten ein Angebot zu machen" (Biedenkopf), sei eben auch an die Adresse der eigenen Partei gerichtet.

Die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft hätte wohl kaum darunter zu leiden, wenn mehr CDU-Mitglieder in DGB-Gewerkschaften einträten. Nach Einschätzung des IGBE-Vorstandsmitglieds, der auch der SPD angehört, würden die Sozialausschüsse „eher gestärkt": „Vielleicht kämen sie aus ihrem Feigenblattdasein heraus." Es ist offenbar das Kalkül Biedenkopfs, über eine Intensivierung der Diskussion gewerkschaftlicher Standpunkte auch die Position der Organisation innerhalb der CDU zu stärken, die diese Standpunkte verstärkt vertritt.

„Atypische Gewerkschaft"

Namen, zum Beispiel den eigenen bei Gesprächen, wollen Gewerkschafter (noch) nicht genannt wissen. Grund: „Die Diskussion, die Biedenkopf angestoßen hat, ist hoch brisant, für Gewerkschaften und Christdemokraten." Für die Union deshalb, weil in ihrem Wahlkampf der durch die Neue-Heimat-Affäre geschwächte DGB eine Rolle spiele. Noch vor kurzem hatte Biedenkopf dagegen die CDU ermahnt, „keinen Wahlkampf gegen die Gewerkschaften" zu führen. Er hob hervor, daß die Union auf ein „gedeihliches Miteinander" mit den Gewerkschaften angewiesen sei, wolle sie Mehrheitspartei bleiben.

Die IG Bergbau hat den Wink verstanden. Sie stehe dem Ansinnen Biedenkopfs positiv gegenüber. „Doch wir sind in vielerlei Hinsicht eine atypische Gewerkschaft." Von sieben Geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern gehören immerhin zwei der CDU an. „Wir haben keine Berührungsangst", so der IGBE-Funktionär, der weiß, daß man bei der IG Metall vielleicht anders denkt.

Ein Berührungspunkt mit der CDU ist für die IG Bergbau die Energiepolitik. Die IGBE steht den Atomenergie-Ausstiegsplänen der SPD überaus skeptisch gegenüber. Für IGBE-Chef Meyer hängt die Zukunft einer Energiepolitik, die allen nutze – gemeint war die Kohlevorrangpolitik, die gegenwärtig ohne die Atomenergie undenkbar ist – von der Wiederherstellung eines „parteienübergreifenden Konsenses" ab. Der Ausstieg aus der Kernenergie sei mit knappen Mehrheiten unmöglich, sagte Meyer an die Adresse der SPD. Aus der IG Bergbau kam übrigens auch eine der beiden Stimmen gegen den auf dem Nürnberger SPD-Parteitag beschlossenen Kernenergie-Ausstieg.

Ausschuß stoppt Mittel für Flottendienstboot

rmc. Bonn

Der Versuch des Bundesverteidigungsministeriums, im Haushaltsjahr 1986 noch nicht verbrauchte Finanzmittel im Schnellverfahren teilweise umzuschichten und sie der Marine zum Bau eines dritten rund 200 Millionen Mark kostenden Flottendienstbootes zur Verfügung zu stellen, ist vom Haushaltsausschuß des Bundestages vorerst gestoppt worden. Auf Anregung der SPD-Mitglieder stimmten auch die Vertreter der Union und der FDP dem Antrag zu, der Bundesrechnungshof solle erst einmal prüfen, ob die Werft in Flensburg zur Ausführung des vergrößerten Bauauftrages überhaupt wirtschaftlich in der Lage sei.

Die Zweifel der Abgeordneten hängen mit dem Konkurs der Harmstorff-Gruppe zusammen, zu der auch die Flensburger Werft gehörte, die bereits im vergangenen Jahr den Auftrag zum Bau zweier neuer Flottendienstboote erhalten hatte. Die nach dem Konkurs gebildete Auffangorganisation „Neue Flensburger Schiffbau-Gesellschaft" sollte nach dem Willen der Bundesregierung noch in diesem Jahr rund 60 Millionen Mark als Teilfinanzierung für das dritte Boot erhalten, die zur Erhaltung der Werft und damit der Arbeitsplätze offenbar unbedingt erforderlich sind. Das Land Schleswig-Holstein hat sich dem Vernehmen nach im übrigen bereit erklärt zu garantieren, daß selbst bei einer Schließung der Werft die drei Boote ohne Mehrkosten für den Bund bei anderen Unternehmen fertiggestellt werden sollen.

Die Abgeordneten äußerten ihren Unwillen darüber, daß sie von der Hardthöhe unter „Termindruck" gestellt worden seien und keine Gelegenheit gehabt hätten, die Wirtschaftslage der betroffenen Werft zuverlässig abzuschätzen. Einen vorläufigen Bericht des Bundesrechnungshofes erwarten sie für den 5. November und wollen danach entscheiden, ob der Bauauftrag erteilt werden kann. Die neuen Flottendienstboote sollen zum Teil sehr überalterte ersetzen. Sie werden im östlichen Teil der Ostsee *zur Funkaufklärung* eingesetzt. Die Marine hatte schon in ihrer früheren Beschaffungsvorlage auf die Notwendigkeit des Baus von drei neuen Booten aufmerksam gemacht, mußte im vergangenen Jahr aber aus Geldmangel akzeptieren, daß nur zwei in Auftrag gegeben wurden.

Peru: Tod nach Attentat

dpa, Lima

Der ehemalige Chef der peruanischen Marine und frühere Minister Geronimo Cafferata (57) ist in einem Krankenhaus der amerikanischen Stadt Baltimore seinen Verletzungen erlegen, die er bei einem Attentat in Lima am 14. Oktober erlitten hatte. Das wurde gestern von einem peruanischen Regierungssprecher mitgeteilt. Der Wagen Cafferatas war vor zwei Wochen auf einer Straßenkreuzung in Lima von einem Terroristen-Kommando beschossen worden. Die Polizei nahm noch am gleichen Tage zwei Männer und eine Frau fest, die eine Beteiligung an dem Anschlag gestanden haben sollen. Sie gehören zur Untergrundorganisation „Leuchtender Pfad".

Kreml strebt Kooperation an

DW. Saarbrücken

Die Sowjetunion ist an einer Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen zur Bundesrepublik interessiert und denkt dabei auch an die Gründung gemeinsamer Unternehmen mit deutschen Firmen, wobei ein Schwerpunkt offenbar im Saarland liegen soll. Das unterstrich gestern der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Jurij Batalin, während des Besuches einer von ihm geleiteten Delegation hochrangiger sowjetischer Politiker in Saarbrücken. Gegenwärtig würden die formalrechtlichen Dokumente für die Gründung solcher Gemeinschaftsunternehmen vorbereitet. Im Dezember wollen die Sowjets konkrete Vorschläge unterbreiten.

„Brigadist" bleibt Verweigerer

gü, Stuttgart

Zum zweiten Mal hat *jetzt der Prü*fungsausschuß beim Kreiswehrersatzamt Ulm einen ehemaligen Nicaragua-„Brigadisten" in seinem Status als Kriegsdienstverweigerer bestätigt. Wie im Fall Schraivogel, der Mitte vergangener Woche verhandelt worden war, mußte sich der 27jährige Willy Manz gestern wieder einer Gewissensprüfung stellen, weil er während eines zweimonatigen Aufenthalts in dem mittelamerikanischen Bürgerkriegsgebiet Ende 1985 mehrmals bewaffnet „Nachtwache" geschoben hatte.





Von Chefredakteur Peter Gillies ließen sich Berlins Wirtschaftssenator Elmar Pieroth, der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit Heinrich Franke und Arbeitsminister Norbert Blüm (von links nach rechts) am WELT-Stand auf dem Kongreß Beschäftigungsoffensive in Berlin über die neue „BERUFS-WELT" informieren.
FOTO: JOCHEN CLAUS

WELTWIRTSCHAFT

Mexiko: Fristgerecht zum 31. Oktober 1986 werden die Zusagen der Gläubigerbanken zur Bereitstellung eines Sechs-Mrd.-Dollar-Kredits für das Land vorliegen, erklärte Ernest Stern, Senior Vice President beim IWF.

Luxemburg: Die EG wird beim GATT gegen die japanischen Einfuhrhindernisse für Weine und Spirituosen klagen.(S. 14)

Belgien: Um 0,5 Prozent sind die Großhandelspreise im September gegen August zurückgegangen. Im Vergleich zum Vorjahresmonat lagen die Preise um 7,3 Prozent niedriger.

Außenhandel: Um drei Mrd. DM gegenüber dem Vorjahr stieg der Ausfuhrüberschuß der deutschen Wirtschaft auf 10,4 Mrd. DM.

Australien: Auf fast 17 Mrd. (15,29 Mrd.) AustralDollar sind die Nettoinvestitionen des Auslands gestiegen.

Seoul: In der Stadt der nächsten olympischen Sommerspiele eröffnete Staatssekretät Grüner heute ein gemeinsam von der koreanischen und der deutsch-koreanischen Indunstrie- und Handelskammer veranstaltetes Symposium zum Thema Technologietransfer.

FÜR DEN ANLEGER

Privatisierung: Der französische Staat will bei der Placierung von Saint-Gobain keine mit Sonderrechten ausgestattete Aktien (Golden Shares) behalten.

Dollar: Mit 2,0378 schloß die US-Währung gestern in Frankfurt wieder fester.

Goldadler: Nach Experten wird die lange Zeit beliebteste Goldmünze, der südafrikanische Krügerrand, seine Favoritenrolle an den Golden Eagle und den Maple Leave abtreten.

Big Bang: Der Börsenreform an der London Stock Exchange widmet die Financial Times ihre bisher größte Beilage von 48 Seiten.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 269,31 (269,10); Chemie: 160,08 (159,98); Elektro: 336,42 (335,45); Auto: 704,63 (705,83); Maschinenbau: 151,75 (152,00); Versorgung: 163,48 (163,52); Banken: 385,48 (388,87); Warenhäuser: 182,24 (180,33); Bauwirtschaft: 544,63 (540,52); Konsumgüter: 176,55 (176,99); Versicherung: 1360,63 (1341,71); Stahl: 147,72 (149,24).

Kursgewinner:	DM	+ %
Krupp	135,00	10,6
Mitsui Bk. Ltd.	13,90	4,51
All Nippon	11,80	4,42
Machine Bull	14,30	4,38
Asahi	9,60	4,35

Kursverlierer:	DM	– %
Hartmann & Br.	1700,0	14,1
Hitachi	1180,0	8,53
Canon	13,50	6,90
Kubota NA	4,30	6,52
NEC Corp.	24,70	6,44

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Uneinheitlich

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Daimler-Benz: Das größte deutsche Industrieunternehmen strebt im laufenden Geschäftsjahr einen Umsatz von 65 Mrd. DM an. (S. 14)

Übernahme: Die Bayer AG darf nach dem Spruch des Bundeskartellamtes das Berliner metallurgische Unternehmen Hermann C. Starck übernehmen.

Gewinne: Mit zehnprozentiger Absatzsteigerung auf dem französichen Markt rechnet Helmut Werner, Vorstandsvorsitzender der Continental Gummiwerke Aktien Gesellschaft, durch die beiden Werke in Sarreguemines und Clairoix. (S. 17)

Fendt: Gegen den Trend verbuchte der Traktoren- und Landmaschinenhersteller ein leichtes Umsatzplus. (S. 17)

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	24. 10. 86	24. 10. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	157,00	163,25	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	64,00	64,75	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	115.75	116,50	104,00	226,00	84,00

MÄRKTE & POLITIK

Stahl: Bei der Verminderung der Kapazitäten sind die deutschen Produzenten gut vorangekommen. (S. 17)

Schiffahrt: Die Bundesrepublik und die Sowjetunion haben gestern in Moskau ein Binnenschiffahrtsabkommen unterzeichnet, daß den Schiffsverkehr und die Nutzung des Rhein-Main-Donau-Kanals regelt.

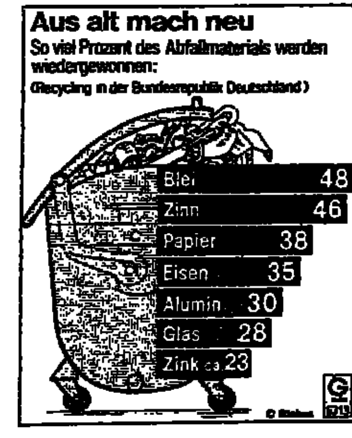
Messe: Positive Bilanz ziehen die Branchen, die an der „Kunststoff + Kautschuk K' 86" teilnehmen. (S. 17)

Jacques: Mit ihrer Tochter steuert die Horten AG auf Erfolgskurs. Die 64 Wein-Depots steigerten ihren Umsatz in den ersten sieben Monaten um fast 20 Prozent.

BDI: Als Gefahr für Aufschwung und Stabilität hat der Bundesverband der Deutschen Industrie das von der SPD beschlossene Regierungsprogramm für die Jahre 1987 bis 1990 bezeichnet.

Metallgesellschaft: Mit einem leicht steigenden Weltverbrauch bis 1990 bei den NE-Metallen rechnet die AG. (S. 14)

Banken: Eine Beschränkung des Beteiligungsbesitzes von Banken an Nichtbanken - wie von der Monopolkomission gefordert - sollte nicht nur den Neuerwerb betreffen, sondern auch den Altbesitz einbeziehen, forderte der Deutsche Sparkassen- und Giroverband.



WER SAGT'S DENN?

Eine Konferenz ist eine Sitzung, bei der viele hineingehen und wenig herauskommt.

Werner Finck

Dienstleistungssektor bietet beste Perspektiven für den Arbeitsmarkt

Minister Blüm appelliert an die Arbeitgeber: Einstellen ist das Gebot der Stunde

HEINZ STÜWE, Berlin

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat die deutschen Unternehmen zu neuen Anstrengungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit aufgerufen. „Die Unternehmer müssen Front machen gegen die Resignation. Einstellen heißt das Gebot der Stunde", appellierte der CDU-Politiker an die Teilnehmer des Kongresses „Beschäftigungsoffensive der Arbeitgeber" in Berlin.

Der Trend zur Dienstleistungsgesellschaft eröffnet nach Blüms Überzeugung künftige Perspektiven für den Arbeitsmarkt. Zum einen sei aufgrund der arbeitsintensiven Dienstleistungen die Schwelle, von der an reales Wachstum ein Plus am Arbeitsmarkt bringe, bereits von 4,1 Prozent in den Jahren 1961 bis 1973 auf heute 1,7 Prozent gesunken. Zum anderen habe die Bundesrepublik mit knapp 54 Prozent der Arbeitnehmer in diesem Bereich gegenüber anderen Länder wie den USA, den Niederlanden oder Schweden eine „Dienstleistungsverspätung".

Blüm wandte sich gegen die Vorstellung, die Technik sei der Hauptgrund für die Arbeitslosigkeit. „Gerade dort, wo viel modernisiert wurde, wurden in den letzten Jahren neue Arbeitsplätze geschaffen," betonte der CDU-Politiker. Nicht zuletzt schaffe sie Raum für individuellere flexible Arbeitszeitform. „Wir können jetzt heraustreten aus dem engen Arbeitszeitkorsett, das eine der härtesten Fremdbestimmungen für den Arbeitnehmer darstellt," erklärte Blüm. Er rief die Tarifpartner auf, starre Einheitslösungen nach dem Motto „Arbeitsflexibilisierung für alle oder für niemanden" zugunsten von maßgeschneiderten Lösungen aufzugeben.

Blüm lobte die Anstrengungen der Wirtschaft in der Berufsausbildung. Dies zeige, wieviel auf freiwilliger Basis erreicht werden könne. Das bewährte duale System müsse nun auch für die Weiterbildung genutzt werden. „Wenn es stimmt, daß in fünf Jahren 70 Prozent aller Beschäftigten Grundkenntnisse der Datenverarbeitung haben müssen, dann ist klar, daß wir dies nicht nur durch Erstausbildung erreichen können," betonte er.

In diesem Jahr stellt die Bundesanstalt für Arbeit nach Worten Blüms für berufliche Qualifizierungsmaßnahmen 5,1 Milliarden Mark bereit, ein Drittel mehr als 1982. Mit der Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes sei die Palette der Möglichkeiten nochmals erweitert worden. Leider, so beklagte Blüm, seien die öffentlichen Hilfen bei vielen Unternehmern gar nicht bekannt.

Die Zahl der Neueintritte in berufliche Bildungsmaßnahmen sei seit 1980 von 266 000 auf über 400 000 im vergangenen Jahr gesteigert worden. Die Erfolgsquote sei hoch. Sorgen bereiten dem Arbeitsminister dagegen, daß nur 7,7 Prozent der Teilnehmer an Bildungsmaßnahmen 45 Jahre oder älter sind.

Auch Otto Esser, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), sieht keinen Zweifel daran, daß der Abbau der Arbeitslosigkeit eine vordringliche gesellschaftliche Aufgabe sieht. Betriebe könnten zwar ihre Einstellungspolitik nicht losgelöst von der betriebswirtschaftlichen Seite betreiben. Aber auch innerhalb einer an der Ökonomie orientierten Personalpolitik gebe es Entscheidungsbandbreiten und Ermessungsspielräume.

Er richtete deshalb in diesem Zusammenhang eindringliche Appelle an die Unternehmer: Jede Möglichkeit zur Einstellung zu nutzen, verfügbare Stellen zügig und notfalls auch auf unkonventionelle Weise zu besetzen, und mit Hilfe der Arbeitsämter auch Mitarbeiter einzustellen, die zunächst noch nicht die volle Leistung erbringen können.

Bald mehr Gerechtigkeit am Bau?

Ausschuß beim Bundesbauminister soll Auslegung der Verdingungsordnung klären

ARNULF GOSCH, Bonn

Unterschiedliche Auslegungen der Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB), oft Gegenstand heftiger Kritik seitens der Bauwirtschaft, sollen in Zukunft weitgehend vermieden werden. Diesem Ziel dient die Einrichtung eines Ausschusses für Anwendungsfragen der VOB auf Bundesebene, mit der sich das Bundeskabinett morgen beschäftigen will. Nachdem der Grundsatzentwurf mit den beteiligten Ressorts bereits abgestimmt ist, gilt als sicher, daß das Kabinett die Grundsätze selbst zustimmend zur Kenntnis nehmen wird.

Danach wird beim Bundesbauminister ein Ausschuß eingerichtet, in dem auf Bundesebene unter Beteiligung der Länder und Kommunen gemeinsam mit der Bauwirtschaft Auslegungsfragen der VOB beraten werden. Die Leitung obliegt dem Staatssekretär. Mitglieder sind neben BMBau je ein Vertreter des BMV, BMVg, BMP, BMF und BMWi, ferner zwei Ländervertreter, ein Vertreter der Kommunen und neun Vertreter der Bauwirtschaft. Hierbei soll es allein um Grundsatzfragen gehen. Die Anwendung der VOB in laufenden Einzelfällen wird vom Ausschuß nicht behandelt werden. Die Beratungsergebnisse werden als Empfehlung mitgeteilt und können veröffentlicht werden.

Mit der Einrichtung dieses VOB-Ausschusses soll dem Anliegen der Bauwirtschaft nach einem institutionalisierten Gremium auf Bundesebene entsprochen werden. Die Bundesregierung sieht hierin eine wichtige Maßnahme zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Bauwirtschaft.

Bei der Beschaffung von Bauleistungen ist die öffentliche Hand gehalten, das Gebot der wirtschaftlichen und sparsamen Verwendung der Haushaltsmittel zu beachten. Das Haushaltsrecht verlangt hierzu, daß die zu vergebenden Leistungen öffentlich ausgeschrieben werden, um sie einem möglichst breiten Wettbewerb zu unterstellen, und daß dabei nach einheitlichen Richtlinien vorgegangen wird. Die VOB enthält diese Richtlinen. Sie wird seit 60 Jahren gemeinsam von den öffentlichen Auftraggebern und der Bauwirtschaft aufgestellt. Ein VOB-konformes Verhalten gilt als eine wesentliche Voraussetzung für einen funktionierenden Wettbewerb.

Nach Meinung der Bauwirtschaft ist ein wesentlicher Grund für die völlig unbefriedigende Ertragslage der Bauunternehmen und für die ruinöse Verfassung des Baumarktes gerade die weitgehend praktizierte Nichteinhaltung der VOB-Bestimmungen, wonach nicht das billigste Angebot, sondern das annehmbarste Angebot den Zuschlag erhalten muß.

Sparkassen: Auch Altbesitz der Banken abbauen

A. G. Bonn

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband ist mit der Monopolkommission der Meinung, daß ein hoher Beteiligungsbesitz von Banken an Nichtbanken den Wettbewerb verzerren kann. Allerdings sei die von der Monopolkommission geübte Kritik kein allgemeines Problem der Kreditwirtschaft, sondern das Problem lediglich einiger weniger Institute.

Wie der Verband in seiner Stellungnahme an das Bundeswirtschaftsministerium zur Vorbereitung der mündlichen Anhörung über das 6. Hauptgutachten der Monopolkommission (am 17. November) erklärt, sollte sich eine Beschränkung des Beteiligungsbesitzes – soweit sie erwogen würde – nicht nur auf den Neuerwerb von Beteiligungen beschränken. Vielmehr könne das Ziel der Kommission, den Einfluß der Kreditinstute zu verringern, nur durch einen gleichzeitigen Abbau des Altbesitzes erreicht werden. Die vorgeschlagene Beteiligungsgrenze in Höhe von fünf Prozent der Summe der Kapitalanlagen sei jedoch zu niedrig bemessen. Die Sparkassen meinen ebenfalls, daß Ausnahmen für den banknahen Bereich vorgesehen werden müßten.

AUF EIN WORT



„Nichts ist gefährlicher für ein Unternehmen als eine überhebliche Einschätzung der eigenen Leistung."

Wolfgang vom Hagen, Generaldirektor Mövenpick Deutschland, Wuppertal.
FOTO: DIE WELT

Der deutsche Luftverkehr wird stark wachsen

A. G. Bonn

Der Luftverkehr auf den deutschen Verkehrsflughäfen wird bis 1995 um etwa 27 Prozent zunehmen. Das Passagieraufkommen im Linien- und Charterverkehr wird sich dann von derzeit circa 53 Millionen auf etwa 67 Millionen Zu- und Aussteiger erhöhen. Zu dieser Feststellung gelangt die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) in ihrer neuesten Prognose.

Während die Zahl der Starts und Landungen von 1972 bis 1984 nahezu unverändert blieb, wird für 1995 ein Aufkommen von 815 000 Flugbewegungen erwartet, 140 000 mehr als 1985. Die Zahl der Flüge im Linienverkehr wird stärker zunehmen als die der Charterflüge und 1995 schon bei 83 Prozent aller Flüge liegen.

Der Flughafen Frankfurt/Main wird dann mit über 24 Millionen Zu- und Aussteigern und mit über 255 000 Bewegungen jeweils ein Drittel des gesamten deutschen Verkehrsflugaufkommens aufnehmen. Danach folgen Düsseldorf und München mit jeweils nur zehn Millionen Passagieren und über 100 000 Flugbewegungen, womit beide zusammen nur etwa 85 Prozent des Frankfurter Aufkommens erreichen.

„Big Bang" ertönte mit Verspätung

fu/adh. Bonn/Frankfurt

Der „Big Bang" begann mit einem Blackout, oder: Der „Große Knall" kam mit einem Wimmern. So lauteten die Meldungen aus London, als ausgerechnet am jahrelang vorbereiteten Tag der Liberalisierung der altehrwürdigen Londoner Börse morgens um 8.45 Uhr das nagelneue und eingehend getestete Computer-System zusammenbrach. Über dieses Herzstück der Börsen-Modernisierung können rund 3000 Wertpapiere gehandelt werden, ohne daß die Händler auf dem Börsenparkett präsent sein müssen.

Das Computersystem war schlicht überlastet, weil offenbar jeder Händler am großen Tag der Börsenveränderung – von Brokern, Jobbern und Bankiers der Londoner City nur als „Big Bang" bezeichnet – gleich zu Beginn mitmischen oder zumindest „testend" teilnehmen wollte. Der außergewöhnlichen Inanspruchnahme war das System nicht gewachsen.

Bis zehn Uhr blieben die Bildschirme grau und leer, und so mancher Händler soll wutentbrannt mit seinen Fäusten die Konsolen bearbeitet haben. Ihnen blieb nichts anderes übrig, als sich zumindest zum Börsenbeginn in den Börsensaal zu begeben, um in althergebrachter Manier zu handeln. So fand die Premiere mit Verspätung statt. Als dann doch wieder alles funktionierte, zeigten die Kurse freundliche Tendenz.

Die Reform der Londoner Börse beseitigt praktisch alle bisherigen Zulassungsbeschränkungen. So können sich alle in- und ausländischen Finanzinstitute über die Beteiligung an Broker- und Jobberhäusern am Börsenhandel beteiligen. Im übrigen wird der Handel in internationalen Spitzenwerten fern des Börsensaales erheblich verstärkt. Darüber hinaus sind die festen Mindestkommissionen der Börsenhändler (Broker) freigegeben worden. Die strikte Trennung zwischen Maklern im Innern der Börse (Jobbern) und Brokern wurde aufgehoben.

Die Freigabe der Börsenprovision und die ausgeprägte Computerisierung der Informationsvermittlung und des Handels wird nach Einschätzung von F. Wilhelm Christians, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, die Stellung der Londoner Börse als führenden Finanzplatz in Europa festigen. Die dort konzentrierte Nachfrage könne bewirken, daß der Handel in deutschen Standardwerten, besonders in großen Blöcken, in London intensiviert werde.

Angesichts der rasanten Veränderungen an den Kapitalmärkten sei es wichtiger denn je, den Anschluß an die internationale Entwicklung nicht zu verlieren. Dazu gehöre auch die Aufgabe der Börsenumsatzsteuer. Alle technischen Möglichkeiten zur Rationalisierung und Informationsbündelung müßten genutzt werden. Den computerisierten Börsensaal ohne Menschen erwartet Christians jedoch nicht; das Börsenparkett werde seine Funktion als einzigartiger Meinungs- und Informationsmarkt behalten.

„Big ist beautiful"

vl. – Ist big nun beautiful oder nicht? Jedenfalls bei Verlagen? Je nachdem.

Mal hört man, daß ein erfolgreicher deutscher Großverlag die Pressefreiheit bedrohe. Dann wieder heißt es in einem liberalen Wochenblatt bewundernd „Paukenschlag", weil ein Verlag „weltweit Nummer eins im Markt der Medien" geworden sei. Vor lauter Begeisterung wiederholt es gleich noch einmal, der Verlag sei „die Nummer eins weltweit geworden".

Der Verlag wurde es nicht primär durch Eigengründungen, wie die von ihm so oft geschmähte Konkurrenz, sondern durch Zusammenkauf. Vor allem durch – „ein ausgesprochener Glücksfall", freut sich das Wochenblatt – den Einstieg in einen anderen deutschen Großverlag.

Säuerlich wird allerdings angemerkt, daß „neue Investitionen, neue Firmenkäufe" sich „notgedrungen im Ausland abspielen" müßten, denn in der Bundesrepublik versage das Bundeskartellamt diesem erfolgreichen Verlag „so gut wie jede weitere Akquisition" – bis auf eine gewisse „Ausnahme" in einer „besonderen Situation". Da hat die Kartellbehörde in Berlin allemal Verständnis, da ist auch die weltweite Nummer eins nicht eine Nummer zu groß.

Vielleicht ist das Verständnis des Wochenblattes für die Nummer eins auch eine Ausnahme. Denn das Blatt gehört diesem Großverlag.

Dollar – nur ein Faktor

Von WERNER NEITZEL

Aus der früheren Lust und Freude an florierenden Exportgeschäften in die USA scheint inzwischen eher Frust geworden zu sein. Jedenfalls sind die Mienen einiger Unternehmer hierzulande, die einstmals das Wohlgefallen an satten Gewinnen aus den Lieferungen nach Amerika kaum verbergen konnten, inzwischen merklich ernster geworden. Da und dort gerieten exportierende Unternehmen offenbar auch schon an die „Schmerzgrenze". Derartige Molltöne sind aus der Region Mittlerer Neckar, dem bekanntermaßen sehr im Außenhandel engagierten wirtschaftlichen Kerngebiet Baden-Württembergs, zu vernehmen.

Wo liegt die vielzitierte Schmerzgrenze für deutsche Unternehmen beim Dollarkurs? Zwar sind einige Mienen besorgt, aber bisher wurden die Folgen der Schwäche der amerikanischen Währung gut verdaut.

Daß nach der rasanten Talfahrt des Dollar, die freilich in den letzten Tagen abgebremst wurde, sich irgendwann auch Spuren in den Außenhandelszahlen mit den Staaten zeigen, läßt sich unschwer ausmalen. Der dämpfende Effekt auf die Erträge – von vorbeugender Kurssicherung einmal abgesehen – ist bereits eingetreten.

Denn den Währungsverfall durch entsprechende Preiserhöhungen aufzufangen, dürfte wohl kaum einem Exporteur gelungen sein. Andererseits kann aber auch nicht übersehen werden, daß man zu Zeiten des kräftigen Dollarkurs-Anstiegs sich kaum – wenn überhaupt – auch zu entsprechenden Preisreduzierungen bereitfand. So gesehen also eine Art ausgleichender Gerechtigkeit. Ein etwa aufgetretener Schmerz relativiert sich.

Gerade bei der überdurchschnittlich großen Öffnung der Wirtschaft im Südwesten für das Geschäft im Ausland, wobei die Ausfuhren nach Nordamerika ein besonders hohes Gewicht haben, ist hier die „Wetterfühligkeit" in bezug auf die Veränderung der Währungsparitäten stark ausgeprägt. Trotz allem diagnostiziert die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern Baden-Württembergs nach ihrer jüngsten Umfrage „ein Aufschwungjahr ohne Abstriche".

Während auf Bundesebene die Bestellungen aus dem Ausland in den ersten acht Monaten dieses Jahres um vier Prozent zurückgegangen sind, kann die baden-württembergische Wirtschaft für diesen Zeitraum noch mit einem Plus von drei Prozent aufwarten. Betrachtet man den Monat August (neuere Daten liegen noch nicht vor) für sich allein, so lagen in Baden-Württemberg die Auftragseingänge aus dem Ausland um zehn Prozent unter denen des Vormonats. Bei Investitionsgütern, der großen Stärke der Region, betrug der Rückgang sogar 15 Prozent.

Aus dieser Momentaufnahme einen dramatischen Trendwechsel abzuleiten, wäre sicherlich verfehlt. Könnten hierbei doch saisonale Besonderheiten eine große Rolle gespielt haben. Zwar habe sich – wie die Kammer feststellt – die Perspektive für die Exporte im Laufe dieses Jahres etwas verschlechtert. Andererseits kann sie aber auch darauf verweisen, daß es immerhin ebensoviele Firmen (jede fünfte befragte) gibt, die mit steigenden Umsätzen im Auslandsgeschäft rechnen, wie solche, die Rückgänge erwarten.

Noch immer zählen der Straßenfahrzeugbau, der Maschinenbau, die Elektrotechnik und Elektronik sowie die Feinmechanik und Optik gerade wegen der Erfolge auf den ausländischen Märkten zu den Garanten für die wirtschaftliche Robustheit der Südwestregion. Man verfügt über ein Standvermögen, das ganz wesentlich auf dem hohen qualitativen und technischen Standard der hier gebauten Autos, Maschinen und anderer Güter beruht. Dies läßt sich so leicht nicht aushöhlen.

Bis jetzt hat also die Wirtschaft im großen Durchschnitt den Dollarkursverfall offenbar einigermaßen gut verdaut. Es kommt nunmehr auf das Durchhaltevermögen an. Schließlich gibt man einmal eroberte Märkte so leicht nicht mehr auf. Überdies ist beispielsweise die japanische Konkurrenz in Übersee vor eine ähnlich schwierige Situation gestellt. Stärker als von der Währungskonstellation könnte die hiesige exportfreudige Industrie sicherlich von allgemein nachlassenden Schubkräften des Welthandels betroffen sein. Eine stotternde USA-Konjunktur würde ungleich stärker negativ durchschlagen.

Auch geistert noch immer das Gespenst gravierender protektionistischer Maßnahmen umher. So müssen die Werkzeugmaschinenbauer hierzulande nach wie vor mit der Sorge leben, daß ihnen die Exporte in die USA drastisch beschnitten werden könnten. Zunächst bleibt jedoch festzuhalten, daß trotz mancher dunkler Wolken von einer fatalen Klimaverschlechterung im Außenhandel keine Rede sein kann.

Neue Hoffnung für hochverschuldeten Zink-Produzenten

adh. Frankfurt

Zupackendes unternehmerisches Management trauen amerikanische Analysten dem Management der kanadischen Teck Corporation, Vancouver, und ihren Partnern zu. Vor diesem Hintergrund werden gute Chancen gesehen, daß die Übernahme des größten, aber hochverschuldeten kanadischen Zink-Produzenten Cominco durch Teck und seine Partner und Anteilseigner Metallgesellschaft (16 Prozent) und der australischen MIM (3,5 Prozent Anteil an Teck) sich erfolgreich für Cominco auswirken wird.

Vor Analysten in der Deutschen Bank in Frankfurt sagte Teck-Präsident (und Mehrheitsaktionär) Norman Keevil, daß der Cominco-Erwerb seinem Unternehmen die Kontrolle über einige erstklassige Minen bringe, die besser seien, als alles, was direkt auf dem Markt angeboten werde.

Teck erzielte 1985 rund 215 (202) Mill. Can.Dollar Umsatz und eine Netto-Umsatzrendite von 2,7 Prozent. Das Unternehmen gehört zu den mittelgroßen breit diversifizierten kanadischen Rohstoff-Unternehmen. In insgesamt sieben Minen werden Gold, Kupfer, Silber, Kohle, Molybdän, Zink gefördert. Daneben werden Öl- und Gasfelder betrieben. Eines der größten Projekte ist die Afton-Mine, an der auch die kanadische Metallgesellschaft-Tochter mit 27 Prozent beteiligt ist.

Gemeinsam mit der International Corona Ltd. hält Teck die Anteile am Hemlo-Gold-Projekt, dem größten kanadischen Goldvorkommen. Von 1989 an wird die Mine jährlich 650 000 Unzen Gold produzieren, zu Kosten unter 125 Dollar pro Unze, wie Keevil betont. Um einen Teil der Ausbeutungsrechte an Hemlo hatten Teck-Corona nach einem Rechtsstreit im März gesiegt, im kommenden Monat wird darüber noch in einer Berufungsverhandlung entschieden.

Der sinkende Dollarkurs macht wenig Schwierigkeiten

Daimler-Benz vor der Umsatz-Hürde von 65 Milliarden Mark – Konsolidierung der AEG kommt erfolgreich voran

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Der Stuttgarter Daimler-Benz-Konzern, der sich nach der Einbeziehung von AEG, Dornier und MTU als größtes deutsches Industrie-Unternehmen präsentiert, steuert im laufenden Geschäftsjahr 1986 einen Umsatz von über 65 Mrd. DM an. Wie aus einem Konzern-Zwischenbericht für die ersten drei Quartale dieses Jahres weiter hervorgeht, sei die Ergebnisentwicklung im bisherigen Verlauf „insgesamt positiv." Der erheblich höhere Pkw-Absatz habe den im US-Markt erlösschmälernden Auswirkungen des rückläufigen Dollarkurses entgegengewirkt. Für das Gesamtjahr erwarte man „ein wiederum erfreuliches Ergebnis."

In den ersten neun Monaten dieses Jahres nahm der Konzernumsatz von Daimler-Benz um 9,1 Mrd. DM auf 47,5 Mrd. DM zu. Davon entfielen freilich 7,6 Mrd. DM auf die erstmalige Hinzurechnung des AEG-Umsatzes. Beim Stammhaus, der Daimler-Benz AG, verbesserte sich der Umsatz um zehn Prozent auf 29,9 Mrd. DM. Die Exportquote verringerte sich leicht auf 52 (53,3) Prozent.

Betrachtet man die Umsatzresultate der einzelnen Konzernbereiche, so ergibt sich für den Pkw-Sektor ein Plus von sechs Prozent auf 22,2 Mrd. DM, dem ein Minus von 13 Prozent auf 12,6 Mrd. DM bei den Nutzfahrzeugen gegenübersteht. AEG kam in diesen ersten drei Quartalen auf einen Umsatz von 7,6 Mrd. DM (plus zwei Prozent), MTU auf 2,1 Mrd. DM (plus elf Prozent) und Dornier auf 1,6 Mrd. DM (plus 19 Prozent).

Im Inlandsgeschäft des Pkw-Sektors hat Daimler-Benz bis Ende September rund 224 000 Fahrzeuge abgesetzt, das bedeutet ein Wachstum um neun Prozent. Im Unterschied zur Branche habe man mit rund 218 000 ins Ausland verkauften Pkws auch den Export nochmals gesteigert. Auch habe der Kursverfall des Dollar den Absatz in den USA (dorthin sollen in diesem Jahr über 90 000 Pkws verkauft werden) nicht beeinträchtigt.

In der Produktion werde die im Werk Sindelfingen geschaffene Flexibilität für eine deutliche Steigerung der Fertigung in der mittleren Mercedes-Klasse genutzt. Dennoch werde man in der Kompaktklasse aufgrund des weiteren Ausbaus des Bremer Werks das Produktionsvolumen des Vorjahres wieder erreichen. Auch in der S- und Sonderklasse seien Stückzahlsteigerungen geplant. Alles in allem will Daimler-Benz in diesem Jahr seine Produktion um zehn Prozent auf 595 000 Pkws steigern. Der Anteil schadstoffärmer Pkws (einschließlich Diesel) liegt bei den inländischen Auftragseingängen bereits bei über 75 Prozent.

Für die ersten neun Monate weist Daimler-Benz eine Steigerung der Pkw-Produktion um neun Prozent auf gut 442 000 Fahrzeuge aus, wovon 157 700 (plus zwölf Prozent) Diesel-Fahrzeuge waren. In der Kompaktklasse nahm die Produktion um zwei Prozent auf 156 900 Fahrzeuge ab, während in der mitteren Klasse mit rund 200 000 Fahrzeugen 21 Prozent mehr gefertigt wurden. In der S- und Sonderklasse erhöhte sich die Produktion um vier Prozent auf 85 200 Fahrzeuge.

Im Nutzfahrzeug-Bereich verbuchte Daimler-Benz bei insgesamt leicht aufwärtsgerichteter Markttendenz eine lebhafte Nachfrage nach Transportern und leichten Lkws. Das Überseegeschäft sei jedoch, vor allem bei schweren Lkws, weiterhin „unbefriedigend". Auch die Situation bei Omnibussen und Unimogs sei „schwierig". Für den gesamten Konzern-Bereich erwartet man für das laufende Jahr eine Steigerung der Nutzfahrzeug-Produktion um 10 000 Einheiten auf rund 230 000 Fahrzeuge.

Zwar habe sich in den USA der Markt für Schwerlastwagen erheblich abgeschwächt, doch werde die Tochter Freightliner bei rückläufiger Produktion die Marktanteile weiter steigern. In den ersten drei Quartalen erhöhte sich die gesamte Nutzfahrzeug-Produktion des Konzerns um sieben Prozent auf 173 700 Einheiten, davon entfielen auf die inländischen Werke 108 400 (plus ein Prozent).

Zu den neuen Konzerngesellschaften wird ausgeführt, bei AEG sei für 1986 mit einer Zunahme von Auftragseingang und Umsatz zu rechnen. Der Konsolidierungskurs werde erfolgreich fortgesetzt. Für MTU erwarte man einen kräftigen Umsatzanstieg, und auch für Dornier sei mit einer weiteren Ausdehnung des Geschäftsvolumens zu rechnen. Die gesamten Sachinvestitionen im Konzern werden in diesem Jahr mit rund 5 Mrd. DM auf Vorjahreshöhe liegen. Der Konzern zählt insgesamt 320 300 Mitarbeiter.

Probleme mit der Inflation

Versicherungsschutz in Südamerika und Asien ausgehöhlt

Py. Düsseldorf

Bei Auslandsinvestitionen wird vielfach übersehen, daß auch Versicherungen unmittelbar von der oft hohen Geldentwertungsrate betroffen sind. Dabei kommt es im Schadenfall häufig zu „unliebsamen Überraschungen". Das international tätige Versicherungsmakler-Unternehmen Gradmann & Holler, Hamburg, sieht zunehmende Schwierigkeiten beim Abschluß von Versicherungen und bei der Abwicklung von später eintretenden Schäden im Ausland.

Besonders gravierend sei die Aushöhlung des Versicherungsschutzes in Asien sowie in Mittel- und Südamerika. In Brasilien liege die Inflationsrate bei 249 Prozent, in Argentinien bei 125, in Mexiko bei 76 Prozent. Als Möglichkeit, die Auswirkungen in den Griff zu bekommen, empfiehlt Gradmann & Holler zum Beispiel im Fall Mexikos eine Unterscheidung zwischen im Lande erhältlichen und im Schadenfall zu importierenden Gütern. Die Geldentwertung könne bei nationalen Gütern im Rahmen der marktüblichen Inflationsklausel ausreichend aufgefangen werden. Für Importgüter (Maschinen) sollte eine Abwertungsklausel vereinbart werden, die eine automatische Anhebung der Versicherungssumme entsprechend der Veränderung des Wechselkurses des Peso zum US-Dollar garantiert.

In Brasilien gab es vor der Währungsumstellung im Februar 1986 zahlreiche Inflationsschutz-Vereinbarungen, teilweise mit quartalsweisen Anpassungen der Prämien. In vielen mittel- und südamerikanischen Staaten werden Policen auf Hartwährungsbasis (meist auf US-Dollar) abgeschlossen, wobei auch die Prämienzahlungen in dieser Hartwährung zu erfolgen haben. In europäischen Ländern werden Inflationsschutz-Klauseln meist an Vorsorgevereinbarungen gekoppelt, die den Bedürfnissen der Versicherungskunden Rechnung tragen.

In hochinflationären Ländern ist es nach Meinung von Gradmann & Holler unerläßlich, die Entschädigungsleistung des Versicherers nicht auf den Tag des Schadeneintritts, sondern auf den Tag der Wiederherstellung oder Wiederbeschaffung abzustellen. Anderenfalls schlage sich die Inflation zwischen beiden Daten in einer bei weitem unzureichenden Entschädigungsleistung nieder.

EG um Frieden mit den USA bemüht

Süderweiterung bereitet noch Probleme – Gatt-Verfahren gegen Japan beschlossen

WILHELM HADLER, Luxemburg

Mit der Zusicherung etwaiger Handelsnachteile Spaniens, Griechenlands und Italiens durch interne Maßnahmen auszugleichen, hat der EG-Ministerrat gestern die Bedenken dieser Länder gegen die „Friedenslösung" im europäisch-amerikanischen Zitrus/Pasta-Konflikt ausgeräumt. Im Streit mit den USA um Kompensationen für die schrittweise Eingliederung Spaniens und Portugals in den gemeinsamen Agrarmarkt zeichnete sich dagegen noch keine Einigung ab.

Im Rat berichtete der für Außenbeziehungen zuständige Kommissar Willy de Clercq, die USA seien nicht bereit, die Argumentation der Gemeinschaft im Zusammenhang mit der Süderweiterung zu akzeptieren: Danach kann über Handelskompensationen nur global, also unter Berücksichtigung des Marktzugangs für gewerbliche Erzeugnisse verhandelt werden.

Während die USA bei Industrieerzeugnissen künftig einen erleichterten Zugang zum spanischen und portugiesischen Markt erwarten können, fürchten sie bei Agrarprodukten erhebliche Nachteile. Allein bei Mais und Sorghum (einer Hirseart) berechnen sie den möglichen Schaden auf 290 Millionen Dollar im Jahr. Die Rechnung der EG wollen sie nicht gelten lassen, weil die Einführung der niedrigeren gewerblichen Außenzölle der Gemeinschaft in den beiden neuen Mitgliedsländern nur schrittweise vorgesehen ist, Erschwerungen im Agrarhandel sich jedoch bereits sofort gezeigt haben.

Der Rat unterstützte die Kommission in ihrem Bemühen die Verhandlungen im Gatt bis Mitte Dezember abzuschließen. Der „Waffenstillstand" in diesem Konflikt dauert bis zum Jahresende. Wenn bis dahin keine Einigung in Sicht ist muß mit neuen handelspolitischen Retorsionsmaßnahmen auf beiden Seiten gerechnet werden.

Im Streit um die Öffnung des japanischen Marktes will die EG sich nicht länger auf Erklärungen beschränken. Der Rat stimmte gestern einhellig einem Vorschlag der Kommission zu, ein formelles Schiedsverfahren im Gatt wegen der japanischen Importerschwernisse für Wein und Spirituosen zu beantragen. Nach einer von der Kommission in Auftrag gegebenen Studie führt das japanische Steuersystem zusammen mit einer Reihe von anderen Regelungen zu einer erheblichen Diskriminierung europäischer Erzeugnisse. Alkoholika aus der EG erreichten dadurch in den letzten fünf Jahren durchschnittlich nur einen Marktanteil von 0,8 bis ein Prozent.

Im gesamten Warenaustausch hat sich das „chronische" Defizit der EG weiter erhöht. Während die japanischen Importe aus der Gemeinschaft in den ersten neun Monaten in Yen um zwei Prozent zurückgingen und in Dollar um 41 Prozent stiegen, kletterten die Exporte in Yen um acht Prozent und in Dollar um knapp 58 Prozent. Das Ungleichgewicht im Handel erreichte damit 13,3 Mrd. Dollar verglichen mit 11,5 Milliarden im gesamten vergangenen Jahr.

Vorsichtig will die EG weiterhin bei der Entwicklung ihrer Beziehungen zum Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW/Comecon) vorgehen. Die Gespräche mit den einzelnen Comecon-Staaten (vorrangig mit Rumänien, der CSSR und Ungarn) sollen parallel dazu fortgesetzt werden. Ein erster Kontakt mit Vertretern der „DDR" ist für den 11./12. November in Brüssel vorgesehen.

Die Verhandlungen der Kommission mit Rumänien sind bereits weit fortgeschritten. Da mit Bukarest bereits mehrere sektorielle Vereinbarungen bestehen, richten sich die Erwartungen der Rumänen vornehmlich auf einen besseren Absatz für Agrarerzeugnisse.

Deutsches Interesse an Korea wächst

A. G. Bonn

Hohe Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums werden noch diese Woche sowohl zu Gast in der Republik Korea sein als auch namhafte koreanische Repräsentanten in Bonn empfangen. So wird der Parlamentarische Staatssekretär Martin Grüner vom 28. bis 31. Oktober in diesem fernöstlichen Land Gespräche mit den für Handel und Wirtschaft zuständigen Ministerien sowie Industrie- und Handelsverbänden Koreas führen.

Gleich zu Beginn seines Aufenthaltes will Grüner in Seoul ein gemeinsames deutsch-koreanisches Symposium zum Thema „Technologietransfer" eröffnen. Rund 40 deutsche Unternehmen wollen Technologien im Automobil- und Maschinenbau, in der Elektronik, der Kommunikations- und Halbleitertechnik sowie auch der Chemie vorstellen.

Gleichzeitig hält sich eine hochrangige koreanische Industriedelegation unter Leitung des stellvertretenden Handelsministers Hong Sung Jua in der Bundesrepublik auf. Nach einem Besuch beim BDI trifft Hong mit Staatssekretär Dieter von Würzen zusammen. Hauptanliegen der Koreaner ist die Suche nach Möglichkeiten für eine Diversifizierung ihrer Bezugsquellen.

Dublin kämpft mit Etatdefizit

Der niedrige Ölpreis beflügelt Irlands Wirtschaft

VWD, Brüssel

Irland kann 1987 auf dem Hintergrund des Rohölpreis-Verfalls mit einem realen Wirtschaftswachstum von mehr als drei Prozent rechnen, verbunden mit einem Rekord-Tiefstand der Inflation seit 20 Jahren von etwa drei Prozent und nahezu ausgeglichener Leistungsbilanz. Auf der Negativseite schlagen indessen die recht langsamen Fortschritte beim Abbau des großen Etatdefizits und die „weiterhin sehr ernste Lage" auf dem Arbeitsmarkt zu Buche. Diese Prognose stellt die EG-Kommission auf. Angesichts gesunkener Wettbewerbsfähigkeit im Gefolge der Pfund-Sterling-Schwäche, die im Sommer zu der achtprozentigen Pfund-Abwertung führte, tadelt die Kommission die jüngsten Lohnbewegungen in Irland als „nicht angemessen".

Der Arbeitsmarkt war nach den Ermittlungen der Kommission vorübergehend von einer Stabilisierung der Arbeitslosenquote bei etwa 18 Prozent gekennzeichnet, was allerdings im wesentlichen auf eine Beschleunigung der Netto-Abwanderung und auf einen Rückgang der Erwerbsquoten zurückgeführt wird. Für die nächsten Jahre wird ein jährliches Wachstum des Arbeitskräftepotentials um 0,5 Prozent veranschlagt.

Der Anstieg der Reallöhne wird 1986 und 1987 auf je drei Prozent geschätzt, was vor allem auf das gegenwärtige Lohn- und Gehaltsabkommen im öffentlichen Dienst mit einem dreiprozentigen Anstieg zurückgeführt wird. Allerdings lägen die Reallohnsteigerungen im verarbeitenden Gewerbe generell über denen der Gesamtwirtschaft.

Wenn die angelaufene Belebung der Wirtschaft zu einer ausgewogeneren Investititionstätigkeit und zu neuen Impulsen für die Zunahme der Beschäftigung führen solle, müßten weitere Anstrengungen für ein nur maßvolles Ansteigen der Reallöhne und für eine raschere Korrektur des Ungleichgewichts in den öffentlichen Finanzen unternommen werden als bisher, betont die EG-Kommission. Sie macht Skepsis geltend, ob bis 1987 das Ziel der erklärten offiziellen Politik erreicht werden kann, das Defizit des Schatzamtes auf etwa 8,5 Prozent des BIP zurückzuführen. Für 1986 sei jedenfalls wahrscheinlich, daß das angestrebte Ziel des Haushaltsdefizits von 10,75 Prozent des BIP um einen Prozentpunkt überschritten werde.

1987 ergäben sich Risiken durch die schon beschlossenen Steuersenkungen und das Lohnabkommen im öffentlichen Dienst. Das behindere Konsolidierungsbemühungen.

US-„Goldadler" startet erfolgreich

dpa/VWD, Frankfurt

Die neue amerikanische Goldmünze, der „American Eagle" (Amerikanischer Adler), feierte einen gelungenen Start. Bereits jetzt wird ihr eine Favoritenrolle am Markt bescheinigt. Nachdem die lange Zeit beliebteste Münze, der südafrikanische Krügerrand, wegen der Apartheid-Politik seine einstige Führungsrolle an den kanadischen Maple Leaf abtreten mußte, wird Kanadas Ahornblatt nun einen Teil seiner Beliebtheit an den „American Eagle" abgeben müssen.

Seit gestern ist der American Eagle in der Bundesrepublik am Bankschalter zu kaufen. Interessenten können zwischen vier Größen mit einem Goldgehalt von 1/10, 1/4, 1/2 und einer Unze (31,1 Gramm) wählen, deren Schalterpreise ohne Mehrwertsteuer zwischen 90 und 890 DM liegen. Obwohl die Nachfrage so groß war, daß die US-Münzanstalt die Kaufangebote nur teilweise befriedigte, sicherten sich die zwei namhaften deutschen Banken im Goldgeschäft jeweils die maximale Zuteilung. Über deren Höhe schweigen sie sich allerdings aus.

Air France: Monopol verloren

Die private UTA darf jetzt auch die USA anfliegen

J.Sch. Paris

Die Liberalisierungspolitik der französischen Regierung hat inzwischen auch den Luftverkehr erfaßt. Seit Anfang Oktober ist das Monopol der staatlichen Air France im Verkehr mit den USA durchlöchert. Die Direktverbindung zwischen Paris und San Francisco/Kalifornien wird jetzt gleichzeitig von der privaten französischen UTA (Union de Transports Aériens) beflogen. Als Gegenleistung erhielt die Air France Zugang zu Tahiti, das bisher der UTA vorbehalten gewesen war.

UTA-Präsident René Lapautre sieht darin den Auftakt für eine verstärkte französische Konkurrenz auch auf anderen Linien in die USA. Jedesmal, wenn Washington neue Landerechte im Austausch gegen französische vergibt, werde er seine Kandidatur anmelden – beispielsweise für Boston im nächsten Jahr. Das jüngste Landerecht für Miami hat allerdings Air France allein erhalten.

San Francisco ist für die UTA deshalb besonders interessant, weil sie von hier aus auch amerikanische Gäste zu ihren diversen Pazifik-Stützpunkten befördern kann. Überdies ist die Strecke von dem französischen Neukaledonien über den Atlantik schneller zu bewältigen als über Singapur und Colombo. Dank des Transports von französischem Militärpersonal konnte die UTA seit Aufnahme der neuen Linie bereits die Rentabilitätsschwelle von 65 Prozent Kapazitätsauslastung überschreiten.

Während die Air France San Francisco einmal in der Woche mit der Boeing 747 anfliegt, verkehrt die UTA mit der DC 10 zweimal wöchentlich bei vergleichbarer Flugdauer von 10,5 Stunden. Die DC 10 hat allerdings eine kleinere Kapazität, was auf dieser langen Strecke eine bessere Auslastung sichert. Mitte der neunziger Jahre soll die DC 10 entweder durch den neuen Langstrecken-Airbus A 340 oder das Konkurrenzprojekt von Douglas ersetzt werden.

Die UTA, eine der großen privaten Luftverkehrsgesellschaften, setzt zwar weniger um als die Air France (6,50 Mrd. Franc); aber ihr Reingewinn erreicht das Vierfache.

Günstige Prognose für Metallverbrauch

Keine Garantie für steigende Preise – Zusammenschlüsse als Ausweg aus der Krise?

INGE ADHAM, Frankfurt

Der Verbrauch der NE-Metalle ist in diesem Jahr weltweit weiter gestiegen und hat ein insgesamt recht hohes Niveau erreicht. Gleichzeitig hielt die Talfahrt der Preise an, real bis auf den tiefsten je erreichten Stand. Ein großer Teil der Erzeuger in der westlichen Welt schreibt zur Zeit rote Zahlen, kennzeichnete Walter Sies, Generalbevollmächtigter der Metallgesellschaft AG, Frankfurt, bei der Vorlage der neuen „Metallstatistik" die aktuelle Situation auf den NE-Metallmärkten.

In Dollar ausgedrückt sind zwar die Preise für Aluminium, der US-Grubenhüttenpreis für Kupfer und der europäische Produzentenpreis für Zink innerhalb der letzten zwei Jahre leicht gestiegen, in D-Mark gerechnet sanken die Preise jedoch um rund ein Drittel. Trotz dieser „geradezu dramatischen währungspolitischen Einflüsse" gibt Sies der zur Zeit gelegentlich diskutierten Multiwährungs-Basis für die Metallpreisnotierungen vorerst keine Chance.

Beschleunigt durch die Währungseinflüsse bahnt sich nach Beobachtungen der Metallstatistiker ein tiefgreifender Strukturwandel bei einigen NE-Metallen an. So verschiebe sich der Schwerpunkt der Aluminiumerzeugung, nach Einschätzung von Sies mit erwarteten Wachstumsraten im Verbrauch von 1,5 bis 2 Prozent in den nächsten Jahren das expansivste der NE-Metalle, immer deutlicher weg von den klassischen Erzeugerländern in Länder mit niedrigen Energiepreisen (zum Beispiel Australien, Kanada und einige Länder der Dritten Welt). International beobachtet Sies „ungewöhnlich zahlreiche Fälle" von Kooperationen und Partnerschaften, an denen vor allem japanische und US-Unternehmen beteiligt waren. Zunehmend werde dabei auch die Hütten- und Raffinerieebene einbezogen und der Wettbewerb damit auf die nachfolgende Verarbeitungsstufe verlagert.

Ob die von Sies bei allen Metallen im kommenden Jahr erwartete mehr oder weniger starke Verbrauchszunahme auch zu einer Umkehr der Preistendenz führt, sei schwer einzuschätzen, meint Sies. Besonders angesichts ungenutzter Kapazitäten, die leicht wiederbelebt werden können, und der Notwendigkeit vieler Entwicklungsländer, ihre Metallausbeute als Devisenquelle zu nutzen, sei es möglich, daß die bei steigendem Verbrauch zu erwartende Preissteigerung durch Produktionsausweitung konterkariert werde. Nicht unwesentliche Stimulanz für den Mehrverbrauch ist nach Ansicht von Sies der wachsende Anteil der Entwicklungsländer am Weltverbrauch (Anteil bei Kupfer 15 Prozent, bei Aluminium und Blei 16 Prozent und bei Zink 21 Prozent). Das Schwergewicht der Expansion liegt dabei in Asien, vor allem auch in China.

Als positive Auswirkung des Zinndebakels sieht Sies die Rückkehr zu „realistischen" Preisen bei Zinn. Bei einer Notiz von zur Zeit 3900 Pfund je Tonne (etwa ein Drittel des früheren Preises) dürfte der Verbrauch eher stimuliert werden. Als positiv anzusehen sei auch die durch das Scheitern des Zinnkartells ausgelöste Tendenz weg von Rohstoffabkommen, hin zu internationalen Studiengruppen, die informieren statt zu reglementieren.

Wundersame Wandlung des Konsumtrottels zum Bürger

VOLKER NICKEL, Bonn

Eine schreckliche Republik für Verbraucher, in der wir leben: „Die moderne Warenproduktion hat zu einer weitgehenden Entfremdung des Verbrauchers geführt. Er steht einem vielfältigen Warenangebot gegenüber, das er nicht mehr überschauen kann. Ihm fehlen in der Regel die notwendigen Basisinformationen, seine Lebensführung ohne fremde Hilfe wirtschaftlich vernünftig und gesellschaftlich verantwortlich zu gestalten." Und wer ist schuld daran? „Die moderne Werbung fördert Konsumzwänge, die weit über eine rational kalkulierte Existenzsicherung hinausgehen. Sie heben die wirtschaftliche Mündigkeit des Verbrauchers weitgehend auf."

Diese Zitate sind nicht etwa der Mottenkiste entnommen, sondern stammen aus den kürzlich veröffentlichten „Grundsätzen hessischer Verbraucherpolitik". Verfasser: Armin Claus (SPD), Sozialminister im rotgrün regierten Bundesland.

Danach ist der deutsche Konsument ein Mensch, der von der Werbung zum Kauf von Waren gezwungen wird, die er nicht braucht, der die Umwelt verdreckt und seine Gesundheit ruiniert. Um im verderblichen Leistungskampf mithalten zu können, verfällt er dem Konsum von „Alltagsdrogen Kaffee und Tee, Tabak und Alkohol".

Der hessische Rückfall in sozialistische Neurosen wäre kaum erwähnenswert, wenn da nicht gerade eine Sammlung von Reden und Aufsätzen erschienen wäre, die den Spieß umdreht. Das Buch enthält Arbeiten von Dankwart Rost (Leiter des Hauptbereiches Werbung und Design der Siemens AG), aus der Zeit zwischen 1975 und 1984 (Werbung: Ansichten – Aussichten, edition ZAW, Bonn).

Der Vorwurf der Manipulation des Verbrauchers, schreibt Rost, beruht vor allem darauf, daß ihm angeblich keine objektiven Informationen angeboten werden, sondern die subjektiven und suggestiven der Anbieter. Hier werde mit dem Trick eines absoluten Maßstabes gearbeitet: Als ob es die objektive Information, sprich die Wahrheit, gäbe! Gewiß mögen die meisten Werbebotschaften keine vollständigen Informationen, sondern nur Teilwahrheiten enthalten. „Aber nicht etwa, um vollständige Information zu verhindern, sondern weil der Mensch gewohnt ist, aufgrund von Informationskürzeln zu entscheiden, die Erfahrungen entstammen."

Rote Ohren müßten Politiker bekommen, wenn Rost ihnen einen Spiegel vorhält – der zwei Gesichter zeigt: Einerseits wird der Bürger von Politikern als willenloser Konsument dargestellt, den der Staat zu „richtigem" Verhalten per Gesetz veranlassen muß. Andererseits wird der Mensch als Wähler für mündig erklärt, sich politischer Propaganda auszusetzen und auf dieser Grundlage über Kernenergie oder Umweltschutz zu entscheiden.

Beim Konsum habe der Mensch eindeutig mehr Alternativen als in seiner Rolle als Staatsbürger – dort sei er innerhalb einer Wahlperiode hilflos dem Votum der Mehrheit ausgeliefert. „Er hat, wenn er zur Minderheit gehört, die Politik der Gruppe zu erdulden, die er nicht gewählt hat." In seiner Rolle als Verbraucher hingegen stehe ihm eine Menge an Alternativen zur Verfügung. Auch in der Rechtsprechung könne die Auffassung einer Minderheit entscheiden.

Die Thesen von Dankwart Rost wären geeignet, Denkmuster – wie sie jetzt wieder in der SPD, bei den Grünen oder anderen Gruppen der bundesdeutschen Gesellschaft auftauchen – gründlich zu entrümpeln.

Die wundersame Wandlung des Bundesbürgers vom Konsumidioten zum Staatsbürger wird (aber zunächst aus einem anderen Grund) einsetzen: Zur Bundestagswahl brauchen die politischen Parteien mündige Staatsbürger, keine willenlosen Verbraucher. Nach dem 27. Januar beherrschen dann die Leibwächter der Ignoranz das Feld. Da kann man dem Rost-Buch nur viele Lücken zum Durchschlüpfen wünschen.

Frankreichs Eßkultur in deutschen Landen erfolgreich vermarktet

Fördergemeinschaft Sopexa rechnet auch weiterhin mit guten Absatzchancen

HENNER LAVALL, Paris

„Wir können gar nicht alles durchführen, was an Anträgen gegenwärtig bei uns hereinkommt." Mit diesen Worten umreißt François Pommereau, der Leiter der deutschen Sopexa-Dependance in Düsseldorf, die komfortable Situation, in der sich die „Förderungsgemeinschaft für französische Landwirtschaftserzeugnisse" in der Bundesrepublik zur Zeit befindet. Dies wurde gerade wieder auf der Internationalen Nahrungsmittelausstellung SIAL in Paris deutlich, auf der sehr viele französische Nahrungs- und Genußmittel-Hersteller die Sopexa auf Durchführung von Verkaufsaktionen und Werbekampagnen im Handel und der Gastronomie drängten.

Doch die Sopexa „kann und will auch nicht jede Maßnahme mitgestalten", wie Pommereau gegenüber der WELT betonte. Einmal wird die Gefahr gesehen, daß einige Produzenten „nur mal schnell die Mark machen wollen, und nicht daran denken, den deutschen Markt kontinuierlich zu bearbeiten". Zum anderen reichen auch die eher bescheidenen Mittel nicht aus, um alles, was machbar wäre, auch durchzuführen.

So beläuft sich der Etat der Sopexa-Niederlassung in der Bundesrepublik in diesem Jahr auf knapp 20 Millionen Mark. Gut 40 Prozent davon kommen vom französischen Staat, 60 Prozent steuern die Produzenten-Verbände oder sogar einzelne Firmen bei. Diese Regelung hat man bereits vor genau 25 Jahren gefunden, als die Franzosen die Idee hatten, mit gezielter Werbung ihre Produkte aus dem Bereich „Essen und Trinken" dem Verbraucher besser in das Bewußtsein zu rücken.

Das Sopexa-Büro in Düsseldorf war die erste Auslandsniederlassung dieser von der französischen Regierung und den Fachverbänden in Paris gegründeten Einrichtung. Heute ist die Förderungsgemeinschaft in 19 Ländern der Welt mit ihren Büros vertreten. Die Aufgabe der Organisation besteht darin, so heißt es in den Gründungsprotokollen, „ein günstiges Umfeld für französische Agrarprodukte zu schaffen, die Nachfrage zu steigern, den Handel und die Gastronomie zu unterstützen und die Presse und die Verbraucher zu informieren".

Daß sich diese Bemühungen in den letzten Monaten wieder mehr und mehr auf Europa und hier die Bundesrepublik Deutschland konzentrieren, hat einen einfachen Grund. Die starke Abwertung des US-Dollar ließ das Geschäft mit den Vereinigten Staaten deutlich schrumpfen. Der Blick aller Produzenten von Ernährungsgütern hat sich folglich wieder nach Europa gerichtet und dort auf den wichtigsten und größten Markt, die Bundesrepublik Deutschland. Mit Ausgaben von gut 232 Milliarden Mark im laufenden Jahr werden die Deutschen alle anderen Europäer beim Konsum von Nahrungs- und Genußmitteln weit übertreffen.

Und in den kommenden Jahren soll dies anhalten. Die Ernährungsforscher rechnen nach den Ergebnissen jüngst veröffentlichter Studien damit, daß gerade in der Bundesrepublik die Eßkultur mit der Ausbreitung von Bildung und Wohlstand weiter zunehmen wird. Der Verbraucher werde in den nächsten Jahren viel mehr auf die Qualität des Produkts als auf den Preis achten.

Dieser Trend kommt den Franzosen entgegen. Seit jeher haben sie bei der Werbung für ihre Produkte – Wein, Käse, Spirituosen, Charcuterie, Geflügel, Fisch, Fleisch, Obst und Gemüse, Gebäck, Süßwaren sowie Konserven – vor allem auf den Slogan gesetzt, daß die Qualität ihren Preis haben muß. Typische französische Produkte waren schon immer etwas teurer als andere. Daß sie damit richtig liegen, zeigt die Entwicklung der letzten Jahre, in der der Wert der Exporte in die Bundesrepublik, dem inzwischen wichtigsten Absatzmarkt für französische Agrarprodukte, kontinuierlich gestiegen ist. In 1986 werden die acht Milliarden Mark wohl nur noch knapp verfehlt. Das Plus beträgt bisher sieben Prozent.

Die Erfolge werden gerade durch die Arbeiten der Sopexa sichergestellt und untermauert, die nach außen nicht so sichtbar werden. Dazu zählen etwa die Organisation von französischen Wochen im Lebensmittelhandel, Aktionen bei der Gastronomie oder die Organisation von Messebeteiligungen.

Die Werbung läuft ganz überwiegend in Frauenzeitschriften und in den Illustrierten. Oft werden Serien in mehreren Teilen entwickelt wie das inzwischen berühmte „Strichmännchen", das die Geschichte des Calvados in sechs Teilen erzählt. „Im Fernsehen erreichen wir zuviele Leute", meint Pommereau. Da gehe der Exklusivcharakter der Produkte verloren. Und den wollen sich die Franzosen unter allen Umständen erhalten – koste es was es wolle.

„Post von der Werbung" ist besser als ihr Ruf

Die meisten Verbraucher akzeptieren Reklamebriefe

hg. Stuttgart

Was denkt der Verbraucher über „Post von der Werbung"? Glaubt er, daß sie seinen Briefkasten verstopft oder findet er sie in Ordnung? Die Deutsche Bundespost wollte es genau wissen und ließ in Zusammenarbeit mit der Werbeagentur Lintas, Hamburg, durch das Hamburger Institut IVE Research International in einer repräsentativen Untersuchung erheben, wie Werbebriefe eingeschätzt werden. Fazit: Die Direktwerbung ist besser als ihr Ruf.

Allerdings ist dieser Ruf nicht mehr ganz so glänzend wie 1981, als diese Erhebung schon einmal stattfand: Damals urteilten 45 Prozent der Befragten, daß sich die Menge der Direktwerbesendungen „im Rahmen hält"; heute sind es noch 42 Prozent. Vor fünf Jahren fanden zehn Prozent, daß sie „sehr viel" Post von der Werbung bekämen; heute sind es 16 Prozent.

Diese zunehmende Sensibilisierung der Verbraucher *ist zum* Teil eine Zeiterscheinung. Zum Teil ist sie aber auch dadurch zu erklären, daß die Direktwerbung in den letzten Jahren ständig gewachsen ist. So betrug die Steigerungsrate im vergangenen Jahr rund 7,7 Prozent, während die gesamten Werbeumsätze um durchschnittlich 4,8 Prozent angestiegen sind. Alles in allem – einschließlich Portokosten, der Kosten für die Adressen, der durchschnittlichen Druckkosten und der Versandkosten – erreichte die Direktwerbung im vergangenen Jahr ein Volumen von über fünf Milliarden Mark.

Was landet im Papierkorb?

Die wachsende Empfindlichkeit der Verbraucher gegenüber der Direktwerbung drückt sich, so hat die Untersuchung ergeben, auch darin aus, daß sich in diesem Jahr 19 Prozent der Befragten, gegenüber 18 vor fünf Jahren, „gern für jegliche Werbung streichen lassen würden" – allerdings tun sie es dann nicht. Auf der anderen Seite stehen 60 Prozent, die alles bekommen möchten und dann selbst entscheiden wollen, was im Papierkorb landen soll.

Der Verbraucher habe die Vorteile der Direktwerbung eben klar vor Augen, meint Benno Staab, Leiter des Referats Werbung, Messen und Ausstellungen bei der Deutschen Bundespost. So werde er auf Sonderangebote hingewiesen – das hoben immerhin 70 Prozent der befragten Verbraucher hervor – und die könne er in aller Ruhe zu Hause studieren. Schließlich biete die Direktwerbung die Chance, Neuheiten kennenzulernen.

Originalität bringt wenig

Angesichts solch konkreter Nutzenvorstellungen verwundere es nicht, „daß ein Großteil der Bevölkerung auf Direktwerbung positiv reagiert", meint Staab; 1986 haben insgesamt 43 Prozent der in der Untersuchung Angesprochenen auf ein Angebot geantwortet, das ihnen der Postbote in den Briefkasten gesteckt hatte; innerhalb der letzten sechs Monate waren es 18 Prozent. Dabei gehe es nur um Reaktionen auf Werbedrucksachen in Briefform und nicht um Handzettel, Anzeigenblätter, Warenproben, nicht angeforderte Kataloge oder Spendenaufrufe.

Damit diese Resonanz erhalten bleibt, sollten Direktwerber bedenken, daß die Anforderungen an die Qualität ihrer Werbung steigen, meint Staab, „denn Qualität wird akzeptiert und setzt sich beim Verbraucher durch". Er hält für wichtig, daß die Werbesendung eine Neuigkeit übermittelt, daß der Preis nicht verschwiegen wird, daß die Darstellung klar und anschaulich ist – „Originalität bringt wenig" – und daß der Brief persönlich adressiert ist: Sonst bestehe nämlich die Gefahr, daß er den vorgesehenen Empfänger gar nicht erreiche, „weil der Briefkastenleerer sich nach eigenem Ermessen für die Weitergabe in den Papierkorb entscheidet".

Importdruck beim Stahl hält an

RWI: Produktionskapazitäten wurden stark verringert

Py. Düsseldorf

Die inländischen Rohstahl-Produktion sinkt im laufenden Jahr auf 37,5 (40,5) Tonnen. 1987 wird man kaum über diese Menge hinauskommen. Der Inlandsverbrauch dürfte annähernd so hoch wie 1986 bleiben, der Einfuhrdruck weiterbestehen, aber nicht mehr steigen. In seinem neuesten Konjunkturbrief zur „Lage der Stahlindustrie 1986/87" geht das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) von Zuwächsen beim Absatz in die übrigen Länder der EG aus, denen Rückgänge beim Drittlands-Export gegenüberstehen, weil das Marktvolumen dort eher zurückgehen wird.

Das Institut begründet das vor allem mit fehlenden Öleinnahmen, die den Import der UdSSR, Chinas und der Länder des Mittleren Ostens drücken. Eine Reihe von Entwicklungsländern erhöhe zudem ihren Selbstversorgungsgrad. Für 1987 rechnet das RWI mit einer deutschen Marktversorgung von 40 (39,6) Mill. t, von denen gleichbleibend 13,1 Mill. t aus Einfuhren stammen werden. Der Inlandsabsatz dürfte 26,9 (26,5) Mill. t erreichen, die Ausfuhren auf 15,8 (16) Mill. t zurückfallen.

Nach Auffassung der RWI-Konjunkturforscher ist die Verminderung der Produktionskapazitäten auf derzeit rund 47,3 (1982: 65,4) Mill. t erheblich vorangekommen. Im gleichen Zeitraum stieg die Kapazitätsauslastung von 55 auf rund 80 Prozent. Die Absatzpreise stünden jedoch weiter unter Druck, zumal die Kosten durch die Dollar-Abwertung stark sinken.

Wichtige Rohstoffe werden auf Dollar-Basis abgerechnet, wodurch die Preise für Eisenerz und Kokskohle gefallen seien. Die deutsche Stahlindustrie scheine sowohl aus der Dollar-Aufwertung als auch aus der Dollar-Abwertung Gewinnimpulse gezogen zu haben. Jedenfalls habe sich die rechnerische Erlös/Kosten-Relation bis Mitte 1986 verbessert.

Die Stahlverarbeiter könnten 1987 nur von einem Produktionsplus von rund zwei Prozent ausgehen. Mit einer fortgesetzten Ausweitung der Produktion könne im Maschinen- und Fahrzeugbau sowie in der Elektrotechnik gerechnet werden.

Kunststoff-Branchen im Aufwind

Aussteller auf der K 86 zeigen sich über die künftige Entwicklung optimistisch

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die auf der 10. Internationalen Messe Kunststoff und Kautschuk – K 86 – in Düsseldorf vertretenen Branchen befinden sich in einem konjunkturellen Aufwind. Anläßlich der vom 6. bis 13. November laufenden Messe, die von über 1700 Ausstellern aus 40 Ländern beschickt wird, auf der knapp 120 000 Quadratmeter Fläche belegt sind und über 180 000 Besucher aus aller Welt erwartet werden, zog der Vorsitzende des Ausstellerbeirats, Bernt Berghäuser, für 1986 eine positive Bilanz: gut ausgelastete Produktionsanlagen, steigende Umsätze, 400 000 Beschäftigte und ein Produktionswert von fast 80 (77) Mrd. DM.

Im letzten Jahr erreichte die kunststoffverarbeitende Industrie einen Produktionswert von 34,3 Mrd. DM, die Kunststofferzeuger von 25,1 Mrd. DM, die Kautschukindustrie von 12,6 Mrd. DM und der Kunststoff- und Gummimaschinenbau von 4,7 Mrd DM. Der Exportüberschuß betrug mehr als 11 Mrd. DM. Berghäuser betonte, daß für die K-Branchen der eigentliche Binnenmarkt Westeuropa sei. Der umfangreiche Warenverkehr mit den überseeischen Ländern sei das zweite Standbein.

Seit der letzten Kunststoffmesse vor drei Jahren zeigt die Produktion interessante Trends. So sei der gesamte Produktionsanteil der westeuropäischen Länder rückläufig. Nordamerika habe einen starken Zuwachs vor allem durch den Kapazitätsausbau in Kanada erfahren. Der asiatische Raum weise einen überproportional steigenden Trend auf, der im wesentlichen durch immense Steigerungsraten in der Volksrepublik China, in der Republik China (Taiwan) und in der Republik Korea bestimmt sei. Auch der Nahe Osten, die UdSSR, Japan und Brasilien weiteten neuerdings ihre Produktionsstätten aus.

1985 waren die USA mit 21,7 Mill. t weltweit der größte Kunststoffproduzent. Auf Platz zwei liegen die Japaner mit 9,2 Mill. t, gefolgt von der Bundesrepublik mit knapp 7,6 Mill. t. Dies bedeute immerhin noch einen Produktionsanstieg von 7,6 Prozent gegenüber 1983 und einen Anteil an der Welt-Kunststoffproduktion von 10,1 Prozent. Auf die vierte Stelle ist inzwischen die UdSSR mit 4,4 Mill. t gerückt, vor Frankreich, den Niederlanden und Italien. Die stärksten prozentualen Zuwächse hatten 1985 gegenüber 1983 die Volksrepublik China mit 36,4 Prozent auf 1,5 Mill. t und die Republik China mit 36,8 Prozent auf 1,3 Mill. t.

Während die Branche 1983 noch infolge starken Nachfragerückgangs nach zwei Ölkrisen und einer Minderauslastung der Kapazitäten bei Standarderzeugnissen mit starken Überkapazitäten zu ringen hatte, haben teils schmerzhafte Anpassungen und Umstrukturierungen, neue Konzepte und Produktideen, die jetzt marktreif sind, die Ertragslage der Unternehmen entscheidend verbessert.

Für die nächsten Jahre rechnet Berghäuser in der Anwendung mit durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten von acht bis zehn Prozent. Schätzungen gehen bereits jetzt von einer Weltproduktion von rund 100 Mill. t im Jahr 2000 aus. Derzeit sind es 60 Mill. t, so daß bei einem jährlichen Plus von nur zwei Prozent die 100 Mill. t keine Utopie sind.

Fendt besser als die Branche

„Selbstmörderischer Wettbewerb" am Traktoren-Markt

D. SEITZ, Marktoberdorf

Weltweit fährt die Traktoren-Industrie seit Jahren im Rückwärtsgang. Und angesichts der weiterhin schrumpfenden Märkte kann auch auf absehbare Zeit nach Ansicht der Xaver Fendt & Co. Maschinen- und Schlepperfabrik, Marktoberdorf, nicht mit einer Trendwende gerechnet werden. Wie steil die Talfahrt ist, verdeutlicht allein schon die Entwicklung des deutschen Markts: Während hier 1979 noch über 55 000 (Westeuropa: 338 900) Schlepper neu zugelassen wurden, waren es 1985 noch knapp 38 000 (246 200) Einheiten. Im laufenden Jahr dürften es sogar kaum mehr als 32 000 und 1987 gar nur etwa 30 000 Stück werden.

Hinzu kommt, daß trotz einiger Fusionen bedeutender Hersteller nach wie vor weltweit hohe Überkapazitäten – insbesondere in den USA – bestehen, die einen „selbstmörderischen" Wettbewerb verursachen. Angekündigte Preiserhöhungen haben da nach Ansicht von Wilfried Kaiser, in der Fendt-Geschäftsführung seit Anfang September für den Vertrieb zuständig, oft nur noch „deklamatorischen Charakter". Auf großen, umkämpften Exportmärten beispielsweise seien für vergleichbare Produkte Preisunterschiede von bis zu 40 Prozent „nichts Ungewöhnliches".

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, daß man beim Familienunternehmen Fendt stolz darauf ist, 1985 in der Bundesrepublik die Spitzenposition mit einem Marktanteil von 18,4 (17,3) Prozent errungen zu haben (vor KHD und International Harvester mit 17,6 und 16,2 Prozent) und auch im Auslandsgeschäft bei einer Exportquote von 50 (53) Prozent fast keine Einbußen verzeichnen mußte.

Positive Umsatzrendite

Produziert wurden 1985 immerhin 12 700 (12 100) Traktoren, wovon 6388 (6011) Stück am deutschen Markt neu zugelassen wurden. Das ist ein Plus von 6,3 Prozent gegenüber einem Branchenminus von drei Prozent. Der konsolidierte Gruppenumsatz stieg um 16,6 Prozent auf 758 Mill. DM, wozu der Caravan-Bereich 32 (30) Mill. DM und die Gabelstapler/Kettelmaschinen 24 (25) Mill. DM beisteuerten. Erreicht wurde dies, wie Rolf Breuning, Vorsitzender des Fendt-Beirats, versicherte, ohne im allgemeinen Preiswettbewerb mitzuhalten. Und: „Fendt wird nie versuchen, den Absatz über den Preis zu puschen und Marktanteile zu gewinnen."

Belastet werde davon nur die Ertragslage, die 1985 bei einer Umsatzrendite (nach Steuern) von drei bis vier Prozent „positiv" gewesen sei. Genaue Zahlen dazu wollte Breuning nicht nennen, obwohl Fendt inzwischen publizitätspflichtig geworden ist. Die Investitionen von 25 Mill. DM seien ebenso wie die F&E-Aufwendungen von 20 Mill. DM „voll verdient" worden. Den Auslastungsgrad der drei Werke mit ihren 3720 (Ende 1985: 3650) Mitarbeitern gab er mit 80 Prozent an.

Gute Kapitalausstattung

Zuversichtlich beurteilte Kaiser auch die weitere Entwicklung von Fendt, selbst wenn für 1986 aufgrund der schwierigen Marktlage mit einem Rückgang der Produktion auf 12 250 Traktoren sowie beim Umsatz auf rund 720 Mill. DM und der Umsatzrendite auf zwei bis drei Prozent gerechnet werden muß. Immerhin sei es aber gelungen, in den ersten neun Monaten 1986 den deutschen Marktanteil weiter auf 21,5 Prozent auszubauen und die Exportquote von 50 Prozent zu halten. Und wenn auch das Ergebnis, so Breuning, „deutlich niedriger" ausfallen werde, dürfte unter dem Strich noch immer ein zweistelliger Millionen-Betrag verbleiben.

Der Erfolg der letzten drei Jahre, sich gegen den Markttrend durchsetzen zu können, so Breuning, ließ auch nie den Gedanken an ein Zusammengehen mit einem Konkurrenten aufkommen. „Solange wir die Aussicht sehen, mit unseren bisherigen Mitteln erfolgreich zu sein, werden wir alleine bleiben." Ebenso dränge die Kapitalausstattung von Fendt – bei einer Bilanzsumme von 350 Mill. DM liege die Eigenkapitalquote über 30 Prozent – nicht zur Suche nach Fremdkapital. Langfristig allerdings schloß Breuning einen Gang an die Börse nicht aus. Es bestehe durchaus noch immer die Absicht, das Unternehmen in eine Kapitalgesellschaft umzuwandeln.

Einstieg bei Flottmann-Werken

Boge Kompressoren will die Marktposition ausbauen

hdt. Bielefeld

Die Boge Kompressoren Otto Boge GmbH & Co. KG, Bielefeld, ist mit einer 50prozentigen Beteiligung bei der Flottmann-Werke GmbH, Herne, eingestiegen. Beide Unternehmen sind als Hersteller von Druckluftanlagen tätig, wobei sich die jeweiligen Produktprogramme ebenso wie die Kundenkreise ergänzen.

Boge gilt als führender Hersteller von luftgekühlten Kolben-Kompressoren mit einer Leistung von bis zu 37 Kilowatt. Flottmann schließt sich lückenlos mit wassergekühlten Kolbenkompressoren von 55 bis 500 Kilowatt an die Produktplette an. Das Unternehmen beliefert vor allem die Bauindustrie.

Minderheitsgesellschafter bei Flottmann bleibt mit 40 Prozent die ... Hackforth Anlagentechnik GmbH ... Co. KG, Herne, weitere zehn Prozent hält Flottmann-Geschäftsführer Gerd W. Cromm. Beide Firmen beschäftigen zusammen rund 500 Mitarbeiter, die Umsatzerwartung 1987 liegt bei rund 60 Mill. DM für Boge und 40 Mill. DM für Flottmann.

Die Unternehmen haben in den letzten Jahren erheblich investiert, Boge errichtete mit einem Kostenaufwand von 25 Mill. DM ein neues Werk am Stadtrand von Bielefeld, Flottmann investierte 19 Mill. DM in einen 1983 bezogenen Neubau.

Zielvorgabe beider Partner, deren Selbständigkeit erhalten bleibt, ist ein Zusammenfließen des technischen Know-hows, die Verbesserung des Preis-Leistungs-Verhältnisses durch Typen-Anpassung, größere Serien und günstigere Kooperation in Forschung, Entwicklung, Produktion, Vertrieb und Service. Das soll nicht zuletzt dem Ausbau der Marktposition in Europa und Übersee dienen.

Erfolge in der „Höhle des Löwen"

Conti Gummi will in Frankreich weiter expandieren – Kauf eines Betriebs geplant

dos. Sarreguemines

Der hannoversche Reifenkonzern Continental Gummiwerke AG will seine Aktivitäten im französischen Markt weiter verstärken. Vorstandsvorsitzender Helmut Werner kündigte bei einem Besuch des Werks in Sarreguemines den Erwerb eines Betriebs für technische Produkte an. Für Einzelheiten sei es noch zu früh; mit dem Abschluß des Vertrags sei aber in Kürze zu rechnen. Es handele sich dabei um Produkte, die ebenfalls der Automobilindustrie zugeliefert werden. Ohnehin habe Conti Technik in Frankreich eine starke Position. Der Umsatz erreiche 1986 rund 40 Mill. DM (plus 20 Prozent) und werde sich nach dem Kauf des neuen Betriebs 1987 verdoppeln.

Zufrieden ist Werner mit der Entwicklung des Reifengeschäfts in Frankreich. Immerhin operiere Conti Gummi „in der Höhle des Löwen". So gesehen sei der inzwischen erreichte Marktanteil von 20 Prozent in der Pkw-Erstausrüstung ein großer Erfolg, der zugleich eine gute Basis für das künftige Ersatzgeschäft bilde. Im Schatten des Marktführers Michelin (Marktanteil ohne Kleber 55 Prozent) gebe es für Conti Gummi durchaus gute Chancen.

Gerade in Frankreich, für Conti der wichtigste Markt nach Deutschland, ist es nach Werners Worten unabdingbar, mit eigenen Produktionen präsent zu sein. Der Konzern unterhält zwei Reifenwerke. Beide Fertigungsstätten gelten im Konzernverbund als besonders effizient und erzielen „gute Gewinne".

Der Umsatz einschließlich der Vertriebsorganisationen werde sich 1986 auf 740 Mill. DM belaufen (plus 10 Prozent). Beschäftigt werden in Frankreich 2465 Personen, davon 2200 in der Produktion. In beiden Werken werden jährlich 7,6 Millionen Reifen hergestellt; das entspreche fast einem Drittel der Konzernproduktion. Hinzu kommen rund 200 000 Lkw-Reifen pro Jahr.

Nur knapp die Hälfte der in Frankreich produzierten Reifen bleibt im dortigen Markt. Das Werk in Sarreguimines exportiert sogar 70 Prozent der Fertigung, den größten Teil davon nach Deutschland. Andererseits werden große Stückzahlen deutscher Provenienz nach Frankreich geliefert. Die Präsenz im französischen Markt sei aber auch vor dem Hintergrund der Lieferungen in andere Länder des französischsprachigen Raums wichtig. Unterrepräsentiert fühlt sich der Conti-Konzern noch in dem gewinnträchtigeren Ersatzgeschäft, wenngleich der Marktanteil von 10 Prozent bei Pkw- und von 12 Prozent bei Lkw-Reifen Platz zwei bedeutet.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Lahmeyer: Zehn Prozent

Frankfurt (VWD) – Der Aufsichtsrat der Lahmeyer AG, Frankfurt, wird der Hauptversammlung am 9. Dezember für das Geschäftsjahr 1985/86 (30. 6.) wieder eine Dividende von zehn Prozent auf das Grundkapital von 90 Mill. DM vorschlagen. Ferner soll die Aktiengesellschaft für Energiewirtschaft, Mannheim, mit der Lahmeyer AG verschmolzen und das Grundkapital um 16,5 Mill. auf 106,5 Mill. DM erhöht werden, heißt es in einer Mitteilung der mehrheitlich zur Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG, Essen, gehörenden Lahmeyer.

Mehr Krupp-Stahlaufträge

Bochum (VWD) – Trotz erschwerter Bedingungen auf dem Stahlmarkt konnte die Krupp Stahl AG, Bochum, im ersten Halbjahr 1986 mehr Aufträge buchen als im gleichen Vorjahreszeitraum. Das geht aus dem Quartalsbericht der Krupp Stahl hervor. Bei guter Beschäftigung in fast allen Krupp-Stahl-Hütten stieg die Rohstahlerzeugung im zweiten Quartal 1986 um 5,6 Prozent auf 389 000 Tonnen pro Monat, während die Walzstahlerzeugung mit 311 907 Tonnen pro Monat gegenüber den ersten drei Monaten des Jahres nahezu unverändert blieb. In der Stahlverfeinerung stieg die Produktion um 1,2 Prozent auf 19 149 Tonnen je Monat.

Klöckner sieht Erholung

Zürich (VWD) – Die Klöckner & Co KGaA zeigt sich über die Geschäftsaussichten im nächsten Jahr „vorsichtig optimistisch". Bei einem Gespräch in Zürich wies Vorstandsmitglied Heinz Wolf darauf hin, daß 1987 wieder mit einer Gewinnsteigerung gerechnet werden könne, nachdem für dieses Jahr ein Gewinnrückgang um 10 bis 15 Prozent zu erwarten sei (Vorjahr 41 Mill. DM). Beim Umsatz wird für dieses Jahr mit einer Abschwächung um 20 Prozent gerechnet. Wolf stützt seinen vorsichtigen Optimismus für 1987 auf die Einschätzung, daß die Preise von Öl, Schrott und bestimmten Rohstoffen die Talsohle bereits durchschritten haben und daß sich der Dollar in der Nähe seines Tiefpunktes befindet.

Bayer übernimmt Starck

Berlin (dpa/VWD) – Die Bayer AG, Leverkusen, darf das Berliner metallurgische Unternehmen Hermann C. Starck übernehmen. Das Bundeskartellamt in Berlin erläuterte, eine wesentliche Stärkung der Marktstellung von Starck durch die Finanzkraft der Bayer AG sei nicht feststellbar. Die Kommanditgesellschaft Starck, die mit Werken in Oker/Harz und Laufenburg/Baden auf dem Gebiet von Sondermetallen wie Wolfram und Molybdän tätig ist, hatte 1985 mit 2 500 Mitarbeitern weltweit rund 800 Mill. DM umgesetzt.

Rheinelektra: 11,50 Mark

Mannheim (dpa/VWD) – Die Rheinelektra AG, Mannheim, schlägt der Hauptversammlung am 8. Dezember wieder 11,50 DM Dividende je Aktie vor. Am Grundkapital von 90 Mill. DM sind neben dem Mehrheitsaktionär Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG (RWE) freie Aktionäre mit 38 Prozent beteiligt.

Elektroberufe wieder gefragt

Wb. Frankfurt

Der Elektroingenieur wird auf absehbare Zeit ein Mangelberuf bleiben. Selbst der Andrang der beiden vergangenen Jahre auf die Studienfächer der Elektrotechnik – im Wintersemester 1984/85 und im Sommersemester 1985 schrieben sich hier jeweils etwa 16 000 Studienanfänger neu ein – werde sich bis Anfang der neunziger Jahre wenig ändern, meint der Verband Deutscher Elektrotechniker (VDE) in Frankfurt.

Schon heute gebe es einen Bedarfsstau, und bei Studienerfolgsquoten von 60 Prozent und einem Jahresbedarf bis zu 6000 Elektroingenieuren sei der weiter wachsende Bedarf an Elektroingenieuren kaum zu decken. So ist diese Berufsgruppe auch gegenwärtig das größte Sorgenkind der elektrotechnischen Branchen: 154 (1984: 45) Tage oder etwa fünf Monate dauerte schon 1985 die Suche nach einem neuen Mitarbeiter. Frischgebackene Hochschulabsolventen haben sogar wieder die Wahl zwischen mehreren Angeboten.

Aber auch andere Berufsgruppen in Elektrohandwerk und -industrie haben wieder bessere Chancen. Laut VDE klagen bereits viele Unternehmen darüber, freie Stellen nicht mehr besetzen zu können: „Der konjunkturelle Beschäftigungsaufbau stößt nunmehr bereits im zweiten Jahr auf Hindernisse", meldet der Verband. Immerhin dauerte die Besetzung einer freien Stelle 1985 schon wieder 32 (1984: 20) Tage. Die aktuelle Situation dürfte für Arbeitsuchende noch besser aussehen – selbst das Elektrohandwerk stellt wieder ein.

Anlauf zu einem neuen Omnibus-Werk

Kässbohrer will dafür 80 bis 90 Millionen Mark investieren – Baubeginn spätestens 1989

WERNER NEITZEL, Ulm

Der von der Karl Kässbohrer Fahrzeugwerke GmbH, Ulm, schon seit Jahren ins Auge gefaßte Bau eines neuen Omnibus-Werks soll nunmehr realisiert werden. Das Familienunternehmen, das in diesem Jahr auf ein ...jähriges Bestehen zurückblicken kann, will spätestens in 1989 mit dem Bau des Werks in Neu-Ulm beginnen. Für den ersten Teilabschnitt sind Investitionen von 60 bis 80 Mill. DM vorgesehen.

Um sich auf diesen finanziellen Kraftakt vorzubereiten und nicht einen Rückgang der Eigenkapitalquote (derzeit 27,3 Prozent, angestrebt werden 30 bis 35 Prozent – in Kauf nehmen zu müssen, fährt Kässbohrer derzeit bei den Investitionen mit gebremstem Tempo. Sie werden auch im laufenden Jahr 1986 mit knapp 15 Mill. DM im Rahmen der Abschreibungen bleiben.

Der Cash flow hat nach Angaben des seit wenigen Monaten amtierenden (familienfremden) neuen Vorsitzenden der Geschäftsführung Heinz Ahrens in den ersten drei Quartalen mit 21 Mill. DM bereits die Höhe des ganzen Vorjahres (21,6 Mill. DM) erreicht. Der Umsatz ist in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 6 Prozent auf 760 Mill. DM angestiegen, woran alle drei Produktsparten beteiligt waren.

Stärkste Umsatzsäule ist die der Omnibusse, die unter der Marke „Setra" in Anlehnung an die selbsttragende Karosserie laufen, mit 65 Prozent, es folgen Nutzfahrzeuge mit 15 Prozent und Geländefahrzeuge (Pistenraupen) mit 10 Umsatz-Prozenten. Die Exportquote ermäßigte sich auf 44,9 (46,4) Prozent.

Für das ganze Jahr 1986 rechnet Ahrens damit, „ein bißchen über dem Vorjahresumsatz" (1,04 Milliarden DM) zu liegen. Der Gruppe prognostiziert er einen gleichbleibenden Umsatz von 1,3 Mrd. DM. Hier hatte der konsolidierte Gruppenumsatz in den ersten drei Quartalen um 4,1 Prozent auf 912 Mill. DM zugenommen.

Mit Ausnahme des Nutzfahrzeug-Sektors, der defizitär blieb, arbeitet Kässbohrer in allen anderen Bereichen mit schwarzen Zahlen. Das Ergebnis dieses Jahres werde – so Ahrens – nicht wesentlich von dem des Vorjahres abweichen. Er ließ keinen Zweifel daran, daß man bestrebt sei, unter Verringerung der Kapitalbindung (beispielsweise weniger Gebrauchtfahrzeuge in Zahlung zu nehmen) bessere Ergebnisse anzustreben, wofür „echte Chancen" beständen.

Im Omnibussektor verfügt Kässbohrer per Ende September über einen Auftragsbestand von 432 (390) Mill. DM, was eine Beschäftigung in dieser Sparte bis einschließlich erstes Quartal 1987 sichert. Bei den Nutzfahrzeugen reiche das Auftragspolster bis in die ersten Wochen des nächsten Jahres hinein. Produziert werden sollen in den inländischen Werken in diesem Jahr 1 900 Busse, wovon 900 für den Inlandsmarkt bestimmt sind, und rund 1000 in den Export – zu über 90 Prozent in europäische Länder – gehen. Bei der französischen Tochter werden rund 300 Busse gebaut. Am Omnibus-Inlandsmarkt rangiert Kässbohrer mit einem Marktanteil (ab 9 t) von 26,5 Prozent hinter Daimler-Benz an zweiter Stelle. Die Gruppe beschäftigt knapp 7 400 Mitarbeiter.

Aktien meist behauptet

Aber Banken weiterhin unter Druck

DW. – Zwar ließen sich die vorbörslich genannten Notierungen im Verlaufe nicht halten, doch blieb die Mehrzahl der Standardaktien gegenüber den Wochenschlußkursen im Plus. Insgesamt war das Geschäft schleppend, kaum Auslandsaufträge.

Die Zinsentwicklung sowie der Komplex Neue Heimat hielten Bankaktien weiterhin unter Druck. Lebhaft und zu leicht steigenden Notierungen wurden Nixdorf-Vorzugsaktien umgesetzt. Der in dieser Woche beginnende Bezugsrechthandel wirft in diesem Fall keine Schatten voraus. Kaufneigung bestand unvermindert für konsumnahe Werte, bei den Kaufhäusern kam es zu begrenzten Kursgewinnen, ebenso bei Salamander. Die zum Preis von 620 DM angebotenen Pelikan-Aktien wurden außerbörslich zu Kursen um 750 DM genannt. Rege gesucht blieben erneut RWE-Aktien. Die Gerüchte über eine Neuordnung der Gesellschaft halten sich hartnäckig. Das Interesse für Maschinenbauwerte erlahmte, in einzelnen Papieren kam es zu Rückschlägen. Relativ stabil lagen unter diesen Umständen Mannesmann-Aktien, die sich am Wochenschluß kräftig erholt hatten. Im Fahrzeugbereich gab es nur geringe Schwankungen, deutlicher unter Druck lediglich BMW. Bauwerte tendierten uneinheitlich, immerhin scheint sich für sie aber das Interesse zu verstärken.

Nachbörse: uneinheitlich

DW-Ak.ind.: 269,31 (269,10)
DW-Ums.ind.: 2788 (4187)
Adv.-decline-Zahl: 98 (140)
38-Tg-Linie: 275,87 (274,34)
200-Tg-Linie: 279,19 (279,31)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

	Düsseldorf		Frankfurt		Hamburg		München		Aktien-Umsätze
AEG	[illegible]								
BASF	[illegible]								
Bayer	[illegible]								

Inland

		27.10.	24.10.
H	Aach. M Beti 12,5	2525	2602
H	Aach. M. Vers. 7	2175	2170
D	Aach. Ruck. 9	2645	2580
D	Aseag *4	390G	390G
M	Ack-Gögg. 8	157	160
H	Adca 3	170	167G
D	Adler 12+16	295	295T
F	AEG 0	317	315,5
D	AEG KABEL 9	399	399bB
S	Aesculap 9	385	385
F	AGAB 5	158	157
	[illegible]		

		27.10.	24.10.
D	dgl. Vz.	690	700
D	Commerzb. 8	303,5	306,5
D	Cobk.Roste *0 RM	14,4G	14,4bG
D	Conc. Chem. 4,5	274	270
B	Conc. Spinne * 0	590T	590T
D	Contigas 8	343	340,5
D	Conti Gummi 5	322	319,8
D	Dahlb. St. 7,75	259	258,5
D	dgl. Vz. 14,75	380G	380G
S	Daimler 12+7,5	1221	1228
M	Deckel AG 6	235bG	235bG
D	Dt. All. Tel. 10	800T	800T
D	Dt. Babcock St. 3	197,5	195,5
D	dgl. Vz. 3,5	181	184,5
	[illegible]		

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Genußscheine

[illegible]

Ausland in DM

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Renditeanstieg bei den Renten

Prognosen, nach denen die Renditen am Rentenmarkt wieder an den oberen Rand gekommen sind, scheinen sich nicht zu erfüllen. Am Wochenbeginn wurden namentlich die Kurse langlaufender öffentlicher Anleihen zurückgenommen, teilweise über einen Punkt hinaus. Die Zinssenkungsphantasie ist vom Rentenmarkt fast vollständig gewichen, zumal sich immer mehr Stellen gegen eine weitere Leitzinssenkung aussprechen. Dies wird sich auch auf die Hypothekenzinsen auswirken, soweit dies nicht schon der Fall ist.

Optionsanleihen

Währungsanleihen

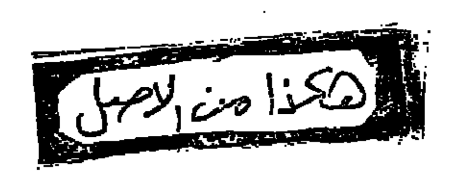
Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen



Ausland

Amsterdam

	27.10.	24.10.
ACF.Holding	64	63
Aegon	90,3	90,5
Akzo	145	144,8
Alg. Bk. Nederl.	532	529,5
Amev	72,7	72,8
Amro Bank	90,4	90
Berkel's Patent	34,2	34,5
Bijenkorf	125,2	125,2
Bols Lucas	166	166
Bredero	97	95
Buehrmann	208	208,2
Desseaux	179,5	180
Fokker	65,2	58,5
Gist Brocades	44,3	44,5
Océ-v. d. Grinten	476	476
Hagemeijer	73,5	73,5
Heineken Bierbr.	166,2	165
KLM	45,8	45,7
Hoogovens Kon.	61,5	61,3
Nationale Ned.	77,6	77,5
Ned. Lloyd Groep	169,3	169
Ommeren van	33,8	34
Pakhoed	67,5	66
Philips	47,2	47,1
Rijn-Schelde	4,1	4,15
Robeco	90,5	90,5
Rolinco	82,1	81,6
Rorento	49,6	49,5
Royal Dutch	197,7	199,1
Credit Lyonnais Bk.N	86	86,5
Unilever	475	475
Ver. Masch.	27,5	27,2
Volker Stevin	29,5	29,7
Index: ANP/CBS	257,00	257,50

Brüssel

	27.10.	24.10.
Arbed	2325	2315
Brux. Lambert	3800	3795
Cockerill Ougrée	156	152
Ebes	4570	4540
Gevaert	6100	6050
Kredietbank	16300	16100
Petrofina	9350	9380
Soc. Gén. d. Belg.	2995	–
Sofina	10875	11000
Solvay	7910	7920
UCB	8760	8710
Index	3856,64	3840,21

Hongkong

	27.10.	24.10.
China Light + P.	21,8	21,3
Hongkong Land	6,3	6,25
Hongk. + Sh. Bk.	8,3	8,1
Hongk. Teleph.	14	13,8
Hutch. Whampoa	45,75	42
Jard Matheson	20,4	19,1
Swire Pac. + A +	17,8	17,4

Kopenhagen

	27.10.	24.10.
Den Danske Bank	385	287
Jyske Bank	485	490
Kopenh. Handelsbk.	260	262
Novo Industri	224	225
Privatbanken	250	252
Ostasiat. Komp.	180	181
Dan. Sukkerfabr.	375	378
For. Bryggerier St.	1130	1050
Kgl. Porc. Fabr.	350	360

London

	24.10.	23.10.
All. Lyons	293	291
Anglo Am. Corp.$	12,5	13,5
Anglo Am. Gold $	6,5	7,1
Babcock Int.	176	176
Barclays Bank	464	459
Beecham Group	415	415
Bowater	325	328
B.A.T. Industries	440	435
Bowthorpe Hldgs.	540	540
BLOC Int.	325	326
British Petroleum	650	658
British Aerospace	440	443
British Telecom	184	180
Britoil	130	135
BTR	281	283
Burmah Oil	349	352
Cable Wireless	313	314
Cadbury Schweppes	184	185
Charter Cons.	261	263
Cons. Gold. Fields	644	654
Cons. Murchison	165	160
Courtaulds	285	286
De Beers $	690	717
Distillers	678	678
Driefontein $	13,75	14,75
General Electric	164	162
Guinness	308	306
Hawker Siddeley	405	407
ICI	1072	1079
Imperial Group	–	–
Lloyds Bank	409	402
Lonrho	231	229
Marks & Spencer	195	195
Midland Bank	524	522
Nat. Westminster	499	497
Plessey	176	174
Reckitt & Colman	771	771
Rio Tinto-Zinc	657	654
Rover Group PLC	33	34
Rustenburg Plat.$	9,75	10,13
Shell Transp.	901	918
Thorn Emi	457	457
TI Group	423	422
Trusthouse Forte	155	151
Unilever	1855	1860
Unitech	175	178
Vickers	385	388
Woolworth	640	630
Financial Times	1251,60	1250,10

Luxemburg

	27.10.	24.10.
ARBED	2300	2280
Arico	125	124
Audiofina	5700	6010
Bque. Gen. du Lux.	16300	16300
Bque. Int. du Lux.	15100	15100
Belgo Mineira St.	0,13	0,13
Cegedel	3350	3350
Kredietbank Lux.	18000	18000
PAN Holding	10800	10700
SCI Techn.	630	630
SEO	800	800

Madrid

	27.10.	24.10.
Banco de Bilbao	1100	1125
Banco Central	879	886
Banco Popular	1150	1180
Banco de Santander	856	859
Banco de Vizcaya	1420	1439
Citroën España	650	630
Const. Aux. Ferro	160	160
Cros	140	145
Cubiertas	575	615
Dragados	395	420
Duro Felguera	410	408
El Aguila	280	–
Esp. del Zink	320	325
Esp. Petróleos	343,25	347
Unión Fénix	1905	1875
Fecsa	78	80
Hidroeléctr. Esp.	112,25	114
Iberduero	159	163
Macosa	150	142
Papelera	238	246,5
Seda de Barcelona	–	–
Sevillana de El.	121,5	123,25
Telefónica	173	177,5
Unión Eléctrica	98	100
Explosivos RT	210	221
Urbis	405	422
Vallehermoso	321	330
Index	188,61	191,68

Mailand

	27.10.	24.10.
Bastogi	730	738
Benetton Group	16000	16000
Dalmine	414	420
Farmitalia C. Erba	11950	12000
Fiat	15350	15760
Fiat Vz.	8800	8940
Gemina	3180	3240
Generali	132600	135100
IFI Vz.	32000	32800
Italcementi	77510	77900
Lloyd Adriatico	30500	31500
Magneti Marelli	5235	5270
Mediobanca	268150	269000
Mondadori A.	12360	12300
Montedison	2830	2925
Mira Lanza	37200	38000
Banco Ambrosiano	3651	3701
Olivetti Vz.	8200	8360
dgl. St.	15050	15500
Pirelli SpA	5320	5280
La Rinascente	1001	1015
RAS	65500	67400
SAI Risp.	33000	33400
SIP	3279	3280
Snia BPD	5195	5190
STET	5120	5152
Index	–	769,70

New York

Ortszeit: 16.00 h	27.10.	24.10.
Adv. Micro Dev.	14,125	14,375
Aetna Life	56,25	56,625
Alcan Aluminium	31,625	31,75
Alcoa #	35,125	35,5
Allied Signal #	40,875	40,875
Allis-Chalmers	2,875	2,75
AMR Corp.	58,25	58,75
Amax	13	13
Amerada Hess Corp.	25,875	26,375
Am. Brands	43,875	44,375
Am. Can. #	84,25	85
Am. Cyanamid	75,375	76,5
Am. Express #	57,5	56,875
Am. Home Prod.	75	74,75
Am. Motors	3,25	3,125
Am. Tel. & Telegr. #	23,75	23,75
Ameritech	128,5	128,5
Amoco Corp.	63,875	63,875
Anchor Hocking	31,5	31,5
Armco Inc.	6,25	6,25
Asarco	14,5	14,375
Atlantic Richfield	55,625	55,75
Avon Products	33	33,25
Bally	17	17,125
Bk. of America	14,375	13,5
Bell Atlantic	64,125	64
Bell Howell	35,875	35,875
Bethlehem Steel #	6,625	6,625
Black & Decker	16,125	16,375
Boeing	56,25	56,125
Borg-Warner	36,25	36,125
Bristol-Myers	77	77,875
Brunswick	30,75	31
Burlington Ind.	35,25	36
Burroughs	74,375	74
Campbell Soup	61,375	61,625
Capital Cities Corp.	257,25	260,25
Caterpillar	36,875	36,875
CBS	132	132
Celanese	212	212
Centronics	6,875	7
Chase Manhattan	35,75	36,25
Chevron #	41,5	41,675
Chrysler	37,875	37,75
Citicorp	49,125	49,625
Clorox	49,75	51,25
Coca-Cola	37,375	37,625
Colgate	38,25	38,75
Commodore	7,875	8,25
Comwth. Edison	32	32,25
Comm. Satellite	30	29,75
Control Data	25,125	25,25
CPC Int.	79	76,375
Curtiss Wright	–	53,125
CSX	27,75	28,125
Deere	23,625	24
Delta Airlines	49,625	49,5
Digital Equipm.	97,625	98,625
Dow Chemical	53,25	53,375
Du Pont #	80,75	81,375
Eastern Gas-Fuel	29,125	29,125
Eastman Kodak #	58,125	58,5
Enron	40,625	41
Exxon Corp. #	66,125	66,375
First Chicago	29,375	29,5
Firestone	26,625	26,625
Fluor Corp.	12,125	12,375
Ford Motor	57	57,875
Foster Wheeler	11,5	11,625
Fruehauf	43,5	43,5
GAF Corp.	37,375	37,75
General Dynamics	71,375	71,75
General Electric #	75,75	76,375
General Instrument	18,5	18,625
General Motors #	69,75	69,875
Gillette	40	41
Global Nat. Res.	4,875	4,75
Gen. T. & E.	59,875	58,375
Goodrich	42,75	42,75
Goodyear Tire #	46,5	44
Gould	19,5	19,625
Grace	54,125	53,75
Greyhound	32,125	32,25
Grumman	25,125	25,375
Halliburton	21	21,5
Heinz	41,625	41,875
Hercules	55,25	55,25
Hewlett Packard	38,375	38,625
Homestake Mining	26,5	26,5
Honeywell	67,25	68,5
IBM #	120,5	121,375
Inco Ltd. #	12,625	12,625
Inland Steel	18,75	18,75
Insp.Resources Corp.	4,625	4,5
Int. Tel. & Tel.	52,75	53,125
Int. Paper #	69,125	69,75
Jim Walter	42,5	42,75
Kaiser Aluminium	17,375	17,375
Kerr McGee	27,5	27,5
Lehmann	15,75	15,75
Litton Industries	75	75,125
Lockheed Corp.	44,75	44,5
Loew's Corp.	65,25	65,5
Lone Star	29	29,25
Louisiana Land	27	27,5
LTV Corp.	2,125	2,125
McDermott A	22	21,875
McDonald's #	60,125	60,75
McDonnell Doug.	78,625	79
Merck & Co. #	108,375	109
Merrill Lynch	39,5	39,375
Mesa Petroleum	3,5	3,5
Minnesota M. #	107,5	108,25
Mobil Oil	36,5	37
Monsanto	71,125	71,25
Morgan J.P.	80,375	81,5
Nat. Distillers	42,875	43
Nat. Semiconductor	9,5	9,75
Nat. Intergroup	14	15,125
Navistar Int. Corp. #	6,25	6,375
NCR	45,625	46
Newmont	59,375	59,125
Owens Ill. #	40,875	41,625
PanAm World	5,625	5,75
Pfizer	59,25	59,75
Philip Morris #	71,75	72,375
Philips Petroleum	10	10,125
Pittston	11,375	11,25
Polaroid	68,25	69,25
Prime Computer	17,5	17,625
Procter & Gamble #	72,25	73,125
Revlon	14,25	14,25
Reynolds Ind.	50,75	51,125
Rockwell Int.	40,75	41,25
Rorer Group	42,875	42,875
Salomon Inc.	38,5	38,25
Schlumberger	31,875	32
Sears, Roebuck #	42,125	42,375
Singer	46,75	46,125
Stand. Oil Calif.	41,375	41,625
Storage Techn.	2,25	2,125
Tandem	38	38,625
Tandy	37	36,625
Teledyne	311,25	310,75
Telex Corp.	59,125	59,75
Tesoro	9,375	9,5
Texaco #	35,75	36,25
Texas Air	35	34,875
Texas Instrum.	111	113,25
Tosco	2,375	2,625
Trans World Corp.	39,125	39,375
Transamerica	35,25	35,25
Travellers	43,75	44,25
Turner Broadcast.	16	16,25
UAL	58,25	58,25
Ucoel Corp.	–	25,25
Union Carbide #	21,625	21,875
Union Oil of Calif.	21,875	22,25
US Gypsum	41,375	41,375
USX Corp. #	26,75	26
United Technolog. #	41,75	41,75
Walt Disney	42,875	43
Warner Comm.	22,25	22,375
Westinghouse El. #	55,875	56,25
Weyerhaeuser	36,625	37,25
Whittaker	–	30,375
Woolworth #	42	42,375
Wrigley	46,5	47,125
Xerox	53,875	54,5
Zenith Radio	19,875	19,75
Dow Jones Index	1824,80	1837,26
Stand. & Poor's	237,10	238,26

= Berechnung Dow Jones Index
Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

Oslo

	27.10.	24.10.
Bergen Bank	175	176,5
Den Norske Cred.	164,5	164,5
Elkem	99	98
Kreditkassen	197,5	197
Norsk Data	216,5	216
Norsk Hydro	145	145
Orkla/Borregaard	355	380
Storebrand	284	284
OSE Ind. Index	369,62	368,67

Paris

	27.10.	24.10.
Air Liquide	778	751
Alsthom Atlant.	339,5	330
Beghin-Say	505	495
BSN-Gerv.-Danone	4195	4225
Carrefour	3365	3425
Comp. du Midi	1565	1561
Club Méditerranée	605	617
CSF Thomson	1470	1490
Elf-Aquitaine	309,5	310,4
France Petrol B	424	433
Hachette	2660	2720
Imetal	57,5	57,5
Lafarge	1321	1340
Lafayette	938	987
Locafrance	592	597
L'Oréal	3485	3520
Machines Bull	45,25	45,45
Michelin	2490	2535
Moët-Hennessy	2265	2298
Moulinex	62,9	63
Penarroya	3620	3880
Pernod-Ricard	1018	1008
Perrier (Source)	792	807
Peugeot-Citroën	1080	1086
Printemps	485	504
Radio Techn.	840	880
Redoute à Roubaix	2250	2265
Schneider	752	782
Sommer Allibert	1340	1365
Index: INSEE	146,20	144,00

Singapur

	27.10.	24.10.
Cycle + Car.	2,41	2,25
Cold Storage	4,02	3,98
Dev. Bk. of Sing.	9,75	9,7
Fraser + Neave	9,25	9,25
Kl. Kepong	2,4	2,35
Mal. Banking	4,58	4,38
Nat. Iron	4,8	4,76
OCBC	9,15	8,9
Sime Darby	1,9	1,92
Singapur Land	6	5,65
Un. Overs. Bank	4,88	4,74

Sydney

	27.10.	24.10.
ACI	3,7	3,71
Ampol. Explor.	2,75	2,8
Westpacific Banking	4,55	4,58
Bougainville Copper	3	5,1
Bridge Oil	0,78	0,8
Brok. Hill. Prop.	8,46	8,64
Coles	5,4	5,44
CRA	7,6	7,76
CSR (Theiss)	3,02	3,05
Metals Expl.	1,08	1,08
MIM-Holdings	2,46	2,5
North Broken Hill	2,66	2,68
Oakbridge	0,8	0,8
Peko Wallsend	6,36	6,4
Poseidon	4,05	4,3
Thomas Nat. Tr.	3,45	3,5
Waltons Bond	–	0,32
Western Mining	4,65	4,75
Woodside Petr.	1,13	1,12
Index	1348,60	1362,30

Johannesburg

	27.10.	24.10.
Abercom Inv.		–
AE & CI Ltd.		–
Barlow Rand	Werte	20
De Beers	lagen	36,25
Gold Fields	bei	56
Highveld Steel	Red.-	–
Kloof Gold Min.	schluß	34,25
Rembrandt	nicht	78,5
Rustenburg Platinum	vor	51,25
Sasol		–
Vaal Reefs		382
RDM Gold Index	–	1771,10
RDM Ind. Index	–	1486,60

Stockholm

	27.10.	24.10.
AGA AB	186	184
Alfa-Laval AB Ser. B	303	305
ASEA Fria	355	354
Atlas Copco AB	207	209
Electrolux AB Ser. B	318	317
Ericsson Ser. B	257	258
Saab-Scania AB	710	705
Sandvik AB	162	161
SKF B	343	346
Volvo B Fria	369	373
J & P Ind. Index	2527,54	2529,06

Tokio

	27.10.	24.10.
Alps	2100	2160
Bank of Tokyo	838	840
Banyo Pharma	890	881
Bridgestone Tire	631	640
Canon	1120	1200
Daikin Kogyo	649	659
Daiwa Sec.	1420	1430
Daiwa House	1370	1350
Eisai	1540	1530
Fuji Bank	1680	1650
Fuji Photo	3260	3380
Hitachi	980	1060
Honda	1320	1400
Ikegai Iron	289	290
Jujo Paper	358	361
Kansai El. P.	2970	2900
Kao Soap	1450	1420
Kirin Brewery	1300	1300
Komatsu	471	481
Kubota Iron	351	368
Matsushita El. Ind.	1800	1910
Matsushita El. Wks.	1370	1480
Minolta Camera	755	785
Mitsubishi El.	406	431
Mitsubishi H. I.	425	405
Nikko Sec.	1290	1320
Nippon Oil	1120	1090
Nippon St.	157	155
Nomura Sec.	2460	2550
Pioneer	2240	2380
Ricoh	970	1010
Sankyo	1150	1160
Sanyo Electric	380	390
Sharp	1010	1070
Sony	3580	3800
Sumitomo Bank	1730	1750
Sumitomo Marine	815	780
Takeda Chem.	1910	1970
Teijin	640	618
Tokio Marine	1340	1320
Tokyo El. Power	6550	6000
Toray	550	547
Toyota Motor	1910	1910
Index	1345,94	1351,82

Toronto

Ortszeit: 16.00 h	27.10.	24.10.
Abitibi Price	–	24,5
Alcan Alu.	44	44,125
Bk. of Montreal	33,5	33,625
Bk. of Nova Scotia	16,125	16,25
Bell Cda Enterprises	36,375	36,625
Bluesky Oil	2,7	2,8
Bow Valley Ind.	11,375	11,25
Brenda Mines	–	9,375
Brunswick M & Sm.	12,75	13
Cdn. Imperial Bk.	18,875	18,875
Cdn. Pacific	–	15,125
Cominco	13,25	13,125
Conwest Res.	–	0,85
Denison Mines	5,375	5,5
Dome Petroleum	1,15	1,17
Domtar	31,5	31,625
Falconbridge Ltd.	18	17,75
Great Lakes Forest	29,875	29,5
Gulf Canada	13,875	13,875
Gulfstream Res.	–	0,46
Hiram Walker Res.	–	36,375
Hudson Bay Mng.	6,5	6,5
Husky Oil	8,875	9
Imperial Oil -A-	–	44,875
Inco	17,5	17,5
Inter City Gas Ltd.	–	15
Interprov. Pipeline	39	39,25
Kerr Addison	16,5	16,125
Lac Minerals	24,575	24,25
Moore Corp.	–	29,5
Noranda Mines	19,75	19,425
Norcen Energy Res.	13,75	13,875
Northgate Expl.	6,5	6,5
Northern Telecom.	42,125	42,25
Nova An Alberta 'A'	5,75	5,75
Nu West Group	0,35	0,37
Oakwood Petrol	–	2,5
Placer Development	30,625	30,25
Provigo Inc.	–	17,875
Ranger Oil	5,5	5,5
Revenue Properties	–	3,1
Rio Algom	21	21
Royal Bk. of Can.	33,25	33,5
Seagram	84	84,375
Shell Canada	22,75	22,5
Sherritt Gordon	5,5	6
Stelco -A-	22,125	22,5
TransCan. Pipelines	15,875	15,75
Varity Corp.	2,7	2,72
Westcoast Transm.	13,75	13,75
Index: TSE 300	3007,30	3007,10

Wien

	27.10.	24.10.
Creditanst.-Bkv Vz.	2245	2270
Gösser-Brauerei	3250	3230
Länderbank Vz.	2225	2220
Lenzing	910	920
Linz Textil	3585	3595
Österr. Brau	3250	3250
Perlmooser Zement	630	655
Reininghaus	855	860
Schwechater Br.	1790	1780
Semperit	207	204
Steyr-Daimler-P.	158	157
Steyrermühl Papier	3150	3120
Universale Hoch	248	248
Veitscher Magnesit	1005	1005
Index	230,23	232,00

Zürich

	27.10.	24.10.
Alusuisse	607	610
dgl. NA	203	203
Bank Leu	3740	3780
Brown Boveri	1600	1595
Ciba Geigy Inh.	3600	3610
Ciba Geigy Part.	2620	2620
Georg Fischer Inh.	1935	1940
Mag. z. Globus Part.	1680	1680
H. La Roche 1/10	11500	11500
Holderbank	4090	4150
Italo-Suisse	325	325
Jacobs Suchard Inh.	8175	8200
Jelmoli	3840	3840
Landis Gyr	1775	1800
Mövenpick Inh.	6500	6500
Motor Columbus	1930	1918
Nestlé Inh.	8640	8660
Oerlikon-Bührle	1610	1650
Sandoz NA	4460	4452
Sandoz Inh.	11750	11800
Sandoz Part.	1905	1915
Saurer Nam.	77	–
Art. A. Saurer	142	145
Schw. Bankges.	5800	5805
Schw. Bankverein	529	530
Schw. Kredit. A. Inh.	3700	3700
Schw. Rückv. Inh.	17600	17400
Schw. Volksb. Inh.	2610	2610
Sika -B-	3640	3620
Gebr. Sulzer Part.	573	568
Swissair	1310	1310
dgl. NA	1075	1075
Winterthur Inh.	6850	6875
Winterthur Part	1170	1145
Zür. Vers. Inh.	7900	7980
Index: Schw. Bankv.	644,70	645,10

Inlandszertifikate

	Ausg. 27.10.	Rückn. 27.10.	Rückn. 24.10.
AAR-UNIV.F.I	164,99	155,65	155,65
Adifonds	67,78	64,55	64,53
Adirenta	23,84	23,15	23,13
Adirowa	102,22	99,24	98,94
Aditec	107,01	101,91	102,76
Adiverba	172,33	164,11	164,05
Aegis Eink.-Fds.	39,36	37,48	37,14
Aegis Wachst.-Fds.	67,06	63,86	63,52
AGI Fonds	173,16	164,91	164,91
Aldaymula	199,80	190,25	188,85
Albingia Rendite Fds.	52,40	50,30	50,20
Alfa Kapital Fds.	38,04	35,57	35,22
Allianz-Rentenfonds	127,33	124,23	124,18
Analytik Fonds	31,56	29,34	29,34
Aro-Rendit.	60,01	57,92	57,91
AriDeka	57,05	54,77	54,70
Assecura I	88,05	87,61	86,98
Austr. Pazifik	48,96	47,53	47,65
Berenberg-U-Fonds	405,78	393,96	392,28
Berenberg-U.-Eff.-F.	51,25	49,76	49,60
Berenberg-U-Renten	124,32	121,29	121,13
BW-Renta-Univ.	54,80	53,40	53,46
BW-Wartberg-Univ.	132,16	130,27	130,27
Colonia Rentenfonds	51,80	50,04	49,99
Concentra	38,54	37,60	37,57
dbi-Fonds V I	–	59,89	59,89
DekaFonds	55,66	52,88	52,86
DekaRent	32,77	31,82	31,82
DekaSpezial	233,84	222,15	221,74
DekaTresor	62,64	61,11	61,09
DespaFonds	85,92	81,63	81,63
DEVIF-Invest	108,00	102,76	102,81
DEVIF-Rent	55,90	54,22	54,21
DIFA-Fonds	181,20	172,10	172,10
DIFA GRUND	107,17	101,80	101,80
DIT Fonds f. Verm.	68,62	66,95	66,96
DIT Rohstoffonds	69,21	67,19	67,37
DIT Pazifikfonds	123,57	119,92	120,50
DIT Spezial	74,83	72,65	72,60
DIT Technologiefonds	80,18	77,84	77,70
DIT Wachstumsfonds	72,22	70,12	69,91
DIT Fds f Wcl.u.Opt.A	130,80	127,61	126,57
Dt. Rentenfonds	86,40	84,71	84,67
Dt. Vermögenb. Fds. A	40,12	38,21	unerh.
dgl. I	52,42	49,92	49,74
dgl. R	28,45	27,62	27,58
DWS Bayern Spezial	97,70	95,01	95,13
DWS Energiefonds	86,70	84,57	84,34
DWS Provesta	85,25	81,19	80,95
DWS Rohstoff Fds.	79,35	77,38	77,88
DWS Technologie Fds.	87,95	85,81	84,40
Fondak	73,29	69,80	69,79
Fondirent	78,80	76,50	76,26
Fondis	62,61	59,63	59,75
Fondra	111,90	106,57	106,66
FT Accuzins	139,15	135,10	134,72
FT Am Dynamik	22,69	20,76	20,70
FT Frankf. Eff. F	148,03	140,63	139,37
FT Interspezial I	28,92	26,46	26,31
FT Interspezial II	33,61	30,75	30,56
FT Interzins	46,55	45,19	45,17
FT Nippon Dynamik	96,72	88,50	90,56
FT Re-Spezial	193,76	184,07	183,18
Gerling Dynamik	69,96	66,95	66,10
Gerling Rendite	57,37	55,70	55,67
GKD-Fonds	75,85	72,95	72,77
Gothaeani	96,09	92,75	92,74
Grundbesitz-Invest.	75,30	71,63	71,63
Grundwert-Fonds	135,30	128,25	128,25
Hbg.-M. Rentenfonds	60,36	57,94	57,90
Hansainternational	50,27	48,57	48,23
Hansarenta	49,94	48,25	48,22
Hansasecur	66,43	63,27	62,61
Hansazins	58,95	49,21	49,18
Haus-Invest	70,10	66,68	66,68
Ili-Fonds Nr. 1	117,90	112,20	112,20
dgl Nr. 2	76,50	72,80	72,80
Industria	63,42	61,57	61,25
INKA-Global	85,30	81,10	80,20
INKA-Rent	52,80	51,20	51,10
INKA-Re-Invest	137,40	133,30	132,90
Investa	75,25	73,41	73,37
Interglobal	152,99	148,55	148,18
Inter-Renta	39,45	38,29	38,13
Intervest	99,35	94,59	95,85
Interkapital	27,80	26,10	25,80
Int. Rentenfonds	81,54	76,36	79,04
Int. Rentenfonds K	73,82	71,59	68,24
Investa	71,70	68,78	71,31
Investors Fds.	14,45	13,43	13,29
Iverafonds	62,84	57,58	56,79
Japan-Pazifik-Fds.	78,97	76,67	77,74
Kapitalf. Spezial	141,60	130,97	129,29
Magdeb. W.-Fd.DIT	83,75	79,76	79,65
Medico-Invest	118,34	110,60	109,37
Merkur I	28,72	28,72	28,41
NB Rent	57,81	56,12	56,10
Nordcumula	74,76	72,58	71,47
Nordrenta Int.	56,38	54,74	54,20
Nordstern-F. RK	52,17	50,40	50,32
Nürnberger Rentenfds.	50,50	48,48	48,33
Oppenh. Int. Rent.	103,82	100,79	100,79
Oppenh. Priva-Rent	115,36	111,99	111,95
Oppenheim-Privat	57,51	54,76	54,23
Oppenheim-Spez. I	126,22	122,53	122,16
Oppenheim-Spez. II	96,40	91,80	91,96
Plusfonds	78,10	74,38	74,33
Privatfonds	69,00	65,68	65,20
Re-Inrenta	167,30	163,28	162,39
Renditdeka	35,99	34,94	34,95
Rentak	166,61	158,27	158,25
Rentex	112,36	108,99	108,90
Rentensparfonds	58,92	57,20	57,14
Ring Aktien-Fds. DWS	48,30	46,12	45,96
Ring Renten-Fds. DWS	48,40	46,21	46,12
SElaktor-U-Fonds	169,19	164,26	164,26
SMH-Rentenfonds	53,59	52,05	52,05
Südinvest I	63,99	60,94	60,86
dgl. II	77,33	73,66	73,70
dgl. III	27,66	26,84	26,82
dgl. IV	79,38	76,55	76,19
Thesaurent	65,32	63,73	63,34
Thesaurus	238,53	232,71	232,47
Transatlanta	30,33	29,45	29,28
Unifonds	34,40	32,75	33,04
Uniglobal	96,20	91,57	91,05
Unikapital	85,20	83,08	82,99
Unirak	86,15	82,01	81,32
Unirenta	41,50	40,20	39,89
Unispezial I	–	62,74	63,31
Universal-Eff.-F.	99,68	97,73	97,73
Unizins	116,65	113,21	113,21
Verm.-Aufbau-F.	121,79	115,99	115,94
Verm.-Ertrag-F.	100,09	96,24	96,05
VICTORIA Rent-Adig	71,98	69,55	69,52

Auslandszertifikate

Austro-Inv. DM	33,75	31,90	31,60
Bond Valor DM	113,20	111,08	110,92
Convert Fund A DM	33,50	31,80	unerh.
Convert Fund B DM	100,20	95,30	unerh.
CS Money Market DM	1101,57	1101,56	–
Eurinvest DM	94,80	90,90	90,00
Euronon DM	182,21	167,92	167,92
Formular Sel. DM	unerh.	unerh.	unerh.
GT Inv. Fund DM	62,70	59,30	57,80
Interspar DM	28,25	26,84	26,60
Japan Sel. DM	unerh.	unerh.	unerh.
Unico DM	76,10	73,83	73,78
Amerika-Valor sfr.	444,25	427,50	418,00
Asia Fd. $	313,29	298,37	303,41
Automation sfr.	122,50	114,00	113,00
Bond-Invest sfr.	64,00	62,75	62,50
Bond Valor Yen	11097,00	10885,00	10867,80
Bond Valor $	128,72	126,57	126,09
Bond Valor sfr.	110,00	107,95	107,85
Bond Valor Ster.	107,07	105,08	105,29
CSF-Bonds sfr.	79,25	76,50	76,50
CS Gold Valor $	111,55	109,49	112,22
CS Money Market $	1172,80	1172,79	1172,61
CS Money Market Ster.	1144,80	1144,79	1144,50
CS Money Market Yen	104610,0	104609,0	104598,0
Convert Valor sfr.	138,50	135,95	136,35
Convert Valor $	156,89	153,97	154,06
Dreyfus $*	14,25	13,48	13,44
Dreyfus Internat. $*	50,56	47,53	47,77
Dreyfus Intercont. $*	49,46	46,49	46,49
Dreyfus Leverage $*	22,86	20,92	20,98
Energie-Valor DM	176,09	167,28	167,85
Europa Valor sfr.	192,75	183,50	182,89
Focsa sfr.	197,00	192,50	192,00
Founders Growth $*	9,71	9,71	9,63
Founders Mutual $*	8,31	8,31	8,17
Goldmines hfl.	–	210,00	209,00
Intercont. Tr. sfr.	–	309,50	306,75
Interswiss sfr.	173,50	167,00	167,50
Intervalor sfr.	78,00	75,25	74,50
Japan Portfolio sfr.	1351,75	1307,00	1311,75
Kemper Growth $*	10,81	9,89	9,77
Pacific-Valor sfr.	189,50	177,75	179,75
Pharmafonds sfr.	329,00	306,50	304,50
Pioneer Fund $*	25,70	23,03	23,00
dgl. II $*	19,39	17,74	17,59
Schweizeraktien sfr.	496,00	470,25	466,50
Siat-Imm. sfr.	1760,00B	1750,00G	1750,00G
Siat 63 sfr.	1390,00B	1380,00G	1370,00G
Swissimmob. N.S. sfr.	2635,00	2515,00	2515,00
Swissimmob 1961 sfr.	1355,00	1285,00	1285,00
Swissvalor sfr.	420,25	408,25	405,00
Technology $*	14,84	13,58	13,38
Technogrowth Fd.	unerh.	unerh.	unerh.
Templeton Growth $*	13,95	12,76	12,77
Universal B.S sfr.	79,00	76,50	76,00
Universal Fund sfr.	114,80	110,73	109,71
Ussec	726,00	691,00	686,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr)

Optionshandel

Frankfurt: 27. 10. 1986
1082 Optionen = 614 00 (814 00) Aktien,
davon 128 Verkaufsoptionen = 6900 Aktien.

Kaufoptionen: AEG 1-280/50B, 300/25,8; 320/17,6; 340/8G; 360/5G; 380/4G, 400/2,6; 4-300/35; 320/27; 340/18; 360/15B, 380/10G; 7-300/40G; 320/30G; 340/25G; Agiv 1-440/23G; 460/10G; 4-460/15G; BASF 1-260/26; 270/17,9; 280/11, 290/7B; 300/5; 320/3,2; 4-260/36B; 280/20, 300/11,8; 320/5; 340/2G; 7-280/26,5; 300/19,9; 320/14,2G; Bayer 1-260/45B; 280/25G; 300/15; 310/8; 330/4,5G; 330/3B, 4-260/53B; 280/33; 300/22; 320/13B; 340/7; 360/4,5G; 7-300/27B; 320/22B; 340/15G; BBC 1-320/8B; 4-340/18B; Bay. Hypo 1-650/5G; 4-600/27G; 650/10G; 7-600/32G; Beiersdorf 1-130/14,7B; 140/8; 150/4,6B; 4-140/13, 150/8B; 7-140/16,5B; 150/12B, BMW 1-440/23G; 460/10G, 500/90G; 550/50B; 600/28,1; 650/15B; 700/9B; 4-460/15G; 550/70, 600/45B; 650/22; 700/15B; 7-550/90B; 600/60B; 650/35,3G, Bay. Vereinsbk. 1-550/15G; 600/5B; 4-600/10; Commerzbk. 1-280/32G; 300/22,8; 320/13; 340/7; 380/3,5; 4-300/27; 320/25; 340/15,55; 380/15; 400/8,9; 7-300/45B; 320/35B; 340/25B; Conti 1-275/50B; 300/32G; 320/15G, 380/3G; 4-320/30G; 340/20G; 380/10G; 7-320/45; 340/35B; Daimler 1-1100/150; 1200/77,5; 1300/30; 1400/13,1; 1500/95; 4-1100/165G; 1200/97G; 1300/55G; 1400/45; 1500/22B; 1600/15; 7-1200/110B; 1300/80; 1400/58G; 1500/45; Daimler con BA 1-1300/100G; 1485, 50/21,5G; 1500/15G; 1585,50/7G; Dt. Babcock St. 1-190/19,5B; 200/10G; 220/4B; 4-180/28G; 200/15; 220/10B; 7-200/25,5; Dt. Babcock Vz. 1-200/5B; 4-200/10B; Deutsche Bk. 1-750/60; 800/29; 850/10; 900/5B; 4-800/50; 850/29; 900/17; 950/11B; 7-900/26G; Degussa 1-480/45B; 500/25B; 4-550/20G; 7-500/35; Dresdner Bk. 1-400/16; 420/11,9; 440/7B, 460/5B; 480/46; 4-380/42,5G; 400/32; 420/25; 440/15B; 460/14, 480/12B; 500/9B; 7-420/40B; 440/30B; GHH St. 1-240/12; 4-260/10B; GHH Vz. 1-200/4G; 4-200/20B, Harpener 1-300/20G; 340/5G, 4-340/10G; Hoechst 1-260/16; 270/10,1; 280/5,9; 290/4,5G; 300/2,75G; 320/2G; 4-260/21,8; 280/12; 300/7; 320/5,5B, 7-240/55B; 260/27B; 280/20B, 300/15B; Hoesch 1-130/14G, 140/9,5; 150/5, 160/4B; 170/3,5, 180/2B; 190/1,5B; 4-130/20G; 140/14,5; 150/10; 160/7,5; 170/6B, 180/5B; 190/4B; 200/3,5; 7-130/22B; 140/17B; 150/13B; 160/10,9; 170/8B; Karstadt 1-460/35B; 480/22,5; 4-500/30; Kaufhof 1-500/40B, 550/23B; 4-550/35G; KHD 1-220/9, 240/5B; 4-220/12; 7-200/30B; 220/17B; Klöckner 1-70/8; 75/4,5; 80/2,5; 85/2B; 90/1,7B, 95/1,2B; 4-70/12; 75/8; 85/6; 90/4G, 95/3,5B; 100/2,5G; 7-65/17,5B; 70/14,5B; 80/10B; 90/6B, Lufthansa St. 1-170/20B; 180/10; 200/4B; 4-170/25B; 180/20B, 190/18B; 200/10; 220/2G; 7-180/30G; Lufthansa Vz. 1-150/10G; 160/6G; 4-160/15B; 7-150/29B; 160/24G, 170/16G; 180/14G; 190/10G; Mercedes 1-1100/41G; 1200/20B; 4-130/50B; 7-1200/45G; 1300/40B; Metallges. 1-320/40B; 4-360/20B, Mannesmann 1-160/25; 170/13,9; 180/8; 190/5; 200/4; 220/2,5, 4-160/27G; 170/22; 180/16,5B; 190/15; 200/10; 220/5,5; 7-160/36; 170/27; 180/22; 190/18B; 200/13,5, Nixdorf 1-700/25G, 740/30; 4-700/65G, 750/45B; 800/30B; Preussag 1-190/30B, 200/18G; 220/7G; 240/4G; 4-190/36G; 200/24G; 220/16G; 240/10; 7-240/19B, 260/7,5G, RWE St. 1-200/50; 220/14; 240/6; 260/3; 4-200/36B; 220/20; 240/10; 260/5,1G; 7-200/45B; 220/24, 240/17,2; RWE Vz. 1-200/20,1; 220/9B; 240/5B; 4-220/26; 220/15B; 240/7,15; 260/3,15G, 7-200/38G, Schering 1-600/50G; 4-600/45G; Kali + Salz 1-260/60B; 320/11B; 4-300/22; 340/10G; 7-300/40G; 320/32B; Siemens 1-600/120B; 650/70; 700/29; 750/12; 800/5G, 850/1,1G; 4-600/150B; 650/85G; 700/48; 750/38; 800/15; 850/8B; 7-600/140B; 700/60G; 750/55B; 800/25; Thyssen 1-140/22G; 150/15; 160/8; 170/4; 180/2,5; 190/1,9; 200/1B; 4-150/20; 160/14; 170/10; 180/5,9; 190/4, 7-150/21,5; 160/19B; 170/13; 180/10; Varta 1-360/40B; 380/15G, Veba 1-260/35; 270/20G; 280/18G; 290/11G; 300/6,5G; 320/3, 340/2,5B; 4-260/36G; 280/30B, 290/23B; 300/18G; 320/11G; 340/6B; 7-300/29,5B; 320/16; 340/11,2B, VEW 1-160/4B; 4-160/9B; 7-160/15B; VW 1-40/60B; 460/45; 480/28; 500/19,5; 519/15,5; 529/11,5G; 550/8; 600/4G; 4-40/61,25B; 460/60; 480/48; 500/36G, 529/25; 550/23; 600/16; 650/8,8; 7-460/75B; 480/61,25B; 500/50; 550/40B; 600/27,5G; Alcan 1-60/6G; 65/4,5B; 70/3B; 75/2B; 4-60/7,5G; 65/6; 70/4B; 75/3B; 7-60/11B; 65/9B; 70/7B; 75/3,5B; Chrysler 1-70/9G; 80/7B; 4-90/3,5G; 7-80/8B; EH 1-100/6,5B; 4-100/10; General Motors 1-150/5,2B; 160/3B; 4-160/5,1G; 7-160/8B; IBM 1-240/19,1G; 260/10B; 4-260/18; 280/10G; 300/8B; 7-260/26G; 300/10,5B; Norsk Hydro 1-35/6; 40/2,85G; 4-35/7,5G; 40/4,5; 7-35/9,6; 40/5,5; Philips 1-40/4,8; 45/1,6G, 50/1,2B; 55/0,80B; 4-40/7; 45/4; 50/2; 55/1,5B; 7-40/8; 45/5; 50/3; 55/2; Royal Dutch 1-180/15B; 190/12B; 200/4,7B; 4-180/18B; 190/16,15B; 200/9,6G; Sony 1-40/9,8B, 45/4,9B; 50/1,9B; 4-40/12B; 7-45/9B; Xerox 1-120/5,6B; 4-120/6B; 7-110/15B; 120/10B.

Verkaufsoptionen: AEG 1-280/3; 300/7G; 320/16B; 4-260/4,5B; 280/7,6B; 300/15B; 320/23G; 7-300/20; BASF 1-240/1,3G; 250/3; 260/4; 280/14G, 290/16G, 4-240/3; 260/8; 280/18; Bayer 1-280/7; 4-250/3; 280/15,6B; 7-260/10B; BHF 1-500/6G; Bay. Hypo 1-550/19B; 4-550/21G, Beiersdorf 1-140/8,5B, BMW 1-550/8,5; 600/20G; 4-500/5G; 550/17,5G; 600/28G; 7-600/31,8G; Commerzbk. 1-280/3,8G; 300/8; 310/12, 320/20B; 340/40B; 4-300/15; 320/21G; 340/42,6B; 7-280/10; 300/18; Conti 1-300/6; 320/16,1; 4-280/3G; 295/5G; 300/12,7G; Daimler 1-1100/22B; 1200/35; 1300/88G; 4-1100/55B; 1200/57G; 7-1200/75G; Dt. Babcock St. 4-170/8B; Deutsche Bk. 1-700/10B; 750/19; 800/40B; 4-700/15G; 750/30G; 800/55B; 7-800/60G; Degussa 7-450/15G; Dresdner Bk. 1-360/4G; 380/15B; 400/22; 4-360/6; 380/14,1B; 400/25G, Hoechst 1-240/3,8B, 260/14; 4-240/6G; 260/16B; 7-240/10B; Hoesch 1-120/3B, 130/5, 140/7,9B, 150/16B; 160/27,5B; 4-130/6G; 140/10G, 150/18B; Karstadt 4-400/10G; 420/18G; 440/24,5B; Kaufhof 1-480/10; 4-480/15G; 500/10G; KHD 1-180/7G; 7-180/10G; Klöckner 1-70/2,5G, 75/6G, 80/9,5B; 90/18B; 4-70/4,5B; 75/8B; Lufthansa St. 1-180/6G; 190/15G; 4-180/10G; Lufthansa Vz. 1-180/35B. 4-180/34B Linde 1-750/10G, 4-800/40G; 7-800/60G; Mercedes 1-1000/18B; 1100/35G; 1200/80G; Mannesmann 1-150/2,5B, 160/3G; 170/6,5, 180/8B; 190/25B; 4-150/3,2G; 160/5, 170/8B; 180/14,6B; Nixdorf 4-650/7G; 700/20; 7-700/25G; Porsche 1-900/19B; 1000/35G; 4-850/12G; 900/27G; Preussag 1-240/35B; 4-190/13B; 220/18B, RWE St. 1-220/2B; 220/5B. 4-220/5B, 7-220/19B; RWE Vz. 1-200/7,6B; 4-180/6B, Schering 4-550/10G; 600/22G; 7-550/23G; Kali + Salz 1-260/5G; 280/8G, 4-260/6G, 280/12G; Siemens 1-550/2,4G; 620/8B; 650/12; 700/25B; 4-600/12; 650/15G, 700/40G; 7-650/18G; Thyssen 1-150/2,5B; 140/3,6B; 150/5,5; 160/11; 170/20B; 180/30B 4-130/5B; 150/10; 7-140/9,9B; 150/12B; 160/20B; Veba 1-240/2,5B; 250/4B, 280/11; 300/17B, 4-250/10,5B; 280/14G, VEW 4-150/7G; 160/10,25G, VW 1-420/4G; 460/13,1; 480/15; 500/24G; 4-420/8,5G; 440/12G, 460/21; 479,3/28; 480/30B; 500/45B; 529/65G, 7-440/18G; 460/25G; 480/40G 500/51G; Alcan 1-65/6B, 75/15B, 4-65/7B; 65/7,9B; Chrysler 1-70/5; 75/5G. 80/9; 85/13. 4-70/3B; 75/6,5G; 80/11B, 7-70/7B; 75/11B; EH 1-100/12B; General Motors 1-170/30B; 4-140/13G; IBM 1-240/8,5G; 280/38B; 4-220/4G; 260/22; 7-240/25B; Litton 1-140/8; 4-140/9B; Norsk Hydro 1-40/3B; 4-40/3,5G; Philips 1-40/2,5B; 4-40/3B; Sony 4-40/4B; Xerox 1-110/10B.

Rentenoptionen

Frankfurt: 27. 10. 1986

Kaufoptionen: 7 3/4 Bund 82 I (90): APR87-106/1,7G; 108/0,30G; 110/0,50G; OKT87-106/1,9G; 108/2G; 7 1/2 Bund 83 III (91): APR87-106/1,8G; 108/0,30G; 110/1B; OKT87-106/2G; 108/1,7G; 8 1/2 Bund 82 (92): APR87-110/2G; 112/0,50G; OKT87-110/2G; 112/0,50G; 114/1G; 8 3/4 Bund 82 (92): APR87-112/1,2G; 114/0,70G; OKT87-112/1,2G; 114/0,30G; 7 1/2 Bund 85 I (95): APR87-106/2,3G; 108/0,50G; OKT87-106/2,5G; 108/0,80G; 110/1,5B; 8 Bund 85 (95): APR87-108/2,3G; 110/0,50G; OKT87-108/2,5G; 110/0,80G; 112/1,5G; 8 1/4 Bund 85 V (95): APR87-110/1,5G; OKT87-110/1,7G; 7 1/2 Bund 84/94: APR87-106/1G; 108/0,80; OKT87-106/1,5G; 108/0,30G; 110/1,5G; 7 Bund 85 I (95): APR87-104/0,50G; 106/0,50G; OKT87-104/0,80G; 106/2G; 7 1/4 Bund 85 II (95): APR87-104/1,6G; 106/0,30G; 108/0,30G; OKT87-104/2,2G; 106/0,60G; 108/1,7G; 6 3/4 Bund 85 (95): APR87-102/1G; 104/0,80G; OKT87-102/1,5G; 104/0,50G; 106/1,2G; 6 1/2 Bund 85 (95): APR87-100/1,5G; 102/0,30G; OKT87-100/2G; 102/0,60G; 104/1,5B; 7 1/8 Bahn 85 (95): APR87-102/2G; 104/0,30G; 106/0,30G; OKT87-102/2,2G; 104/0,60G; 106/1,5B; 7 Post 86 (97): APR87-102/1G; 104/0,30G; OKT87-102/1,5G; 104/0,50G; 106/1,3B.

Verkaufsoptionen: 7 3/4 Bund 82 I (90): APR87-108/2G; 110/3G; OKT87-108/3,5G; 110/4,3G; 7 1/2 Bund 83 III (91): APR87-108/2,2G; 110/3,2G; OKT87-108/4G; 110/4,5G; 8 1/2 Bund 82 (92): APR87-112/2,5G; 114/3,5G; OKT87-112/4,8G; 114/5,3G; 8 3/4 Bund 82 (92): APR87-114/5G; 116/4,3G; OKT87-114/5,2G; 116/6,2G; 7 1/2 Bund 85 I (95): APR87-108/2,2G; 110/3G; OKT87-108/4G; 110/4,7G; 8 Bund 85 (95): APR87-112/3,2G; 114/5G; OKT87-110/4G; 112/5,3G; 114/6,3G; 8 1/4 Bund 85 V (95): APR87-112/2,8G; 114/4G; OKT87-110/4,3G; 112/4,8G; 114/5,5G; 7 1/2 Bund 84/94: APR87-108/3,75B; 110/4,5G; OKT87-106/4,5G; 108/5,2G; 110/6G; 7 Bund 85 I (95): APR87-104/2,5G; 106/3,5G; 108/5G; OKT87-104/4,2G; 106/5G; 108/6G; 7 1/4 Bund 85 II (95): APR87-106/2,8G; 108/4G; OKT87-104/4,3G; 106/4,8G; 108/5,5G; 6 3/4 Bund 85 (95): APR87-104/3G; 106/4,3G; OKT87-102/4,2G; 104/4,8G; 106/5,5G; 6 1/2 Bund 86 (96): APR87-104/3,4; 106/5,5; OKT87-102/4,3G; 104/5,2G; 106/6,5G; 7 1/8 Bahn 86 (96): APR87-104/2,5G; 106/3,8G; OKT87-104/4,5G; 106/5,2G; 7 Post 86 (97): APR87-102/2,5G; 104/3,2G; 106/4,5G; OKT87-102/4,5G; 104/5,2G.

Junge Aktien

Berlin: Hermes 810G, VAB 2890B. **Düsseldorf:** BMW 562, Goldschm. 230 G, Lehnkering 210G, O & K 130, Thüga 460. **Frankfurt:** BMW 561, Frankona Vz. 615, Fuchs St. 173, Fuchs Vz. 142, Magdeburger Feuer NA 490, Magdeburger Feuer 1150T, Mainkraft 540G, Mercedes 1085, Thüga 460bG, Ymos Vz. 177. **Hamburg:** –. **München:** Mercedes 1080, Stumpf 120, VAB 3000.

Bezugsrechte: **Düsseldorf:** Allianz 6,75, FAG 16,5. **Frankfurt:** Allianz 6,75, FAG 16,5, Maingas 40, MAV entf., Olivetti 0,05. **München:** –. **Stuttgart:** Allianz Gen. 6,75.

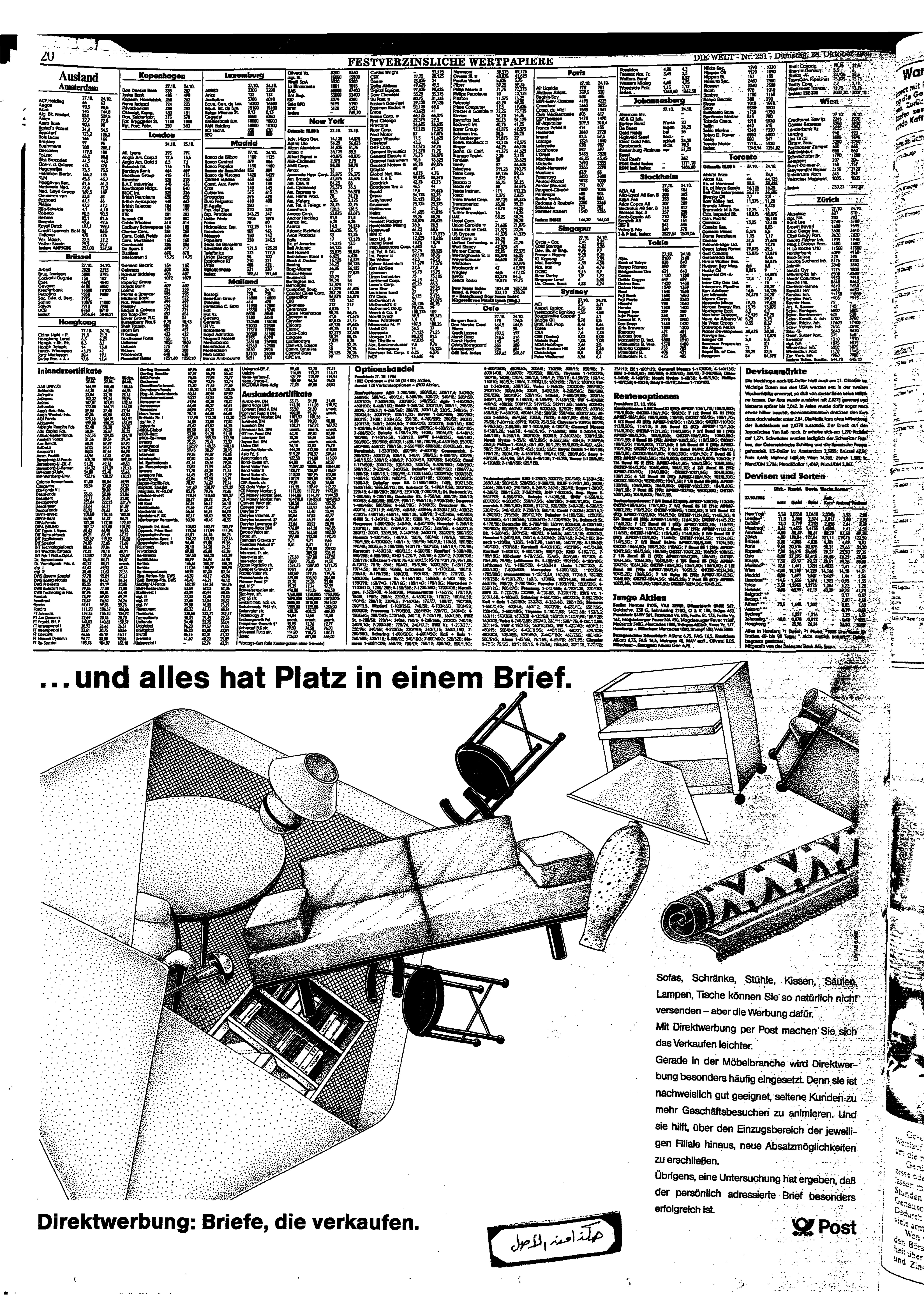
Devisenmärkte

Die Nachfrage nach US-Dollar hielt auch am 27. Oktober an. Wichtige Daten aus den USA werden erst in der zweiten Wochenhälfte erwartet, so daß von dieser Seite keine Impulse kamen. Der Kurs wurde zunächst mit 2,0275 genannt und kletterte später bis 2,042. In Asien wurde dafür sogar noch etwas höher bezahlt. Gewinnmitnahmen drückten den Kurs dann doch wieder unter 2,04. Die Notiz kam ohne Mitwirkung der Bundesbank mit 2,0378 zustande. Der Druck auf den Japanischen Yen ließ nach. Er erholte sich um 1,270 Prozent auf 1,271. Schwächer wurden lediglich der Schweizer Franken, der Österreichische Schilling und die Spanische Peseta gehandelt. US-Dollar in: Amsterdam 2,3055; Brüssel 42,36; Paris 6,668; Mailand 1409,60; Wien 14,363; Zürich 1,685; Ir. Pfund/DM 2,726; Pfund/Dollar 1,4069; Pfund/DM 2,867.

Devisen und Sorten

27.10.1986	Disk.-satz	Frankf. Devis. Geld	Brief	Ank.-Kurs[6]	Wechs.Sorten[2] Ankauf	Verkauf
New York[1]	5,50	2,0338	2,0418	2,0265	1,98	2,08
London[2]	11,0	2,860	2,874	2,817	2,80	2,95
Dublin[2]	12,0	2,719	2,733	2,658	2,64	2,79
Montreal[1]	8,62	1,4656	1,4735	1,4508	1,41	1,51
Amsterd.	4,50	88,39	88,61	88,29	87,50	89,25
Zürich	4,00	120,84	121,04	121,11	119,75	122,50
Brüssel	8,00	4,808	4,828	4,781	4,69	4,87
Paris	9,50	30,515	30,675	30,31	29,65	31,30
Kopenh.	7,00	26,515	26,635	26,27	25,50	27,25
Oslo	8,00	27,295	27,415	26,68	26,25	28,00
Stockh.	7,50	29,17	29,33	28,91	28,25	30,00
Mailand[3]**	12,0	1,441	1,451	1,4235	1,41	1,49
Wien	4,00	14,189	14,229	14,166	14,10	14,31
Madrid	8,00	1,491	1,501	1,469	1,44	1,56
Lissabon**	14,6	1,356	1,376	1,323	0,95	1,55
Tokio	3,50	1,2965	1,2725	1,264	1,22	1,28
Helsinki	8,50	40,99	41,19	40,29	39,75	41,75
Belgrad* **	–	–	–	–	0,17	0,57
Budap.* **	–	–	–	–	2,80	3,18
Athen* **	20,5	1,448	1,502	–	0,85	1,60
Ankara* **	–	–	–	–	0,19	0,35
Sydney*	–	1,297	1,316	–	1,25	1,36
Johannbg.*	10,0	0,878	0,912	–	0,48	0,85
Hongkong*	–	25,98	26,24	–	25,00	30,00

Alles in Hundert; [1]1 Dollar; [2]1 Pfund; [3]1000 Lire; [6]Kurs für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet.
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen.



Warenpreise – Termine

Erneut mit kräftigen Verlusten schlossen am Freitag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Zurückgenommen wurden auch Silber und Kupfer sowie Kakao. Deutlich höher bewertet wurde Kaffee.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	24.10.	23.10.
Dez.	288,25-287,75	286,25-287,00
März	274,00-274,50	273,00-273,50
Mai	257,50-257,25	257,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	199,33	199,33
Am. Durum	197,11	197,11

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Okt.	103,50	105,00
Dez.	99,00	99,50
März	101,50	102,40

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	82,00	82,50
Dez.	80,75	79,50
März	79,10	78,50

HAFER Chicago (c/bush)		
Okt.	129,25	128,50
März	131,80	130,25-130,50
Mai	130,75	129,75

MAIS Chicago (c/bush)		
Okt.	174,00-173,25	169,75-169,50
März	181,75-181,50	179,50-179,25
Mai	186,75	184,75

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Okt.	85,20	84,60
Dez.	82,00	82,50
März	82,40	82,90

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	24.10.	23.10.
Dez.	180,50-181,00	176,00-176,50
März	175,00-175,43	172,00-172,10
Mai	175,25-175,80	172,00-172,25

KAKAO New York ($/t)	24.10.	23.10.
Dez.	1946-1957	1960-1970
März	1975-1988	1990-1997
Mai	2006-2008	2025
Umsatz	2597	1757

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Jan.	6,35-6,39	6,48
März	6,74-6,75	6,82-6,84
Mai	6,90-6,92	7,02-7,05
Juli	7,08	7,15-7,17
Sept.	7,18	7,21-7,30
Umsatz	6699	792

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	5,75	5,79

KAFFEE London (£/t) Robusta	24.10.	23.10.
Nov.	2345-2350	2270-2275
Jan.	2350-2355	2265-2270
März	2240-2250	–2170125
Umsatz	13958	5384

KAKAO London (£/t)		
Dez.	1511–	1504-1505
März	1548-1550	–1545
Mai	1570-1572	1568-1569
Umsatz	1805	1614

ZUCKER London ($/t) Nr.6 (fob)	24.10.	23.10.
Dez.	138,00-138,80	138,80-139,80
März	151,40-151,80	152,20-152,60
Mai	155,60-156,00	156,20-156,60
Umsatz	966	1389

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)	27.10.	24.10.
schw.		
Saraw.spez.	957,50	957,50
weiß.Saraw.	1390,00	1390,00
weiß.Munt.	1405,00	1405,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	24.10.	23.10.
Nov.	116,20	115,70-116,00
Jan.	117,30	117,10-117,20
März	117,00-117,30	117,10
Mai	117,30-117,35	117,25-117,30
Juli	117,00	117,25
Umsatz	700	1000

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	24.10.	23.10.
	29,00	29,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	20,50	20,25

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Dez.	15,06-15,08	15,14-15,13
Jan.	15,18	15,26
März	15,40	15,48-15,49
Mai	15,52	15,60
Juli	15,70-15,65	15,75
Aug.	15,70-15,71	15,70-15,75
Sept.	15,55-15,60	15,60-15,70

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	15,50	15,25

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	17,00	17,50
Choise white hog 4 % fr. F.	10,75-11,00	10,75-11,00

TALG New York (c/lb)		
top white	12,25	12,25
fancy	11,75	11,75
bleichf.	11,50	10,50
yellow max. 10% fr.F	8,75	8,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Dez.	52,00-51,90	52,15-52,25
Febr.	49,00-48,85	49,05-49,15
April	44,45-44,40	44,40

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Febr.	66,60-66,70	66,60-66,95
März	65,70-65,55	65,80-65,90
Mai	65,90-65,75	65,85-65,80

HÄUTE Chicago (c/lb)	24.10.	23.10.
Ochsen einh. schwere River Northern	65,00	66,00
Kühe einh. schwere River Northern	–	–

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Nov.	486,75-486,5	485,25-485,0
Jan.	491,5-490,5	489,5-488,0
März	496,25-496,0	494,0-494,5
Mai	502,75-502,5	501,0
Juli	505,0-505,25	504,0
Aug.	504,0	505,0
Sept.	498,0	494,5

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Dez.	148,9-148,8	148,5-148,4
Jan.	149,6-149,5	149,2-149,1
März	150,4-150,4	150,0
Mai	151,2	150,7
Juli	151,7	151,7
Aug.	152,3-152,5	151,2-152,0
Sept.	150,5-151,0	150,7-151,0

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	24.10.	23.10.
Okt.	227,5	227,5
Dez.	227,6-228,0	229,1
März	236,2-236,3	237,6

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	24.10.	23.10.
	18,00	18,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)	27.10.	24.10.
jegl. Herk.		
cif	580,00	580,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	410,00	375,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	350,00	310,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	76,00	75,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	450,00	407,50

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	–	–

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	24.10.	23.10.
Dez.	44,75-44,80	45,75
März	45,45	46,30
Mai	46,00	46,97
Juli	46,50-46,60	47,40
Okt.	47,95	48,70
Dez.	48,55	49,25-49,30

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	46,875	46,875

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	27.10.	24.10.
Okt.		–580
Dez.	geschl.	560-565
Jan.		550-551
Umsatz		2398

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	27.10.	24.10.
Okt.	ausg.	ausg
Dez.	ausg.	ausg.
Umsatz	–	–

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	27.10.	24.10.
Okt.	653,00-642,00	652,00-641,00
Dez.	–	–
–	–	–
Umsatz	4	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	27.10.	24.10.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	27.10.	24.10.
Nov.	12106	12045
Dez.	12051	–

KAUTSCHUK London (p/kg)	24.10.	23.10.
spot	67,00-70,00	67,00-70,00
RSS 1 Nov.	66,00-67,00	65,75-66,75
RSS 2 Nov.	65,00-66,00	64,75-65,75
RSS 3 Nov.	64,00-65,00	63,75-64,75

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	27.10.	24.10.
Nov.	231,50-233,50	231,50-233,50
Dez.	232,00-234,00	232,00-234,00
Nr. 2 Nov.	230,00-231,00	230,50-231,50
Nr. 3 Nov.	226,00-227,00	226,50-227,50
Nr. 4 Nov.	222,00-223,00	222,50-223,50

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)	27.10.	24.10.
BWC	267	267
BWD	267	267
BTC	310	310
BTD	310	310

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

ALUMINIUM: Basis London	27.10.	24.10.
lfd. Mon.	233,94-234,09	234,64-234,79
dritt. M.	238,54-238,69	237,94-238,08

BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	90,96-91,11	89,96-90,10
dritt. M.	89,67-89,81	89,24-89,39

NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	734,31-736,74	730,58-731,15
dritt. M.	750,40-750,69	745,47-746,05

ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	171,00-173,88	168,46-171,33
Prod.-Pr.	187,85	186,57

REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	27.10.	24.10.
	15,01	15,01

(DM je 100 kg)

ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke	27.10.	24.10.
DEL-Not.*	273,75-275,77	272,03-274,05

BLEI in Kabeln		
	98,75-99,75	97,75-98,75

ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	27.10.	24.10.
MS 58, 1.VS	267	265-266
MS 58, 2.VS	316-321	316-318
MS 63	295-297	297-296

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	27.10.	24.10.
Leg. 225	255-258	255-258
Leg. 226	257-260	257-260
Leg. 231	290-292	290-292
Leg. 233	302-305	302-305

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

PLATIN (DM/g)	27.10.	24.10.
	39,50B	39,20B

GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vkfpr.	31122	31236
Rückn.-Pr	26500	26600

GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	27470	27460
Rückn.-Pr.	26730	26720
verarbeitet	28820B	28810B

GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	26895	26900

SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	379,00	375,60
Rückn.-Pr.	367,40	364,10
verarbeitet	395,70B	392,10B

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	27.10.	24.10.
10.30	409,60	413,00
15.00	409,75	410,50
Zürich mitt.	409,40-409,90	412,50-413,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	88200	88100

SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	400,35	397,10
3 Mon.	411,45	407,65
6 Mon.	422,85	418,90
12 Mon.	444,45	439,15

PLATIN (£/Feinunze) London	27.10.	24.10.
fr. Markt	409,05	399,70

PALLADIUM (£/Feinunze) London	27.10.	24.10.
f. Händl.-Pr.	91,35	90,20

New Yorker Metallbörse

	24.10.	23.10.
GOLD H & H Ankauf	418,75	423,40
SILBER H & H Ankauf	568,00	577,00
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	590,00-595,00	590,00-595,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	137,00-138,00	137,00-138,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
COMEX GOLD		
Okt.	408,00	415,00
Nov.	407,90	415,70
Dez.	409,00-410,50	417,00-418,00
Febr.	413,00-413,40	420,00-421,50
Apr.	416,80	423,00
Umsatz	45000	50000

SILBER (c/Feinunze)		
Okt.	562,90	565,20
Dez.	565,00-566,65	567,00-570,00
Jan.	568,80	571,30
März	576,00	576,00-578,00
Mai	580,00	582,50
Juli	585,50	589,00
Sept.	591,60	595,00
Umsatz	21500	22000

KUPFER (c/lb)	24.10.	23.10.
Okt.	59,50	60,15
Dez.	59,85-59,95	60,50-60,60
Jan.	60,05	60,65
März	60,30-60,35	60,85-60,95
Mai	60,80	61,45
Juli	61,05	61,60
Sept.	61,30	61,85
Umsatz	5700	4400

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)	27.10.	24.10.
mitt. Kasse	814,00-814,50	820,00-821,00
3 Mon.	830,00-830,50	831,00-832,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	316,50-317,00	315,00-316,00
3 Mon.	312,00-312,50	315,50-314,00
KUPFER grade A (£/t)		
mitt. Kasse	933,50-934,50	951,00-931,50
3 Monate	958,50-959,00	955,00-956,50
ab. Kasse	–	932,00-933,00
3 Monate	–	956,50-957,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	912,00-913,00	913,00-915,00
3 Monate	939,00-940,00	937,00-938,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	622,50-623,50	618,00-620,00
3 Monate	618,50-619,00	617,00-618,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	150-175
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	40-45

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	24.10.	23.10.
Nov.	40,15-40,20	40,20-40,35
Dez.	41,60-41,70	41,60-41,70
Jan.	42,80-42,95	42,80-43,00
Febr.	43,65-43,70	43,60-43,75

GASÖL – London ($/t)	24.10.	23.10.
Nov.	118,75	120,25-120,50
Dez.	123,50-123,75	125,00-125,50
Jan.	127,25-127,50	129,00-129,25
Febr.	130,25-130,50	131,25-131,50
März	125,00-125,25	128,00-128,75
April	123,00-124,00	125,00-126,50
Mai	118,00-124,00	120,00-126,00
Juni	115,00-125,00	120,00-122,00

BENZIN (bleifrei) – New York (c/Gallone)	24.10.	23.10.
Nov.	41,40	41,15-41,25
Dez.	41,80-41,90	41,50-41,60
Jan.	42,25	41,90-42,00
Febr.	41,65-42,75	42,55-42,70
März	43,40	43,10

ROHÖL – New York ($/Barrel)	24.10.	23.10.
Dez.	15,00-15,07	15,05-15,10
Jan.	15,23-15,28	15,25-15,28
Febr.	15,30-15,32	15,34-15,37
März	15,31	15,32-15,33
April	15,20-15,23	15,32

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	24.10.	23.10.
Arabian Lg.	–	11,51
Arabian Hv.	–	11,15
Iran Lg.	13,95N	13,95N
Forties	13,80N	13,80N
North Brent	14,00	14,00
Bonny Light	13,65N	13,65N

Kartoffeln

London (£/t)	24.10.	23.10.
Nov.	105,80	107,30
Febr.	117,00	117,50
April	168,80	163,20
Mai	182,00	182,00

New York (c/lb)	24.10.	23.10.
Nov.	4,45-4,51	4,55-4,60
März	4,65-4,68	4,70
Mai	5,52-5,53	5,62
–	–	–

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	24.10.	23.10.
Nov.	172,00-171,60	174,30-174,50
Jan.	167,00-166,90	171,00-170,50
März	166,50-166,60	169,80-170,00
Mai	167,10	170,40

Devisenterminmarkt

Im internationalen Zinsgefüge kam es am 27. 10. zu unwesentlichen Bewegungen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,30-0,20	0,76-0,66	1,44-1,24
Pfund/Dollar	0,58-0,56	1,81-1,78	3,53-3,48
Pfund/DM	2,20-0,80	5,40-4,00	9,70-8,30
FF/DM	16-p	35-17	61-45

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 27.10.: Tagesgeld 4,45-4,60 Prozent; Monatsgeld 4,50-4,60 Prozent; Dreimonatsgeld 4,50-4,65 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,65 Prozent, 6 Mon. 4,70 Prozent.

Privatdiskontsätze am 27.10.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 27.10.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 27.10. Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	5⅞-6⅛	4⅜-4⅝	3⅝-3¾
3 Monate	5⅞-6⅛	4½-4⅝	4-4⅛
6 Monate	5⅞-6⅛	4½-4⅝	4-4⅛
12 Monate	6-6⅛	4⅝-4⅞	4-4⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 27.10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 15,50; Verkauf 18,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 15,25; Verkauf 18,25 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 27.10. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM):

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl.MwSt.	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	199,00	255,36	35,62
20 ffr. Napoleon	5,8070	151,00	200,64	34,55
20 sfr Vreneli	5,8070	165,00	216,60	37,30
½ Sovereign (E.II)	3,6610	105,00	140,22	38,30
1 Sovereign Neu	7,3220	185,00	237,12	32,38
1 Sovereign Alt	7,3220	188,00	242,82	33,16
100 Kronen Öster.	30,4880	775,00	951,90	31,22
20 Kronen Öster.	6,0980	151,00	194,94	31,97
10 Kronen Öster.	3,0480	80,00	107,16	35,16
4 Dukaten Öster.	13,7700	363,00	448,02	32,54
1 Dukaten Öster.	3,4420	82,00	114,00	33,12
10 Rubel Tscherw.	7,7423	198,00	254,22	32,84
Krügerrand 1 Uz	31,1035	820,00	974,70	31,34
Krügerrand ½ Uz	15,5517	432,00	515,28	33,13
2 Rand Südafrika	7,3220	181,00	234,84	32,07
1 Rand Südafrika	3,6610	84,00	118,56	32,38
50 C.$ Mapl.L.1 Uz	31,1035	846,00	1004,34	32,29
5 C.$ Mapl. 1/10 Uz	3,1103	89,00	112,86	36,29
20 US-$ Dbl. Eagle	30,0930	1000,00	1288,20	42,81
Nob. Platin 1 Uz	31,1035	1180,00	1390,80	44,72
Nob. Platin 1/10 Uz	3,1105	120,00	152,76	49,11

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. November 1986 an. Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/9 (Typ A) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,23) – 5,50 (4,64) – 6,00 (4,95) – 7,00 (5,32) – 8,00 (5,70). Ausgabe 1986/10 (Typ B) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,66) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,39) – 8,00 (5,82) – 8,00 (6,13) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent). 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent). Zins 5,75, Kurs 100,00, Rendite 5,60.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 27.10.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	57,413	6,60
Commerzbank	100,00	22.5.95	57,00	6,77
Commerzbank	100,00	4.8.00	38,85	7,10
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	159,50	9,17
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	112,47	5,50
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,09	5,50
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	56,65	6,70
Hbg. Ldbk. A.1	100,00	1.7.96	51,00	7,21
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	58,18	6,50
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	39,85	7,00
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,72	6,60
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	27,76	7,10
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,63	7,00
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,26	7,12
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	14,02	6,90
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	57,35	6,66
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,55	6,70
WestLB 603	100,00	1.6.01	36,95	7,06
WestLB 606	100,00	1.8.06	25,60	7,14
WestLB 500	126,86	16.2.89	114,35	4,60
WestLB 501	137,01	16.2.90	115,85	5,20
WestLB 504	141,85	1.10.91	108,60	5,56
WestLB 505	143,24	1.9.92	103,40	5,73
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	113,00	6,87
Österreich	294,12	24.5.00	115,00	7,34
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	130,25	8,61
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	131,50	7,93
Prud Realty	$ 100	15.1.99	67,10	9,25
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	77,875	7,89
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	65,00	8,51
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	59,25	10,40
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	64,375	8,68
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	64,00	8,69
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	59,375	8,61
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	51,25	9,60
Penney (A+)	100,00	17.2.94	52,00	9,36
Sears (AA)	100,00	27.5.94	51,625	9,10
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	51,50	9,10
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	49,25	8,84

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,70 (4,70)	100,3	101,2	102,1	103,1	104,0	105,0
2	5,08 (5,05)	99,85	101,5	103,4	105,3	107,1	109,0
3	5,38 (5,36)	98,70	101,4	104,1	106,8	109,5	112,2
4	5,75 (5,70)	97,05	100,7	104,0	107,5	111,0	114,5
5	5,99 (5,95)	95,40	100,1	103,8	108,1	112,3	116,5
6	6,20 (6,18)	93,65	99,00	105,4	108,3	113,2	118,0
7	6,50 (6,48)	91,75	96,70	102,2	107,7	113,1	118,6
8	6,80 (6,77)	83,60	94,60	101,2	106,6	112,6	118,6
9	6,75 (6,97)	86,65	93,15	100,4	106,2	112,7	119,2
10	6,97 (6,95)	85,50	92,50	100,2	106,5	113,5	120,5
15	7,20 (7,20)	79,45	89,40	98,20	106,3	115,2	124,2

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können

Commerzbank Rentenindex: 112,072 (112,179)
Performance-Rentenindex: 248,012 (248,030)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	24. Okt.	5,875-5,819
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	5,775
	60–270 Tage	5,55
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	5,775
	60 Tage	5,775
	90 Tage	5,75
Certificates of Deposit	1 Monat	5,80
	2 Monate	5,80
	3 Monate	5,80
	6 Monate	5,80
	12 Monate	5,80
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,27
	26 Wochen	5,35
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,47
	30 Jahre	7,77
US-Diskontsatz		5.50
US-Primerate		7,50
Geldmenge M1	13. Okt.	696,5 Mrd. $ (–5,1 Mrd. $)

NYSE-Aktienindex (New York)		
Dez.	156,90	158,00
März	137,20	138,40

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	24.10.	23.10.
9¾ EEC 90	106	105,625
11½ dgl. 90	111,25	111
10¾ EIB 95	109,875	109,875
11 dgl. 91	113,375	112,875
11¼ dgl. 90	114,5	114
11½ dgl. 93	120,375	119,875
12 dgl. 95	12,25	121,75
12¼ dgl. 90	116,875	116,625
12¾ dgl. 93	128,375	127,5
13 dgl. 96	120,125	119,875
10⅞ Wld Bk 95	112,5	112
10¾ dgl. 88	105,375	105,25
10¾ dgl. 90	110,625	110,375
10⅞ dgl. 95	115,25	114,75
11 dgl. 92	114,625	114
11¼ dgl. 88	109	108,5
11¼ dgl. 90	113,5	113,375
11⅜ dgl. 89	109,5	109,25
11½ dgl. 90	114	113,625
12 dgl. 95	122,5	121,75
12¾ dgl. 94	125,25	124,75
12¾ dgl. 94	129,125	128,375
6⅞ Sears 91	103,625	103,75
6¾ Swed.Ex.91	101,75	101,625
7 TRW 94	101,625	101,5
6¾ Un.Tech.92	102,5	102,625
6¾ W.Disn 96	100,625	103,75
6⅞ World Bk96	101,5	101,5
6¾ dgl. 93	103,625	103,75
6¾ dgl. 94	102,625	102,625
7 dgl. 94	105,125	104,875

Euro-Yen

	24.10.	23.10.
6¾ Al.Corp 91	102,625	102,25
6¾ Al.Sigm93	101,5	101,625
7¾ ADB 94	107,625	107,5
7 Austria 95	104,5	104,5
7 BP 92	105,375	105,375
6¾ Denmark 92	103,375	103,375
7 Denm.Bk. 92	104,5	104,25
7 Dow Chem.94	102	101,875
6⅞ EDF 95	103,75	103,75
6½ Eurofima95	101,125	101,25
6¾ dgl. 92	102,75	102,75
6¾ dgl. 93	102,125	102,25
7¾ dgl. 94	105,125	105,375
6⅞ Fannie 92	103,75	103,75
6¾ Finl.Rep90	104,625	104,75
6½ GMAC 90	101,75	102,125
7⅛ Goodyear95	103	103,125
6⅞ dgl. 94	101,25	101,375
6¾ ITT 92	102,5	102,5
6¾ McDonal.92	102,125	102
6¾ Montreal95	102,625	102,5
6¾ NordLB 93	102,125	101,875
6 NIB 91	100,75	100,75
7 dgl. 92	105,125	105,125
7 Pac.Gas 94	–	–
6¾ Penney 92	102,875	102,75
6¾ Procter 92	102,875	102,75
6¾ Safeco 92	102,75	102,75

Lux. Franc Bonds

	24.10.	23.10.
9¼ Akzo 87	99,75	99,75
9¾ Asea 89	102	102
6¾ Asian Dvl87	99,5	99,5
10½ BFG Lux90	105,5	105,5
11 BNP 90	104	104
9 dgl. 93	107	107
10½ Ceca 94	106,5	106,5
11 dgl. 92	103,5	103,5
15 dgl. 91	101	101
8⅞ Conseil 95	105	105
12½ dgl. 97	105	105
8 Copsel 88	100,25	100,25
8¾ dgl. 89	100,5	100,5
11 Cr.Lyon.88	102	102
13 dgl. 89	105,25	105,25
7½ Den Mrg 88	99,75	99,75
8⅞ EEC 95	105	105
8¾ Euratom 89	103	103
10¾ dgl. 96	110	110
11 dgl. 93	101,25	101,25
8⅞ Eurof. 89	102,5	102,5
9 dgl. 95	105,5	105,5
10 dgl. 91	105,75	105,75
10 dgl. 94	105	105
8 EIB 91	100	100
8¾ dgl. 93	105	105
9½ dgl. 95	107,5	107,5
9¾ dgl. 88	101,5	101,5
9⅞ dgl. 93	106	106
10½ dgl. 94	112,5	112,5
11½ dgl. 88	101	101
12¼ dgl. 90	106	106
8¾ Goodyear93	103,25	103,25
9¼ Ind.B.F.95	104,25	104,25
9¾ Hypo Bk.88	101,5	101,5
11 Kredlet.93	104	104
7¾ dgl. 87	99,75	99,75
12½ dgl. 88	102,5	102,5
10 dgl. 90	104	104
11¾ dgl. 89	102,5	102,5
8 Luxair 87	99,75	99,75
8¾ dgl. 87	99,75	99,75
8¾ Met.Chim92	103,5	103,5
9 dgl. 95	105,5	105,5
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 87	100	100
8½ dgl. 87	100	100
9 Penbas 92	106	106
10¾ Paribas89	103,75	103,75
8 Philips 89	100	100
7¾ Renault 88	99,75	99,75
7½ Sogenal 91	100	100
9½ dgl. 92	106	106
10¾ Solvay 87	100,75	100,75
8 Sveriges 88	100,25	100,25
9¾ Volvo 87	100	100
8 WorldBk. 96	103,5	103,5
9¼ dgl. 90	103,5	103,5
10¾ dgl 89	103	103

Rechnungs-Einheiten
RE 9 DM 2,52832

	24.10.	23.10.
8¾ Cap City91	99	99
12¾ dgl. 92	101	101
8¾ CCA 91	99,5	99,5
11¼ Ned. G.88	100,2	100,5
9¾ Queb. P 94	99,5	99,5
8½ SDR 94	99,5	99,5

ECU

	24.10.	23.10.
7¾ Aegon 95	93,875	93,25
9½ ABN 92	104,25	103,5
All Nippon 95	103,125	102,5
9¼ ANZ 92	105,25	105
10¾ Austria93	110	109,75
10 BNDA 92	103,625	103,625
8¾ Bud.Roma93	98,5	98,25
9 M.+Hope 92	103,25	103
9 Bk.Hols 96	100,5	100
7½ BNP 93	95,375	95,25
8¾ dgl 95	102,875	102
8¾ Bay.Vbk.88	101,5	101,125
8¾ BFCE 93	102,375	101,875
9¾ dgl. 92	105,5	105,5
9⅞ dgl 95	106,625	105,75
9¾ Buit 92	102	101,5
9¾ CNT 92	107	106
9⅞ dgl. 95	106,625	105,5
8⅞ Cargill 95	101,75	101,375
10¾ Ceca 89	106,5	106,125
9 Chrysl. 92	100	99,75
9¼ dgl. 94	99,75	99,625
9 ClubMed 88	103	102,625
9 Colgate 91	101,5	101,25
9 Cap City 95	100,25	99,5
9¾ CCF 95	103,75	102,875
9¾ CrdNord 91	104,175	103,5
11¾ CraFonc90	–	–
11¼ dgl. 90	–	–
6¾ CrdLyon 92	93	97,375
8⅞ CrdNat 95	103,25	102,5
10½ dgl 94	109,5	109,5
8⅞ Crdansl.94	103,25	107,5
9⅞ Credito 92	103,875	103,75
7¾ Denmark 96	94,75	94,625
9 EDF 97	103,25	102,75
8⅞ EEC 93	102,875	102,375
8¾ ElfAqu. 89	101,25	161,5
9 Enso Gut 91	101,25	101
9⅛ dgl. 95	102	101,125
10 Euratom 97	105,625	104,75
7¾ dgl. 96	94	93,375
9⅞ Eurofima93	102,5	102,25
8¾ EIB 98	102,25	100,875
8¾ dgl. 93	103,625	103,375
8¾ dgl. 92	102,375	100,25
9¾ dgl. 95	108,25	108,75
10¾ dgl. 94	110,875	110,5
10½ dgl. 94	108	105
10¾ dgl. 90	109,375	109
11¾ dgl. 92	109,375	109,25
9 Eurotest 93	101,25	101
6¾ EDC 96	98,125	88,5
8¾ Fiat 90	102	101,375
9 IBKFinnl 95	101,125	100,625
8⅞ Ford C.93	102,125	101,375
7½ GMI 93	98,625	97,625
7 Giroz. 93	95,5	92,875
10½ dgl. 93	109,375	109,25
10 IADB 92	111	110
8¾ IBM 90	102,625	102,25
6⅞ Iceland 96	89	89
9 Imatran 96	100,875	100,5
9¾ Italia 89	103,75	103,125
10¼ dgl. 92	110,375	110,125
9¾ Konsoli 92	105,375	105,25
9¾ Kblfima 92	102,75	102,75
6¾ KB/Ital 95	89	89
10½ Mosal 95	104,625	104,125
8⅞ Mits.Tr.93	101,5	100,75
9 MontHon.91	103	102,75
9⅞ Mol 90	103	102,75
8¾ Morgan 90	102,75	102,375
8¾ Motorola92	107,5	100,875
9 Nerva 95	101,25	100,375
8¾ N.S.Wal 93	101,875	101
9¼ N.Zeal. 90	104	103,625
9½ N.Zeal 92	104,25	103,75
7½ Nissan 96	93	97,625
9 ÖstLbk. 89	103,5	105
8¾ Olivetti95	102,25	102,125
8¾ Parbal 89	102	101,375
10 Pechin.90	104,25	103,875
9 Petro.93	98	98
9¼ Peugeot 90	103	102,375
8¼ Philco 96	98,5	98,5
9 PhEps 93	102,5	102,25
9½ Piba 92	105	105,75
10 Privbk. 92	105,625	105
7¼ Rabobk. 96	94,625	94,125
8¾ Reynolds91	102	101,375
9 SAS 95	103	102,5
9 Scmw 95	102	101,875
8¾ Secpac 90	101,25	101,25
9 SNCI 95	103,75	103,75
8¾ Sumitomo92	102,625	102
9¼ dgl. 93	105,75	105,125
9 dgl. 95	103,375	102,875
6⅞ Schwedenr96	89,625	89,375
9 Unibk.Nor 95	101,375	101
8⅞ Vict. 90	102,625	101,875
8¾ WaldD 94	103,125	102,125
9¾ dgl. 95	103,25	102,5
8⅞ Washgt 96	101,625	101,75
9¾ Westpac92	103,875	103,5
8½ Worldbk.95	102	101,75
8¾ dgl. 93	103,5	103,375
9¼ dgl. 92	106,5	106,25
10¼ dgl. 89	106,5	106,5
10¾ dgl. 94	110,25	110,25
11 dgl. 93	108,625	108,5
8⅞ Xerox 90	100,5	100,375

ECU-Tageswerte

	24.10.	23.10.
Dollar	1,02861	1,0442
Bfr	43,2684	43,2796
DM	2,08396	2,08057
Hfl	2,35531	2,35154
£	0,727702	0,734578
Dkr	7,84725	7,84301
FF	6,81967	6,8129
Lire	1441,59	1440,48
I-£	0,765048	0,763585
Sfr	1,71880	1,71354
öS	14,6463	14,6523
Peseta	139,428	139,192
Skr	7,14985	7,17472
Nkr	7,63484	7,66975
Kan-$	1,42771	1,4504
Esc	152,863	153,498
Fmk	5,08286	5,06475
Yen	165,863	164,566
Drachme	140,923	141,081

SZR-Wert

	24.10.	23.10.
Dollar	1,20084	1,21421
DM	2,43038	2,41664

Julia Wosnessenskaja: „Der Stern Tschernobyl"

Nur Weinen und Beten

Im 8. Kapitel der Offenbarung Johannis steht geschrieben, daß einst ein großer, wie eine Fackel brennender Stern vom Himmel fallen und die Ströme und Brunnen der Erde verseuchen werde. Der Name des Sternes sei Wermut, und viele Menschen würden sterben. Wermut (Artemisia vulgaris) heißt im Russischen Tschernobyl.

Das erklärt, warum Julia Wosnessenskaja, eine sowjetische Dissidentin, die nach mehreren Jahren sibirischer Lagerhaft und Verbannung heute in Deutschland lebt, ihrem Buch über die bislang größte atomare Katastrophe den Titel „Der Stern Tschernobyl" gab. Sie selbst bezeichnet diesen erschütternden Bericht als



einen „fast dokumentarischen Roman", und das zu Recht, denn er enthält, verteilt auf die Romanhandlung, eine in Umfang und Auswahl einmalige Zusammenstellung von bislang unbekannten sowjetischen Nachrichten, Rundfunkkommentaren, Artikeln der Provinzpresse und Leserzuschriften.

Im Mittelpunkt der Romanhandlung stehen drei Schwestern, von denen eine im Westen lebt. Die zweite läuft als Frau eines in Tschernobyl arbeitenden Ingenieurs angesichts des brennenden Reaktors ihrem Mann entgegen und damit in den sicheren Strahlentod, während sich die dritte, Anastasija, von Leningrad aus auf die Suche nach dieser jüngeren Schwester macht.

Erschreckend die Ungewißheit, in der die sowjetische Bevölkerung von den Behörden wochenlang gehalten wird. So wie Anastasija, eine überzeugte Kommunistin, von der Katastrophe als solcher erst durch einen Telefonanruf ihrer Schwester aus Stockholm erfährt, so mauern im folgenden auch alle von ihr befragten Partei- und Regierungsdienststellen in Moskau und Kiew. Durch Tricks und mit Hilfe alter Freunde kommt sie erst nach und nach der Wahrheit auf die Spur und verliert dabei ihren Glauben an die Partei. Erschütternd eine Szene in dem Moskauer Krankenhaus, in dem die Opfer von Tschernobyl sterben, um dann heimlich auf einem Sonderfriedhof beigesetzt zu werden.

Dort stellt ein bereits vom Tode gezeichneter Mann die Frage, „ob Gott uns, die Leute von Tschernobyl, überhaupt annehmen wird". Mit solchen Sentenzen drückt die gläubige Christin Julia Wosnessenskaja, die einst in der Sowjetunion die nonkonformistische Frauenbewegung „Maria" gegründet hat, ihre Zweifel an der Zulässigkeit der Kernspaltung aus. Dabei klingt an, was die großen russischen Klassiker über Sünde und Sünder geschrieben haben.

Besonders hart geht die Autorin mit denen ins Gericht, die an Ort und Stelle, also in Kiew und Tschernobyl, für die Evakuierungsarbeiten, die Aufklärung der Bevölkerung und die Unterrichtung von Angehörigen verantwortlich waren. Noch Wochen nach der Katastrophe wußte kaum jemand, wer wohin evakuiert worden war, wie auch das tatsächliche Ausmaß der Strahlenschäden verschwiegen wurde.

Der Höhepunkt des Buches ist wohl die Beschreibung des Weges von Anastasija mitten hinein in das Zentrum der Katastrophe. Sie gibt alles her, was sie hat, um die vielen Sperren zu überwinden, wird Augenzeugin der „Einsargung" des ausgebrannten Reaktors, findet schließlich in der verlassenen Wohnung einen Brief und weiß nun, daß sie ihre Schwester nie wiedersehen wird. Über Nacht ergraut und inzwischen selbst schwer strahlenkrank, tut sie sich mit einer alten Frau zusammen, der es gelungen war, sich in ihrem Keller der Evakuierung zu entziehen. Das Ende ist Weinen und Beten.

Im dokumentarischen Teil liest sich das in der „Sowjetskaja Rossija" so: „Zwei alte Frauen, wohnhaft in der Straße der Helden von Stalingrad, wurden in ein Krankenhaus überführt. Sie hatten sich während der Evakuierung versteckt und kamen erst am 28. Mai aus ihrem Schlupfwinkel heraus."

Es bleibt nachzutragen, daß die Autorin nahe Verwandte in der Ukraine hat.

BERND NIELSEN-STOKKEBY

Julia Wosnessenskaja: „Der Stern Tschernobyl". Aus d. Russ. v. Heddy Pross-Weerth. Roitman Verlag, München. 191 S., 27.80 Mark.



Herausgegriffen aus dem Basar der 500 Grafiken: „Home Entertainment" von der kanadischen Künstlerin Nancy Edell, aus der Frechener Ausstellung FOTO: KATALOG

Wo die Kunst noch ein Handwerk ist: Internationale Grafik-Triennale Frechen

Der Höllen-Brueghel grüßt die Ökos

Grafik-Biennalen und -Triennalen ähneln ein wenig den Discount-Märkten auf der grünen Wiese. Auch da gibt es ein reiches, buntgemischtes Angebot, doch die Produzenten von Markenartikeln halten sich zumeist fern. Man macht sich nicht gern gemein mit den angeblich Namenlosen. Denn Konkurrenz belebt nicht unbedingt das Geschäft. Ein großes Vergleichsangebot kann sichtbar werden lassen, daß das, was anderswo als exklusiv angeboten wird, weniger Marke als Mache ist. So fehlen auch bei der „Internationalen Grafik-Triennale", die der Kunstverein in Frechen (bei Köln) bereits zum achten Mal organisiert hat, die „Namen".

Trotzdem ist es ein ansehnlicher Basar, der sich seines Angebots nicht zu schämen braucht. Das Handwerk der Kunst zählt hier noch. Das läßt sich an Landschaften ablesen, die in der Zeit der Romantik radiert sein könnten, oder an Stadtansichten aus dem Geist der Neuen Sachlichkeit. Da sind von Ulla Fries aus Schweden Radierungen mit Eidechsen und Larven, die sich scheinbar um eine Platte ringeln, die tatsächlich nur ein leichtes Relief im Papier ist, zu sehen oder von Norbert Attard aus Malta zwei Blätter mit Kimonos, die einem Meister des Ukiyo-e zur Ehre gereichen würden.

Die Japaner, die hier zahlreich vertreten sind, spielen dagegen alle Stile vom strengen Realismus bis zu abstrakten Farbkombinationen durch, nur Yuji Hiratsuka läßt Bezüge zum alten Farbholzschnitt erkennen. Bei den Künstlern aus der „DDR" scheint Beckmann endlich angekommen zu sein. Seine „Nacht" und die anderen Visionen der großstädtischen Hölle haben jedenfalls Spuren hinterlassen. Graphiker aus der Tschechoslowakei und Polen greifen dagegen viel weiter zurück. Sie deuten die Allegorien eines Brueghel – des Höllen-Brueghel natürlich – auf ihre Weise und lassen uns eine seltsame Schlacht des Umweltschutzes (Kazimierz Makowski) erleben. Währenddessen begnügt sich Nikolaj Blagowdin aus Moskau mit „Oktoberlosungen", die auf flatterndem Tuch allen Ruhm den Sowjets zusprechen und der Welt Frieden und Kommunismus verheißen – falls im Hintergrund Tatlins Turm der Internationale, der bis vor kurzem noch als Beispiel des Formalismus galt, nicht ein wenig Aufmüpfigkeit signalisieren soll.

Ironisches ist allerdings selten zu finden. Leo Leonhard läßt uns beispielsweise an der Begegnung zwischen Magritte und van Gogh teilhaben, die in getrennten Zimmern stehen, ihre Schuhe, wie sie sie einst gemalt hatten, zu Füßen. Oder man begegnet auf einem kleinen Blatt von Volker Ritter einer lethargischen Nackten vor einem ramponierten Gebäude, das der Titel als „Domicilium Justitiae Hamburgensis" ausweist.

Es ist in des Wortes doppelter Bedeutung ein bunter Reigen, der sich hier mit einem halben Tausend Grafiken von 338 Künstlern aus 54 Ländern im recht ungemütlichen Kolpingsaal unter ungünstigen Lichtverhältnissen ausbreitet. An Zuspruch mangelt es nicht, und auch nicht an Kaufinteresse, wie manchmal bis zu vier rote Punkte an einem Blatt verraten – bei Preisen, die nur selten 1000 Mark übersteigen, ist das verständlich. Also für viele etwas (bis 23. Nov., Kat. 15 Mark). PETER DITTMAR

Opernwerkstatt: Der Dresdner Zimmermann in Bonn

Heimstatt der Visionen

An einem Donnerstag waren die Geschwister Scholl und ihr Freund Christoph Probst beim Verteilen ihrer Flugblätter beobachtet und festgenommen worden; bereits montags darauf wurden sie vom nach München geflogenen „Volksgerichtshof" zum Tode verurteilt und am selben Tag hingerichtet. In diesen Flugblättern ist die Rede von einem besseren Deutschland auf der Basis christlicher Ethik und Verantwortung, dessen Verfassung – um aller zentralistischen Hegemonie zu steuern – nur föderalistisch sein könne. Wofür jene jungen Idealisten mit ihrem Leben bezahlten, das war die Vision einer Staatsverfassung, wie sie unsereiner oft schon gedankenlos als Selbstverständlichkeit konsumiert.

Nicht allein diese nationale Bedeutung des Stoffes mochte der Grund sein, um so viel politische Prominenz, beginnend mit dem Bundespräsidenten, zu einer Opernpremiere zu versammeln. Sondern auch: Komponiert hat ihn kein Komponist aus der Bundesrepublik, sondern Udo Zimmermann aus Dresden, wo man zum fraglichen Thema des gewaltlosen literarischen Widerstandes ganz eigene Erfahrungen hat. Dies war – 1967 – seine erste Oper, die dann in die Versenkung geriet und die er letztes Jahr für die Hamburgische Staatsoper zur Kammeroper neu faßte, die in dieser Version in Eisenach, Schwerin, Gera, Cottbus, Potsdam, Nürnberg, Osnabrück, Saarbrücken und München Inszenierungen erlebte und demnächst in Zürich, Wiesbaden, Bielefeld, Münster, Dresden, Leipzig, Wien und beiderlei Berlin gespielt werden wird.

Udo Zimmermann stellt den wohl nicht einmaligen, doch seltenen Sonderfall eines Komponisten dar, der zu Lebzeiten von seinen Hörern Verständnis und Enthusiasmus erfährt und dem die Opernhäuser in Ost und West förmlich aus der Hand fressen. Die von ihm selbst einstudierte und geleitete Premiere in Bonn soll auch nur der Auftakt zu einer Reihe weiterer Aktivitäten sein, die als „Werkstatt für zeitgenössisches Musiktheater" dem Kammeropern-Experiment laufend offenstehen soll: Am 9. November steht Peter Maxwell Davies' „Leuchtturm" auf dem Programm, der Moskauer Alfred Schnittke soll dafür Kandinskys „Gelben Klang" komponieren; Opern von Edison Denissow, Ioanna Bruzdowicz, Susanne Erding und Violeta Dinescu stehen in Erwägung.

Während diese Art neues Musiktheater bislang meist an kleineren Bühnen stattfand, in Freiburg oder Kassel, Aachen oder Gelsenkirchen, soll es nun auch in der Bundeshauptstadt eine Heimstatt finden, wofür sich Jean-Claude Riber eben Udo Zimmermann als künstlerischen Berater verpflichtete. Wie's ein günstiges Schicksal so will, tritt er zu gleicher Zeit in seiner Heimatstadt die Leitung des neuen „Dresdner Zentrums für zeitgenössische Musik" an, das bei den nächsten Dresdner Musikfestspielen mit dem langerwarteten Gastspiel Mauricio Kagels seine Visitenkarte abgeben soll und zum Weltmusiktag im Oktober mit Besuchen von Rodion Schtschedrin und Olivier Messiaen seine Arbeit zur Förderung junger Komponisten beginnen wird. Ob das unlängst geschlossene Kulturabkommen einen Austausch zwischen diesen beiden Projekten ermöglichen kann, wird man abwarten müssen. Im Zeichen solcher Verbindung steht allerdings schon die Bonner Inszenierung: Auch der Regisseur Erhard Fischer kommt aus Ost-Berlin und hat dort an der Staatsoper seinerzeit Zimmermanns „Schuhu" inszeniert.

In äußerster Sparsamkeit ist die Bühne mit stilisiertem Stacheldraht und Herbstlaub hergerichtet für das, was die Handlung 100 Minuten lang allein aus dem Spiel der Darsteller tragen wird: innere Monologe, auf die die Erinnerung von Hans und Sophie Scholl in den Stunden vor ihrer Hinrichtung zusammenschrumpft.

Authentisches Wortmaterial liegt nicht vor: Die Abschiedsbriefe, die sie an ihre Eltern und Freunde schreiben durften, wurden diesen nie ausgehändigt. So sind es vom Textdichter Wolf Willaschek den Zeugnissen nachgestaltete lyrisch-existentielle Visionen und Meditationen, die von Gudrun Ebel und Lutz-Michael Harder zu singen und zu spielen sind. Zimmermanns Satz bietet bei scheinbarer Einfachheit – eine Intervallgruppe wird in immer neuen Verästelungen umspielt – gehörige Schwierigkeiten und fordert äußerste Sensibilität. Wie löst sich dargestelltes Grauen in Arienschmelz und theatralische Geste? Für Zimmermann, der dem Dresdner Kreuzchor entstammt, boten das Modell offenbar die Totentänze der Bachschen Passionen in ihrem Ausdruck für Klage und Erlösung. In diese Tradition fügt sich das Stück. DETLEF GOJOWY

Großartiger dreiteiliger Fernsehfilm über Franz Schuberts letzte Jahre

Himmlisch wie die C-Dur-Sinfonie

„Ist es meine alte Pest?" fragt Franz Schubert, auf den Tod krank, und sein Freund Franz von Schober schüttelt den Kopf. Diese Szene sieht man am Sonntag im letzten Teil des Dreiteilers „Mit meinen heißen Tränen" von Fritz Lehner, der heute anläuft. An diesen ersten Teil muß man sich dann erinnern, denn er beginnt mit jener „alten Pest". Der Zuschauer trifft Schubert unter Bettlern und Dieben, inmitten fragwürdigem Gesindel in einem Klosterhospital. Er zupft an seinen krausen Haaren und er zupft weiter, wie besessen – bis er fast glatzköpfig ist.

Zwischen den beiden Szenen liegt nicht nur eine Woche. Auch wenn man die Teile hintereinander sähe, müßte man eine Beziehung zwischen zwei sekundenlangen Einstellungen herstellen, die vier Stunden auseinanderliegen. Der Zuschauer muß einen langen Atem haben, wie beim „Ulysses" von James Joyce. Oder wie bei der Musik Schuberts, zuvörderst bei der C-Dur-Sinfonie, deren „himmlische Längen" gerühmt – oder gefürchtet – werden.

Dieses Stilmittel hat sich Lehner wohl bewußt zu eigen gemacht. So wird schier endlos und unendlich liebevoll das quirlende Leben in Wien eingefangen. Ein Fest beim Maler Moritz von Schwind wird so lange beobachtet, bis sich ein Gewitter entlädt. Von schmerzhafter Dauer auch ist ein Gespräch mit dem Vater.

Dem entspricht am zweiten Abend (Freitag) die Ausführlichkeit, mit der eine romantische Landpartie geschildert wird, ehe die Handlung in eine Abendgesellschaft mündet, bei der Schuberts Musik in eigentümlichem Kontrast steht zu der von Johann Strauß, der für dieselben Gäste zum Tanz aufspielt. Die Landschaften, die Lehner vorstellt – ein verstummender Wasserfall, eine beklemmend rätselhafte Höhle, eine nicht minder magisch wirkende Kirchenruine – sind

Mit meinen heißen Tränen – ZDF, 20.10 Uhr

Wunder der Kamera-Arbeit (Gernot Roll), die Bilder beschert, in deren Licht Schuberts Musik einen selten vernommenen, aber doch eigenen Klang gewinnt.

Auf diese Bilder kam es dem Regisseur an, das spürt man in jeder Minute. Mit ihnen versucht er, sich dem Komponisten zu nähern – und der ist trotz seiner Popularität „aus einer Art Undurchschaubarkeit nie herausgetreten", wie ein Wiener Musikwissenschaftler es formuliert. Nicht anders als Mozart. Und doch ist ein neuer „Amadeus", vom dem sich Lehner wohl herausgefordert fühlte, nicht herausgekommen. Der Film schreibt keine Schubert-Biographie. Nur die letzten Lebensjahre (1825–1828) werden betrachtet, in zwei Episoden im Freundeskreis um Franz von Schober und, im dritten Teil, die letzten Wochen und Stunden vor Schuberts Tod. Gefahndet wird nach seiner Person – und die sieht etwas anders aus als im „Dreimäderlhaus". Nicht zu Unrecht befürchten die Sendeanstalten, es könnte speziell in Österreich zu Protesten kommen, weil ein gehätscheltes, aber falsches Schubert-Bild zerstört wird.

Dennoch: Lehner wird nie direkt. Welche Krankheit es sei, die den Haarausfall verursacht, wird nur in zwei kurzen Einstellungen angedeutet. Woran Schubert stirbt – Typhus –, teilt der mit Sprache sparsam umgehende Film nicht mit. Man erfährt nur, daß die Schwägerin, bei der er wohnt, sein Hemd verbrennt. Lehners mutiger Film verstößt also gegen alle Praxis unseres Fernsehens, das den Hörer seit Jahren dazu erzogen hat, Informationen – auch diejenigen einer Spielhandlung – häppchenweise, gleichsam in homöopathischer Dosierung, zu sich zu nehmen.

Wer die Fähigkeit zur Langzeit-Wahrnehmung beherrscht, wer Schuberts Musik liebt und wer einen Film als Folge von Bildern betrachten kann, dem steht ein großes Erlebnis bevor. HORST ZIERMANN

Nackter A . . . zum weißen Dinner-Jacket

Die Albernheit und schleimig-stromlinienförmige Verkommenheit hiesiger Klatschkolumnisten wollte die gestern verblichene Serie **Kir Royal** aufspießen. Aber wer auszieht, Albernheit einzufangen, muß sich davor hüten, selber albern auszusehen. Den Kir-Royal-Machern gelang das höchstens augenblicksweise. Bei ihren Einfällen wußte man nie, ob sie nun satirisch-gesellschaftskritisch oder einfach bloß dämlich waren.

Ein Ministerpräsident, der seine Schweißfüße während der Amtsstunden in einer Zinkwanne kühlt und sie vom Staatssekretär abtrocknen läßt; ein weiblicher Staatsgast, der aus purer Lust am Schießen mit der Maschinenpistole wie verrückt in seiner Hotel-Luxussuite herumballert; ein Klatschkolumnist, der sich mit unendlichen Mühen eine Urinprobe beschafft und sie analysiert, nur um ja nichts Falsches zu schreiben – solches und ähnliches kommt allenfalls im total irren „Klimbim" vor.

Das war das Manko bei „Kir Royal": Man spielte „Klimbim" und gab doch vor, wenigstens partiell und nur leicht überzeichnet aktuelle bayerische Wirklichkeit wiederzugeben. Das *mußte* einfach danebengehen. Die Satire verpuffte im Nichts, niemand fühlte sich auf die Zehen getreten, außer einigen harmlosen, biederen Pastoren, die die Spielregeln der Schickeria nicht kennen und auf die sowieso niemand hört.

Der zentrale Klatschkolumnist indessen, der doch angeblich zur Strekke gebracht werden sollte – er kam faktisch völlig ungeschoren davon. Zwar ließ er sich ein-, zweimal (für viel, viel Geld) dazu bewegen, etwas zu schreiben oder auch nicht zu schreiben, aber im übrigen erwies er sich als wahrer Held des investigativen Journalismus, der Staatskomplotte aufdeckt und der Guerrilla der Dritten Welt hilfreich beispringt, wobei er jedoch nie aus seinem smarten schwarzen bzw. weißen Dinner-Jakket herausmuß. Hut ab vor solchen Vertretern der Medien!

Franz Xaver Kroetz spielte den Tausendsassa, und er spielte ihn ohne jede Hinterfotzigkeit und Häme, sondern geradeweg vom Blatt, als jenen im Grunde herrlich anständigen Holzhackerbuam, für den er sich wahrscheinlich selber hält. Einmal mußte er seinen nackten Hintern vorzeigen, aber so etwas fordert er als Regisseur von seinen Schauspielern ja auch. Nein, das war schlichter Schwabinger Denverclan, ohne Weltläufigkeit, aber mit jeder Menge Selbstbeweihräucherung. Keine Sache zum Sich-Merken.

GÜNTER ZEHM

KRITIK

Von möglicher Manipulation

An einem denkbar schlechten Sendeplatz (sonntags, 13.15 Uhr) plazierte das ZDF eine sehenswerte Reihe: den Dreiteiler **Die kleine Filmkunde**. Das Fähnlein der wenigen wurde belohnt mit Vorlesungen Pierre Kandorfers über Geheimnisse des Filme- (und Fernsehen-)Machens.

„Man soll die handelnden Personen im Film lieben oder hassen, nur gleichgültig dürfen sie nicht bleiben", sagte er. Die mit der Kamera erblickte Realität von Licht, Landschaft und handelnden Personen werde zu Bausteinen für eine filmische Welt umgeprägt, die so in der Wirklichkeit nicht existiere. Das Arsenal der Möglichkeiten, um diese Fiktion aufzubauen, sei unerschöpflich.

Da wurden Kameratechniken vorgestellt, so das Filtern des Lichtes vom tief Verschatteten bis zum lichten Diffusen. Wer denkt schon beim Vorübergleiten der Bilder daran, daß eine diagonale Bildkomposition labil wirkt, daß hochliegende Objekte Leichtigkeit und Erregung, tieferliegende, etwa eine Landschaft ohne Himmel, hingegen Beharrlichkeit vermitteln?

Eine Ahnung von der Manipulierbarkeit auch des scheinbar dokumentarischen Filmstils lieferte die Erklärung der Montage-Möglichkeiten. Eine simple Handlung (eine Frau holt sich Geld von Mann um einzukaufen) wurde durch das Vorschalten eines Bildes, das ihre Hände beim Zuknöpfen ihrer Bluse zeigte, zu einem Bericht: Frau ließ sich Geld für Liebesdienste vom Mann geben, um es in Waren umzusetzen.

„Assoziative" und „demagogische" Montage ließ sich an surrealistischen Filmausschnitten demonstrieren. Scheinbar zusammenhanglose Details – ein menschliches Auge, ein Messer, das durch Fleisch schneidet, weiße Vögel, ein Schrei – fügten sich zu einem Mord zusammen, denn die Phantasie spielt fast unweigerlich mit. Wer dies alles sah, machte sich klar, wie er der Manipulation ausgeliefert ist. Vor der Emotion im bewegten Bild, darüber sind sich die Medienforscher einig, schmilzt der kritisch wägende Verstand dahin. Allerdings macht gerade das die entspannende Wirkung des Fernsehens aus.

INGRID ZAHN

Extra mies

Mit Luftballons versuchen einige alternative Ostfriesen, tieffliegende Bundeswehr-Jets zu gefährden und damit fernzuhalten. Das NDR-Magazin **extra 3** war dabei, von Anfang an – offenbar wieder so ein Fall, wo sich das Fernsehen seine Wirklichkeit schafft, über die es dann berichtet. Und wie: Die Republik hat einen „Kriegsminister", der über „Tiefflieger-Terror" gebietet. Was zu Beginn nur als Zitat der Protestler über den Sender ging, hatte sich am Ende der NDR zu eigen gemacht.

Kein Wort über die Gefahr, die Ballons verursachen können, nur Lustigmacherei über die Polizei, die (im Gegensatz zum NDR) ihren Aufgaben gerecht wurde: „Noch ist nicht geschossen worden – so schnell schießt die Polizei nun auch wieder nicht." Das war Polit-Fernsehen in seiner in der ARD miesest möglichen Art. da

ARD

9.45 Info: Gesundheit
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Segeln macht frei
2. Wie man ein Boot mietet

15.50 Tagesschau
16.00 Frauengeschichten
Claudia Skoda, Mode-Designerin
Von Vido Voigt
Claudia Skoda, geboren in Berlin, zu Hause in New York, zieht keine Grenzen zwischen Beruf und Privatsphäre. Seit 21 Jahren ist sie kinderlos verheiratet.
16.45 Spaß am Dienstag
Dangermouse, der Superstümper. Die drei Verrückten Curly, Larry und Moe heute eine Hundeklinik. Thomas, der nicht erwachsen sein will.
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Was bin ich?
Ratespiel mit Robert Lembke
Rateteam: Marianne Koch, Ingrid Wendl, Guido Baumann, Hans Sachs
21.00 Report
Themen: Deutsche Staatsangehörigkeit für tschechische Asylanten. Hamburger Filz. Das Elend der Germanistik. Interview mit Klaus Murmann
21.45 Dallas
Scherben
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Der deutsch-französische Kulturgipfel in Frankfurt
23.45 Tagesschau
23.50 Nachtgedanken
Epikur: Brief an Menoikeus



11.40 Ein charmanter Schwindler
Amerikanischer Spielfilm (1933)
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

16.00 heute
16.04 Calimero
Hexen und Teufel
16.15 Pfiff
Sportstudio für junge Leute
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Mit dem Kopf durch die Wand
Moderation: Birgit Lechtermann
18.20 Der Untermieter
Verlobung wider Willen
19.00 heute
19.30 Camp Shilo
Deutsche Panzersoldaten in der kanadischen Prärie
Reportage von Manfred Teubner
Shilo ist ein Nest in Manitoba, 200 Kilometer westlich von Winnipeg. Das Landschaftsbild prägen einsam gelegene Farmen, umgeben von Weizenfeldern und unberührter Natur.
20.10 Mit meinen heißen Tränen
Franz Schuberts letzte Jahre
Fernsehfilm von Fritz Lehner
1. Der Wanderer – Sommer 1823
Mit Udo Samel, Daniel Olbrychski
21.45 heute-journal
22.05 Von Zwölf bis Mittag
Film von Barbara Kappen
Mit Helma Fehrmann, Reinhart Firchow, Hans-Peter Korff
23.35 Es ist genug gekreuzigt worden
Von Norbert Bunge
Porträt des Bildhauers Fritz Cremer, der zu den bekanntesten „DDR"-Künstlern gehört.
0.20 heute

SAT 1

15.35 Indian River
16.00 Drei Mädchen, drei Jungen
16.25 Die Waltons
17.10 Western von gestern
18.00 Verliebt in eine Hexe
Kinderwalpurgisnacht
18.30 blick
18.45 Schirm, Charme, Melone
Kennen Sie Snob?
19.45 Love Boat
20.40 Airwolf
Schnee in Texas
21.30 blick
22.15 F. A. Z. etten
22.45 Vegas
Mordpoker
23.35 blick



19.00 Nachbar Europa
Yehudi Menuhin zum 70. Geburtstag. Von Gerd Hairat
20.00 Tagesschau
20.15 Undine
Von Jean Giraudoux
Deutsch von Hans Rothe
Mit Horst Beck, Gefion Helmke, Siegfried Rauch, Sabine Sinjen, Dirk Dautzenberg, Helga Feddersen, Kathinka Hoffmann, Walter Jokisch. Regie: Peter Beauvais
22.10 Utamaro und seine fünf Frauen
Japanischer Spielfilm (1946)
Hommage an den Meister des japanischen Farbholzschnitts Ende des 18. Jahrhunderts
23.40 Nachrichten

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
Bürgertelefon: 0221/23 64 33
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Walther Grotenhuis und Pieter Fleury aus Shanghai
20.45 Vor 185 Jahren geboren
Karl Baedeker
21.00 Formel Eins
21.45 Stricken statt Klappern
22.15 Drei vor Mitternacht
Thema: Mit Kindern demonstrieren: Politische Erziehung oder Erpressung der Polizei?

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Formel Eins
19.15 Es grünt so grün
Unterm blauen Himmel der Ruhr
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
Wirtschaftsmagazin
21.00 Gran Canaria
Mit Klaus Schwarzkopf, Gerda Schöneich, Herbert Mensching
Regie: Jörg-Michael Baldenius
22.15 Bergell – Heimat der Giacomettis
Film von Ernst Scheidegger
23.15 Schauplatz: Diplomaten-Schule
Von Peter Schier-Gribowsky über die österreichische Diplomatische Akademie
0.00 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.55 Formel Eins
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Die Frau am Fenster
Spielfilm mit Romy Schneider
Regie: Pierre Granier-Deferre
22.00 Filmmagazin
Themen: Interview mit US-Regisseur Paul Mazursky. Neue Filmtechnik „Imax". Bill-Forsythe-Porträt. Gespräch mit Helba Schubert über „DDR"-Spielfilme. Kinotip: „Der Untergang des amerikanischen Imperiums"

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Schwarzes Theater
18.55 Zoos der Welt
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Arbeitsplätze
20.15 Bahnhof Metz
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Miss Sadie Thompson
Amerikanischer Spielfilm (1953)
Mit R. Hayworth, J. Ferrer, A. Ray
Regie: Curtis Bernhardt
22.55 Mietrecht (12)
23.25 Nachrichten

BAYERN
18.15 Spaß mit Sport
18.45 Rundschau
19.00 Jetzt red I
19.55 Z. E. N.
L. da Vinci: Maria mit dem Kinde
20.00 Ilse-Aichinger-Porträt
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Ein pikantes Geschenk
Französischer Spielfilm (1982)
Mit Claudia Cardinale
23.30 Rundschau

3sat

18.00 Mini-ZiB
18.10 Junge Kunst für die Glotze
Durch die Video-Landschaft
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Alles aus Liebe
Wenn ich dich nicht hätte . . .
Mit Elisabeth Bergner, Rudolf Platte. Regie: Konrad Sabrautzky
Das Ehepaar Karl und Sophie Kaiser, beide über 70, ist kinderlos geblieben. Dennoch ist die Liebe zwischen beiden im Laufe der Jahre tiefer geworden. Der Herzinfarkt Karls zerstört dies in langen Jahren erreichte Gleichgewicht.
20.30 auslandsjournal
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2



18.15 Deutsche Szene / Regional 7
18.35 Hans-Werner kauft alles
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Das Tal der Pappeln
Die Formel ist weg
20.20 Filmvorschau
20.30 Hilfe, mein Mann ist schwanger
Französischer Spielfilm (1973)
Mit Cathérine Deneuve, Marcello Mastroianni
Regie: Jacques Demy
22.10 Nachrichten
22.20 Popeye
22.25 Heute vor 30 Jahren
22.35 Open End
Flucht in die Erlöser-Sekten
23.20 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.35 Wall Street Final

Bestimmt die Putzfrau?

warn. – Daß die Museumswärter und das Verwaltungspersonal samt Putzfrauen darüber entscheiden, an welcher Stelle des Hauses die C. D. Friedrichs hängen sollen und ob man eher eine Toulouse-Lautrec-Graphik oder einen Arnulf Rainer für die Sammlung kaufen soll, mag nur dem absurd erscheinen, der die Hamburger Verhältnisse nicht kennt. Dort hatte die SPD gemeinsam mit der ÖTV den Museen auf kaltem Wege ein Mitbestimmungsmodell aufzudrücken versucht, das die Kompetenzen der Museumschefs in wichtigsten künstlerischen und personellen Fragen zugunsten eines allmächtigen Museumsrates derart beschnitt, daß eine seriöse museumspolitische Arbeit nicht mehr garantiert war.

Diesem seit 1973 heftig umstrittenen Mitbestimmungsmodell, das – wie Kunsthallenchef Werner Hofmann mit bitterem Hohn diagnostizierte – die Museen zu Marmeladenfabriken degradierte, ist jetzt gottlob ein Riegel vorgeschoben worden. Und zwar vom SPD-Bürgermeister höchstpersönlich. Klaus von Dohnanyi erkannte, daß das Mitbestimmungsmodell in seinen entscheidenden Punkten verfassungswidrig sei. Unter seiner Führung, so hatte er seinen auf endgültigen Erlaß drängenden Parteigenossen erklärt, werde es deshalb im Senat keine Zustimmung für das Modell geben.

So tritt denn jetzt eine neu gefaßte Geschäftsordnung in Kraft, die die Kompetenzfragen eindeutig zugunsten der Museumsdirektoren regelt. Bei Forschung, Ausstellungen, Ankäufen und Öffentlichkeitsarbeit haben sie nun wieder das letzte Wort, wenn es mit dem Museumsrat kein Einvernehmen gibt. Ein ungutes Kapitel hanseatischer Kulturpolitik ist somit beendet. Hofmanns düstere Visionen von einer neuen Generation entmündigter Museumsdirektoren, die ihre Wahl allein mit Funktionärs-Fügsamkeit erkauft haben, müssen zum Glück nicht Realität werden.

Trotzdem bleibt ein ungutes Gefühl. Was wäre geschehen, wenn bei der anstehenden Bürgerschaftswahl die SPD-Mehrheit nicht bedroht gewesen wäre?

„Egmont" in Frankfurt: Hilsdorf contra Goethe

Tumult mit Beethoven

Dietrich Hilsdorfs Frankfurter Egmont ist weniger und mehr als Goethes „Egmont". Selbstverständlich muß das lyrisierende Stück in dramatische Bewegung gebracht werden. Also kriegt der revolutionäre Schreiber Vansen (Uwe-Eric Laufenberg) Schillers Kritik am Charakter Egmonts in den Mund gelegt, ein legitimer Einfall. Vansen brüllt die Besitzbürger, die unter die Zuschauerbürger verteilt sind, aus einer Flüstertüte an, auch gut. Als der später mit Verve agierende Pferdenarr Egmont (Marcus Lachmann) zum ersten Mal erscheint, sitzt er wie sein eigenes Reiterdenkmal auf einem losprechenden Gaul, vom Publikum bejubelt. Das Bühnenbild (Haitger M. Böken) ist eine etwas erhöhte Säulenvorhalle mit zwei Freitreppen, die Szenen im Hause Klärchens spielen ohne Requisiten auf der Vorbühne vor geschlossenem Vorhang. So können die Szenen ineinander übergehen, manchmal sogar intermittierend simultan.

Die Regieeinfälle beleben den Text enorm, schaffen aber zum Teil Verlegenheiten. Egmont spricht mit seinem Schreiber (Hans Weicker) vom Pferd herab, und der besorgte Mann duckt sich einmal unter die drohenden Vorderhufe des Pferdes. Das ist eine schöne Reminiszenz an die Bildende Kunst und gleichzeitig ein treffendes Symbol: den treuen Schreiber wird Egmonts unbekümmertes Umherpreschen das Leben kosten.

Wenn aber Oranien (Thomas Thieme) vor dem Reiterstandbild erscheint und den Reiter anschreit: „Komm doch herunter von dem Pferd", dann gibt es zwar einen Lacher, aber es ist nicht Goethes Text. Und ebensowenig die gegenseitige Verabschiedung: „Herzog ohne Land!" und „Herzog ohne Kopf!"

Klärchen (Ellen Schulz) ist ein energisches Persönchen, doch die Mutter (Sonja Mustoff) ist so sehr zwischen Stolz auf die Liebe des Grafen und der Angst vor der Zukunft hin- und hergerissen, daß sie allzuoft in hysterisches Gelächter ausbricht. Sie trinkt übrigens mit den beiden, aber aus der Flasche (Beifall). Der arme Brackenburg (Michael Schlegelberger) sagt seinen traurigen Monolog mit der Selbstmordbemerkung vor den beiden Frauen auf, und sein „Ich war schon im Wasser" erregt fröhliches Gelächter im Publikum. Dasselbe Gelächter, als Egmont „spanisch" vor Klärchen erscheint und dazu mit Kastagnetten klappernd umherhüpft. Als die zornig enttäuschte Regentin (Cordula Gerburg) dem Machiavell (Harald Kuhlmann) das Herannahen Albas mitteilt, kriegt er einen Herzanfall. Na ja.

Doch das alles kann man verkraften. Die Regie ist groß gedacht und zeigt, daß das Stück gar keinen unaktuellen Begriff von Freiheit hat; der deklassierte Kanzleischreiber Vansen kreischt es den Besitzbürgern, denen Ruhe und Geschäft trotz Unterdrükkung das wichtigste sind, höhnisch ins Gesicht. Die Regie zeigt, daß der Text wildes Leben enthält, selbst der arme Brackenburg schreit sein gehorsames „Ja" in wilder Verzweiflung. Warum liest er plötzlich aus dem Don Carlos vor sich hin: „23 Jahre, und nichts für die Unsterblichkeit getan." Aber lassen wir ihm den trübseligen Selbsthaß. Es wird gelärmt und getobt bis zum ohrenbetäubenden Tumult, in den die Beethovenmusik rauschend einstimmt, wunderbar. Es wird viel geschrien, warum auch nicht bei so viel Emotion.

Zuletzt aber vergreift sich die Regie in den Gags total. Dem Gefangenen Egmont stülpt man im Gefängnis eine Narrenkappe über und flammt ihn auf ein Schaukelpferd, ein überflüssiges Symbol; sein närrisch verspielter Charakter ist dem Publikum längst bekannt. Um die undramatische Erscheinung des toten Klärchens als Freiheit zu vermeiden, muß der kalte SS-Alba (Ernst-August Schepmann) den Egmont und gleich auch den eigenen, mit dem Feind sympathisierenden Sohn (Matthias Leja) erschießen. Und nun umarmt der Geist Egmonts den Geist Klärchens, marschiert durch den Mittelgang ab und verschwindet über eine Leiter auf der Empore. Oje, jetzt wird also Egmonts anfeuerndes Nachwirken von zwei Totenerscheinungen statt von einer symbolisiert.

Beifall, aber Hilsdorf zeigt sich nicht. Um ein Haar (besser: um einige Haare) wäre es ein großer Abend geworden.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Berlin: Ödön v. Horváths „Zur schönen Aussicht"

Besuch der alten Dame

Frühwerke bedeutender Dramatiker auszugraben – immer lohnt das nicht. Oft testiert es nur frühe Unzulänglichkeiten eines später überragenden Bühnenschreibers. Ödön von Horváth war 25, als er seinen tastenden Dreiakter von dem zutiefst verrotteten Hotel „Zur schönen Aussicht" schrieb. Er hatte seinen spezifischen Horváth-Ton zwischen Verzweiflung und Menschenliebe, zwischen Satire und tragischer Sprachlosigkeit noch nicht gefunden. Er präludierte noch.

Er zeigt eine heillose Herberge. Die ist trostlos heruntergekommen. Außer einer meschuggenen, alten, stinkreichen Dame – kein Gast. Außer einem frechen und dubiosen, schmutzigen Kellner kein Bedienungspersonal. Der Hotelunternehmer stammt aus der Kinobranche. Er ist wirtschaftlich längst verkracht. Schöne Aussichten!

Der junge Horváth läßt eine kleine Galerie übler, ähnlich verkrachter Typen eintreten. Ein Sektvertreter, der sein Geld eintreiben möchte, hat ein schmutziges Vorleben. Er schwadroniert stramm und chauvinistisch. Den spielt Lothar Blumhagen mit fleißig schmieriger Suada. Der alte Zwilling der einzigen Hotelbewohnerin hat seinen Auftritt. Er will die alte Dame von Schwester schröpfen. Peter Matić stattet immerhin das feine, alte Wrack mit einer spitzen, sozusagen übelriechenden Komik aus.

Ein brutaler Chauffeur (Robert Tillian) hat ebenfalls eine finstere Vergangenheit. Er hat im fernen Portugal düstere Untaten vollbracht, Typ eines präfaschistischen Gewalttäters. Ralf Schermuly, als der bankrotte Hotelbesitzer, poussiert mit seinem einzigen Gast, der schrecklich alten Dame, nach Kräften. Er klammert sich an ihren Reichtum, seinen unvermeidlichen Bankrott ständig vor Augen.

Taucht auf: ein reines, schüchternes Mädchen. Es gibt vor, von dem desolaten Hotelbesitzer geschwängert zu sein. Darob eine Verschwörung unter den hier versammelten, garstigen Männern. Sie ihrerseits geben vor, alle zusammen mit dem schönen Kind Umgang gehabt zu haben. Mehrfache Vaterschaft könne bei einem einzigen Manne nicht einzuklagen sein. Das schöne Kind (von Maria Hartmann etwas hilflos gespielt) trumpft milde auf. Sie nimmt an einer krötigen Männergesellschaft böse Rache.

Das alles ergibt nur ein reichlich sämig dahinschleichendes Melodram. Jener sprachliche Doppelbiß, der Horváth später so unvergleichlich machen sollte, fehlt. G. H. Seebach hat die unergiebige Ausgrabung irrig, ausführlich und mit viel atmosphärischen Beigaben immerhin redlich inszeniert. Nur eigentlich Dagmar von Thomas kann die unheimliche, alte Dame (so als sei sie eine Milchschwester der „Alten Dame" von Dürrenmatt) mit einiger Gespenstik und greiser Boshaftigkeit, lüstern schlürfenden Schrittes ausstatten.

FRIEDRICH LUFT

Europas Kultur in Florenz zu Gast: Von den griechischen Göttern bis zum deutschen Expressionismus

Die schönen Inkunabeln der Mündigkeit

Griechenland, Spanien und die Bundesrepublik assistieren Florenz mit Ausstellungen bei seiner schwierigen Rolle als „Hauptstadt der europäischen Kultur". Drei Ausstellungen von grundverschiedenem Charakter und Kaliber dienen dem gleichen Zweck: Sie sollen das Bewußtsein einer gemeinsamen Kultur der Europäer festigen helfen.

Über „Meisterwerke des deutschen Expressionismus 1905–1920" im Palazzo Medici-Riccardi aus Italien zu berichten hieße, Eulen nach Athen zu tragen. Immerhin handelt es sich um die meisterhaft komponierte Synthese einer Kunstepoche, die im Gegensatz zu den heute üblichen Riesenausstellungen (z. B. „Futurismus und Futurismen" in Venedig) nicht übersättigt, sondern zum Vertiefen anregt. Mit seiner rigorosen Auswahl von 66 Schlüsselbildern aus dem Kreis der „Brücke" und des „Blauen Reiters" ist es dem Kurator der Ausstellung, Erich Steingräber, gelungen, Ursprung, Entwicklung und Bedeutung des deutschen Expressionismus verständlich zu machen.

Spaniens Beitrag lockt mit dem Titel „Von El Greco bis Goya – Zwei Goldene Jahrhunderte der spanischen Malerei" Besucherscharen in den Waffensaal des Palazzo Vecchio. Sie finden 33 Bilder vom ausgehenden Manierismus bis zum Beginn der Romantik. Sie präsentiert die wichtigsten Künstlernamen der Zeit von Velásquez, Zurbarán und Ribera bis zu Murillo, aber außer dem Selbstbildnis von El Greco und einer kleinen Stierkampfszene von Goya sind nur wenige Meisterwerke darunter. Ob die Vizedirektorin des Prado, Manuela Mena, die die karge Auswahl getroffen hat, mit echt spanischer Höflichkeit die Florentiner in ihrer Überzeugung bestärken wollte, daß kein anderes Museum ihren Uffizien gleichkommt?

Spruchbänder mit der Aufschrift „Athen in Florenz" führen zum Palazzo Strozzi, der drei Ausstellungen des griechischen Kultur-Ministeriums beherbergt: „Vom Mythos zum Logos – Das Menschenbild in der griechischen Kunst vom 8.–6. Jahrhundert v. Chr.", „Ikonen und byzantinische Fresken in Griechenland vom 12.–16. Jahrhundert" sowie „Griechischer Buchdruck im Italien der Renaissance". Zeugnisse aus tausend Jahren widerlegen hier die These, daß Griechenland nach Glanz und Größe der Antike zum kulturellen Niemandsland wurde.

„Vom Mythos zum Logos" zeigt mit archaischen Kunstwerken den Weg von geometrischen Ornamenten über die ersten ungelenk stilisierten Menschendarstellungen bis zur Schwelle des „strengen Stils" der frühen Klassik. Man braucht kein archäologisches Wissen, um hier vor Vasenbildern und Skulpturen Geschichte und Geistesgeschichte der ersten Europäer zu lernen, die aus dem Dunkel des Mythos zur bewußten Auseinandersetzung mit der Realität aufbrachen, die sich Götter nach ihrem Bilde schufen und schrittweise Fragen nach Ursache und Wirkung, Raum und Zeit, Leben, Tod und Transzendenz stellten und in Kunst umsetzten.

Aus den stilisierten Menschen der frühen Amphoren entwickeln sich immer realistischere Darstellungen von Personen, aus unbegreiflichen dunklen Mächten entstehen Mythen und dann Geschichten, von denen Vasenbilder erzählen. Die Götterwelt, die zuerst Homer, dann Hesiod am Ende des 8. Jahrhunderts beschrieben und geordnet haben, steigt in Menschengestalt zur Erde. Den ersten dreidimensionalen Menschenbildern, kleinen Bronzefiguren, folgt die Auseinandersetzung mit der Natur.

Wir sehen Menschen zu Fuß und zu Pferde im Kampf mit wilden Tieren. In den Vasenbildern des 7. Jahrhunderts, der Zeit des wachsenden Austauschs mit den Mittelmeerländern, dominiert dann der Einfluß ägyptischer und nahöstlicher Kunst.



Von hieratischer Schönheit: Jesus Christus als Pantokrator, Ikone aus dem 13./14. Jahrhundert FOTO: KATALOG

Mit der Philosophie der Vorsokratiker im 6. Jahrhundert und der Abschaffung der Tyrannenherrschaft werden die Griechen, so zeigen Vasenbilder und Skulpturen, endgültig mündig vor ihren Göttern und ihrem Geschick. Im letzten Raum der Ausstellung bezeugen einige der schönsten vorklassischen Werke diesen Aufbruch. Athleten, Kuroi und Koren, göttergleiche junge Männer und Frauen, haben die gleiche edel-gelassene Haltung, denselben erotischen Zauber, tragen im erhobenen Antlitz über ihren schönen Körpern das gleiche archaische Lächeln eines stolzen Selbstbewußtseins.

Die „Ikonen und byzantinischen Fresken" fesseln nicht nur mit ihrer hieratischen Schönheit. Sie erinnern daran, wie groß der Einfluß byzantinischer Kunst in Westeuropa von den Mosaiken Ravennas bis zur Romanik war. Die Spiritualität der östlichen Christenheit zeigen vor allem die Ikonen, deren früheste an die Malerei Sienas im Trecento gemahnen. Aus den byzantinischen Ikonen Griechenlands blicken noch im 16. Jahrhundert großäugige, schmallippige Madonnen auf Goldgrund starr auf den Betrachter. Sie haben sich im Lauf der Jahrhunderte kaum verändert, weil ihre Aufgabe die gleiche blieb: den Gläubigen zur Kontemplation zu rufen.

Leider wird dem Besucher der letzten Ausstellung, „Griechischer Buchdruck in Italien", nicht deutlich genug erklärt, warum die hier gezeigten 50 kostbaren Bände, zum großen Teil Inkunabeln mit Texten der klassischen Antike, zwischen 1469 und 1523 in Italien gedruckt wurden. Und warum gerade diese Ausstellung so wichtig für Florenz ist. Der Grund: Der byzantinische Klerus, der 1439 Gast eines Konzils in Florenz war, floh in die gastfreie Stadt am Arno, als die Türken 1453 Konstantinopel eroberten. Die Geistlichen und Gelehrten trugen als kostbarstes Fluchtgepäck die antiken Handschriften mit sich, die seit dem Fall Westroms in der Hauptstadt des oströmischen Reiches aufbewahrt waren. Die Texte Platons und anderer griechischer Philosophen, die nun in Italien zum ersten Mal gedruckt wurden, machten Florenz zur Wiege des Humanismus, der hier zur Wiedergeburt der Antike, der Renaissance führte.

MONIKA von ZITZEWITZ

Expressionisten: Bis 30. Nov.; Katalog, Electa, 30 000 Lire; Von El Greco: Bis 14. Nov.; Katalog, Electa, 30 000 Lire; Athen in Florenz: Bis 16. Nov.

Ein Festival der langen und frohen Gesichter: Die zwanzigsten internationalen Filmtage von Hof

Warum nicht einmal ein Telefonbuch verfilmen?

Die Internationalen Hofer Filmtage sind ein Twen geworden. Aber auch beim 20jährigen Jubiläum feiert Heinz Badewitz, Leiter und Institution dieses muntersten aller deutschen Festivals, nichts anderes als sonst, nämlich den Film und seine Macher.

„Weltklasse" stand auf dem Programm. Leider hielten sich nicht alle daran, zum Beispiel nicht die englische Großproduktion „Revolution" von „Oscar"-Preisträger Hugh Hudson mit Al Pacino in der Hauptrolle: eine penetrant kitschige Vater- und Sohn-Schmonzette aus dem Unabhängigkeitskrieg der Amerikaner mit viel Schlachtengetümmel und Ausdruckskämpfen im Antlitz der Nastassja Kinski. Da ergriffen nicht nur Soldaten, sondern auch Zuschauer die Flucht. Von ganz anderem Kaliber war da schon „Blue Velvet" von David Lynch, ein ebenso gräßlich komischer wie komisch gräßlicher Thriller, mit Isabella Rosselini und Dennis Hopper in den Hauptrollen. Es war der überragende Film des Festivals und so „schwarz", daß bei ihm selbst das Licht des Notausgangs im Kino gelöscht werden mußte.

Auch „Paradies", der neue Film von Doris Dörrie, der an diesem Donnerstag bundesweit startet, hatte Vorpremiere in Hof. Es war kein Fessellauf, sondern ein Heimspiel, denn Doris Dörrie ist in Hof entdeckt worden und groß geworden. Als im vergangenen Jahr ihr Film „Männer" hier uraufgeführt wurde, ahnte wohl niemand, daß diese Komödie ein Welterfolg werden würde. Nach „Männer" hätte die Dörrie auch das Telefonbuch verfilmen können.

Sie entschied sich wieder für ein eigenes Buch, traf aber keine glückliche Wahl. Der Film „Paradies" hinterläßt gemischte Gefühle mit bekannten Gesichtern: „Männer"-Star Heiner Lauterbach spielt wieder die Hauptrolle, hier jedoch mit unsäglich roter Perücke, weil er, so die Regisseurin, nicht so „smart" aussehen sollte. Als ob ein Darsteller vom Können Lauterbachs einen Typenwechsel nicht auch mit rein schauspielerischen Mitteln bewerkstelligen könnte! So wirkt er eben nur gefärbt. Man hat den Eindruck, daß die Dörrie sich nicht entscheiden konnte, ob sie ihren Film August Strindberg oder May Spils („Zur Sache, Schätzchen") widmen sollte.

Die Dreiecksgeschichte – Zoologieprofessor zwischen Stadtfrau und Landfrau – schlittert mit viel Komik, auch unfreiwilliger, von einer Gefühlskatastrophe in die andere. Bekamen im vorigen Film die Männer ihr Fett ab, so sind es hier die Frauen. Katharina Thalbach und Sunnyi Melles, beide vorzüglich, spielen wahre Monster, die jedem Mann Lust aufs Kloster machen könnten. Lauterbach leidet furchtbar. Das Publikum manchmal auch.

Dennoch: Doris Dörrie bleibt das Paradebeispiel für die Stärke, die Tollkühnheit und Entdeckerfreude dieses Festivals. Wo sonst kann man gleich ein rundes Dutzend Welturaufführungen von neuen deutschen Filmen sehen? Da ist man vor Überraschungen nie sicher, im Positiven wie im Negativen. Da gibt es zum Beispiel die tatsächlich komische Ruhrpott-Klamotte „Johnny Flash" über den unaufhaltsamen Aufstieg eines Sprößlings der Familie Potzkothen zum Schlagerstar. Man reibt sich die Augen, wenn man liest, daß ausgerechnet unser unermüdlichster Avantgardefilmer, Werner Nekes, für die Regie dieser Saukomik verantwortlich zeichnet.

Der Regionalfilm scheint überhaupt im Kommen zu sein, aber er hat eben auch seine Grenzen. Wer nicht aus Oberfranken stammt, wird Erwin Keuschs „Der Flieger" (junger Coburger überquert als Drachenflieger die Anden) kaum so unterhaltsam finden wie die Cineasten aus Hof und Umgebung. Anders herum dürfte es Lothar Lamberts diesmal als Film im Film verfremdetes Raritätenkabinett aus der Berliner Schwulenszene, „Die Liebeswüste", auf dem flachen Lande sehr schwer haben.

Auch ins Ausland, in den Süden, zieht es deutsche Filmemacher, den einen laut, den anderen leise. Florian Furtwängler läßt in „Tommaso Blu" einen aussteigenden Fabrikarbeiter aus Bari sehr laut und deutlich zurück zur Natur gelangen und auf den Hund kommen. Gottfried Junker läßt sehr leise einen ebenfalls ausgestiegenen jungen deutschen Intellektuellen auf Kreta eine „Versteckte Liebe", so der Filmtitel, zu einem zwölfjährigen Griechenmädchen erleben. Daß in beiden deutschen Filmen nicht Deutsch gesprochen wird, stört kaum. Es sprechen die Gesichter.

Auch neue Filmgesichter konnte man in Hof ausmachen, zum Beispiel Zacharias Preen in Froschs Erstlingswerk „Dann ist nichts mehr wie vorher". Genauso hätte auch das Motto der diesjährigen Filmtage lauten können.

BERND PLAGEMANN

Das Jahrhundert des Sachbuchautors: Jürgen Thorwald wird 70 Jahre alt

Mit Wüstenfuchs Rommel fing es an

Erst die Recherchen, dann die Bestseller: Der Schriftsteller Jürgen Thorwald FOTO: DPA

Zäsuren gab es genügend im Leben von Jürgen Thorwald. Heute beginnt wieder ein neues Kapitel seiner Biographie – er feiert Geburtstag. Dabei mag es gleichgültig sein, ob es sich um den 70. oder 71 handelt. Denn irrtümlich hatte sein erster Verleger 1916 statt 1915 als Geburtsjahr angegeben, und trotz aller Berichtigungs-Versuche blieb es dabei. So wird der am 28. Oktober 1915 als Heinz Bongartz in Solingen geborene Autor seinen „70. Geburtstag" jetzt offiziell im Kreis seiner Verlegergruppe in München feiern.

Der erste Einschnitt in Thorwalds Leben war die Aufgabe seines Medizinstudiums aus gesundheitlichen Gründen. Auch die Neigung zur Seefahrt und zur Fliegerei konnten deshalb nur Träume bleiben. Statt dessen studierte er Germanistik und Geschichte in Köln. Aber vielleicht war das gar keine „zweite Wahl", denn seine ersten schriftstellerischen Übungen – die Erzählung „Der Kapitän", Aufsätze in „Köhler's Flieger und Flottenkalender" wurden bereits gedruckt.

Nach dem Krieg wurde er Redakteur bei der Zeitung „Christ und Welt". Bald fiel er mit fesselnden Reports über die Hintergründe des tragischen Endes von „Wüstenfuchs" Rommel sowie über die Wirkung des verlorenen Ostfeldzugs auf die deutsche Bevölkerung auf. Seine Bücher „Es begann an der Weichsel", „Das Ende an der Elbe" und „Die große Flucht" zeichnen sich durch akribische Recherchen als Grundlage für die Auseinandersetzung mit dem Zeitgeschehen aus. Weil dazu eine schon fast familiär anmutende, unverkrampfte Schreibkunst kommt, wurden seine Bücher zu Riesenerfolgen und in mehr als zwanzig Sprachen übersetzt.

Eine weitere Zäsur brachte 1951 der Entschluß, als freier Schriftsteller zu arbeiten. Nun nahm er sich Zeit für weltweite, penible Recherchen, denn alles muß stimmen, selbst Straßennamen und Fahrpläne. So entstanden Bestseller über die berühmtesten Mediziner („Das Jahrhundert der Chirurgen", „Das Weltreich der Chirurgen", „Im zerbrechlichen Haus der Seele") und Detektive („Das Jahrhundert der Detektive", „Die Stunde der Detektive") sowie über die Entwicklung des Judentums in Amerika. Das Interesse für die Medizin galt, wie er einmal gestand, eigentlich der Überwindung der eigenen Krankheit.

Heute nun verabschiedet sich Thorwald, zum Erstaunen sowohl der Leser als auch der Kritiker, mit Entschlossenheit von dem, was ihn groß gemacht hat: dem Sachbuch. Mit den Romanen „Der Mann auf dem Kliff" und „Die Monteverdi Mission" kehrt er zu seinen literarischen Anfängen zurück.

VERA ZYLKA

JOURNAL

Appell vietnamesischer Exil-Schriftsteller

dpa, **Stuttgart**

Die Freilassung ihrer inhaftierten Kollegen haben im Exil lebende vietnamesische Schriftsteller und Journalisten in einem Appell an die Regierung in Hanoi gefordert. Dies teilte der Publizist Vu Ngoc Yen in Stuttgart am Rande einer Tagung vietnamesischer Schriftsteller mit. Zugleich riefen die Teilnehmer die westlichen Regierungen zur Unterstützung ihrer Bemühungen auf. Erstmals seit dem Fall von Saigon im Jahr 1975 trafen sich im Stuttgarter vietnamesischen Zentrum Doc-Lap Schriftsteller und Journalisten aus acht Ländern.

Grenzüberschreitender Denkmalschutz gefordert

dpa, **Saarbrücken**

Ein grenzüberschreitendes Konzept zur Erhaltung und Pflege von Industriedenkmälern wollen das Saarland, Lothringen und Luxemburg der Europäischen Gemeinschaft zur Finanzierung vorlegen. Das kündigte der saarländische Kultusminister Diether Breitenbach (SPD) während des „Tages der Denkmalpflege Rheinland-Pfalz und Saarland" in Saarbrücken an. Ziel des Konzeptes sei es u. a., im Dreiländereck eine Art „Industriemuseum" zu schaffen.

Internationales Kolloquium über Luigi Pirandello

DW. **Bonn**

Anläßlich des 50. Todestages des italienischen Dichters Luigi Pirandello veranstaltet die Universität Bonn in Verbindung mit der italienischen Botschaft sowie den Pirandello-Zentren in Agrigent und Paderborn am 30. und 31. Oktober ein deutsch-italienisches Kolloquium. Es ist öffentlich zugänglich. Für Pirandello, der in Bonn promoviert wurde, waren die Bonner Jahre, besonders in der Auseinandersetzung mit deutscher Literatur und Wissenschaft, von großer Bedeutung. Zur Veranstaltung ist das Buch „Bonn im Werk von Luigi Pirandello" von Willi Hirdt, dem Leiter des Kolloquiums, erschienen (Narr Verlag, Tübingen, 96 S., 14,80 Mark).

Große Paris-Ausstellung in Warschau eröffnet

AFP, **Warschau**

Unter dem Titel „Paris in vier Zeitaltern" ist derzeit im Zacheta-Museum in Warschau eine Ausstellung zu sehen. Bis zum Januar legen rund 400 Gemälde, Photographien, Skulpturen, Filme, Plakate und literarische Dokumente Zeugnis von den vier großen Epochen des künstlerischen Schaffens im Paris des 20. Jahrhunderts ab.

Stradivaris Leben wird verfilmt

dpa, **Cremona**

Das Leben von Antonio Stradivari (1644–1737) soll verfilmt werden. Wie in Cremona, der Geburtsstadt des Geigenbauers, mitgeteilt wurde, soll der amerikanische Schauspieler Anthony Quinn die Hauptrolle in dem Streifen übernehmen. Von Stradivari sind heute noch etwa 550 Geigen, 50 Violoncelli, zwölf Bratschen und zehn andere Saiteninstrumente erhalten.

Wagner in Chicago oder „Parsifal" zweisprachig

SAD, **Chicago**

Ein ungewöhnliches Opernerlebnis hatten Wagner-Fans in Chigaco: Sie hörten den „Parsifal" auf deutsch und englisch, weil nach plötzlicher Erkrankung des Hauptbaßisten ein walisischer Sänger einsprang, der die Rolle des Gurnemanz auf englisch sang, während der Rest des Chicagoer Ensembles auf deutsch weitersang. Die Verantwortlichen der Chicagoer Lyric Opera hatten für ihre verzweifelte Suche nach einem Ersatzbaßisten für Hans Sotin nur einen Akt Zeit – da Gurnemanz im zweiten Akt keinen Auftritt hat. Sie hatten Glück und erreichten den walisischen Tenor Gwynne Howell in seiner Hotelsuite. Bis zu seinem hastigen Eintreffen in der Oper hatten die Theaterschneider das Gurnemanz-Kostüm entsprechend geändert.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Dem Thema Tennis, das spätestens seit Boris Becker in aller Munde ist, hat Heiner Gillmeister 235 muntere Seiten gewidmet, die er durch zahlreiche Abbildungen ergänzt. Er erzählt die Geschichte dieses Sports, der im frühen Mittelalter in Frankreich aufkam und schließlich über die Niederlande nach Deutschland gelangte. Tennis bewegte schon damals die Gemüter, vor allem aber bei Königen und Adligen, fand Niederschlag in der Literatur und auf der Bühne. Das erste Tennisturnier soll im 13. Jahrhundert in Libyen stattgefunden haben. Ein amüsantes Buch, nicht nur für Tennisfans. Bo.

Heiner Gillmeister: „Aufschlag für Walther von der Vogelweide", Knaur, 235 S., 9,80 Mark.

Airbus nach Steilflug in Osaka notgelandet / 62 Passagiere verletzt / Hersteller schickt technische Kommission nach Japan



Passagiere während des Steilfluges. Sie haben die Schwimmwesten angelegt. Einer preßt die Sauerstoffmaske an sein Gesicht

233 Passagiere und 14 Besatzungsmitglieder eines Airbus A300 entgingen nur knapp der Katastrophe. Im Anflug auf Osaka war es durch einen Riß in der Trennwand im Heck der Maschine zu einem plötzlichen Druckabfall gekommen. Der Pilot konnte das zunächst außer Kontrolle geratene Flugzeug aber nach Steilflug notlanden.

In einer Höhe von 10 000 Metern gab es plötzlich einen Knall

SAD/DW. **Osaka**

Flug 620 von Bangkok nach Osaka. Der Airbus A300 der „Thai Airways International" mit 233 Passagieren und 14 Besatzungsmitgliedern an Bord nähert sich einer Gewitterfront. Turbulenzen sind zu erwarten. Die Maschine befindet sich in einer Flughöhe von 10 000 Meter über der Insel Shikoku. Bis Osaka sind es noch 260 Kilometer. Plötzlich ein ohrenbetäubender Knall. Zwischen Passagierraum und Heck der Maschine klafft ein riesiges Loch. Der Druck in der Kabine fällt rapide ab. Sofort breitet sich dichter weißer Dunst aus. Zwei der vier Toiletten im Heck werden schwer beschädigt und ein Inspektionsfenster herausgerissen. Automatisch fallen aus der Decke die Sauerstoffmasken, die Passagiere helfen sich gegenseitig.

Hideo Yoshida (35), der mit seiner Braut von den Flitterwochen nach Japan zurückkehrte: „Ein kalter Luftstoß schüttelte mich auf meinem Sitz hin und her. Alles war auf einmal in weißen Nebel gehüllt. Gut, daß die meisten angeschnallt waren. Frauen und Kinder kreischten. Taschen, Bücher, Whiskyflaschen und zerbrochene Gläser wurden an die Decke geschleudert. Glassplitter und alle möglichen Gegenstände rollten hin und her. Ich dachte, mein letztes Stündlein hat geschlagen."

Der Pilot hatte unmittelbar nach dem Knall einen sofortigen Sinkflug auf eine Höhe von 2100 Meter eingeleitet und per Funk um die Erlaubnis für eine Notlandung gebeten. 20 Minuten lang wurde die Maschine nun wild geschüttelt und kam etwa 160 Kilometer vom Kurs ab, mitten in ein Übungsgebiet der japanischen Luftwaffe.

Einer der Fluggäste berichtete nach der Notlandung in Osaka noch sichtlich unter Schockwirkung: „Eine Weile war ich völlig taub. Ich konnte die Düsentriebwerke nicht mehr hören und bekam furchtbare Angst. Manche Passagiere fingen an, auf irgendwelche Zeitungen, Taschen oder Papierstücke ihren letzten Willen aufzuschreiben." 62 Personen wurden bei dem Steilflug verletzt, zwölf von ihnen befinden sich noch in Krankenhäusern.

Experten des europäischen Flugzeugkonsortiums Airbus sind gestern von Toulouse nach Osaka geflogen, um die zweistrahlige Maschine zu untersuchen. Eine Sprecherin der Airbus Industries sagte, die Ursache für den plötzlichen Druckabfall sei eine Beschädigung des Druckschotts im Heck des Flugzeuges gewesen. Der Airbus sei am 9. Oktober an die thailändische Fluggesellschaft ausgeliefert worden und habe erst 45 Flüge mit insgesamt 150 Flugstunden hinter sich gehabt.

Materialermüdung oder Korrosion sei als Unglücksursache auszuschließen, sagte die Airbus-Sprecherin. Äußerlich sei der Airbus offenbar unversehrt. Daher konnte der Pilot einen geregelten Steilflug einleiten und schließlich notlanden.



Die junge Frau hat die Augen geschlossen. Das Entsetzen steht ihr noch im Gesicht geschrieben. Nachdem die Maschine fast achttausend Meter im Steilflug zurückgelegt hatte, griff einer der Passagiere zur Kamera und machte die Aufnahme FOTOS: AP

Airbus Industries schließt Konstruktionsfehler aus

ANATOL JOHANSEN, **Toulouse**

Aus dem schweren Zwischenfall eines Airbus A300/600 der „Thai Airways International", bei dem am Sonntag über Südjapan in 10 000 Meter Höhe ein Druckschott im Heck der Maschine brach, so daß der Kabinendruck schlagartig abfiel und der Pilot einen Steilflug einleiten mußte, will die Airbus Industries in Toulouse bislang keine Konsequenzen ziehen. Da die Maschine erst am 9. Oktober diesen Jahres in Dienst gestellt wurde, komme Materialermüdung oder Korrosion nicht als Unfallursache in Betracht.

Einen Konstruktionsfehler schließen die Hersteller ebenfalls aus, da diese neuere und größere Version des Basismodells A300 von verschiedenen Luftlinien schon seit 1984 geflogen wird. Bislang sind denn auch 20 Maschinen dieses Typs problemlos in Betrieb. Airbus Industries sieht bislang keinen Grund, nach dem Vorfall in Japan für diese Flugzeuge eine spezielle Sicherheitsüberprüfung anzuordnen.

Allerdings wartete man in Toulouse gestern noch darauf, daß die Expertenkommission der Airbus Industries, die zusammen mit zwei Experten der Zulassungsbehörden bereits in Japan eingetroffen ist, die Erlaubnis zur Aufnahme ihrer Nachforschungen erhält. Zu diesem Zeitpunkt hatten die japanischen Unfallexperten ihre eigenen Untersuchungen noch nicht abgeschlossen. Aber erst nach Ende der japanischen Nachforschungen können die Airbus-Unfallexperten zu Werke gehen und ihre eigenen Schlüsse ziehen. Fest steht jedoch bereits die Ursache für den plötzlichen Druckabfall in der Kabine. Denn das schon im Fluge teilzerstörte Druckschott wurde bereits untersucht.

So drängt sich ein Vergleich zum Absturz einer Boeing 747 der Japan Airlines auf, bei dem am 12. August des vergangenen Jahres ebenfalls ein Druckschott im Heck gebrochen und die Maschine dann nicht mehr steuerbar war, was nach einem halbstündigen dramatischen Irrflug zu ihrem Absturz führte.

Im Gegensatz zum JAL-Jumbo blieb jedoch der Airbus voll steuerbar, wozu beigetragen haben könnte, daß die Hydraulikleitungen im Airbus-Heck anders verlegt sind als in der Boeing. Generell gesehen sind die Airbusse außerordentlich sichere Maschinen. Seit dem Jungfernflug des ersten Airbus vor nunmehr zwölf Jahren hat es zwar einige Unfälle, nie aber den Absturz einer Airbus-Maschine gegeben. Damit weist das europäische Flugzeug eine Sicherheitsmarge auf, die erheblich über dem Durchschnitt liegt.

Wissenswertes zum Thema „Wie sicher ist Fliegen?"

Nützlich wäre es, wenn die Fluggäste wüßten, daß im Falle einer Dekompression schlagartig ungewöhnliche und laute Geräusche auftreten und daß sich in der Kabine ein mehr oder weniger dichter Nebel (herrührend aus der Kondensation der in der Luft enthaltenen Feuchtigkeit) verbreitet."

Diese Empfehlung ist im soeben erschienenen Buch von Sepp Moser: „Wie sicher ist Fliegen?" (Orell Füssli Verlag Zürich und Wiesbaden, 1986) im Kapitel „Wenn die Luft ausgeht" nachzulesen. Der beschriebene Fall entspricht wohl genau der Erfahrung der 233 Passagiere des notgelandeten Airbus A300 der thailändischen Fluggesellschaft Thai Airways. Fluggesellschaften verzichten jedoch fast immer auf die vorsorgliche Schilderung solcher Notfallsituationen, um den von Flugangst geplagten Passagier nicht zu verunsichern.

Eine Komponente der Flugangst ist die (richtige) Einsicht, beim Fliegen anderen Mensch und der Maschine ohne Möglichkeit der Einflußnahme ausgeliefert zu sein. Das vorliegende Buch versucht darum, interessierten Laien einen Einblick in das Zusammenspiel von hochkomplexer Luftfahrttechnik und dem sie bedienenden Personal zu geben. Folgerichtig sind die zwei größten Kapitel des Buchs den ungleichen Partnern „Menschen" und „Flugzeug" gewidmet. Da erfährt der Leser zum Beispiel, welch enormen Belastungen Piloten ausgesetzt sind, die einen ständigen Kampf um und gegen den Schlaf führen; an welche Grenzen menschliche Wahrnehmungsfähigkeit stößt und wie dieser Mangel durch Instrumente ausgeglichen werden soll.

Die genau recherchierten Fakten vermitteln dem Leser in einer verständlichen Sprache Wissen um das System Luftfahrt mit Forschung und Entwicklung, Herstellung, Überprüfung, Wartung, Bodenpersonal, fliegendem Personal, die Einflüsse des Wetters, die Gefahr durch den Terrorismus und vieles andere mehr.

An Beispielen von Unfällen erklärt Moser, wann und warum das Zusammenspiel von Mensch und Technik nicht funktioniert hat. Auch der Fall des 1985 abgestürzten Jumbos der Japan Air Lines mit 520 Toten wird rekonstruiert. Wie hier verzichtet Moser bei allen Unfallschilderungen auf klischeehafte und dramatisierende Darstellung, was der Glaubwürdigkeit des Buchs zugute kommt und die Spannung nicht mindert. MARIA GROHME

Mehr Kinder im Straßenverkehr verunglückt

AP, **Wiesbaden**

Im ersten Halbjahr 1986 sind in der Bundesrepublik mehr Kinder im Straßenverkehr getötet und verletzt worden als im Vergleichszeitraum des vergangenen Jahres. Berücksichtigt man den zurückgehenden Anteil von Kindern an der Gesamtbevölkerung, sei damit das Unfallrisiko für Kinder im Gegensatz zur günstigen Entwicklung der Vorjahre überdurchschnittlich angestiegen. 1980 waren 1018 Kinder im Straßenverkehr umgekommen, 1985 weniger als 500, heißt es in einer Broschüre des Statistischen Bundesamtes.

Scheel dankt Spendern

dpa, **Bonn**

Dank und Anerkennung hat der frühere Bundespräsident Walter Scheel allen ausgesprochen, die durch Spenden die Deutsche Krebshilfe unterstützen. Vor allem beim Blutkrebs hätten die Ärzte große Heilungserfolge erzielt.

„Keine konkrete Spur"

AP, **Pfullendorf**

Meldungen, nach denen Soldaten der Bundeswehr am Diebstahl der 180 Spreng- und Splittergranaten vom Gelände der Generaloberst-von-Fritsch-Kaserne in Pfullendorf (Kreis Sigmaringen) beteiligt waren, sind gestern von der Sonderkommission und der Staatsanwaltschaft als „offene Spekulation" bezeichnet worden. „Wir haben keine konkrete Spur, die wir verfolgen".

Erbschaft für Kinderreiche

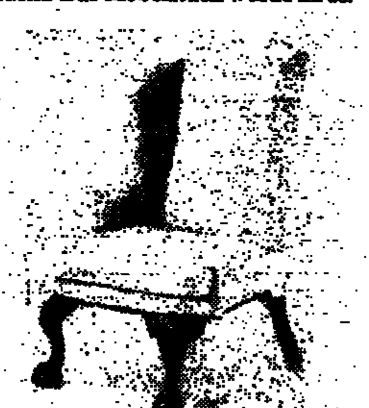
dpa, **Oberursel**

Eine halbe Million Mark liegt für die kinderreichste Familie des Taunusstädtchens Oberursel bereit. Eine im Februar im Alter von 81 Jahren verstorbene Frau ohne direkte Angehörige hatte in ihrem Testament verfügt, daß in ihrer Heimatstadt die Familie mit den meisten Kindern zum Universalerben wird. Noch vor Weihnachten will der Nachlaßverwalter die Betroffenen ausfindig machen.

1,1-Millionen-Dollar-Stuhl

SAD, **New York**

Ein Chippendale-Stuhl hat bei einer Versteigerung in New York den Preis von 1,1 Millionewn Dollar erbracht. Das Möbelstück wurde im 18.



Jahrhundert von einem Kunsttischler in Philadelphia aus Mahagoni gefertigt. Seitdem gehörte es der Familie Cadwalader, die sich jetzt entschloß, den Stuhl zu veräußern. Käufer ist Eddy G. Nicholson aus New Hampshire, ein Linoleumfabrikant, der seit Jahren amerikanische Möbel aus dem 18. Jahrhundert sammelt.

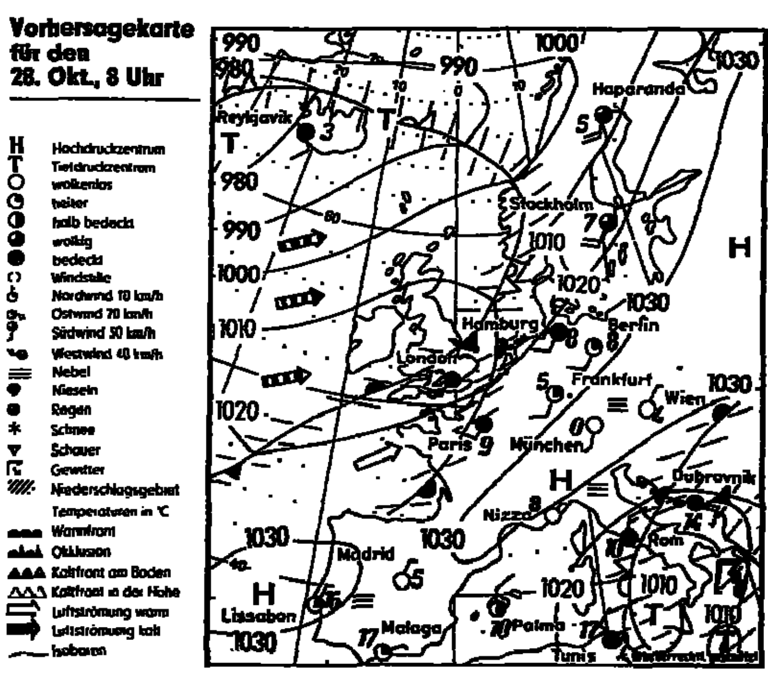
WETTER: Mild, Regen

Lage: Die Ausläufer eines Tiefs bei Island führen milde Meeresluft nach Deutschland.

Vorhersage für Dienstag: Im Norden und in der Mitte anfangs stark bewölkt und gelegentlich etwas Regen, im Tagesverlauf vorübergehend Auflockerungen, zum Abend jedoch von Westen aufkommender und länger andauernder Regen. Temperaturen 12 bis 16, nachts um 10 Grad. Im Süden nach Auflösung örtlicher Nebelfelder wolkig mit Aufheiterungen und tagsüber trocken. Temperaturen 10 bis 15, nachts um 7 Grad, dann auch hier einsetzender Regen.

Weitere Aussichten: Wechselhaftes Schauerwetter, ab Donnerstag Wetterberuhigung, Temperaturen um 12, nachts 5 Grad.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 7.09 Uhr*, Untergang: 17.02 Uhr; **Mondaufgang:** 1.56 Uhr, Untergang: 15.49 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	12	he
Bielefeld	12	he
Braunlage	5	bw
Bremen	12	he
Dortmund	11	he
Dresden	10	bw
Düsseldorf	12	he
Erfurt	9	bw
Essen	11	he
Feldberg/S.	-1	he
Flensburg	12	he
Frankfurt/M.	11	he
Freiburg	9	he
Garmisch	7	bw
Greifswald	11	bd
Hamburg	12	he
Hannover	12	he
Kahler Asten	6	bw
Kassel	9	he
Kempten	5	bw
Kiel	12	he
Koblenz	12	he
Köln-Bonn	12	bw
Konstanz	10	he
Leipzig	10	bw
List/Sylt	12	he
Lübeck	12	he
Mannheim	12	he
München	8	he
Münster	12	he
Norderney	11	he
Nürnberg	7	he
Oberstdorf	6	he
Passau	7	bd
Saarbrücken	8	he
Stuttgart	9	bw
Trier	10	he
Zugspitze	-10	IW

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	21	bw
Amsterdam	12	he
Athen	18	R
Barcelona	18	he
Belgrad	9	R
Bordeaux	14	he
Bozen	14	he
Brüssel	12	he
Budapest	9	R
Bukarest	12	bd
Casablanca	24	he
Dublin	16	R
Dubrovnik	13	Gw
Edinburgh	15	R
Faro	24	wl
Florenz	16	he
Genf	9	he
Helsinki	5	bd
Hongkong	23	bw
Innsbruck	8	bw
Istanbul	19	he
Kairo	28	he
Klagenfurt	8	bw
Konstanza	12	bd
Kopenhagen	10	bw
Korfu	21	he
Las Palmas	23	he
Leningrad	7	wl
Lissabon	18	he
Locarno	16	wl
London	13	R
Los Angeles	18	he
Luxemburg	7	he
Madrid	16	he
Mailand	16	wl
Malaga	22	he
Mallorca	21	he
Moskau	6	he
Neapel	15	he
New York	12	Sr
Nizza	19	wl
Oslo	4	bd
Ostende	11	bw
Palermo	13	bw
Paris	11	bd
Peking	9	bw
Prag	8	bw
Rhodos	24	he
Rom	16	he
Salzburg	4	R
Singapur	29	bw
Split	14	bw
Stockholm	9	bd
Straßburg	11	he
Tel Aviv	27	he
Tokio	18	R
Tunis	21	bw
Valencia	19	wl
Varna	14	bd
Venedig	14	he
Warschau	9	bd
Wien	7	R
Zürich	9	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

LEUTE HEUTE

Bestimmt nicht lustig

Wenn die „Internationale" intoniert wird, klingelt bei **Hans R. Beierlein** die Kasse: Wer „Völker, hört die Signale" singt, bläst oder pfeift, muß dem Münchner Medienmanager Tantiemen zahlen. 1972 erwarb Beierlein für 3000 Dollar von einem französischen Musikverlag die Rechte für die Bundesrepublik, für Österreich und die Schweiz. Und während er sich in Deutschland weiter um Sangesgrößen wie **Heino**, **Michael Schanze** und **Adamo** kümmerte, kaufte er nach und nach weltweit für alle Länder außer Frankreich, der Sowjetunion, Bulgarien und China die Rechte an dem Kampflied. „Die Kommunisten finden es bestimmt nicht lustig, fürs eigene Gesinnungslied an den Klassenfeind zu zahlen", amüsiert sich Beierlein. So überweist ihm das „DDR"-Fernsehen für die „Internationale" zum Sendeschluß 350 West-Mark pro Sendeminute. Mit **Udo Jürgens** machte Beierlein übrigens 14 Millionen in 13 Jahren.

Haftbefehl gegen Mutter

Monika Weimar des Mordes an ihren Töchtern verdächtigt

dpa, **Fulda/Bad Hersfeld**

Das Amtsgericht Fulda hat gestern Haftbefehl gegen die Mutter der getöteten Geschwister Melanie (7) und Karola (5) Weimar aus dem osthessischen Philippsthal erlassen. Wie der Leitende Oberstaatsanwalt Karl Baumann in Fulda mitteilte, halten Staatsanwaltschaft und Haftrichter die 28jährige Monika Weimar für dringend verdächtig, „aus Heimtücke und niedrigen Beweggründen" ihre Töchter in der Mittagszeit des 4. August in der Gemarkung Heringen (Kreis Hersfeld-Rotenburg) erstickt beziehungsweise erwürgt zu haben.

Die Staatsanwaltschaft ist davon überzeugt, daß die Darstellungen der Verhafteten, mit denen sie ihren Ehemann Reinhard Weimar schwer belastete, falsch sind. Die Kinder hätten entgegen ihrer Schilderung noch am Vormittag des 4. August gelebt. Auch das von der Staatsanwaltschaft eingeholte psychologische Gutachten über Monika Weimar habe angesichts des Beweisergebnisses zu keiner entscheidenden Entlastung der 28jährigen geführt. Die Aussagen der Gutachterin widersprechen nicht der Schlußfolgerung der Staatsanwaltschaft, daß Frau Weimar mit großer Wahrscheinlichkeit die Täterin ist, sagte Baumann.

Gegen den Haftbefehl wird der Rechtsanwalt von Frau Weimar, Wolf-Rüdiger Schultze, Beschwerde einlegen. Schultze wirft der Staatsanwaltschaft vor, eine von ihm benannte Entlastungszeugin bislang noch nicht vernommen zu haben.

Monika Weimar war schon Ende August einmal unter dem Verdacht festgenommen worden, sie habe ihre Kinder getötet. Einen Tag später wurde sie jedoch wieder freigelassen. Statt dessen war der Vater der Kinder, Reinhard Weimar (34), festgenommen worden. Auch er war wieder freigekommen, als ein beantragter Haftbefehl vom Gericht abgelehnt worden war.

Studiendirektor erschoß Autodieb

hd. **München**

Ein 16jähriger Autodieb ist in der Nacht zum Montag im Münchner Stadtteil Obermenzing von einem 55jährigen Studiendirektor mit einem Revolver erschossen worden. Der 17jährige Komplize des Jungen wurde am linken Bein verletzt.

Nach bisherigen Ermittlungen waren die beiden Jugendlichen bereits auf der Flucht, als sie von den Projektilen getroffen wurden. Der tödliche Schuß traf den einen Schüler in den Hinterkopf. Er konnte erst durch eine seit dem 27. August vorliegende Vermißtenanzeige seiner Eltern identifiziert werden. Nach Aussagen seines Komplizen hatten sie bereits zwei Autos aufgebrochen und sich schließlich „einen Golf vorgenommen". Das Fahrzeug gehört dem Sohn des Studiendirektors. Der hatte die Täter vermutlich vom Fenster aus beobachtet, war auf die Straße geeilt und hatte mit dem Revolver, für den er eine Waffenbesitzkarte vorlegen konnte, die Schüsse abgegeben.

Horizontal Werktätige sind in die Schußlinie geraten

R.-M. BORNGÄSSER, **Moskau**

Geschäftsleute, die nach Moskau reisen, wissen es längst. Aber auch alleinstehende Diplomaten in der Stadt an der Moskwa können ein Lied davon singen: Die Angebote einzelner „Damen" hier sind überwältigend. Kaum hat der Ausländer sein Hotelzimmer betreten, klingelt bereits sein Telefon, irgendeine Natascha oder Lydia fragt keck – und zwar perfekt in der jeweilig gewünschten Landessprache –, ob man nicht der Zweisamkeit frönen möchte.

Wenn in Moskau die Lichter brennen, entwickelt sich die Metropole des Riesenreiches neuerdings mehr und mehr zum „Paradies der Werktätigen in der Horizontalen". Die Hotels „Intourist", „Ukraina", „National", aber vor allem das Hotel „Mjeschdunarodnaja" entpuppen sich als ergiebige Jagdreviere für „Strichbienen". Hübsch und jung sind sie, diese Sowjet-Mädchen, die dem leichten Geld nachjagen, ebenso wie ihre Schwestern im kapitalistischen Westen. Allerdings ist die hier feilgebotene Erotik kein prickelndes Vergnügen, bei dem Freude aufkommt, dafür sind die Russen zu prüde erzogen. Der Deal gilt vielmehr ausschließlich dem harten Devisengeschäft. Dazu benötigt man kein rotes Licht und keine wollüstig aufgeladene Spannung: Wer zahlt, erhält Dienstleistung.

Das Phänomen ist natürlich nicht neu, Prostitution gab es hierzulande immer. Nur das sozialistische System sieht es nicht vor, und die Ausgrenzung funktionierte bisher fast perfekt. Denn der westlichen Überbetonung von Sex und Sexproblemen stand ein gewaltiges prüdes, russisches Schweigen gegenüber.

Doch jetzt, nachdem die „Geschäfte" überhand zu nehmen scheinen, greift auch die Sowjetpresse dieses heikle Thema auf. Die „Moskowkij Komsomolez", ein Organ, das vor allem für die Jugend bestimmt ist, veröffentlicht einen großen Artikel über die „Nachtjägerinnen", interviewte junge Mädchen, die sich Ausländern offerieren.

„An den ersten Tagen hatte ich das Gefühl, daß alle mit dem Finger auf mich zeigen", sagt Wera, ein Neuling in der Szene. Warum prostituieren sich diese Mädchen, die aussehen wie hübsche, verirrte Teenies? Natürlich immer mit der Hoffnung des schnell zu verdienenden Geldes – aber auch mit der Sehnsucht, einen Hauch des westlichen Luxus zu ergattern.

Wera erzählt, wie sie durch ihre Bekannte Sweta verführt wurde: „Sweta war immer chic angezogen, man roch ihr französisches Parfüm, außerdem hatte sie immer Geld genug, um mittags im Restaurant zu speisen … Überall hatte sie ‚Freunde', viele mit ausländischem Akzent." Als der sowjetische Reporter an die Moral dieser Wera appelliert, hat er nur mäßigen Erfolg, denn wie er seinen jungen Lesern mitteilt, hat Wera keine Gewissensbisse. Im Gegenteil: „Moral bleibt Moral und Geld bleibt Geld", entgegnet sie keck. „Ich will jetzt und nicht in weiter Zukunft schöne Kleider besitzen."

Auch die interviewten Kellner, Taxifahrer und Milizionäre scheinen von dieser neuen „Dekadenz" nicht sehr beeindruckt zu sein. „Warum soll man diese Mädchen festnehmen, die am Hoteleingang spazieren?" fragt ein Komsomolze, der Wache schiebt. „Wofür sie zur Verantwortung ziehen? Das gilt nur für Widerstand bei der Festnahme oder bei Trunkenheit."

Ein anderer, der nicht mit Namen genannt wird, beklagt das neue „Unwesen". Er wirft den Behörden vor, sie hätten nicht nur das Wort „Prostitution" aus der Sprache verbannt, sondern damit auch gleich die gesamte Gesetzesvorlage. „Ich bin sicher, die Neuschaffung eines Gesetzes für die Bestrafung derjenigen, die mit ihrem eigenen Körper handeln, ist heute längst gerechtfertigt."

Die Zeitung wiederholt Vorwürfe gegen den Westen, der in Zeitschriften mit „tollen Illustrationen", mit Videofilmen die jungen Sowjetbürgerinnen verführe. Denn für diese labilen Menschen, für die das Leben ein unendlicher Einkaufs- und Verkaufshandel ist, gibt es eben keinen Unterschied in der Wahl der Waren, seien es nun Bücher, Autos, Ikonen, Lebensmittel, Stereoanlagen – oder gar der eigene Körper, resümiert die Sowjet-Zeitung.

Millionen für Tierschutz

DW, **Mainz**

Ein Spendenerfolg war der ZDF-Show „… weil wir leben wollen" beschieden, die am Sonntag abend zugunsten des World Wildlife Fund ausgestrahlt wurde. Wie der Mainzer Sender gestern mitteilte, wurden am Sonntag abend von Zuschauern Spenden in einer Gesamthöhe von 6,1 Millionen Mark für die Tierschutzorganisation telefonisch angekündigt. Hinzu kommen 5 Millionen Einzelspende von einer Firma.



ZU GUTER LETZT

„Die Erdnuß auch in der Haute Cuisine" – Vortrag von Meisterkoch Siegfried Rockendorf, Berlin, bei einer Veranstaltung des „Arbeitskreises Erdnuß".

Der Sturm und Drang in Öl hat dem Realismus Platz gemacht

Norwegen präsentiert sich in Düsseldorf nicht mehr als Wunderland

Von HANNO WIEDENHAUS

In Norwegen, wo 4,1 Millionen Einwohner auf einer Fläche – knapp eineinhalbmal so groß wie die der Bundesrepublik – leben, werden die Gürtel enger geschnallt.

Der einzige Staat Europas, der nach dem zweiten Weltkrieg an seinen Energievorkommen reich geworden ist, hat Probleme. Dabei ist Norwegen, an der nordwestlichen Peripherie des Abendlandes gelegen, ein „Energiewunderland". Erdöl- und Erdgasfunde haben aus dem einstigen „Armenhaus des Nordens" eine der entwickelsten und wohlhabendsten Gegenden der Welt gemacht. Stavanger beispielsweise erinnert in seiner Entwicklung an das blühende Dawson City zur „Gold-rush"-Zeit.

Ihren eigenen Energiebedarf dekken die Norweger fast ausschließlich aus der reichlich vorhandenen Wasserkraft. So können die Einnahmen aus dem Öl- und Erdgasgeschäft – bei Öl 90 Prozent (1985), bei Gas die gesamte Produktion – exportiert werden. Ein warmer, langanhaltender Regen für Volk und Staatssäckel.

Nachdem noch 1975 der Anteil der Exporterlöse aus Erdöl und Erdgas weniger als vier Prozent des Bruttosozialproduktes betragen hatte, konnten in den letzten Jahren 81 Milliarden NOK oder knapp ein Fünftel des Bruttosozialprodukts für beide Produkte erzielt werden.

Doch mit dem Sinken des Ölpreises gehen auch die Einnahmen zurück. Gro Harlem Brundtland, die Dame an der Spitze der norwegischen Regierung befürchtet, daß die Öleinnahmen in diesem Jahr um die Hälfte fallen. Bereits in den ersten sieben Monaten des Jahres sind nach Angaben des norwegischen Statistikamtes die Öl- und Gaseinnahmen um 36 Prozent gesunken. Aus einem Außenhandelsüberschuß von 19,3 Milliarden NOK ist ein Defizit in Höhe von 20 geworden.

Um die Verluste aufzufangen, wurden verschiedene Maßnahmen wie Währungsabwertung, Steuererhöhungen und die Aufnahme von Kontakten zur Opec eingeleitet: Bereits im Mai wurde die Norwegische Krone um zwölf Prozent abgewertet. Ein Nachtragshaushalt, der die Steuereinnahmen um 2,9 Milliarden NOK erhöhte und Ausgabenkürzungen in Höhe von 750 Millionen sollten einen Teil der Verluste ausgleichen.

Wichtigste Maßnahme aber bleiben die Gespräche mit der Opec über die freiwillige Einhaltung von Förderhöchstmengen. Das Interimsabkommen der Opec war zwar vom norwegischen Energieministerium begrüßt worden, auch arbeitet die Regierung gegenwärtig an einem Vorschlag für die künftige Förderung. Aber wie auch immer die Beratungen hierüber ausgehen, es wird weiter investiert:

– In ehrgeizige Projekte wie „Troll", das Erdgasreserven von rund 1300 Milliarden Kubikmetern erschließen kann. Das Wasser über dem Troll-Feld allerdings ist mehr als 300 Meter tief. Völlig neue Technologien müssen entwickelt werden, um an den „Schatz" heranzukommen. Ein Abkommen zum Kauf von 450 Milliarden Kubikmetern aus diesem Feld ist jedoch bereits unterzeichnet.

Nachdem kürzlich die französische Regierung der Gaz de France die endgültige Unterzeichnung dieses Abkommens untersagt hatte, bleiben noch die Bundesrepublik, Holland und Belgien als Abnehmerländer übrig. Das norwegische Erdölministerium hat jetzt diesen Ländern bis zum 15. November Frist gesetzt, um gegebenenfalls die freigewordenen Quantitäten zu übernehmen.

– Oder auch das neue Erdöl- und Methanvorkommen „Ula" – ebenfalls im norwegischen Teil der Nordsee – wo erst jüngst mit der Förderung begonnen wurde. Und, sollte die gegenwärtige Überprüfung der Förderpolitik nicht zu einer Produktionsbeschränkung führen, dann werden schon bald eine Million Barrel pro Tag aus der Nordsee geholt.

Die Produktion auf Ula wird zunächst täglich 30 000 Barrel erreichen und bis Jahresende auf 74 000 Barrel gesteigert. Das im 280 Kilometer südwestlich von Stavanger und 65 Kilometer nordwestlich des Ekofisk-Feldes liegenden Vorkommen geförderte Erdöl wird durch eine Pipeline nach Teeside an englischen Küste und das Methan über Ekofisk nach Emden in der Bundesrepublik transportiert.

Die Bundesrepublik ist jetzt schon, nach Großbritannien und vor Schweden, zweitgrößter Handelspartner und gilt bei den Norwegern als der Markt der Zukunft. Die Vergabe des Troll-Projektleitung an die Ruhrgas AG spiegelt den Stellenwert der Deutschen wieder. Dort, wo mehr als die Hälfte der norwegischen Erdgasreserven lagern, werden – voraussichtlich im Jahre 2000 – von 20 Milliarden Kubikmeter Erdgas jährlich rund acht nach Deutschland gehen. Norge plant für Übermorgen.

Und überhaupt: Zukunftsinvestitionen im Energiebereich richten sich inzwischen insbesondere auf Forschung und Entwicklung in High-Tech-Bereichen. Nach einem noch nicht veröffentlichten Manuskript für die „Fakta" plant das Ölministerium die Förderung von „deep water" Technologien und kostensenkende Entwicklungen im Bereich der Erdgasgewinnung und -transporte. Immerhin beträgt das Verhältnis Öl-/Gasvorkommen 35 zu 65 Prozent, wobei bisher nur 25 Prozent der festgestellten Gasreserven verkauft wurden.

Bleibt abzuwarten, was die Gespräche mit der Opec bringen und wie die damit zusammenhängende Überprüfung der Fördermengen ausfällt. Die norwegische Devise jedenfalls heißt: „Wenn wir als Nation mit der Unsicherheit der Öleinkünfte zu leben haben, dann muß unsere kurzfristige Strategie von den Langzeit-Perspektiven bestimmt sein."



Der Marktplatz von Bergen, der Stadt an der „norwegischen Riviera"
FOTO: BERNHARD EIFRIG

Gro Brundtlands heikler Balanceakt mit den Bürgerlichen

In Oslo werden noch Wetten angenommen, ob das Kabinett der sozialdemokratischen Regierungschefin Gro Harlem Brundtland das Jahr 1986 politisch überlebt. Zwischen den Sozialdemokraten einerseits und den Bürgerlichen Parteien andererseits besteht im norwegischen Parlament, dem Storting, ein Gleichgewicht, das es Abweichlern oder Splittergrüppchen erlaubt, das Pendel der Macht zur einen oder anderen Seite zu biegen. So waren es im April die beiden Abgeordneten der Fortschritts-Partei, die anläßlich einer Abstimmung über Sparmaßnahmen, die nach dem Verfall des Erdölpreises geboten waren, die die bürgerliche Regierung zum Sturz brachten. Inzwischen haben die Poujadisten unter Carl I. Hagen ihre Meinung geändert und wollen den Machtwechsel revidieren. Ihre erste Aktion in diese Richtung, ein Mißtrauensvotum schlug vergangene Woche jedoch fehl.

Frau Brundtlands Nachfolger wäre indes wohl nicht ihr Vorgänger Kare Willoch, sondern Rolf Presthus, Finanzminister im letzten Kabinett und Vorsitzender der Konservativen Partei.

Die sozialdemokratische Regierungschefin fightet ums Überleben. Im 157köpfigen Parlament kann sie sich auf die 71 Mandate der norwegischen Arbeiterpartei und sechs Linkssozialisten verlassen. Will sie bis zu den nächsten Wahlen im Herbst 1989 Premier bleiben, muß sie versuchen, mit der Volkspartei und dem Zentrum in beiden bürgerlichen Mittelparteien zu einem Kompromiß in Sachfragen zu gelangen.

Die Chancen sind nicht schlecht, denn auch Gro Harlem Brundtland ist zu „konservativen" Maßnahmen gezwungen, um die schlechte wirtschaftliche Entwicklung in den Griff zu bekommen. Ein Erdölpreis im Keller, eine Überhitzung der Konjunktur und extensiver Konsum der Norweger zwangen zu einer zwölfprozentigen Abwertung, zur Zwangsschlichtung bei Arbeitskämpfen und zu einem drastischen Sparprogramm.

Die überdurchschnittlichen Zuwachsraten der Binnennachfrage, angefeuert in erster Linie durch Pkw-Neuanschaffungen, hatten zwar im Wahljahr 1985 für einen Wirtschaftsaufschwung gesorgt, der jedoch überwiegend von dem Vertrauen getragen wurde, daß das Erdöl nach wie vor die Einkommen nach oben treiben würde. Doch in den ersten fünf Monaten des Jahres 1986 mußten die Norweger wegen der sinkenden Ölpreise 50 Milliarden Kronen abschreiben. An der Börse machten sich Depressionen breit, im Haushalt klaffte plötzlich ein Loch, das 15 Prozent des Etats betrug.

Die Fehler der Vergangenheit begannen sich zu rächen. Die üppigen Öleinnahmen wurden ins soziale Netz gesteckt, das nun fast so weich gepolstert ist wie das im Nachbarland Schweden, aber neue Industrien und Wirtschaftsbranchen für eine Zukunft nach dem Öl wurden nicht aufgebaut. Klassische Industrien verzichteten auf Modernisierung, weil es bequemer war, bei der Regierung Kostgänger zu sein.

Neben dem strengen Sparkurs bereitete die Zentralbank die Aufnahme von Krediten im Ausland vor. Auch der Export hat im vergangenen Jahr nicht die Einnahmen gebracht, mit denen man rechnete. Die Bürgerlichen sind in der glücklichen Lage, von den Oppositionsbänken aus zusehen zu können, wie Gro Harlem Grundtland eine Karte nach der anderen spielen muß, um die Wirtschaft wieder flott zu machen.

MARIA MARX

Der deutsch-norwegische Handel steht vor neuen Perspektiven

Von RUDOLF von BENNIGSEN-FOERDER

Die Beziehungen zwischen Norwegen und Deutschland sind weit umfassend und decken ziemlich alle Branchen ab; Elektrotechnik, Bergbau oder Verteidigungsgüter sind nur einige Stichworte.

Mit der Entwicklung Norwegens zu einem der bedeutendsten Öl- und Erdgasförderstaaten stand auch der deutsch-norwegische Handel vor neuen Perspektiven: Einerseits wurde die Bundesrepublik zu einem wichtigen Abnehmerland dieser norwegischen Energien, andererseits belebte sich auch der traditionelle Waren- und Güteraustausch spürbar.

Der präzisere Blick auf die letzten Jahre zeigt, daß der deutsche Energieimport dabei eine vorauseilende und stimulierende Funktion für den traditionellen Handel hatte. In den Jahren 1983 bis 1985 verharrte dann der deutsche Import norwegischen Öls und Erdgases auf einem konstanten Niveau von rund 4,5 Milliarden Mark, während das bilaterale Handelsvolumen im Nicht-Energie-Bereich insgesamt deutlich weiter wuchs.

Allerdings vollzog sich diese, für beide Seiten günstige „energiefreie" Expansion nicht ganz gleichgewichtig; die deutschen Exporte stiegen schneller als der Import aus Norwegen, weshalb sich in der Spanne 1983/85 im Bereich des traditionellen Handels das deutsche Exportdefizit abbaute und zu einem Überschuß in 1985 führte.

Mit einem Gesamtexport von 6,8 Milliarden Mark nach Norwegen ist dieses Land ein bedeutendes Zielland der deutschen Exportbemühungen, aber diese Zahl, ebenso wie das Volumen der Importe aus Norwegen in Höhe von 11 Milliarden Mark, zeigen das relative Gewicht aus der Sicht des gesamten deutschen Außenhandels.

Aus norwegischer Sicht hat der Handelsaustausch mit der Bundesrepublik eine weitaus größere relative Bedeutung: Ende 1985 deckte die Bundesrepublik 15 Prozent des gesamten norwegischen Importbedarfes; und von den norwegischen Auslandsverkäufern nahm die Bundesrepublik im letzten Jahr rund 17 Prozent ab.

Der etwas ausführliche Rückblick auf die Entwicklung bis Ende letzten Jahres ist notwendig, da unmittelbar nach Beginn dieses Jahres Norwegens Einbindung in den internationalen Handel angesichts des Verfalls der Energiepreise vor grundsätzlich neuen Rahmendaten steht, die keineswegs nur die Handelsstatistiken gänzlich neu gestalten.

Allein im ersten Halbjahr 1986 ist der norwegische Export um 23 Prozent gesunken, wobei anzumerken ist, daß der Rückgang der Rohölpreise sich erst im Laufe des ersten Halbjahres entwickelte und in dieser Periode noch nicht voll auf die Erdgaspreise durchschlug; mit anderen Worten: Der Exportrückgang kann noch deutlicher werden.

Dies aber ist nur das neue statistische Rahmenbild. Für den norwegischen Außenhandel kommen jetzt die Jahre der Bewährung der bisherigen politischen Außenhandelsstrategie. Nun muß die norwegische Industrie beweisen, ob das gelingt, was politisch seit Jahren zum Ziel gesetzt war, nämlich eine eigenständige, internationale Wettbewerbsfähigkeit für den Fall einmal nachlassender Exporteinnahmen aus der Öl- und Gasförderung.

Eine gewisse Relativierung des politischen Grundkonzeptes wird wohl unausweichlich sein. Jedenfalls hat sich – nicht erst seit Jahresanfang 1986 – wohl doch gezeigt, daß eine zu enge Verknüpfung der Energieimportnotwendigkeit der energiearmen



Schaltstelle bei Öl und Gas: R. von Bennigsen-Foerder FOTO: DIE WELT

Industriestaaten mit dem Ziel einer fortschrittlichen, wettbewerbsfähigen Industrialisierung Norwegens keine dauerhafte, stabile Funktionsfähigkeit besitzen muß.

Konkret: All jene Kooperationen im energiefreien Außenhandelsbereich, die von den Energieimportstaaten allein nur in der Absicht der Energie-Importsicherung eingegangen worden sind, stehen möglicherweise vor einer grundsätzlichen Prüfung.

Selbstredend wäre es kurzsichtig, hier zu völligen Neuorientierungen kommen zu wollen, denn die Zeiten des weltweiten Energieüberflusses und des Weltenergiefriedens werden nicht ewig währen.

Die Bedeutung Norwegens im System der Energieversorgung Westeurpoas wird und sollte längerfristig nicht an Gewicht verlieren. Andererseits aber wird man auch fragen müssen, ob der Kapitalfluß nach Norwegen aus dem Energieverkauf die alleinige Finanzierungsmasse für den Aufbau einer norwegischen energiefreien Exportindustrie bleiben sollte.

Aus Sicht allein des deutsch-norwegischen Handels sind diese Anmerkungen zur norwegischen Außenhandelsstrategie von besonderer Bedeutung, und zwar nicht etwa, weil Anlaß zu besonders kritischer Beobachtung besteht, sondern weil hier der Testfall die bislang noch mit Abstand besten Ergebnisse im Vergleich mit den anderen großen Handelspartnern Norwegens bringt.

Dies jedenfalls im Blick auf die Handelsstatistiken des ersten Halbjahres 1986: Obwohl der norwegische Energieexport nach Deutschland mit fast zehn Prozent schrumpfte, sind die norwegischen Gesamtexporte in die Bundesrepublik um drei Prozent gewachsen. Diesem Plus stehen Verluste des Gesamtexportes in die anderen wichtigen Abnehmerstaaten Norwegens mit jeweiligen Werten zwischen zehn und 40 Prozent gegenüber.

Im gleichen Zeitraum ist der deutsche Export nach Norwegen sogar um 28 Prozent gewachsen mit der Folge, daß der Handelssaldo im energiefreien Bereich bereits in den ersten sechs Monaten nun so deutlich positiv zugunsten der deutschen Seite wurde, daß heute die gesamte deutsch-norwegische Handelssituation einschließlich des Energiehandels pari steht.

Wenn dies nicht dem früheren Ziel norwegischer Außenhandelspolitik entspricht, so erscheint das sogar günstig. Denn gerade das deutsch-norwegische Handelsverhältnis zeigt die positive Wirkung im Falle nachlassender Energieexporte.

In den energiefreien Warenlieferugnen zur Bundesrepublik erzielte Norwegen ein so beachtliches Wachstum von 17 Prozent im ersten Halbjahr, daß der Rückgang des Energieexportes deutlich überkompensiert wurde.

Die Bedeutung dieser Tatsache mag man daran erkennen, daß der energiefreie Export in die Bundesrepublik innerhalb kurzer Zeit sein Gewicht im norwegischen Gesamtexport von gut sieben Prozent auf fast elf Prozent ausdehnen konnte.

Wenn diese neuen Trends im deutsch-norwegischen Handel sich so weiterentwickeln, wird sich eine für Norwegen auch dann beispielhaft stabile Absatzposition etablieren, falls die internationalen Energiemärkte noch mittelfristig in schwacher Verfassung bleiben.

Der Autor ist Vorsitzender des Vorstands der Veba AG, Düsseldorf

„Es wird eine Debatte über Europa geben“

Heute wird der norwegische Außenminister Knut Frydenlund in Düsseldorf die Ausstellung „Energieland Norwegen“ eröffnen. Mit dem Minister sprach H.-H. Holzamer.

Ist Norwegen ein stilles Opec-Mitglied oder eher ein Konkurrent?

Frydenlund: Isoliert gesehen, könnte Norwegen als Erdölförderland Interesse an hohen Ölpreisen haben. Als Industrieland und gebunden an die Internationale Energieorganisation (IEA) liegt uns aber daran, daß die Ölpreise nicht zu hoch steigen und damit das wirtschftliche Wachstum in den übrigen Welt dämpfen. Wir meinen, stabile Ölpreise auf einem angemessenen Niveau liegen im langfristigen Bestreben der Produzenten- und Konsumentenländer.

Norwegen ist bereit, auf eigene Hand an einer solchen Stabilisierung mitzuwirken. Wir haben keine formellen Kontakte zur Opec als Organisation, legen aber Wert auf gute bilaterale Kontakte mit den wichtigen Ölproduzenten in und außerhalb der Opec und nehmen gleichzeitig an der Zusammenarbeit in der Internationalen Energieorganisation teil.

Norwegen kann nicht zu günstigen Preisen fördern wie Saudi-Arabien, ist also anfälliger hinsichtlich Ölpreisschwankungen. Welchen Einfluß hatte die zurückliegende Baisse, und wie beurteilen Sie die zukünftige Preisentwicklung?

Frydenlund: Der Verfall des Ölpreises hat nur geringe Auswirkungen auf die unmittelbare Erdöl- und Erdgasproduktion in der Nordsee. Die Projekte in der Nordsee sind von einer solchen Größenordnung, daß es fünf bis zehn Jahre dauern kann, bevor die Produktion in Gang gesetzt wird. Die norwegische Produktion wird deshalb dennoch in den kommenden Jahren wachsen, weil die Beschlüsse zu Beginn dieses Jahrzehnts gefaßt wurden.

Auf längere Sicht wird das Problem eines stabilen Ölpreises unter 20 Dollar pro Faß zeigen, daß nur sehr wenige Ausbauprojekte sich als gewinnbringend herausstellen.

Ich habe keine besonderen Erwartungen im Hinblick auf den zukünftigen Ölpreis, sehe aber die unglücklichen Folgen des derzeitigen niedrigen Ölpreises. Die Ölproduktion innerhalb des OECD-Bereiches wird kräftig sinken, die Abhängigkeit von anderen Quellen wird steigen, und uns droht ein neuer Preisschock wie 1973 und 1979/80

Die Beziehungen zwischen Norwegen und der Bundesrepublik im Energiebereich gelten als problemlos. Wo sehen Sie Entwicklungschancen?

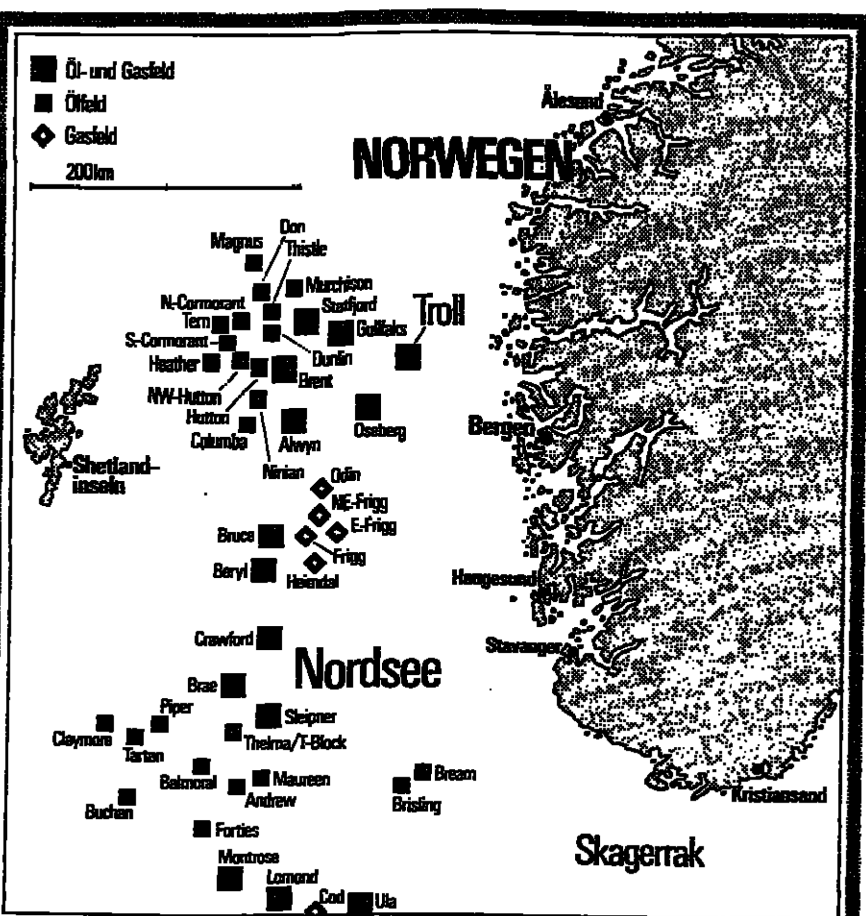
Frydenlund: Ich betrachte die Entwicklungsmöglichkeiten zwischen Norwegen und der Bundesrepublik als vielversprechend. Gleichzeitig möchte ich hinzufügen, daß diese Einschätzung im gleichen hohen Maße auf die Verbindungen zwischen der Bundesrepublik und Norwegen auch auf anderen Gebieten wie Handel, Industrie, Verteidigung und Kultur zutrifft. Nicht zuletzt hatten wir eine gute Gelegenheit, dies während des Besuches des Bundespräsidenten Richard von Weizsäckers vor kurzer Zeit in Norwegen zu bestätigen.

Wenn die Zusammenarbeit im Ansatz eng und vertrauensvoll ist, werden auch die Bedingungen für Entwicklung und Wachstum vorhanden sein, und Möglichkeiten sind ganz ohne Zweifel auf den meisten Gebieten gegeben. Ich glaube zum Beispiel, daß das Abkommen über Lieferung von Erdgas von den Troll- und Sleipner-Feldern einen aussichtsreichen Ausgangspunkt für neue Kooperationsmaßnahmen auf dem Industrie- und Energiesektor darstellt.

Von norwegischen Unternehmen hört man gelegentlich Klage über protektionistische Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaft; ist das Thema Europäische Gemeinschaft für Norwegen auf Dauer erledigt?

Frydenlund: Im Gegenteil, wir können jetzt ein wachsendes Interesse in Norwegen für Europa feststellen. Dies steht wiederum im Zusammenhang mit der inneren Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft, in der die Gründung des inneren Marktes uns neu herausfordert, die Entwicklung der europäischen technologischen Zusammenarbeit uns vor neue Perspektiven stellen wird und die außenpolitische Zusammenarbeit zwischen den EG-Ländern es für uns notwendiger werden läßt, diese Entwicklung sorgfältig zu verfolgen.

Dies hat uns veranlaßt, einen Regierungsentwurf über Norwegens Verhältnis zu Europa vorzulegen, der unserer Nationalversammlung Grundlage für eine breitangelegte Debatte geben wird.



Aus diesen Quellen trinkt Deutschlands Industrie FOTO: DIE WELT

Wichtigster Energielieferant zeigt in Düsseldorf Flagge

Norwegen der wichtigste Energielieferant in Europa – stellt sich im Rahmen der „Nordischen Wochen“ in Düsseldorf mit einer Ausstellung „Energieland Norwegen“ vor. Das Land möchte hiermit dokumentieren, daß die Bundesrepublik Deutschland für Norwegen als Energielieferant der bedeutendste Partner ist.

Ursprung für die industrielle Entwicklung in Norwegen, die erst in diesem Jahrhundert stattgefunden hat, war die Wasserkraft. Das schroffe, schwer zugängliche und scheinbar unfruchtbare Gebirge mit 165 000 Seen und Gletschern ist zur Grundlage der Elektrizitätserzeugung Norwegens geworden. Diese wiederum ermöglichte den Aufbau einer modernen und konkurrenzfähigen Industrie. Aluminium, Ferrosilizium, Magnesium, Düngemittel u. a. sind die vorwiegend energieintensiven Produkte Norwegens.

Im Jahre 1985 entfielen 30 Prozent des gesamten Warenexports auf die Metallindustrie, das entspricht rund 25 Milliarden NOK. Der Gesamtumsatz für diese Branche lag bei 40 Milliarden nkr (11 Milliarden Mark), davon wurden 60 Prozent exportiert. Die Bundesrepublik Deutschland ist der wichtigste Absatzmarkt für die Metallwarenbranche. Norwegen importiert wiederum den größten Teil der für diesen Bereich benötigten Maschinen und Geräte.

20 Prozent des Aluminiumbedarfs in Europa werden von Norwegen gedeckt. Die Vergleichszahlen für Ferrolegierungen und Magnesium liegen bei 60 bzw. 70 Prozent.

Die Gewinnung von Öl und Gas macht derzeit etwa 20 Prozent des Bruttosozialproduktes und einen ähnlich großen Anteil der Gesamteinnahmen des Landes aus.

Der Export von Rohöl und Naturgas liegt bei 38 Prozent des Gesamtexports Norwegens, das entspricht etwa 70 Milliarden nkr (26 Milliarden DM). Der Marktanteil der Bundesrepublik im Gasbereich liegt bei zwölf Prozent. Gegenwärtig werden ungefähr 60 Millionen Tonnen Öl und Gas produziert, das entspricht etwa fünf Prozent des gesamten jährlichen Energieverbrauchs Westeuropas.

Im Jahr 2000 wird Norwegen ein Drittel des westeuropäischen Gasbedarfs decken können. Das würde bedeuten, daß Norwegen bei der westeuropäischen Energieversorgung eine entscheidende Rolle spielt, was sich in dem vor kurzem geschlossenen Vertrag über Gaslieferungen mit Ruhrgas zeigt.

Ohne die relativ neuen Öl- und Gasentdeckungen zu berücksichtigen, ist eine Beurteilung Norwegens als Industriepartner nicht möglich.

Erklärtes Ziel Norwegens ist es, die Festlandsindustrie gesund und wettbewerbsfähig zu erhalten. Die Offshore-Aktivitäten dürfen und haben dies in keiner Weise behindert. Die Offshore-Herausforderung ist zwar ein wichtiger, aber nicht der einzige Industriezweig Norwegens.

Man hat sich von einigen traditionsreichen Gütern und Märkten getrennt und diese durch höher technologisierte Produkte sowie fortschrittliche und spezifische Dienstleistungen ersetzt. Insgesamt betrachtet, ist die norwegische Industrie, was Struktur und Größe anbelangt, flexibel.

Insofern liegt ihre Stärke in den maßgeschneiderten Produkten, darüber hinaus können Norwegens Unternehmen als konkurrenzfähige Partner in bezug auf Qualität und Zuverlässigkeit angesehen werden. G. D.

Das Gas für uns reicht noch mehr als 100 Jahre

Kooperation mit der Bundesrepublik bei High tech

An der Erdgasversorgung der Bundesrepublik, die 1985 gut 15 Prozent des Primärenergieverbrauchs ausmachte, hat Norwegen zur Zeit einen Anteil von 13 Prozent. Experten erwarten für die nahe Zukunft eine Ausweitung dieses Anteils auf über ein Fünftel. Bestehende Abnahmeverträge haben ein Laufzeit über das Jahr 2020 hinaus.

Die sicher gewinnbaren Erdgasreserven Norwegens werden derzeit auf rund 2800 Milliarden Kubikmeter geschätzt. Das ist rund die Hälfte der nachgewiesenen Vorkommen in Westeuropa. Norwegen könnte damit die heutige Jahresförderung weit über 100 Jahre lang aufrechterhalten. Und da zur Deckung des eigenen Energiebedarfs fossile Brennstoffe weitgehend durch die reichlich vorhandene Wasserkraft substituiert werden, exportiert der nordeuropäische Riese mehr als 90 Prozent seiner Produktion.

Ohne Saus und Braus

Trotz dieses Überflusses aber lebt das Land nicht in Saus und Braus. Man denkt voraus und spart schon heute.

So auf dem Gebiet von Heizsystemen: Der Königlich-Norwegische Rat für wissenschaftliche und industrielle Forschung (NTFN), Oslo, und die Ruhrgas AG, Essen, zum Beispiel haben schon vor einigen Jahren eine Zusammenarbeit auf diesem Gebiet vereinbart. Ziel der Arbeiten, an denen sich auf norwegischer Seite unter anderen das Institut für Kältetechnik der Universität Trondheim beteiligt, ist die Vertiefung anwendungstechnologischer Kenntnisse. Die Projektarbeit konzentriert sich auf die Weiterentwicklung von Wärmetauschern (Überflutete Verdampfer) und mikrorechnergeführten Wärmepumpen.

In Norwegen werden bereits seit mehreren Jahren große Gaswärmepumpenanlagen zur Energieeinsparung eingesetzt. Wesentliche Voraussetzung für ihre Effizienz sind zuverlässige Wärmetauscher, vor allem Verdampfer. Sie nutzen die jeweilige Wärmequelle zur Verdampfung von Kältemitteln. Überflutete Verdampfer können die Nutzwärmeabgabe einer Wärmepumpe um bis zu zehn Prozent steigern. Dieses Projekt wurde jetzt erfolgreich abgeschlossen.

Weitere Voraussetzung einer möglichst optimalen Nutzung von Wärmepumpen-Heizungsanlagen ist die Abstimmug und Regelung der sich stark verändernden Umwelteinflüsse auf die jeweilige Wärmequelle und der davon unabhängigen Veränderung des Verbraucherverhaltens. Auch auf diesem Gebiet wurden die Arbeiten erfolgreich abgeschlossen. In einer Pilotanlage werden derartige Regelungen durch in Trondheim entwickelte Mikrorechner adäquat und preiswert gesteuert.

Aber nicht alles dreht sich in Norwegen um Erdgas und Erdöl. Zur Deckung des eigenen Energiebedarfs nutzt man Meeresbrandung und Gezeiten. Zukunftsweisend ist die Pilotanlage „Kvaerner Wave Power“ an der Westküste der Insel Toftestalen. Hier wird ein Meereswellen-Kleinkraftwerk betrieben, daß eine Leistung von 500 Kilowatt erzielen und damit gut 50 Wohnungen versorgen kann:

Dort, wo bis zu 20 Meter hohe Wellen gegen die Küste schlagen, wurde ein zehn Quadratmeter großes Loch in die Felsen gesprengt und mit Beton zu einer Röhre ausgegossen. Durch eine breite Öffnung unterhalb des Wasserspiegels dringt das Wasser in die Röhre. Im Rythmus der Brandung entsteht ein Kolbeneffekt, der die in der Röhre befindliche Luft durch eine Turbine drückt und bei ablaufendem Wasser wieder heraussaugt.

Aus Brandung wird Strom

Die mechanische Energie der Brandung wird dann mit Hilfe eines Generators in elektrische umgewandelt.

Viele andere ähnliche Projekte ließen sich aufzählen. Fest jedenfalls steht, daß Norwegen den Reichtum von gestern schon heute für Übermorgen nutzt.

So dienen die Exporterlöse für Erdöl und Erdgas dem Ausbau von „High-Tech“-Branchen, die, wenn die vorhandenen Quellen versiegt sind, weitere Exporterlöse und Wohlstand für das Land garantieren.

HANNO WIEDENHAUS

Legierung für Europas Stahl

Seit Anfang der fünfziger Jahre ist Norwegen einer der bedeutendsten Hersteller von Ferrolegierungen in der Welt und bedeutender für die europäische Stahlindustrie.

Während des Wiederaufbaus Norwegens nach dem Zweiten Weltkrieg wurde diese sehr energieintensive Industrie planmäßig entwickelt, basierend auf dem Ausbau von Hydroelektrizität. Die weiteren Rohstoffe für die Herstellung von Ferrosilizium, Quarz, Koks, Kohle und Eisen, kommen ebenfalls aus Norwegen.

Die Ferrosiliziumkapazität der Gesellschaft „Fesil" beträgt rund 185 000 Tonnen; diese entspricht ungefähr zehn Prozent des FeSi-Bedarfs der westlichen Welt. Die Werke stellen eine Reihe von Spezialprodukten her, wie zum Beispiel hochreines Ferrosilizium, von welchem Fesil weltweit der größte Lieferant ist. Die Bundesrepublik ist seit vielen Jahren einer der Hauptmärkte von Fesil.

Elkem, mit Hauptsitz in Oslo, Norwegen, ist die Muttergesellschaft einer internationalen Gruppe, die 25 Produktionsstätten für Legierungen und Metalle in Europa, Nord- und Südamerika unterhält. Das Unternehmen beschäftigt 9000 Mitarbeiter.

Elkem ist heute einer der führenden Silizium- und Ferrolegierungshersteller, bedeutender europäischer Aluminiumproduzent und ein führender Anbieter von Technologie und Ausrüstung für die internationale metallurgische Industrie. Andere Aktivitäten befassen sich mit Off-shore-Technologie und Herstellung verschiedener Endprodukte. Neue High-Technik-Produktbereiche befassen sich mit Microsilica, hochbeanspruchbaren Keramikstoffen und elektronischen Werkstoffen.

Elkem ist eine Aktiengesellschaft norwegischen Rechts mit 26 000 Aktionären und einem Aktienkapital von 595 Millionen NOK. Elkem-Aktien werden außer in Oslo auch an der Londoner und Frankfurter Wertpapierbörse gehandelt.

Mehr als 50 Prozent des Energieverbrauchs der 16 Elkem Silizium- und Ferrolegierungswerke werden von eigenen Kraftwerken gedeckt. Darüber hinaus benötigte Energie wird durch günstige Langzeitverträge von staatlichen Kraftwerken bereitgestellt. P.R.

Ein Gegengeschäft von Hochschule und Industrie im Forschungsbereich

Das „Modell SINTEF" sorgt für rasche Anwendung gewonnenen Know hows

Wie kann man das Know-how der Universitäten und Hochschulen anzapfen und für die Praxis der Industrie verwertbar machen, ohne den Lehr- und Forschungsbetrieb zu stören? Norwegen hat eine eigene Lösung gefunden, die Stiftung SINTEF. 1950 an der norwegischen Technischen Hochschule in Trontheim gegründet, führt sie wirtschaftliche Vertragsforschung sowohl für private Firmen als auch für staatliche Institutionen durch. Personal- und Ausrüstungsreserven teilt sie sich mit der norwegischen Technischen Hochschule. Heute sind es 1000 Mitarbeiter, zur Hälfte voll ausgebildete Wissenschaftler und Hilfskräfte.

Das Institut expandierte über die Jahre, denn Forschung und Entwicklung für die Erdöl- und Gasindustrie im Schelf stellten stets neue Aufgaben und machte SINTEF zum größten norwegischen Forschungsinstitut. Eine der jüngsten Entwicklungen ist das dynamische Positionierungssystem „Albatros" für Offshore-, Bohr- und Hilfsfahrzeuge.

SINTEF-Mitarbeiter greifen nicht nur auf das Wissen der etwa 7000 Wissenschaftler und Technologen der Hochschule in Trondheim zurück; die Zusammenarbeit läuft auch in Gegenrichtung. Angestellte der Stiftung übernehmen Lehraufträge an der Universität und nutzen Laboratorien und Ausrüstungen.

Als Vorzug des SINTEF-Modells, wie es heute in Fachkreisen genannt wird, gilt insbesondere die Flexibilität bei der Durchführung von Projekten. Schwerpunkte in der Forschungs- und Entwicklungsarbeit können kurzfristig auf neue und expandierende Tätigkeitsbereiche verlagert werden. Außerdem bleiben die Wissenschaftler durch ihre Arbeit an Entwicklungsprojekten mit der Praxis in Kontakt, während diese wiederum aus der frühzeitigen Anwendung von Erkenntnissen der Forschung und Theorie eher Nutzen ziehen kann.

Aus dieser Doppelfunktion von SINTEF erklärt sich auch, daß sie heute als eine Art Zwischenstation für frischgebackene Diplom-Ingenieure gilt. 15 Prozent der Mitarbeiter wechseln jährlich in Industrie und Verwaltung über; ihre Positionen werden mit Universitätsabgängern aufgefüllt. So bleibt das Durchschnittsalter des Mitarbeiterstabes jugendlich. Es beträgt etwa 34 Jahre.

Die Einnahmen der Stiftung, die im vergangenen Jahr wieder um knapp acht Prozent auf nunmehr 264 Millionen NOK stiegen, stammen zu ungefähr gleichen Teilen aus Industrieaufträgen, aus öffentlichen Zuschüssen und aus Vergütungen des Technisch-Naturwissenschaftlichen Forschungsrates (NTNF).



Trondheim in Mittelnorwegen beherbergt die Forschung im Öl- und Gasbereich FOTO: HHH

SINTEF besteht heute aus 16 Abteilungen und vier angeschlossenen Instituten. Wesentlich sind die vier Fachbereiche

- 1. Chemie und Metallurgie
- 2. Maschinen- und Produktionstechnik
- 3. Automation und Datenverarbeitung
- 4. Physik und Bautechnik

Die Bereiche der angegliederten Institute sind

- Elektronik
- Zement und Beton
- Krankenhausforschung und betriebssoziologische Forschung.

Zu ihnen gehört auch das Rechenzentrum der Universität Trondheim (RUNIT) und das Norwegisch Hydrodynamische Laboratorium (NHL), das aus einem Zusammenschluß des Fluß- und Hafenlaboratoriums (VHL) und dem Schiffsmodelltank des norwegischen Schifforschungsinstituts entstanden ist. Es verfügt über ein riesiges Meerwasserbecken, das einzigartige Möglichkeiten für Modellversuche in Offshore-Konstruktionen in großen Meerestiefen bietet. Schließlich wurde das Institut OTTER (Offshore, Technology, Testing and Research) eingerichtet, um das wissenschaftliche und technische Potential im Rahmen der Erdöl- und Gasindustrie zu vermarkten.

Neben den Offshore-bezogenen Forschungen, bei denen insbesondere höhere Effektivität und Sicherheit im Vordergrund stehen, verfolgt SINTEF eine Reihe von internationalen Projekten.

Dazu zählt die Arktisforschung, eine Kooperation mit dem brasilianischen Forschungsinstitut ITP in Sao Paolo, zum Thema Erdölwirtschaft, das Projekt „das Engineering-Unternehmen der achtziger Jahre", das gemeinsam mit dem Verband der norwegischen metallverarbeitenden Industrie und der Gewerkschaft der Metallarbeiter ins Leben gerufen wurde, sowie das Projekt von 14 Energiesparhäusern in Trondheim, bei dem ausgedehnte Versuche mit Systemen zur Erhaltung und Gewinnung von alternativen Energien vorgenommen werden. Dieses Vorhaben wird in Kooperation mit Baufirmen und Herstellern durchgeführt. M.M.

Das Rogaland Research Institute hilft

Spätestens seit Beginn des Jahres 1986, als die Ölpreise in den Keller gingen, war jedem klar, daß im Bereich von Exploration und Förderung die vorhandenen Instrumentarien sinnvoller eingesetzt werden müssen, um überhaupt noch konkurrenzfähig aus den Tiefen der Nordsee Öl fördern zu können.

Die Leute vom Rogaland Research Institute (RRI) waren schneller. Gegründet 1973, stellten sie bereits Ende 1984 ihr Bohr-Technologisches Laboratorium (Drilling Technology Laboratory – DTL) fertig und tauften es auf den Namen „Ullrigg". Es ist der einzige Bohrturm der Welt, der sämtliche Bohr-Tätigkeiten simulieren kann. In den abgelaufenen beiden Jahren hat er schon Programme abwickeln können, so etwa die Aufzeichnung von Unterseewellen und mehrphasigen Strömungslinien. Andere Forschungsarbeiten befaßten sich mit der Behandlung von Bohrlöchern, Unterwassertechnologie und Bohrtechnologien.

Die Abteilungen des PRC heißen Petroleum-Biologie, Behälter-Technologie, Produktions-Technologie sowie Bohr- und Bohrloch-Technologie. In die Laboratorien wurden mehr als 100 Millionen NOK investiert, in denen mehr als 110 Angestellte beschäftigt sind. 60 Prozent von ihnen sind in der Forschung tätige Ingenieure. Der Umsatz des Forschungszentrums betrug im abgelaufenen Jahr 41 Millionen NOK.

Der Gesamtumfang des Rogaland-Forschungsinstituts in Stavanger betrug 1986 95 Millionen Kronen. Neben dem PRC gehören zu ihm das Zentrum für die Produkt- und Systementwicklung, das Zentrum für Sozialwissenschaften und eine Abteilung für Wasserforschung.

Die Kunden des Instituts kommen überwiegend, das heißt zu 69 Prozent, aus der Industrie, zu neun Prozent von der Regierung, zu acht Prozent von Kommunen, gleichfalls zu acht Prozent aus sonstigen Industrien und zu sechs Prozent von anderen Forschungsräten. Ho.

Rogaland Research Institute
P. O. B. 25 03
Ullandhaug
N-4001 Stavanger
Tel. 00 47 / 487 46 00
Telex 403 93 roefo n

Was Investoren beachten müssen

Projekte im Fördergebiet erfordern Milliardensummen

Von MORTEN BJÖRNSEN

Eine spezifische und bei Öl- und Gasvorhaben überdurchschnittlich anzutreffende Finanzierungsform ist die Projektfinanzierung. Charakteristikum ist, daß lediglich das zu finanzierende Öl- oder Gasfeld als Sicherheit für die Kreditvergabe dient. Der Zins- und Tilgungsdienst auf den Kredit erfolgt aus dem Cash-flow der verkauften Öl- und Gasförderung. Projektfinanzierungen werden für den Ausbau ganzer Felder angewendet, teilweise aber auch nur für die Anteile einzelner Ölgesellschaften an einem größeren Vorkommen.

Häufig anzutreffen sind auch Kombinationen aus reiner Unternehmens- und Projektfinanzierung, etwa dergestalt, daß der Kredit zunächst der Betreibergesellschaft gewährt und erst dann in einen Projektkredit umgewandelt wird, wenn das Projekt bestimmte Vorgaben erfüllt. Bei kleineren Betreibergesellschaften oder solchen mit starker Abhängigkeit von einzelnen Feldern kommt außerdem hinzu, daß selbst bei einer Unternehmensfinanzierung Projektrisiken stark auf die Bonität des Schuldners einwirken und die Kreditvergabe somit Elemente einer Projektfinanzierung enthält.

Um die Finanzierung eines Öl- oder Gasprojekts als Projektfinanzierung darstellen zu können, müssen verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein. Hierzu zählt insbesondere bei Gasfeldern, daß bereits im Vorhinein der Absatz des Produktes gesichert ist. Verkaufsverträge müssen bereits abgeschlossen sein. Unter dem Aspekt einer Projektfinanzierung wichtiger Bestandteil solcher Verträge sind Take-or-pay-Vereinbarungen. Diese Vereinbarungen besagen, daß der Käufer des Produkts während der Laufzeit des Vertrages in bestimmten Abständen Minimumzahlungen leistet, und zwar auch dann, wenn er als Gegenleistung noch keine Ware erhalten hat und erst zu einem späteren Zeitpunkt geliefert wird.

Eine weitere und unverzichtbare Voraussetzung für eine Projektfinanzierung ist, daß Studien unabhängiger Experten über die Höhe der förderbaren Reserven, der möglichen Produktionsraten und über die technischen und wirtschaftlichen Implikationen der vorgesehenen Förderprozesse vorliegen. Mit einem finanziellen Engagement in der Öl- und Gasförderung sind erhebliche Risiken verbunden. Wird das Vorhaben als Projektfinanzierung strukturiert, so verlagern sich diese Risiken weitgehend auf die kreditgewährenden Banken.

Diese versuchen, dem Produktionsrisiko zu begegnen, indem sie in ihren Energiekreditabteilungen Petroleumsgeologen beschäftigen. Aufgabe der Geologen ist es, Reservoirstudien der Explorationsgesellschaften und unabhängiger Consultants zu prüfen und zu würdigen. Darüber hinaus werden Banken auf die erwarteten Vorräte Risikoabschläge bilden und eine Finanzierung der Vorhaben auf diese reduzierten Volumina beziehungsweise die von ihnen erwirtschafteten Einnahmeströme abstellen.

Hinsichtlich der Entwicklung von Marktrisiken ist aus norwegischer Sicht in erster Linie der Markt für Erdgas von Interesse; zum einen, weil Norwegen hiervon Mengen produziert, die das Land zumindest im europäischen Maßstab zu einem bedeutenden Anbieter machen. Zum anderen erfolgt der Transport des Erdgases in Rohrleitungen, was nicht nur hohe Investitionsausgaben bedingt (Statpipe mit Kopfstationen im Kaarstö, Norwegen und Emden verursachte Baukosten von 18 Milliarden NOK), sondern auch ein extrem starres Distributionssystem darstellt und Verkäufer und Träger des Leitungsnetzes letztlich für die wirtschaftliche Lebensdauer des Gasvorkommens bindet. Die Bonität der Abnehmerseite und ihre Fähigkeit, das bezogene Gas langfristig zu vermarkten, sind mitentscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg und damit die Finanzierbarkeit eines Fördervorhabens.

Einen letzten Risikofaktor stellt die erwartete Kostenentwicklung dar. Eine beachtliche Kostenunsicherheit ist außerdem in der Steuerbelastung der Produktionserträge und in der Stabilität und Prognostizierbarkeit des Steuersystems für Petroleumaktivitäten zu sehen. Im norwegischen Sektor werden Erträge aus der Öl- und Gasförderung mit etwa 85 Prozent besteuert.

Morten Björnsen ist Mitarbeiter der Energiekreditabteilung der DnC, Oslo

Weizsäckers Besuch war sehr erfolgreich

Bundespräsident Richard von Weizsäcker folgte mit seinem Staatsbesuch nur kurzfristig der britischen Premierministerin, Frau Margaret Thatcher, und während der Besuch von Frau Thatcher für erhebliche Unruhe in Norwegen sorgte – mit Demonstrationen in Oslo und Tromsö, wobei die erste außer Kontrolle geriet –, ging der Besuch des deutschen Präsidenten ohne Dissonanzen, welcher Art auch immer, über die Bühne.

Der deutsche Präsident beeindruckte die norwegischen Medien durch seine Persönlichkeit, seine Reden und seine ausgezeichnete Kenntnis Norwegens. Sein Zugehen auf Norwegen muß als 100prozentig gelungen angesehen werden.

Im Lichte der Geschichte gesehen, hätte eigentlich der Besuch eines deutschen Präsidenten viel kontroverser verlaufen müssen als der Besuch eines britischen Premierministers. Großbritannien und Norwegen sind eng verbundene Länder mit einer Geschichte von Handel und politischer Beziehung, die nie irgendwelchen Belastungen ausgesetzt war.

Die Briten kamen während des Zweiten Weltkriegs den Norwegern zu Hilfe, und es bestand jeder Grund zu der Annahme, daß – selbst wenn man berücksichtigt, daß die britische Premierministerin Ansichten vertritt, die im Gegensatz zu denen einiger politischer Gruppen in Norwegen sind – alleine die Tatsache, daß sie einen befreundeten Verbündeten repräsentiert, ausgereicht hätte, daß Frau Thatcher zumindest mit Respekt, wenn nicht mit offener Liebe empfangen worden wäre. Und doch waren die Diskussionspunkte während ihres Besuchs in Norwegen von einem so erhitzten Klima, daß Geschichte, Allianz, gegenseitig gute Beziehungen keine Bedeutung mehr hatten. Die Themen „Boykott gegenüber Südafrika" und „Saurer Regen" überschatteten alles andere.

In diesem Lichte besehen, hätte man eigentlich denken müssen, daß der Besuch eines deutschen Präsidenten in Norwegen nicht willkommen gewesen wäre. Und doch konnte man nicht einen Jugendlichen finden, der irgendwo demonstriert hätte. Im Gegenteil: Als der Präsident Elverum besichtigte, den historischen Platz des „Nein" von König Haakon im Jahr 1940, waren die norwegischen Fernsehzuschauer genauso bewegt, wie es der Bundespräsident zu sein schien. Er hatte keine kontroversen Themen im Gepäck, und es war überraschend zu sehen, wie angetan Norweger jedweder Herkunft von seinem Besuch zu sein schienen.

Die Berichterstattung in den Medien war sehr gut. Jeden Abend berichtete das Fernsehen mehrere Minuten, in den Nachrichten um 7.30 Uhr und zum Sendeschluß.

Alle wichtigeren Zeitungen berichteten über den Besuch in umfangreichen Beiträgen – und alle waren positiv. Das gleiche gilt für das Radio, und zwar sowohl für staatliche als auch lokale Sendeanstalten. Unterm Strich: ein äußerst erfolgreicher Besuch. PER REINBOTH



Der erste Ölpreisschock war für Norwegen ein Geschenk des Himmels

Hochkonjunktur in den 70er Jahren führte zu steilem Aufschwung – Jäher Rückgang

In mancherlei Beziehung ist Rohöl eine rohe Sache. Ist es erst einmal gefördert, liegen die variablen Produktionskosten in den meisten Fällen nahe Null, und keine Behandlung ist erforderlich, um es zu vermarkten – abgesehen vom Ventil. Und das ist es dann auch schon. Die Folge war ein Markt für dieses Erzeugnis, wo die Preise im Verlauf von 100 Jahren hoch- und runtergingen und wo Mangel in einer Zeit ersetzt wurde durch Überschuß in der nächsten.

Während der letzten Jahrzehnte hat der Trend vor allem in eine Richtung gezeigt: nach oben. Doch es ist interessant festzustellen, daß der Preiscrash überhaupt nicht der erste in diesem Industriebereich war. Doch was dies aus norwegischer Sicht so einzigartig machte, war, daß es für die Norweger ein Vorgang ohne Beispiel war, denn ihre Offshore-Aktivität ist noch jung.

Der Preisverfall in diesem Jahr muß in Zusammenhang mit dem ersten und zweiten Preisschock in den 70er Jahren gesehen werden, als die Preise kräftig nach oben gingen und sich der Westen seiner Abhängigkeit vom Öl, mit all den bekannten Konsequenzen, bewußt wurde.

Für die norwegische Ölindustrie war es zunächst einmal ein Geschenk *des Himmels. Die Wirtschaftlichkeit* von Exploration und Produktion stieg dramatisch, ebenso wie das Interesse, neue Felder, Reserven und Firmen zu erwerben und neue Gebiete zu entwickeln. Die Nordsee hätte nie eine solche Blüte erlebt. Und doch ist festzustellen, daß ihre Preise auf niedrigerem Niveau blieben. Aber natürlich zusätzlich zu dieser boomartigen Entwicklung versuchten die Kräfte des Marktes, den Trend umzukehren.

Auch der Kohle- und Nuklearsektor stieß auf erneutes Interesse, und auch andere Energiequellen wie Wind und Ölschiefer sahen plötzlich wie sinnvolle Alternativen aus. Die Nachfrage fiel, nicht nur für Öl, sondern generell für Energie. Das war eine wirklich unerwartete Entwicklung, die den Gesetzen der Schwerkraft zu widersprechen schien. Wie konnte man Wirtschaftswachstum haben ohne verstärkte Nachfrage nach Energie? Die Antwort war natürlich: der hohe Energiepreis. Jeder war damit einverstanden, daß die Preise nirgendwo anders hingehen könnten als nach oben, und daher bildete sich ein Konsens heraus, daß es ein Preisrisiko für die Energieproduzenten nicht geben könnte. Das Thema Energiesparen betrat die Bildfläche; die Tage billiger Energie schienen für immer vergangen zu sein – so dachte doch jeder.

Als es deutlich wurde, daß man sich da kräftig geirrt hatte, konnte die OPEC, die vorher ein wichtiges Kartell und der beherrschende Spieler im Ölgeschäft war, dem Druck sinkender Nachfrage, konkurrierender Produzenten und interner Querelen für einige Zeit standhalten, ohne zu dramatischeren Mitteln greifen zu müssen, als die Gesamtproduktion ein wenig zu senken und es zu akzeptieren, daß die Preise relativ sanft abzubröckeln begannen.

Im Dezember 1985 war für Saudi-Arabien der Bogen überspannt. Aus verschiedenen Gründen optierte das Königreich dafür, seine eigene Produktion dramatisch zu erhöhen. Das Ergebnis war klar und ist heute allen bekannt. Das Dogma nie fallender Ölpreise hörte auf, eins zu sein. Alle, die sich auf dieses Dogma verlassen hatten – Regierungen, Produzenten, aber auch die Banken –, waren plötzlich in Schwierigkeiten.

Auch die Banken wie alle, die mit dem Ölbereich zu tun haben, waren stets dem Trend gefolgt. Die Nachfrage nach Finanzierung, Wuchs, gestiegener Tätigkeit und gigantischer Projekte, die sich damals plötzlich als wirtschaftlich darstellten, forderten eine Finanzierung. Als Leben in die Nordsee kam, schlugen ausländische Banken mit Ölerfahrung ihre Pflöcke in London ein. Die europäischen Banken, die weniger Erfahrung hatten, wollten auch ihr Stück. Es wurde geradezu chic, sich in Öl- und Gaskrediten zu tummeln; alle wollten dabei sein – einige nur als Kreditgeber, andere aktiver.

Eine, die als erste ins Ölgeschäft sprang, war übrigens eine norwegische Bank: die DNC, die shcon in den späten Sechzigern mit Lizenzen auf den Kontinentalshelven dabeiwaren und ein eigenes Petroleum-Department im Jahr 1972 eröffnete.

Für alle Banken galt der Satz, daß es bei steigendem Preis kein Risiko geben könnte. Aber zwei Dinge wurden übersehen: einmal die Geschichte der Preisfluktuation im Öl, und zweitens, daß auch die erfahrensten Spieler nur begrenzte Erfahrungen mit der Nordsee hatten. Mit den harten Bedingungen rauher und tiefer See im Norden Europas hatten die wenigsten einen gemeinsamen Nenner für den Umfang und die Komplexität ihrer eigenen Projekte geschaffen.

Dann kam das Jahr 1986 mit dem Crash. Die Budgets der Ölgesellschaften gingen runter. Besonders dramatisch bei den Amerikanern, wo ein Rückgang von 30 bis 40 Prozent durchaus üblich ist, geringer bei den Europäern. Exploration wurde dramatisch zurückgefahren mit direkten Folgen für Lieferanten, Plattformbesitzer, Firmen, die die Size mischen, Arbeiten leisten, Dienstleistungsunternehmen – die Liste ist lang. Unter dem Strich erkennt man, daß alle Firmen viel schlechter aussehen, als sie es sich nur ein halbes Jahr zuvor haben träumen lassen. In der Industrie wird man erleben, was man auch schon vorher gesehen hat: Die kleinen, überschuldeten Firmen gehen in Konkurs oder werden aufgekauft, und die großen und starken mit finanzieller Flexibilität werden sich erholen – notwendigerweise nicht kurzfristig, aber indem sie ein starkes Fundament für die Zukunft legen; für eine Zukunft, in der die Preise wieder hochgehen werden.

Diese Entwicklung wird die schwachen Mitbewerber aussortieren und das Überleben der Stärksten sichern. Zur gleichen Zeit werden die Akzente auf vernünftigere Nutzung der Ressourcen, Rationalisierung und im Einsatz neuentwickelter Techniken und Technologien gesetzt werden. rx.

Das Budget für Weltraumforschung soll kräftig aufgestockt werden

High-Tech-Industrie: Führende Unternehmen erwirtschafteten Millionengewinne

Im nächsten Jahr sind die Norweger bei der European Space Agency (ESA) dabei. Norwegen will die High-Tech-Industrie kräftig ausbauen, wie die Staatssekretärin im Industrieministerium, Kari Blegen, in Oslo erklärte. Die Eröffnung eines National Space Centers gehört ebenso dazu wie eine kräftige Aufstockung des Budgets für Weltraumforschung.

Dieses verstärkte Engagement im High-Tech-Bereich ist für ein Land nur interessant, das im Computerbereich auf bemerkenswerte Erfolge verweisen kann. Die führenden Unternehmen, wie etwa Norsk Data und *Tandwerk Data, belegen den Erfolgskurs.* Bei Norsk Data etwa wuchs der Umsatz im ersten Halbjahr 1986 um 14 Prozent auf umgerechnet rund 316 Millionen Mark, der Gewinn sogar um 16 Prozent.

Die Jahresproduktion der norwegischen High-Tech-Industrie lag schon 1983 bei fünf Milliarden norwegischen Kronen; 40 Prozent davon wurden exportiert. Besonders erfolgreich sind nach wie vor die Bereiche Schiffahrt, Fischerei und das Fernmeldewesen. Aufgrund der geographischen Gegebenheiten wurde diesen Themen stets besondere Aufmerksamkeit zugemessen. Heute setzt sich der Export aus Fernmeldeausrüstungen, Computern, Datensichtgeräten, professioneller elektronischer Ausrüstung, Verbraucherelektronik und Komponenten zusammen.

Ein Blick auf das Angebot der norwegischen Firmen während der Orga-Technik zeigt, daß die Norweger auch energisch in den Bereich der Büromaschinen und Software eingestiegen sind. Dabei liegt ihr Schwergewicht darin, durch Ergonomie die emotionalen Widerstände des Anwenders gegen die moderne Technik abzubauen. Der Geschäftsführer der Tandberg Data GmbH in Deutschland, Hans Augst, spricht von einem „Programm Kultur und Technik". Es gehe um eine „friedliche Revolution im Büro", um „einen Brückenschlag zwischen dem Menschen und seiner Arbeit".

Nicht ohne Stolz sagt Augst: „Als norwegisches Unternehmen stehen wir in der skandinavischen Tradition, die Gegenstände, in denen der Mensch lebt und arbeitet, auch menschengerecht zu gestalten – technisch gut und zugleich schön."

Mit dem auf der Orga-Technik in Köln gezeigten Programm will man diesem Anspruch gerecht werden. So wird etwa ein neuerer, schnellerer Tintenstrahldrucker angeboten, der „ein Minimum an Geräuschentwicklung und gleichzeitig Korrespondenzqualität" liefern soll. Terminals, die mit dem IBM-System verknüpft werden können, versprechen „ein Höchstmaß an Ergonomie".

Im Softwarebereich bietet die Firma „Software Team A. S." ein „Büropaket Büro Eins" an, das bis zu neun Arbeitsplätze verwalten kann. Ein Datenbanksystem ist in der Lage, einen Datenbestand von ein Gigabyte zu verwalten; das entspricht einer Milliarde Zeichen oder einer halben Million DIN-A-4-Seiten oder 150 En*zyklopädie-Bänden à 1000 Seiten.* Die Firma Ergotec hat sich darauf spezialisiert, mit einem zukunftsweisenden Design Bildschirmarbeitsplätze und Büromöbel zu versöhnen. Die Stentophon Büroelektronik GmbH konnte sich mit ihrem Intercomsystem, einem Kommunikationssystem innerhalb der Firma, an die Spitze der Anbieter vergleichbarer Systeme in der Bundesrepublik stellen. Das System Pamex etwa ist imstande, freie Telefonadern für Sprechanlagen zu nutzen, was die Installationsarbeiten erheblich vereinfacht. Das Sprechanlagensystem Micom, so Geschäftsführer Gunnar Grönnerud, „schließt die Lücke zwischen den Wechselsprechanlagen und den aufwendigen Intercom-Großsystemen, die sich in kleineren Ausbaustufen nicht rentieren". Mit Einführung der Digitaltechnik können zusätzlich Nachrichten und Anrufe auf Sprechstellen gespeichert werden.

Der Marktführer im Bereich der Computerindustrie Norsk Data mußte seine Beschäftigtenzahl im ersten Halbjahr 1986 um 900 auf 3311 Personen erhöhen, um dem Auftragseingang gerecht zu werden. Aus der Bundesrepublik etwa verdoppelte sich die Nachfrage; ein Ergebnis, das man im zweiten Halbjahr 1986 noch zu übertreffen hofft. Entsprechend sonnig entwickeln sich die Aktien, die in der Bundesrepublik in Frankfurt und Hamburg an der Börse gezeichnet werden. m. m.

AUF EINEN BLICK

Größe: 386 975 Quadratkilometer (einschließlich der Inseln Spitzbergen und Jan Mayen)

Bevölkerung: 4,2 Millionen

Die größten Städte: Oslo 449 000, Bergen – 207 000, Drontheim – 135 000 Stavanger – 92 000 Einwohner.

WICHTIGE ANSCHRIFTEN

In Norwegen: Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Oscarsgate 45, Tel. 00 472 / 56 32 90.

Norwegischer Exportrat Drammensveien 40, Tel. (02) 11 40 30.

In der Bundesrepublik Deutschland: Königlich Norwegische Botschaft, Mittelstraße 43, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28 / 37 40 55

Königlich Norwegisches Generalkonsulat, zugleich Exportrat, Karl-Arnold-Platz 2, 4000 Düsseldorf 30, Tel. 02 11 / 45 890.

Hermannstraße 32, 2000 Hamburg 1, Tel. 040 / 32 61 74.

Königstraße 43, 7000 Stuttgart, Tel. 07 11 / 29 58 68.

SAS – Scandinavian Airlines System, Schaumainkai 87, 6000 Frankfurt a. M. 70, Tel. 069 / 26 46 29.

Norwegisches Fremdenverkehrsamt, Hermannstraße 32, 2000 Hamburg 1, Tel. 040 / 32 76 51/2.

Wo Peer Gynt einst in die Tiefe sprang

Wanderung durch die Gebirgslandschaft von Jotunheimen

Er sei auf einem wilden Rentier über den schaurigen Bessengrat geritten und dann vierhundert Meter in die Tiefe des Gjendesees gesprungen, ohne sich dabei zu verletzen, erzählt in Henrik Ibsens berühmtem Drama „Peer Gynt" der Held seiner Mutter. Wie mag er sein, dieser Bessengrat, der oft als schönster Berggrat in Norwegen gerühmt wird, denken wir, als wir von der großen Touristenstation Gjendesheim in die Berge aufsteigen.

Nach zwei Stunden sind wir oben auf dem Plateau. Um uns ist nur noch Steinwüste, nur noch Geröllandschaft. Doch unser Blick wird in die Tiefe gelenkt. Da zieht sich schmal und lang, von senkrecht aufsteigenden Felswänden eingefaßt der Gjendesee ins Herz des Berglandes hinein, vielleicht der schönste Gebirgssee Norwegens.

Hier und da schimmern kleine Schneefelder, sie bleiben den ganzen Sommer über liegen. Und in der Ferne stehen sie dicht an dicht: die Riesen, die Berg- und Eisriesen Jotunheimens, die höchsten Berge Nordeuropas.

Als seinerzeit romantisch veranlagte norwegische Studenten dieses Bergland erstmals gezielt durchwanderten, da nannten sie es Jotunheimen, das Riesenheim. Jotunheimen war in der altnordischen Mythologie die Heimat der Frost- und Reifriesen.

Zwischen großen Steinmännern, die wohl schon Generationen von Wanderern hier oben aufgeschichtet haben, schlängelt sich der Pfad, rotweiß markiert, über das Hochplateau. Und dann ist es endlich so weit. Unvermittelt stehen wir am Rande der Hochfläche, jäh bricht das Gelände gegen die Tiefe, gegen den Gjendesee hinab.

Und nur ein ganz schmaler, nach beiden Seiten ausgesetzter Grat, eine scharfe Kante, von unzähligen großen und kleinen Blöcken gebildet, zieht sich steil in die Tiefe: Das ist Bessegen, der Bessengrat.

Während wir uns behutsam abwärts mühen, kommt der große Gjendesee in der Tiefe immer näher, in den der Peer Gynt des Dramas mit seinem Rentier gesprungen sein wollte. Rechterhand taucht ein zweiter See auf, der Bessensee. Er liegt zwar ein paar hundert Meter höher als der Gjendesee, aber nur durch einen wenige hundert Meter breiten Naturdamm wird er gehindert, sein Wasser in das des Gjendesees da unten stürzen zu lassen.

Auf diesem Damm sitzt ein junges Paar. Wir sehen sie schon lange, bevor wir unten sind, sie sitzen und sind offensichtlich tief in etwas Besonderes versenkt. Denn als wir schließlich aufatmend unten stehen, sitzen die beiden immer noch da.

Und was machen sie? Sie lesen. Der junge Mann liest tatsächlich aus Ibsens Drama vor, liest wie Peer Gynt der Mutter von seinem Ritt über den Bessengrat und dem Sprung in die Tiefe, in den Gjendesee erzählt.

Sahst Du jemals den Gendin-Grat,
Der macht dir bang:
Eine halbe Meile lang,
Wie 'ne Sense scharf ist der.
Über Schroffen, Ferner, Leiten
Und Geröll darunter her
Siehst Du zu beiden Seiten
Düstre Fluten, schwarz wie Sünde.
Mehr als fünf mal hundert Faden
Geht es stracks hinab in Schlünde.

„Peer, du schwindelst", ist alles, was die alte Aase dazu sagt.

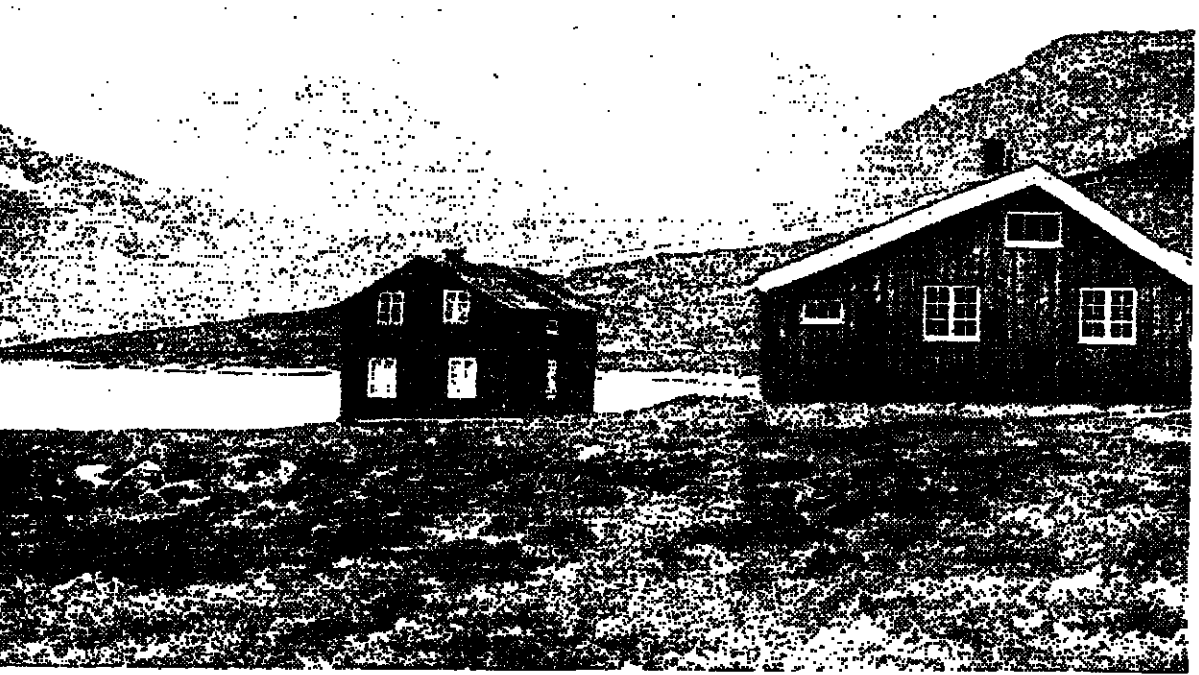
In der Tiefe unter uns liegt der Gjendesee, die fünf mal hundert Faden dort hinab mögen stimmen, aber schwarz wie die Sünde sieht der See keineswegs aus. Im Gegenteil herrlich grün-blau leuchtet er herauf aus seiner Bergumrahmung.

Memurubu, am Ausgang des Memurutales in den Gjendesee gelegen auf einer rasigen, kleinen Anhöhe über dem See, ist eine jener typischen Schutzhütten, die der Norwegische Touristenverein hier in Jotunheimen angelegt hat, vergleichbar den Hütten des Alpenvereins in den Alpen.

Es ist gemütlich in Memurubu. Die Tagestouristen sind mit dem letzten Boot zurückgefahren nach Gjendesheim, wir vier „Peer-Gynt-Pilger" sind die einzigen Übernachtungsgäste. Im Hauptgebäude gibt es zwei gemütliche Stuben, eine für Raucher, eine für Nichtraucher, dazu eine kleine Küche, wo wir das Teewasser für morgen früh bestellen müssen. -dt

*

Nähere Auskünfte über Bergwandern in Norwegen gibt das Norwegische Fremdenverkehrsamt Hermannstraße 32, 2000 Hamburg 1, Tel. 040/32 76 51



Landschaft aus dem Bilderbuch: Fjord an der norwegischen Küste FOTO: DIE WELT

Mit dem Luxusliner nach Oslo

Kreuzfahrten haftet der Ruch des Exklusiven, des Mondänen oder des Snobistischen an. Daß eine ganz normale Überfahrt mit einem Fährschiff von Kiel nach Oslo, von Deutschland nach Norwegen den Luxus und das Flair einer kleinen Kreuzfahrt bietet, kann man jeden Tag erleben.

Zwei Schiffe sind es, die auf der rund 800 Kilometer langen Strecke hin- und herpendeln: Die „Kronprins Harald" und die „Prinsesse Ragnhild", Geschwister nicht nur, weil es Schiffe der gleichen Reederei, der Jahre Line im südnorwegischen Sandefjord sind. Geschwister auch, weil ihre Paten, ihre Namensgeber, Geschwister sind. Der norwegische Kronprinz Harald und seine Schwester, die Prinzessin Ragnhild, die infolge bürgerlicher Heirat heute Frau Ragnhild Lorenzen heißt.

Die Schiffe, die beide bereits in der zweiten Generation die einzige deutsch-norwegische Linienverbindung bedienen, vereinen den Luxus kleiner Kreuzfahrtschiffe mit der Pünktlichkeit eines Intercity. Im Sommer täglich, im Winter sechsmal in der Woche läuft je eines der Schiffe in Kiel und Oslo aus. Und wenn die Fähren sich gegen Mitternacht in Höhe der Nordspitze Jütlands begegnen und zum Gruß Scheinwerfersignale austauschen, schauen die Passagiere dem Schauspiel zu.

Neunzehn Stunden dauert die Fahrt von Kiel nach Oslo, das Gegenschiff braucht infolge ungünstiger Strömungsverhältnisse eine halbe Stunde länger. Bis Mitternacht begleitet die jütländische Küste das nordwärts fahrende Schiff im Westen, während im Osten die Umrisse dänischer Inseln vorüberziehen: Lolland und Langeland, Fünen, Seeland, Samsö und zuletzt Laesö.

Nur vier Stunden ist das Schiff dann auf dem Skagerrak unterwegs, dann tauchen im Norden die ersten Leuchtfeuer der norwegischen Küste auf. Sie markieren die breite Mündung des Oslofjordes, in den das Schiff hineingleitet, dem Morgen entgegen.

Hinter der Enge von Dröbak öffnet sich die weite Bucht am Ende des Fjordes, an der die norwegische Hauptstadt sich hinzieht, in die Waldberge nach Holmenkolln und Frognerseteren hinauf. Im Herbst und Winter bleibt das Schiff, das samstags morgens in Oslo einläuft, ebenso in Oslo liegen wie bis sonntags mittags das Schwesterschiff in Kiel. Den Passagieren wird die Möglichkeit gegeben, das Wochenende in der Stadt zu verbringen, das Schiff dabei als Hotel nutzend; für die Deutschen in Oslo, für die Norweger in Kiel.

Als die Reederei 1961 die erste „Kronprins Harald" zwischen Oslo und Kiel einsetzte, nahm sie eine alte Tradition wieder auf. Bereits 1847 wurde der Dampfer „Nordcap" mit einem 120 PS starken Motor und acht Knoten Fahrgeschwindigkeit zwischen dem damaligen Kristiania (Oslo) und Kiel eingesetzt. 1961 ahnte niemand, wie rasch sich der Verkehr zwischen Deutschland und Norwegen entwickeln würde.

Rund 53 000 Passagiere und 9000 Fahrzeuge gab es im ersten Jahr. 1985 fuhren mehr als 320 000 Passagiere mit den Königskindern über das Skagerrak und durch den Oslofjord. Und inzwischen ist bereits die dritte „Kronprins Harald" bei einer finnischen Werft im Bau.

CHRISTOPH WENDT

*

Nähere Auskünfte: Jahre Line, Oslo-Kai, 2300 Kiel 1, Tel. 0431/9 12 81

König „Schönhaar" einigte das Nordland

Skandinavien war schon in der Steinzeit besiedelt

Das heutige Norwegen gehört trotz seines teilweise sehr rauhen Klimas zu den Regionen in Europa, die schon seit der Steinzeit besiedelt sind. Von einem einheitlichen Staat war freilich noch nicht die Rede zur Zeitenwende, jenen Jahren, als sich zum ersten Male Menschen auf Dauer in den Gebieten am Polarkreis niederließen. Noch Jahrhunderte zerfiel Norwegen in zahlreiche Teilkönigreiche und Bauernrepubliken.

Dies änderte sich erst, als König Halfdan der Schwarze aus Drontheim um 830 begann, seine Rivalen niederzuwerfen und schließlich als erster Alleinherrscher Norwegens anerkannt wurde.

Sein Sohn und Nachfolger Harald, der um 860 als Jüngling den Königsthron bestieg, sah sich wieder mit den alten Problemen konfrontiert.

Der Tatendrang des jungen Herrschers regte sich aber erst, als er stürmisch um die Hand der schönen Gyda, der Tochter eines Königs aus Hardanger, warb. Die Prinzessin gab ihm einen Korb mit der Botschaft: „Herrn Haralds Herrin kann ich erst werden, wenn er sich zum Herrscher des ganzen Nordlands, zum alleinigen König, macht."

Entscheidungsschlacht bei Hafrsfjord

Dies war für Harald Ansporn genug. Er schwor, sich nicht eher mehr das Haar schneiden zu lassen, bis er der Herr des ganzen Landes war. Ein Rivale nach dem anderen wurde besiegt. Die Entscheidung fiel in der Seeschlacht bei Hafrsfjord. Die grimmigen Nordmänner, die Harald bis dahin als „Strubbelkopf" verspottet hatten, nannten ihn nunmehr „Harald Schönhaar", ein Name, unter dem der tatkräftige Herrscher in die Geschichte einging.

Harald wurde der erste, unumstrittene Beherrscher Norwegens. Er heiratete die schöne Gyda und legte sich später einen ganzen Harem zu. Die vielen Frauen brachten zahlreiche Söhne zur Welt. Harald starb im Alter von etwa 80 Jahren, und dann brach das Unglück über Norwegen herein.

Zwei Dutzend Thronprätendenten standen bereit und verheerten das Land mit Bürgerkrieg. In einer zeitgenössischen Chronik heißt es: „Haralds Söhne hausten gewalttätig im Lande." Als sich schließlich der Lieblingssohn von „Schönhaar", Prinz Erik, genannt die „Blutaxt", durchsetzen konnte, war das Land wieder in zahlreiche Staaten zerfallen.

Ein Herrscher aus dem Haus Oldenburg

Die zweite Zäsur erlebte Norwegen unter der Herrschaft von Olaf dem Heiligen (1015–1030), der das Land gewaltsam christianisierte. Dies war der auslösende Faktor für die Expansion der Wikinger, die in Scharen ihre Heimat verließen und plündernd über die Küsten von West- und Südeuropa herfielen.

Zweihundert Jahre später erlebte das Land wieder verheerende Bürgerkriege. Erst König Hakon der Alte (1217–1263) sorgte wieder für stabile Verhältnisse. Unter seiner Herrschaft wurden Grönland und Island norwegische Provinzen.

1450 wurde Christian I. von Dänemark, der aus Oldenburg stammte, zum König von Norwegen gewählt. Beide Länder wurden so bis 1814 vereinigt. In diesem Jahr wurde Schwedens König Karl, der ehemalige französische Marschall Bernadotte, neuer König Norwegens.

Die erzwungene Union mit Schweden dauerte bis 1905, als das norwegische Parlament, der Storting, die Unabhängigkeit des Landes ausrief und sich dies in einer Volksabstimmung bestätigen ließ.

Neuer König wurde der dänische Prinz Karl, der als Hakon VII. den Thron bestieg. Sein Sohn ist der heutige Monarch, König Olaf.

KLAUS BODEN

NORWEGEN
Redaktion: H.-H. Holzamer und Klaus Boden, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg

An Deutschlands Fach- und Führungskräfte

Jetzt gibt es die WELT jeden Samstag mit der BERUFS-WELT.



Für alle, die *vorankommen* wollen.

Die BERUFS-WELT bietet jeden Samstag den großen überregionalen Stellenteil für Fach- und Führungskräfte plus wertvolle und praktische Informationen für mehr Erfolg im Beruf.

Der erste Schritt in Ihre berufliche Zukunft ist jetzt einfacher denn je:

Nutzen Sie die BERUFS-WELT. Jeden Samstag in der WELT.

Wichtiger denn je

